

Regierung des  
Fürstentums Liechtenstein

# Reden Rückblicke Zeitdokumente

Legislaturperiode 2021–2025



Reden von Regierungsmitgliedern sind oft wichtige historische Dokumente, welche die politische, soziale und kulturelle Entwicklung einer Gesellschaft widerspiegeln. Sie dokumentieren wichtige Ereignisse, Entscheidungen und politische Standpunkte, die für die Nachwelt von Interesse sein können.

Regierung des  
Fürstentums Liechtenstein

Reden  
Rückblicke  
Zeitdokumente

Legislaturperiode 2021–2025

Regierungsreden können als wertvolle Quellen für Historikerinnen und Historiker, Politikwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler sowie andere Forscherinnen und Forscher dienen. Durch die Analyse von Reden können Trends, Muster und Wendepunkte in der Geschichte besser verstanden werden.

Reden können zur politischen Bildung beitragen und das Verständnis für die Funktionsweise von Regierungsinstitutionen vertiefen.

Reden von Regierungsmitgliedern sind oft auch kulturelle Artefakte, welche die Sprache, die Rhetorik und die kulturellen Werte einer bestimmten Zeitperiode repräsentieren.

Regierung des  
Fürstentums Liechtenstein

# Reden Rückblicke Zeitdokumente

Legislaturperiode 2021–2025

Der Fürst Johannes Saal ist das repräsentative Herzstück des Regierungsgebäudes. Er wurde in den Jahren 2024 und 2025 einer sanften Modernisierung unterzogen. Neben der Umstellung auf energieeffiziente Lichttechnik lag der Fokus auf der Verbesserung der Raumakustik und einer behutsamen gestalterischen Aufwertung. Ein zentrales Element der Neugestaltung ist der Kronleuchter, der konzeptionell an den historischen Leuchter aus dem Jahr 1905 angelehnt ist.



Das Sitzungszimmer der Regierung befindet sich an einer zentralen Stelle des Regierungsgebäudes. Es liegt im ersten Obergeschoss, direkt unter dem Fürst Johannes Saal. Von aussen ist seine Lage erkennbar am Balkon, der auf den Peter-Kaiser-Platz zeigt. Ursprünglich lag dort das Büro des Regierungschefs. Es wurde im Frühjahr 2023 saniert und zum Sitzungszimmer umgestaltet.



## Impressum

Herausgeberin: Regierung des Fürstentums Liechtenstein  
Redaktion: Information und Kommunikation der Regierung  
des Fürstentums Liechtenstein  
Korrektorat: Heribert Beck, Schaan; Huston Consulting, Vaduz  
Satz, Gestaltung: Atelier Silvia Ruppen, Vaduz  
Bildbearbeitung: Longo AG, Bozen  
Druck: BVD Druck+Verlag AG, Schaan  
Bindung: Buchbinderei Thöny, Vaduz  
Papier: Werkdruck 1.5, 120 g/m<sup>2</sup>

Regierungsgebäude  
Peter-Kaiser-Platz 1  
Postfach 684  
9490 Vaduz  
T +423 236 61 11

office@regierung.li  
www.regierung.li

© 2025 Regierung des Fürstentums Liechtenstein, Vaduz

ISBN 978-3-905833-17-1  
Verlag Atelier Silvia Ruppen, Vaduz

# Inhaltsverzeichnis

11	<b>Vorwort</b> Horst Schädler, Regierungssekretär
13	<b>Das Regierungsgebäude – zwischen Beständigkeit und Wandel</b>
17	<b>Politik in bewegten Zeiten – eine Bilanz der Jahre 2021–2025</b> Christian Frommelt, Politikwissenschaftler
25	<b>Daniel Risch</b> Regierungschef
27	Eine Stimme für Europa: Liechtensteins globale Verantwortung
31	Gemeinsame Geschichte, gemeinsame Zukunft: 100 Jahre Zollvertrag Schweiz–Liechtenstein
35	Digitalisierung und Nachhaltigkeit: Wie ein Kleinstaat die Zukunft mitgestaltet
42	Gemeinsame Werte, gemeinsame Zukunft: Die Rolle Liechtensteins und Österreichs in Europa
45	Multilateralismus als Weg zu Frieden und Gerechtigkeit
53	Der Schweizer Franken: Ein Eckpfeiler unserer Stabilität
57	Das Dienstleistungszentrum Giessen: Ein Schritt in die Zukunft
62	Rebooting Europe: Die Rolle der Vielfalt und Einigkeit
67	Zurück zum Kerngeschäft – zum Frieden in der Welt
70	Alles tun, um die Welt zu einem besseren Ort zu machen
79	<b>Sabine Monauni</b> Regierungschef-Stellvertreterin
81	Liechtenstein kann ein Vorbild sein
85	Wir brauchen alle Kräfte
93	Nachhaltigkeit, Sicherheit, Wettbewerb: Herausforderungen und Chancen eines europäischen Kleinstaats
100	Lassen Sie uns in Chancen denken
105	Die richtige Zeit, um mutige Entscheidungen zu treffen
110	Energiezukunft Liechtenstein – Chancen und Risiken
114	Umweltschutz als Schlüssel zur Zukunft
119	100 Jahre Zollvertrag: Ein Weg zu Wohlstand und Stabilität
122	Freiwilligenarbeit muss attraktiv bleiben
133	<b>Graziella Marok-Wachter</b> Regierungsrätin
135	Verbände und Behörden auf Augenhöhe
139	Mobilität im Alpenraum: Herausforderungen und Perspektiven für Liechtenstein
142	Liechtensteins Vision für eine klimafreundliche Alpenregion

145	Zusammenarbeit und Austausch: Die Justizsysteme von Liechtenstein und San Marino im Dialog – Italienisch und Deutsch
153	Um etwas zu erreichen, brauchen wir die Bevölkerung
158	Für eine umfassende Rechenschaftspflicht
161	Integration, Innovation und Kooperation im Herzen Europas
169	Wohnungsmarkt Liechtenstein – im Spannungsfeld von Markt und Staat
171	Zentralisierung für die Zukunft
181	<b>Dominique Hasler</b> Regierungsrätin
183	Der beste Beweis für Inklusion in unserer Gesellschaft
186	Aussenpolitische Positionierung Liechtensteins – Herausforderungen und Chancen
198	Das Wissen der Gesellschaft ist entscheidend für das zukünftige Wohlergehen
202	Eine Kooperation, die ihresgleichen sucht
206	Liechtenstein führt die europäische Wertegemeinschaft an
213	Bildung und Sport spielen eine Schlüsselrolle beim Thema Inklusion
216	Liechtensteinischer Vorsitz im Europarat erfolgreich abgeschlossen
222	Realität ist auch, dass die Welt immer besser wird
226	Nur, wenn die Bildung stimmt, wird niemand zurückgelassen
235	<b>Manuel Frick</b> Regierungsrat
237	Eine Skulptur, die Emotionen wecken wird
240	Ein Zeichen der Anerkennung für die unermüdliche Arbeit rund um das liechtensteinische Grenzgebiet
244	Altersstrategie: Wir packen es an!
247	Grossartiges Engagement und essenzielle Arbeit
250	Als Team sind wir stark
253	Integrationspolitischer Meilenstein
256	Gleichstellung ist keine Ansichtssache
265	<b>Anhang</b> Regierungsmitglieder, Stellvertretende Regierungsmitglieder, Regierungssekretär, Landtagsabgeordnete, Stellvertretende Landtagsabgeordnete
269	Dank
271	Bildnachweis

## Vorwort

Horst Schädler, Regierungssekretär

Worte haben eine besondere Macht. Sie sind flüchtig und doch beständig, unsichtbar im Moment des Sprechens und dennoch in der Lage, eine bleibende Wirkung zu entfalten. Sie formen Gedanken, prägen Meinungen und schaffen Verbindungen – zwischen Menschen, zwischen Zeiten und zwischen Ideen. Besonders im politischen Umfeld sind Worte weit mehr als blosser Schall; sie sind Werkzeuge, um zu überzeugen, Wege zu ebnen und die Zukunft zu gestalten.

Die Reden einer Regierung bringen nicht nur politische Absichten zum Ausdruck, sondern auch den Geist einer Epoche. Sie sind Zeugnisse von Visionen, Krisen und Entscheidungen. Sie sind historische Dokumente und gleichzeitig auch kulturelle Artefakte, welche die Sprache, Rhetorik und kulturellen Werte einer bestimmten Zeitperiode widerspiegeln. Und doch bleibt ihre unmittelbare Wirkung oft vergänglich: Einmal gesprochen, verweilen sie in den Köpfen der Zuhörerinnen und Zuhörer, lösen Emotionen aus, provozieren Debatten – doch sie sind nicht greifbar, nicht sichtbar. Genau das ist ihre Fragilität und zugleich ihre Stärke.



Dieses Buch bewahrt die wichtigsten Reden der Liechtensteiner Regierungsmitglieder der Legislaturperiode von 2021 bis 2025 vor dem Vergessen. Die Reden werden ergänzt mit Fotos und einem historischen Rückblick, der es ermöglicht, die Inhalte des Gesagten einzuordnen. Das Buch macht aber vor allem Worte sichtbar, die sonst, nur einmal gehört, verhallen würden, und gibt ihnen einen festen Platz im Gedächtnis der Zeit. Denn nur, wenn Worte dokumentiert werden, können sie auch zukünftig wirken – als Inspiration, als Mahnung oder als Zeugnis.

Die vorliegenden Reden sind nicht nur Momentaufnahmen eines politischen Alltags, sondern zugleich ein Dialog mit der Geschichte. Sie laden dazu ein, innezuhalten, zu reflektieren und die Bedeutung von Sprache in der Politik neu zu begreifen. Denn Worte sind nicht nur ein Mittel, sondern ein Vermächtnis. Sie verbinden uns mit dem, was war, und weisen den Weg in das, was sein kann.

Möge dieses Buch einen Beitrag dazu leisten, die Worte einer Regierung sichtbar zu machen und sie in ihrer Bedeutung für die Geschichte zu bewahren.

## Das Regierungsgebäude – zwischen Beständigkeit und Wandel

Das Liechtensteiner Regierungsgebäude steht am Peter-Kaiser-Platz in Vaduz im sogenannten Regierungsviertel, in dem sich auch das Amt für Kultur mit dem Landesarchiv und das Landtagsgebäude befinden. Erbaut wurde das Regierungsgebäude zwischen 1903 und 1905 nach den Plänen des fürstlichen Architekten Gustav Ritter von Neumann aus Wien. Während der Bauphase kam es immer wieder zu Kostendiskussionen. Denn das Land konnte sich den Bau eigentlich überhaupt nicht leisten. Er kostete rund 380 000 österreichische Kronen, was mehr Geld war, als der Staat damals in einem Jahr einnahm. Das Gebäude konnte nur realisiert werden, weil Fürst Johann II. zum einen den Baugrund kostenlos zur Verfügung stellte und sich zum anderen mit 100 000 Kronen an den Kosten beteiligte. Es war auf jeden Fall eine mutige Investition, die von grosser politischer Weitsicht zeugte. Der Bau setzte auch architektonisch neue

Das Baugelände des Regierungsgebäudes um 1899. Zu sehen ist die Strasse durch das Vaduzer Städtle in Richtung Pfarrkirche Vaduz mit dem herrschaftlichen Gutshof, den Häusern mit den Nummern 11 und 12. Am linken Bildrand ist die Fassade des heutigen Landesmuseums zu erkennen.



Eine grosse Menschenmenge versammelte sich 1934 vor dem Regierungsgebäude, um Fürst Franz I. von Liechtenstein (1854–1938) und Fürstin Elsa (1875–1947) zu begrüßen, die Vaduz mit dem Auto besuchten.

Das Regierungsgebäude auf einer Postkarte, entstanden um 1945.



Massstäbe für das damals arme und bäuerlich geprägte Liechtenstein. Es kamen aufwendige Bautechniken zum Einsatz. Beispielsweise wurde das Regierungsgebäude auf etwa 800 Pfählen von jeweils zirka 5 Metern Länge erbaut.

Im vergangenen Jahrhundert haben sich der Innen- und der Aussenbereich des Regierungsgebäudes immer wieder verändert. Für die damalige Zeit überaus grosszügig konzipiert, bot das Gebäude zunächst Platz für Regierung, Parlament, Gerichte und fast die gesamte Landesverwaltung. Auch die Polizei, das einzige Gefängnis Liechtensteins sowie die liechtensteinische Landesbank und die Bank in Liechtenstein, kurz BiL, waren vorübergehend im Regierungsgebäude untergebracht. Heute ist das «Grosse Haus», in dem ursprünglich alle drei Staatsgewalten vereint waren, Sitz der liechtensteinischen Regierung.

Mitte der 1960er-Jahre wurde die Strasse im Städtle mit Parkplätzen und einer Parkanlage gegenüber vom Regierungsgebäude neu gestaltet. Dieser Park sorgte Jahre später für viel Grün im Sommer.

In den 1980er-Jahren gab es unterhalb des heutigen Peter-Kaiser-Platzes noch keine Tiefgarage. Die vor und um das Regierungsgebäude geparkten Autos prägten das Erscheinungsbild.



In der Legislaturperiode 2021–2025 wurden der Eingangsbereich im Regierungsgebäude, der Medienraum, das Regierungssitzungszimmer und der Fürst Johannes Saal renoviert.

Die Arbeiten im Fürst Johannes Saal waren geprägt vom Balanceakt zwischen der Wahrung der historischen Identität des Raums auf der einen und der Einbindung zeitgenössischer Elemente auf der anderen Seite. Der neue Kronleuchter greift die historische Gestaltung des ursprünglichen Leuchters auf und schafft damit eine Verbindung zwischen traditionellem Kunsthandwerk und modernster Fertigungstechnik.

Das Regierungsviertel, wie es sich heute präsentiert.



## Politik in bewegten Zeiten – eine Bilanz der Jahre 2021–2025

von Christian Frommelt

Erstmals in der Geschichte Liechtensteins konnten bei den Landtagswahlen im Februar 2021 beide Grossparteien VU und FBP sowohl Stimmenteile als auch Mandate hinzugewinnen. Mitten in der Corona-Pandemie votierten die Wählerinnen und Wähler somit für die politische Stabilität der Regierungskoalition von VU und FBP. Das Votum war zugleich ein Zeichen der Anerkennung für das im internationalen Vergleich überzeugende Krisenmanagement der Regierungskoalition in der ersten Phase der Pandemie.

Die Regierung der Legislaturperiode 2021 bis 2025: Regierungsrat Manuel Frick, Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni, Regierungschef Daniel Risch, Regierungsrätin Dominique Hasler, Regierungsrätin Graziella Marok-Wachter (v. l.). Der Abstand zwischen den Regierungsmitgliedern ist damit zu erklären, dass das Foto im März 2021 und damit während der Covid-19-Pandemie erstellt wurde. Damals galt ein Sicherheitsabstand, wenn Personen keine Masken trugen.



### *Äusserst knapper Wahlausgang*

In Erinnerung bleiben die Landtagswahlen 2021 aber vor allem wegen des äusserst knappen Wahlausgangs. Weil beide Grossparteien gleich viele Mandate errangen, wurde zur Klärung des Führungsanspruchs zwischen VU und FBP die Summe der Parteistimmen herangezogen. Die Differenz der Stimmen der beiden Parteien war jedoch so gering, dass das offizielle Endergebnis erst nach einer Nachzählung der Stimmen bekannt gegeben werden konnte. Zugleich stellte sich die Frage, ob die einfache Summe der Parteistimmen aus den beiden unterschiedlich grossen Wahlkreisen der richtige Indikator ist, um einer der beiden Parteien den Führungsanspruch zuzuweisen. Tatsächlich profitierte die VU davon, dass ein Stimmzettel im Oberland mehr Stimmen enthält als im Unterland. Im Ergebnis holte die VU so zwar mehr Parteistimmen als die FBP, bei der Berechnung der effektiven Wählerstärke lag sie aber knapp hinter der FBP.

Trotz der offenen Fragen über die richtige Interpretation des Wahlergebnisses wurde die neue VU-geführte Regierung am 25. März 2021 wie geplant vom Landtag gewählt und dem Erbprinzen zur Ernennung vorgeschlagen. Dass die Regierung unter den genannten Umständen ohne wesentliche Verzögerungen und politische Nebengeräusche gebildet werden konnte, zeigt eindrücklich, wie stark in Liechtenstein das Bedürfnis nach einer konstruktiven Zusammenarbeit in der Politik ist. Ganz in diesem Sinne stellte die neue Regierung das Regierungsprogramm unter das Ziel, «Liechtenstein gemeinsam nachhaltig und verlässlich zu gestalten».

### *Vier ereignisreiche Jahre*

In ihrer Amtszeit veröffentlichte die Regierung fast 2000 neue Landesgesetzblätter. Dazu zählen von der Regierung ausgearbeitete und vom Landtag verabschiedete Gesetzesanpassungen genauso wie neue Finanzbeschlüsse, Staatsverträge, Kundmachungen oder Verordnungen der Regierung. Ebenso veröffentlichte die Regierung zahlreiche Berichte, Studien und Strategien zu gesellschaftlich und wirtschaftlich relevanten Themen. Das Gros der selbstgesteckten Ziele konnte die Regierung dadurch erreichen. So wurden bis Ende 2024 genau 80 der insgesamt 123 im Regierungsprogramm festgehaltenen Massnahmen umgesetzt.

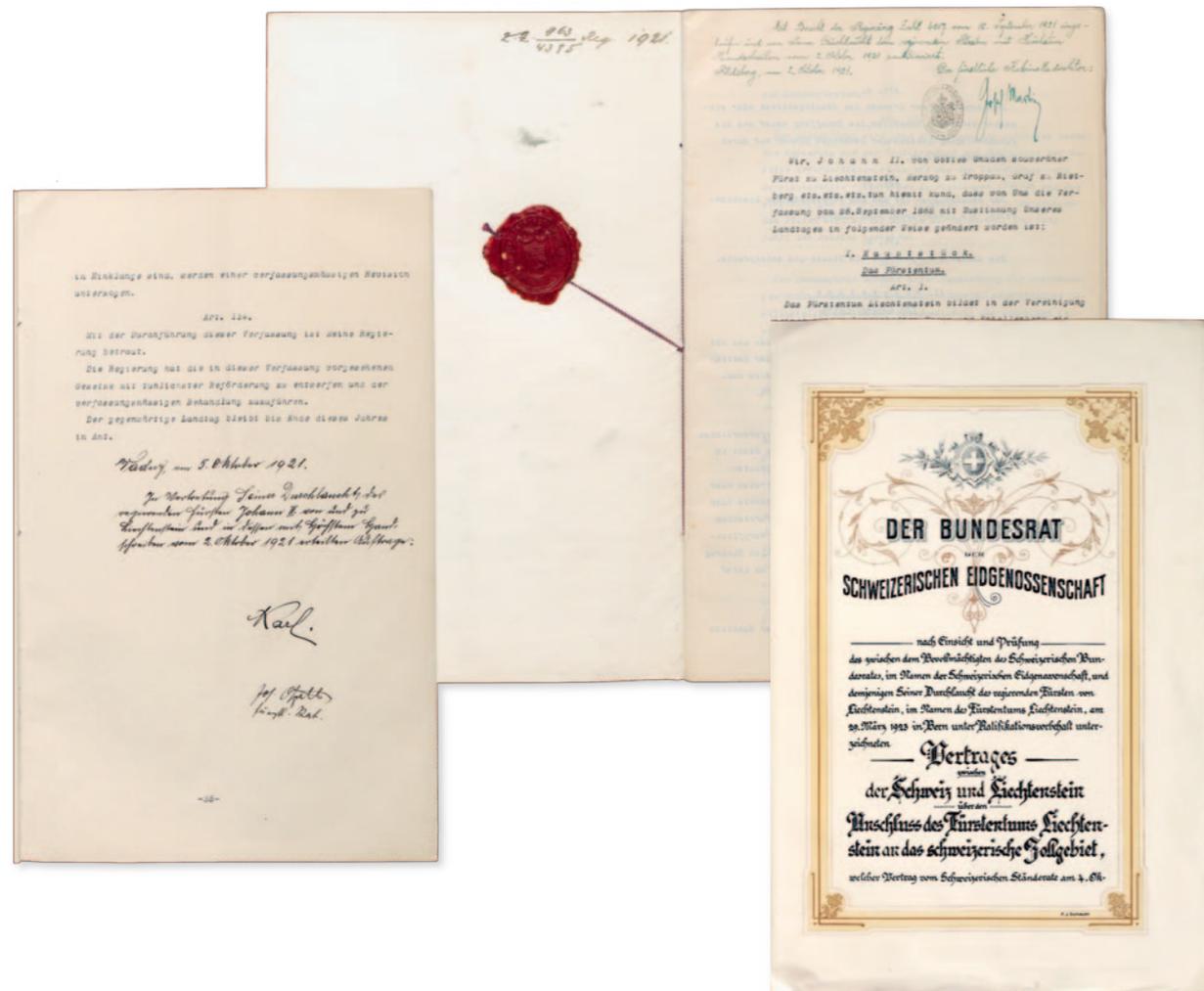
In Erinnerung bleiben die Jahre 2021 bis 2025 aber auch wegen einer aussergewöhnlich hohen Anzahl direktdemokratischer Vorstösse. Es erfolgten elf Abstimmungen, davon allein acht im Jahr 2024. Hinzu kamen zwei Volksinitiativen, welche vom Landtag abschliessend behandelt wurden.

Aufgrund der hohen Zahl an Abstimmungen sahen sich Regierung und Landtag wiederholt mit dem Vorwurf konfrontiert, dass sie am Volk vorbei politisierten. Dieser populistisch angehauchte Vorwurf lässt sich leicht widerlegen, wenn man die Entstehungsgeschichte der einzelnen Vorlagen anschaut. So ist es angesichts der damit verbundenen finanziellen Ausgaben nicht ungewöhnlich, dass bei Themen wie dem Beitritt zum Internationalen Währungsfonds (IWF), der Sanierung der staatlichen Personalvorsorge oder einem Ergänzungskredit zum Spitalneubau das Referendum ergriffen wird. Die Referenden gegen die Energievorlagen sowie das elektronische Gesundheitsdossier entsprachen demgegenüber einem von wachsendem Misstrauen gegen staatliche Regulierung geprägten politischen Zeitgeist. Mit der Privatisierung von Radio Liechtenstein sowie der Einführung der Direktwahl der Regierung wurden schliesslich zwei schon sehr lange thematisierte Vorlagen 2024 einer Abstimmung zugeführt.

## Identitätsstiftende Jubiläen

Eine weitere Besonderheit der vergangenen Regierungsperiode stellten die verschiedenen Jubiläen dar. Gefeiert wurden insbesondere «100 Jahre liechtensteinische Verfassung» sowie «100 Jahre Zollvertrag Schweiz–Liechtenstein». Die beiden Jubiläen machten deutlich, welche beeindruckende Entwicklung Liechtenstein in den vergangenen 100 Jahren durchlaufen hat. Solche Anlässe tragen wesentlich zu einer starken Identifikation der Bevölkerung mit Liechtenstein, seinen Institutionen und Partnern bei.

Die Originaldokumente der liechtensteinischen Verfassung von 1921 sowie des Zollanschlussvertrags Schweiz–Liechtenstein von 1923.



## International vernetzt und geprägt

Die Regierungstätigkeit hat sich in den vergangenen Jahren weiter internationalisiert. Hervorzuheben sind die aktive Teilnahme an der neu geschaffenen Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG), der Beitritt zum Internationalen Währungsfonds (IWF), der Vorsitz im Europarat sowie die anhaltend hohe Anzahl neuer Rechtsakte, die in das EWR-Abkommen übernommen werden und so in die liechtensteinische Rechtsordnung einfließen. Auch in Liechtenstein lässt sich mit der zunehmenden Internationalisierung eine Stärkung der Exekutive gegenüber den anderen Staatsgewalten beobachten. Umgekehrt bringt die mit der wachsenden Internationalisierung verbundene erhöhte Reisetätigkeit in einzelnen Bereichen eine grosse Mehrbelastung mit sich.

Die Jahre 2021 bis 2025 waren darüber hinaus geprägt von aussergewöhnlichen internationalen Ereignissen. Neben der Corona-Pandemie sind vor allem der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die drohende Energiemangellage zu nennen. Gemeinsam ist den drei Ereignissen, dass sie die Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit genauso aufgezeigt haben wie deren Komplexität und Verwundbarkeit. Gerade mit Blick auf den Ukraine-Konflikt lassen sich die langfristigen Auswirkungen noch nicht abschätzen. Eine weiter ansteigende Polarisierung der internationalen Politik scheint aber zumindest mittelfristig unvermeidbar.

## Resümee und Ausblick

Liechtenstein ist insgesamt glimpflich durch die verschiedenen Krisen der vergangenen Jahre gekommen. Dennoch steht auch Liechtenstein laufend vor neuen Herausforderungen. International wird Liechtenstein früher oder später aufzeigen müssen, wie es als besonders kleiner Staat ohne eigene Verteidigung zur europäischen Sicherheit beitragen möchte, um nicht als Trittbrettfahrer zu gelten. National gilt es unter anderem, die Konsenskultur und Entscheidungseffizienz zu wahren, ohne die politische Partizipation oder den Parteienpluralismus zu schwächen. Auch zeigen Umfragen, dass ein wachsender Teil der Bevölkerung durch die Nutzung Sozialer Medien politisch sozialisiert wird. Dies führt dazu, dass die Herausbildung politischer Präferenzen und Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger Liechtensteins sich nicht zwingend an der politischen Realität des Landes orientiert. Vielmehr werden über die Sozialen Medien Sorgen und Haltungen sozusagen aus dem Ausland importiert. Dies mag erklären, warum im Vergleich zu früheren Regierungen die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Regierung in der Legislaturperiode 2021 bis 2025 trotz des aus neutraler Sicht beachtlichen Leistungsausweises unterdurchschnittlich war.

Die Komplexität der Regierungsarbeit wird in den kommenden Jahren kaum zurückgehen. Entsprechend wichtig wird eine gute politische Kommunikation sein. Nur so kann verhindert werden, dass sich die öffentliche Wahrnehmung der Politik auf einzelne kontroverse Themen fokussiert. Im internationalen Vergleich steht Liechtenstein auch dank des grossen Einsatzes von Regierung und Landtag in den vergangenen vier Jahren sehr gut da. Die neue Regierung kann also auf ein solides Fundament bauen. Angesichts der aktuellen geopolitischen Spannungen und der weltweit zu beobachtenden Veränderungen der politischen Debattenkultur wird sie aber auch stark gefordert sein.

### Zum Autor

Dr. Christian Frommelt ist Politikwissenschaftler mit Schwerpunkt Europapolitik.

Neben dem Eingang zum Regierungssitzungszimmer im ersten Stock des Regierungsgebäudes ziert eine Tafel die Wand, die an die Amtszeit aller Regierungsmitglieder sowie aller Regierungssekretäre seit 1862 erinnert.





Regierungschef  
Dr. Daniel Risch

# Ministerium für Präsidentiales und Finanzen

Legislaturperiode 2021–2025



# Eine Stimme für Europa: Liechtensteins globale Verantwortung

**Impulsreferat anlässlich des Wirtschaftsgipfels der Süddeutschen Zeitung am 16. November 2021 in Berlin** Vom 15. bis 17. November 2021 nahm Regierungschef Daniel Risch am Wirtschaftsgipfel der Süddeutschen Zeitung in Berlin teil. Am 16. November hielt er dort einen Impulsvortrag auf dem Panel «Europa und die Welt». In seiner Rede präsentierte Regierungschef Risch Liechtenstein als modernen und integrierten Wirtschaftsstandort in Europa und betonte die Bedeutung demokratischer Mitspracherechte. Er hob die Initiative FAST hervor, die den Finanzsektor im Kampf gegen Menschenhandel einbindet, und rief Deutschland zur Beteiligung daran auf. Abschliessend forderte er Europa auf, eine führende Rolle in der Welt zu spielen, die über Eigeninteressen hinausgeht.

## Curriculum Vitae

### Regierungschef Dr. Daniel Risch

Name	Dr. Daniel Risch
Funktion	Regierungschef
Zuständig für	Ministerium für Präsidiales und Finanzen
Geburtsdatum	5. März 1978
Wohnort	Triesen
Zivilstand	verheiratet, zwei Kinder

### Ausbildung

2006 – 2007	SNF-Forschungsaufenthalt als Visiting Scholar an der University of Melbourne
2004 – 2007	Doktorat in Wirtschaftsinformatik an der Universität Fribourg, Dr. rer. pol.
1999 – 2003	Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Universität St. Gallen (HSG), Universität Zürich und der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München; Abschluss lic. oec. publ. an der Universität Zürich
1990 – 1998	Liechtensteinisches Gymnasium (Matura Typus E)

### Berufliche Laufbahn

2017 – 2021	Regierungschef-Stellvertreter, Ministerium für Infrastruktur, Wirtschaft und Sport
2015 – 2017	Chief Marketing Officer bei der Liechtensteinischen Post AG
2007 – 2014	Chief Marketing Officer/Head of Consulting bei Unic Gruppe in Zürich
2004 – 2007	Forscher am Competence Center für E-Business an der Fachhochschule Nordwestschweiz

### Nebenberufliche Mandate

2016 – heute	Mitglied des Parteipräsidiums der Vaterländischen Union (VU)
2015 – 2017	Vorstandsmitglied beim IKT Forum Liechtenstein
2014 – 2017	Verschiedene Verwaltungsrats- und Aufsichtsratsmandate in Liechtenstein, der Schweiz, Deutschland und Österreich
2009 – heute	Gründungs- und Patronatsmitglied des Kultur-Festivals FL1.LIFE in Schaan
2004 – 2007	Dozent an der Fachhochschule Nordwestschweiz

«Europa und die Welt» – ein grosser Titel. Und nun steht der Regierungschef eines der kleinsten Länder Europas vor Ihnen. Einer meiner Vorgänger hat vor Jahren Helmut Schmidt in seinem Büro in Hamburg getroffen. Der Alt-Bundeskanzler fragte in seiner unverwechselbaren Art: *«Und wozu braucht Liechtenstein überhaupt eine Regierung?»*

Sehr geehrte Damen und Herren

Vermutlich war er überzeugt, im kleinen Alpenland zwischen der Schweiz und Österreich sei der Fürst das Gesetz. Dem ist jedoch nicht so. Die demokratischen Rechte in Liechtenstein sind sogar weiter ausgebaut als in der ur-demokratischen Schweiz und gehen so weit, dass das Volk dem Fürsten das Misstrauen aussprechen könnte.

Und warum erwähne ich diese demokratischen Elemente einleitend zum heutigen Panel? Weil ich zutiefst überzeugt bin, dass demokratische Rechte und damit die Mitsprache und Eigenverantwortung das Fundament für eine funktionierende Gesellschaft sind – im Kleinen und im Grossen.

Ich erlaube mir, noch etwas beim «Kleinen», bei Liechtenstein, zu bleiben und unsere Perspektive auf «Europa und die Welt» zu veranschaulichen. Liechtenstein ist ein moderner, stabiler und selbstbewusster Kleinstaat, integriert in Europa – und in der Welt. Ein Staat, der bestrebt ist, alle wichtigen Themen des grösseren Europas zu verfolgen und da, wo er kann, seinen Beitrag zu leisten.

Ich bin auch überzeugt, dass es an uns in Europa ist, einen grösseren Beitrag zu leisten, als man vielleicht aufgrund der Grösse erwarten darf. Das gilt für uns – wie auch für die grösseren europäischen Staaten, die international gesehen allein auch eher kleine Staaten sind.

Integration in Europa und in der Welt war für uns immer wichtig. Und das hat bis heute Bestand. Bereits in den 1840er-Jahren war Liechtenstein Mitglied im Deutschen Bund. Seit 100 Jahren bilden wir mit der Schweiz eine Zoll- und Währungsunion, und seit 1990 ist Liechtenstein vollwertiges UNO-Mitglied. Bereits seit mehr als einem Vierteljahrhundert ist Liechtenstein zudem als Mitglied im Europäischen Wirtschaftsraum eng in Europa eingebunden. Das ist für uns gerade auch als starker Wirtschaftsstandort sehr wichtig.

Bei rund 40 000 Einwohnern bietet Liechtenstein 40 000 Arbeitsplätze. Mehr als die Hälfte der Arbeitskräfte kommt täglich aus der Schweiz, Österreich und Deutschland nach Liechtenstein, um dort zu arbeiten. Auf Deutschland hochgerechnet würde das heissen, dass jeden Tag über 40 Millionen Menschen nach Deutschland kommen würden und das Land am Abend wieder verlassen. Undenkbar. Es zeigt, was bei uns tagtäglich «im Kleinen» geschieht.

Für unsere rund 5000 Unternehmen, darunter Weltmarktführer wie die Hilti AG, thyssenkrupp Presta AG oder Neutrik AG, sind aufgrund des nicht vorhandenen Binnenmarkts der Marktzugang, die Integration und der internationale Erfolg – wie man hier in Berlin wohl sagen würde – «alternativlos». Mit einem Ausländeranteil von mehr als einem Drittel und den täglichen Zupendlern wissen wir in Liechtenstein nicht nur, was Integration in Europa und der Welt bedeutet, sondern auch, was es heisst, die Menschen nach innen in die Gesellschaft zu integrieren.

Wir leisten auch diesbezüglich mehr, als man von so einem kleinen Land vielleicht erwarten kann. Wir wollen unseren positiven Beitrag leisten. Liechtenstein – das gilt für unser Land wie auch für unsere Wirtschaft – wird nie durch Grösse, sondern immer nur durch Qualität überzeugen können.

Und wir werden nie eine laute Stimme haben. Aber mit der Stimme, die wir haben, möchten wir da und dort unseren grösseren Partnern etwas ins Ohr flüstern, das Europa und die Welt besser machen kann.

Nachhaltigkeit ist heute in aller Munde, und auch diesbezüglich – insbesondere beim Klima – wird von allen ein grosser Einsatz gefordert. Nachhaltigkeit geht aber sehr viel weiter. Ich möchte das Beispiel einer liechtensteinischen Initiative anführen, die mit sozialer Nachhaltigkeit zu tun hat und mir auch persönlich sehr wichtig ist.

Wussten Sie, dass zirka 40 Millionen Menschen weltweit von moderner Sklaverei und Menschenhandel betroffen sind? Oder wussten Sie, dass Sklaverei und Menschenhandel weltweit einen kriminellen Markt von rund 150 Milliarden US-Dollar ausmachen?

Ausgehend von der UNO-Agenda 2030 haben wir in Liechtenstein eine internationale Initiative gestartet, die das Ziel verfolgt, den globalen Finanzsektor auf seine Möglichkeiten bei der Bekämpfung von Menschenhandel und Sklaverei aufmerksam zu machen. Liechtenstein will das grosse Know-how des Finanzplatzes bei der Aufdeckung von illegalen Finanzströmen im Kampf gegen das internationale Verbrechen einbringen. Wir sind überzeugt, dass wir dafür prädestiniert sind. Der Name dieser Liechtensteiner Initiative ist FAST, und er steht für «Finance Against Slavery and Trafficking». Als erste Kooperationspartner konnten wir mittlerweile Australien, die Niederlande und Norwegen gewinnen.

Bilaterale Treffen von Regierungschef Daniel Risch mit Ralph Brinkhaus, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (links), und mit FDP-Generalsekretär Volker Wissing (rechts).



Die weltweite Sklaverei ist ein starker Gegner. Darum müssen wir alle Kräfte mobilisieren, um den Menschenhändlern das Handwerk zu legen. Dazu brauchen wir starke Partner. Und daher laden wir auch die Bundesrepublik Deutschland ein, sich der Liechtensteiner Initiative FAST als Partnerland anzuschliessen. Die neue deutsche Regierung könnte so ein deutliches Signal für die sozial-nachhaltige Entwicklung unserer Welt setzen. Sehr konkret, sehr direkt – zum Schutze von Menschen, die sich allein nicht wehren können.

Sie sehen, unser Land ist bestrebt, einen Beitrag zu leisten, der über das hinausgeht, was man von einem Kleinstaat erwarten würde. Und genau so sehe ich auch die Rolle der europäischen Staaten in der Welt. Europa, die EU – und die EU insbesondere auch als Wertegemeinschaft verstanden – kann und muss einen Beitrag in der Welt leisten, der über die Eigeninteressen und über das Erwartbare hinausgeht. Denn Europa sollte auch in Zukunft nicht trotz, sondern wegen seiner Vielfältigkeit eine starke Position in der Welt haben.

«Nacht der Europäischen Wirtschaft» mit Steven van Rijswijk, Judith Wittwer, Chefredakteurin Süddeutsche Zeitung, Annalena Baerbock, Vorsitzende Bündnis 90/Die Grünen, Wolfgang Krach, Chefredakteur Süddeutsche Zeitung, Olaf Scholz, Bundesfinanzminister und SPD-Kanzlerkandidat, Regierungschef Daniel Risch, Christian Wegener, Joachim Schreiner und Martin Eisenhut.

Impulsreferat auf dem Panel «Europa und die Welt».



## Gemeinsame Geschichte, gemeinsame Zukunft: 100 Jahre Zollvertrag Schweiz–Liechtenstein

Rede anlässlich des Apéro riche – 100 Jahre Zollvertrag Schweiz–Liechtenstein am 15. Juni 2023 im Bellevue Palace in Bern

Der traditionelle Liechtenstein-Empfang in Bern fand am Donnerstag, 15. Juni 2023, ganz im Zeichen des 100-Jahr-Jubiläums des Zollvertrags zwischen der Schweiz und Liechtenstein statt und rundete die diesbezüglichen offiziellen Feierlichkeiten ab. In seinem Festvortrag im Bellevue Palace würdigte Regierungschef Daniel Risch die historische Bedeutung des Zollvertrags und die enge Verbundenheit und Freundschaft zwischen Liechtenstein und der Schweiz. Abschliessend forderte er die heutigen Generationen auf, diese Beziehungen zu pflegen und zu stärken, um sie für die Zukunft zu sichern.

Sehr geehrter Bundesrat, lieber Guy  
Geschätzte Regierungschef-Stellvertreterin, liebe Sabine  
Geschätzte Regierungsrätin, liebe Dominique  
Geschätzte Schweizer Freundinnen und Freunde  
Geschätzte Gäste

Im Rahmen der Feierlichkeiten rund um das Jubiläum «100 Jahre Zollvertrag Schweiz–Liechtenstein» habe ich noch einmal das Vergnügen, Sie alle zu diesem gemeinsamen Jubiläum zu begrüssen – dieses Mal hier bei Ihnen in Bern.

Es ist dies der letzte Festanlass im Zusammenhang mit diesem Jubiläum, was mich persönlich schon fast ein wenig wehmütig stimmt. Denn bei einem solch grossen Jubiläum ist es ja wie immer mit der Vorfreude: Die Wartezeit erscheint einem unglaublich lang, und dann ist alles viel zu schnell wieder vorbei. Was natürlich bleibt, sind die Erinnerungen. Erinnerungen an ein wunderbares Jubiläum, an den gemeinsamen Abend am 29. März, an dem unter anderem Bundespräsident Alain Berset teilnahm, an den Festanlass mit der Bevölkerung auf der Rheinbrücke am 29. April, an dem die Sonne schien, obwohl es davor und danach wie aus Kübeln schüttete – auch Petrus scheint ein Zollvertrags-Fan zu sein.

Und was nach diesem Jubiläum natürlich auch bleibt, das ist das, was wir auch gebührend feiern: das Band der Freundschaft zwischen der Schweiz und Liechtenstein. Die Selbstverständlichkeit, wie wir in Vaduz, aber auch hier in Bern mit dieser Partnerschaft umgehen, ist sehr wertvoll. Ein Blick in die Geschichtsbücher zeigt, dass diese Selbstverständlichkeit nämlich gar nicht so selbstverständlich ist.

Der Zollvertrag war auch Jahre nach der Unterzeichnung alles andere als fest verankert. Lassen Sie uns noch einmal einen Blick in die Geschichte werfen: Wir wissen, dass es kein einfacher, sondern vielmehr ein steiniger Weg bis zur Unterzeichnung war. Heute nehmen wir mit einem Schmunzeln zur Kenntnis, was Landtagspräsident Albert Frick schon in seiner Rede am Volksfest auf der Brücke gesagt hat, nämlich: *«[...] dass die Schweizer die Liechtensteiner als wenig gesetzestreu beschrieben, als unzuverlässig, arbeitsscheu und als moralisch äusserst bedenklich.»*

Auch auf Liechtensteiner Seite gab es kritische Stimmen, dass die Schweiz den Nachbarn als Kanton einverleibt oder noch schlimmer, *«[...] dass ein Zollvertrag mit der Schweiz republikanische Strömungen in Liechtenstein den Boden bereitet»<sup>1</sup>* und *«das monarchische Staatswesen zu sehr in den Sog demokratischer und liberaler Ideen komme»<sup>2</sup>*, wie es in einem Artikel im Jahrbuch des Historischen Vereins heisst.

Aber auch nach der Unterzeichnung vergingen Jahre, in denen es nicht ausgeschlossen war, dass eine Seite den Zollvertrag einfach wieder aufkündigt, immerhin begegneten sich vertraglich zwei Staaten mit unterschiedlicher Tradition und verschiedener Staatsauffassung. Dies wurde – vor allem in Liechtenstein – auch parteipolitisch ausgeschlachtet. Als es dann im Jahr 1928 – also fünf Jahre nach der Unterzeichnung des Zollvertrags – zu einem vorzeitigen Regierungswechsel kam, wurde die Beziehung Liechtensteins zur Schweiz sogar zu «einem heiklen Thema».

Plötzlich musste sich die Regierung erklären, ihr wurde vorgeworfen, dass sie sich nach Österreich umorientieren wolle und dass sie sogar von einer Auflösung des Zollvertrags gesprochen habe. Der damalige Regierungschef Dr. Josef Hoop erklärte, dies seien «leere Gerüchte und bewusste Entstellungen».

Die Gerüchte liessen sich aber nicht voll und ganz entkräften, der politische Zankapfel blieb bestehen. Die politischen Auseinandersetzungen gipfelten in einem Artikel, der anlässlich «10 Jahre Zollanschlussvertrag mit der Schweiz» zunächst in der «Neuen Zürcher Zeitung» erschien. Im Artikel wurden Beispiele aufgezählt, die beweisen sollten, dass die Regierung sich doch eher an Österreich orientiert als an der Schweiz. Als sich die «Liechtensteiner Nachrichten» mit dem Artikel in der NZZ identifizierten, liess die Regierung die Ausgabe kurzerhand beschlagnahmen. Sie sah «lebenswichtige Interessen» des Landes in Gefahr.

Regierungschef Daniel Risch bei seiner Begrüssungsrede. Er würdigte die Freundschaft zwischen der Schweiz und Liechtenstein.

Regierungschef Daniel Risch und der Schweizer Bundesrat Guy Parmelin.



Sie sehen – sehr geehrte Damen und Herren –, es ging damals hoch her, und von der heutigen Selbstverständlichkeit waren wir noch weit entfernt. Was uns heute als selbstverständlich und einfach erscheint, ist das Ergebnis jahrzehntelanger, beidseitiger Bemühungen um Verständnis, Freundschaft, Partnerschaft und Eigenstaatlichkeit. Und für diese unermüdlichen Bemühungen bedanke ich mich bei unseren Vorfahren.

Ich hoffe und bin überzeugt, dass wir heute und unsere Kinder morgen an die heute so selbstverständliche enge Verbundenheit und Freundschaft anknüpfen werden.

Unsere Beziehung ist ganz einfach zu wertvoll, als dass sie jemals wieder zum politischen Zankapfel werden sollte.

Der Anlass in Bern im Juni 2023 rundete die offiziellen Feierlichkeiten ab. Auf dem Bild applaudieren Nationalratspräsident Martin Candinas, Regierungsrätin Dominique Hasler, Bankratspräsidentin der Schweizerischen Nationalbank Barbara Janom Steiner, Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank Thomas Jordan, Liechtensteiner Botschafterin in der Schweiz Doris Frick, Regierungschef Daniel Risch und der Schweizer Bundesrat Guy Parmelin (v.l.).



## Digitalisierung und Nachhaltigkeit: Wie ein Kleinstaat die Zukunft mitgestaltet

**Rede anlässlich des Neuland-Kongresses am 27. Juni 2023 in Aachen** Am 27. und 28. Juni 2023 besuchte Regierungschef Daniel Risch das deutsche Bundesland Nordrhein-Westfalen, um am renommierten Neuland-Kongress in Aachen teilzunehmen. Dabei hielt er einen Impulsvortrag zum Thema «Unternehmen Staat» und diskutierte dabei die Rolle von kleinen Ländern in der globalen Gemeinschaft. Der Regierungschef stellte Liechtenstein als zukunftsorientierten und unternehmerisch geführten Kleinstaat vor und betonte die Bedeutung von Partnerschaften und demokratischen Prozessen.

Sehr geehrte Damen und Herren

Neuland – nun ja, genau das kann man über Liechtenstein nicht gerade sagen. Denn seit mittlerweile über 300 Jahren besteht das Land, dessen Regierungschef ich bin, praktisch in denselben Grenzen am sprichwörtlichen «jungen» Rhein, südlich des Bodensees zwischen der Schweiz und Österreich gelegen, inmitten der Alpen. Liechtenstein ist also eher ein altes denn ein neues Land. Und doch ist Liechtenstein als viertkleinster Staat Europas alles andere als altmodisch oder gar veraltet. Vielmehr ist es ein äusserst moderner, zukunftsgerichteter Kleinstaat, der auch bei den Themen Digitalisierung und Nachhaltigkeit einiges zu bieten hat.

Das Motto des heutigen Tages lautet «Creating the digital and sustainable future together». Also: «Zukunft gemeinsam gestalten» – dann beginnen wir damit. Um die Zukunft gemeinsam zu gestalten, braucht es einen Plan, dazu eine gute Organisation und Entscheidungen – und in herausfordernden Zeiten auch mutige Entscheidungen.

Nur, was heisst gemeinsam? Es heisst, nicht im stillen Kämmerchen jeder für sich, sondern an den Verhandlungstischen, möglichst auf Augenhöhe.

Aber ist ein Kleinstaat wie Liechtenstein dort vertreten beziehungsweise erwünscht? Und, falls ja: Wird er überhaupt gehört? Ich bin davon überzeugt, dass ein Organismus immer nur so gut funktioniert wie die kleinen Zellen. Die kleinsten Zellen sind in diesem Fall wir Menschen. Wir organisieren uns in Familien, Vereinen, Kommunen – wir organisieren uns in Ländern und auch in internationalen Organisationen. Ohne «Organisation» im Kleinen und im Grossen kann man nicht gemeinsam gestalten.

Zu einer guten Organisation gehören auch Entscheidungen. Liechtenstein hat vor mehr als 30 Jahren entschieden, Mitglied im Europäischen Wirtschaftsraum zu werden und hat so – gemeinsam mit Island und Norwegen – die engste Form der Integration zur EU und zu Europa gewählt.

Bereits seit 1978 sind wir Mitglied im Europarat, bei dem wir im Spätherbst dieses Jahres erneut den Vorsitz übernehmen und damit die Mitverantwortung für 676 Millionen Europäerinnen und Europäer. Seit genau 100 Jahren sind wir mit der Schweiz in einer Zoll-, später auch in einer Währungsunion, verbunden, und seit 1990 ist Liechtenstein UNO-Mitglied.

Was «gemeinsam» heisst, ist uns somit bestens vertraut. Je kleiner ein Land ist, desto mehr ist es auf das Vertrauen seiner Partner angewiesen. Das ist uns wohl bewusst. Eine kleine Volkswirtschaft braucht Gemeinsamkeiten und Partnerschaften. Sie können sich vorstellen, dass Liechtenstein mit seinen 40 000 Einwohnern einen überschaubaren Industrie- und Finanzbinnenmarkt besitzt. Umso wichtiger sind einerseits der Marktzugang und andererseits die Qualität der Dienstleistungen und Produkte.

Denn international erfolgreich zu sein, ist für liechtensteinische Unternehmen nach deutschem Duktus «alternativlos».

Regierungschef Daniel Risch bei seiner Rede zum Thema «Unternehmen Staat» am Neuland-Kongress.



Aber kann ein kleines Land denn überhaupt einen Beitrag leisten und einen solchen Mehrwert schaffen? Das hängt natürlich wesentlich vom eigenen Anspruch ab.

Es ist ein Einfaches, sich auf den Standpunkt zu stellen, dass es die Grossen regeln sollen. Wir stellen jedoch den Anspruch an uns, mehr zu leisten, als man aufgrund unserer geringen Grösse von uns erwartet. Liechtenstein zeigt als kleines Land täglich, dass es möglich ist, im Kleinen vor Ort zu entscheiden und trotzdem in grossen Strukturen bestens integriert zu sein. Wir beweisen immer wieder, dass auch ein Kleinstaat mitwirken und etwas zum grossen Ganzen beitragen kann.

Beispielsweise in der UNO: Nehmen wir das Beispiel der von Liechtenstein lancierten «Veto-Initiative» aus dem vergangenen Jahr. Dabei ging es darum, dass das Veto im Sicherheitsrat nicht mehr das letzte Wort sein sollte, sondern dass neu nach jedem Veto die UNO-Vollversammlung zusammentritt und über das Veto gesprochen wird. Auch kann sich der Veto-Staat erklären. Leider kam es seit der Annahme der Veto-Initiative im letzten April – insbesondere aufgrund des russischen Angriffskriegs – schon zu mehreren konkreten Anwendungsfällen. Die Unterstützung für die Initiative war so stark, dass darauf verzichtet werden konnte, darüber abzustimmen. Unter anderem haben alle EU-Staaten die Veto-Initiative geschlossen unterstützt. Dieses Beispiel zeigt, dass ein kleines Land wie Liechtenstein ganz unabhängig von seiner Grösse etwas bewegen und beitragen kann. In gewissen Bereichen vielleicht sogar besser als ein grosser Staat. In der UNO hat Liechtenstein eine Stimme wie jedes andere Land auch. Und sie wird gehört.

Grosse Anerkennung und Zuspruch, nicht zuletzt von Bundeskanzler Olaf Scholz, haben wir auch für unsere Bemühungen bei der Bekämpfung von Menschenhandel und Sklaverei erhalten. Liechtenstein hat die Initiative «Finance Against Slavery and Trafficking», kurz FAST, mit Blick auf die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen vor fünf Jahren ins Leben gerufen. Es geht darum, Menschenhandel und moderne Sklaverei zu verhindern, indem man möglichst früh die damit verbundenen Finanzströme erkennt und unterbinden kann. Ganz im Sinne der humanitären Nachhaltigkeit.

Womit wir beim nächsten Punkt wären: «Gemeinsam eine nachhaltige Zukunft gestalten» – «Creating the sustainable future together».

Was braucht es dazu? Wie gestalten wir einen nachhaltigen Staat?

An dieser Stelle kommt das «Unternehmen Staat» ins Spiel. «Was hat Unternehmertum mit einem Staat zu tun?», fragen Sie sich jetzt vielleicht.

Meiner Meinung nach sehr viel. Ein Staat ist nichts anderes als eine Organisation, die klar definierte Ziele und Strategien hat. Der Staat hat «Kunden», die gewissermassen auch «Eigentümer» sind, er «produziert» etwas, er erbringt Dienstleistungen, hat ein Budget und braucht gute Mitarbeitende. Was spricht also dagegen, einen Staat unternehmerisch zu führen? Aus meiner Sicht nichts.

Im Gegenteil, wenn die Schulden von heute die Steuern von morgen sind, dann führt an einer nachhaltigen und unternehmerischen Staatsführung zum Wohle des Volkes künftig kein Weg vorbei.

Liechtenstein ist ein Land der Unternehmer, man kann Liechtenstein als unternehmerischen Staat bezeichnen. Unternehmertum war schon immer Bestandteil der DNA Liechtensteins. Auf acht Einwohner kommt ein aktives Unternehmen – das ist rekordverdächtig. Und wenn ich gefragt werde – was doch oft vorkommt –, ob die grossen liechtensteinischen Industriebetriebe, wie eine Hilti, Ivoclar, Hoval oder Neutrik, Liechtenstein aufgrund der tiefen Steuern als Standort ausgewählt haben, verneine ich das jeweils gerne und betone, dass diese und viele weitere Unternehmen allesamt Familienunternehmen sind, die in Liechtenstein gegründet wurden und noch heute in Familienbesitz sind.

Wir sprechen in Liechtenstein oft und gerne über gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und meinen damit, dass ein Rahmen geschaffen wird, um sich zu entfalten und dies in einem sicheren Umfeld mit politischer und wirtschaftlicher Stabilität. Der Staat ist bei uns bestrebt, möglichst wenig zu nehmen, wenig einzugreifen und das zu bieten, was für Unternehmergeist, Eigeninitiative und Innovation, freie Entfaltung und Prosperität notwendig ist. Grosszügige Förderprogramme: Fehlanzeige. Dafür kurze Wege und wenig Bürokratie. Ganz ähnlich, wie es auch in erfolgreichen Unternehmen gemacht wird. Wir denken und handeln sehr wirtschaftsliberal und führen das Land wie ein Unternehmen. Somit verstehe ich mich als Regierungschef auch eher als eine Art CEO und weniger als Premierminister. Und die Bürgerinnen und Bürger sind quasi unsere Aktionäre.

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass diese Art, einen Staat zu führen, funktioniert und erfolgreich ist. Das Führen eines Unternehmens hat denn auch viel mit Nachhaltigkeit zu tun. Nachhaltigkeit im klassischen Sinn, dass nicht mehr Ressourcen verbraucht als wiedergewonnen werden. Nachhaltigkeit heisst aber auch, nicht stillzustehen. Nachhaltigkeit steht für Erneuerung, Weiterentwicklung und gemeinsames Gestalten. Nachhaltig ist nur, was letztlich breit abgestützt und breit akzeptiert ist. Vor diesem Hintergrund sind für uns auch die globalen Nachhaltigkeitsziele nicht nur eine internationale Verpflichtung, sondern eine nationale Notwendigkeit.

Sybille Keupen, Oberbürgermeisterin der Stadt Aachen, empfing Regierungschef Daniel Risch im Rahmen der Deutschlandreise zu einem Arbeitsgespräch.



Besuch in Nordrhein-Westfalen: Europaminister Nathanael Liminski, Regierungschef Daniel Risch und der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen Hendrik Wüst.



Regierungschef Daniel Risch im Austausch mit Hendrik Wüst, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen. Im Hintergrund die Liechtensteiner Botschafterin in Berlin, Isabel Frommelt-Gottschald, und Roland Moser, persönlicher Mitarbeiter des Regierungschefs.



Unsere «Strategie» in diesem Zusammenhang nennt sich wie auch andernorts «Regierungsprogramm». Dort sind die Prinzipien und Ziele festgelegt. In dieser Legislatur steht es unter dem Hauptthema Nachhaltigkeit. Es geht um soziale, ökonomische, ökologische und finanzielle Nachhaltigkeit. Fangen wir gleich beim letzten Punkt an. Finanzielle Nachhaltigkeit. Aktuell ist die Budgetdisziplin auch in Deutschland und Österreich wieder in aller Munde – und auch die Schweizer Finanzministerin hat zum Sparen aufgerufen.

Wir kennen das. Auch unser Land ging durch eine Sparphase, um das Budget wieder ins Lot zu bringen – oder in Nachhaltigkeits-Termini gesagt: um nur so viel zu verbrauchen, wie auch «nachwächst». Denn das Geld «wächst» auch in Liechtenstein nicht auf den Bäumen. Mittlerweile ist ein ausgeglichener Staatshaushalt per Gesetz vorgeschrieben. Und Gesetze sind ja bekanntlich da, um eingehalten zu werden.

Ganz ähnlich handhaben wir es auch mit der Digitalisierung. Und damit kommen wir zum abschliessenden Aspekt: «Creating the digital future together». Die digitale Zukunft! Wir gehen dies ebenfalls sehr strategisch an. 2019 hat die Regierung die Digitale Agenda vorgestellt, und seither arbeiten wir unermüdlich daran. Nicht nur, dass wir heute zu 100 Prozent Glasfaser verbaut haben und in den internationalen Rankings für schnelles Internet weit vorne sind. Wir haben auch einen Weg gewählt, bei dem Kupfer- und Coax-Kabel ein Jahr nach dem Glasfaser-Ausbau rückgebaut werden. Das ist ein «harter» Schritt, aber so stellen wir sicher, dass wir nur eine Infrastruktur betreiben.

Treffen von Regierungschef Daniel Risch mit Marcus Optendrenk, Finanzminister von Nordrhein-Westfalen.



Regierungschef Daniel Risch und Moderator Robert Esser am Neuland-Kongress.



Ähnlich radikal waren wir bei der Einführung von Tablets und Notebooks in den Schulen. Gerade noch rechtzeitig vor der Pandemie – nein, auch wir wussten nicht, dass und wann sie kommt – waren alle Schulen komplett digitalisiert. Ein Riesenvorteil im März 2020.

Das mag alles sehr einfach und logisch klingen. Und eigentlich ist es das auch. Warum? Weil alles auf Prinzipien und klaren Regeln basiert. Weil wir um die besten Ideen ringen und weil die «Eigentümer», sprich das Stimmvolk, immer auch mitreden können, wenn sie das wollen. Nicht nur alle vier Jahre, sondern bei jedem Gesetz, das erlassen wird, kann das Volk per Referendum mitbestimmen. Vor rund einem Monat hat die Regierung erstmals eine Website aufgeschaltet, auf welcher die Bevölkerung transparent und konkret den aktuellen Umsetzungsstand der «Strategie» beziehungsweise der Massnahmen aus dem Regierungsprogramm eins zu eins verfolgen kann. Diese Messbarkeit ist für Liechtenstein ein Novum.

Die Zukunft ist digital, nachhaltig – und wir gestalten sie gemeinsam. Trotzdem braucht es Eigenverantwortung, auch als Staat. Nur wer aus eigenem Antrieb seine Prinzipien und Ziele verfolgt, wird im Kleinen und im Grossen an der Zukunft mitwirken können. Jedenfalls versuchen wir als kleinster deutschsprachiger Partner, als Europäer und als Mitglied der Staatengemeinschaft unseren Teil für die Gestaltung einer nachhaltigen, digitalen Zukunft zu leisten – und mehr als das.

Besuch in der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen: Regierungschef Daniel Risch, Rektor Ulrich Rüdiger, Julia Mann und Holger Hoos.



Oberbürgermeisterin der Stadt Aachen, Sybille Keupen, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Hendrik Wüst, I. K. H. Prinzessin Anne, CHIO-Präsidentin Stefanie Peters und Regierungschef Daniel Risch am CHIO in Aachen, einem international renommierten Reitturnier.



## Gemeinsame Werte, gemeinsame Zukunft: Die Rolle Liechtensteins und Österreichs in Europa

Rede anlässlich des Empfangs des österreichischen Honorargeneralkonsulats im Fürstentum Liechtenstein aus Anlass des österreichischen Nationalfeiertags, gehalten am 27. Oktober 2023 im Rathausaal in Vaduz

Am 27. Oktober 2023 hielt Regierungschef Daniel Risch anlässlich des Empfangs zum österreichischen Nationalfeiertag eine Rede im Rathausaal von Vaduz. In seiner Ansprache würdigte er die «immerwährende Neutralität» Österreichs und deren Beitrag zum Weltfrieden. Er erklärte, dass Liechtenstein im Gegensatz zu seinen Nachbarn nicht offiziell neutral ist und bei Völkerrechtsverletzungen eine klare Haltung einnimmt, wie im Fall des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Regierungschef Risch betonte die engen diplomatischen und zwischenmenschlichen Beziehungen zwischen Liechtenstein und Österreich, lobte die Zusammenarbeit der beiden Länder und drückte seine Dankbarkeit für die jahrhundertealte Freundschaft aus.

Sehr Herr Landtagspräsident Sonderegger aus Vorarlberg  
Liebe Regierungskolleginnen und -kollegen  
Werte Damen und Herren Abgeordnete  
Geschätzter Herr Botschafter der Republik Österreich  
Geschätzte Honorargeneralkonsulin  
Verehrte Gäste

Im Namen der Regierung danke ich für die Einladung zum heutigen Empfang. Wir würdigen heute den österreichischen Nationalfeiertag und gleichzeitig die Festschreibung der «immerwährenden Neutralität» Österreichs. Vor einem Jahr habe ich hier in meiner Grussadresse meine Hoffnung geäußert, dass die Welt wieder friedlicher werden möge. Leider ist dies nicht eingetroffen. Ganz im Gegenteil: Die Situation hat sich sogar verschlechtert. Der Fokus der geopolitischen Lage liegt auf Konflikten und sicherheitsrelevanten Ereignissen, die auch unsere beiden Länder betreffen. Umso erfreulicher und wertvoller ist es, dass wir hier als freundschaftlich verbundene Nachbarn zusammenkommen können.

Wie Sie wissen, ist Liechtenstein mit Österreich und der Schweiz von zwei neutralen Staaten umgeben. Im Kern bedeutet Neutralität, keinem militärischen Bündnis beizutreten und keine fremden Stützpunkte auf dem Staatsgebiet zu erlauben. Am 26. Oktober 1955 wurde die österreichische Neutralität im Bundesverfassungsgesetz festgeschrieben. Österreich hat sich damit dazu verpflichtet, unabhängig zu bleiben und als dauerhaft neutraler Staat einen wertvollen Beitrag zum Frieden in der Welt zu leisten. Die Schweiz ihrerseits ist seit 1815 neutral. Durch den Wiener Kongress von den damaligen Grossmächten anerkannt, ist die Neutralität aus der Schweizer Kultur nicht mehr wegzudenken.

Nun, wo steht hierbei das Fürstentum Liechtenstein? Wer sich damit näher befassen möchte: Am Liechtenstein-Institut findet diesbezüglich aktuell eine Vortragsreihe statt, deren Besuch ich Ihnen gerne empfehlen kann. Sie heisst «Zeitenwende: Liechtenstein zwischen Neutralität und Sanktionen». Zwei der drei Termine finden noch statt.

In der Schweiz und in Österreich wird die Neutralität seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs in der Ukraine wieder vermehrt diskutiert. Wie sieht das in Liechtenstein aus? Sind wir einfach neutral, weil wir zwischen Neutralen liegen? Um ein Ergebnis der Vortragsreihe am Liechtenstein Institut vorwegzunehmen, das den einen oder die andere oder vielleicht alle überraschen wird: Eine liechtensteinische Neutralität liegt weder völker- noch staatsrechtlich vor.

Dennoch: Liechtenstein partizipiert über den Zollanschlussvertrag von 1923 am Neutralitätsstatus der Schweiz. Unser Land wurde entsprechend in den letzten 100 Jahren auch häufig als «faktisch neutraler Staat» bezeichnet. Während der Schweiz und Österreich der Status der international anerkannten immerwährenden Neutralität zukommt, hat Liechtenstein diesen Status nicht und muss oder müsste seine Neutralität im Einzelfall erklären – was aber selten geschieht.

Magnus Brunner, Finanzminister von Österreich, und Regierungschef Daniel Risch unterwegs in Vaduz im April 2023.



Liechtenstein ist bei Verletzungen des Völkerrechts, wie beispielsweise im Falle des Kriegs Russlands gegen die Ukraine, faktisch eben nicht neutral. Hierzu hat Liechtenstein, wie auch Österreich und viele andere Länder, eine klare Haltung. Auch Österreich ist bei Völkerrechtsverletzungen nicht neutral.

Ich bin zutiefst dankbar, dass Liechtenstein und Österreich bei diesem Thema als Nachbarn auf derselben Seite stehen. Wir leben in krisenhaften Zeiten, und Frieden ist durch nichts zu ersetzen. Frieden ist von entscheidender Bedeutung für das Wohlergehen und die Stabilität von Gesellschaften und Staaten. Wo wir uns unterscheiden, ist zwar bei der EU Mitgliedschaft. Wo wir verbunden sind, ist aber im Europarat. Liechtenstein steht gerade kurz davor, in diesem Gremium seinen Beitrag zu leisten und Verantwortung zu übernehmen. In rund zwei Wochen übernehmen wir unter dem Motto «Gemeinsame Werte, gemeinsame Zukunft» den Vorsitz im Ministerkomitee des Europarats.

Als Regierungschef, aber auch als einfacher Bürger bin ich dankbar für die guten Beziehungen, die Liechtenstein zu seinem Nachbarland Österreich unterhält und pflegt. Unsere beiden Länder arbeiten stets und beständig daran, dieses einzigartige Band weiter zu knüpfen und zu stärken. Auf diplomatischer Ebene – und diesbezüglich möchte ich Botschafter Diwald und Honorargeneralkonsulin Rita Kieber-Beck besonders danken –, aber natürlich auch auf persönlicher, zwischenmenschlicher Ebene.

Wir schätzen unsere Freundschaft und das jahrhundertalte Band, das uns verbindet, und freuen uns auch auf die künftige Zusammenarbeit zum Wohle unserer beiden Staaten und zum Wohlergehen der Menschen in Europa.

In diesem Sinne möchte ich die Gelegenheit nutzen, allen Österreicherinnen und Österreichern – wenn auch mit einem Tag Verspätung – herzlich zum Nationalfeiertag zu gratulieren!

Möge unsere Freundschaft stets bestehen bleiben.

Geschätzte Gäste, lassen sie mich noch einen Dank aussprechen, einen Dank an die Adresse von Honorargeneralkonsulin Rita Kieber-Beck, welche im Jahr 2013 das herausfordernde, aber auch schöne Amt angetreten hat und es in den letzten zehn Jahren mit grossem Einsatz und viel Geschick und Herzblut ausübte. Ihr offizielles Mandat ist beziehungsweise wäre bereits vor wenigen Tagen ausgelaufen. Rita war aber – wie man sie kennt – gerne bereit, die heutige Feier in gewohnt würdigem Rahmen zu organisieren. Hierfür nochmals herzlichen Dank.

## Multilateralismus als Weg zu Frieden und Gerechtigkeit

Rede vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates anlässlich der Januarsession am 24. Januar 2024 in Strassburg

Vom 15. November 2023 bis zum 17. Mai 2024 übernahm Liechtenstein zum dritten Mal den Vorsitz im Ministerkomitee des Europarates, nachdem es dies zuvor bereits 1987 und 2001 getan hatte. Am 24. Januar 2024 hielt Regierungschef Daniel Risch eine Rede vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarats in Strassburg. In seiner Rede betonte der Regierungschef die Bedeutung des Multilateralismus und die Rolle kleiner Staaten in internationalen Organisationen.

*«Many small people, in many small places, doing many small things, can change the world.»*

Dear President of the Parliamentary Assembly,  
Dear Secretary General of the Parliamentary Assembly,  
Dear Secretary General of the Council of Europe,  
Dear Members of the Parliamentary Assembly,  
Excellencies,

The proverb I started with means a lot to me. Aren't we all «small» or «little» in a sense? All of us are merely individuals, living and acting in small places. Strasbourg, like most places in the world, is a small place too if you look at it in isolation. And only if in many small places, many people do many things, a greater movement can happen. Just recently, I attended a church service and the priest talked about scientific findings, outlining that this planet – Mother Earth – has been inhabited by 107 billion human beings up to the present day. Currently there are around 8 billion people on this planet, 640 million of them living in the countries we represent – in Europe.

107 billion is a truly impressive number. However, it is a historic number, indicative of the past – the generations before ours.

But – shouldn't we focus on the generations to come? The hopefully infinite number of people living on this planet after us. I believe, and I am convinced, that our desire to shape the world, or at least Europe, with our decisions for future generations is the reason why all of you – all of us – decided to pursue a career in politics.

When talking about the past and about the future, I would like to add an additional aspect to the proverb I mentioned at the beginning of my remarks. The phrase «do many small things» includes a particularly significant element: the verb «do».

Significant, because we can only «DO» things right now. We might be able to plan or aim to do things in the future, but we are only actually able to take action in the present. Equally, we are not able to change what we «did» or «did not do» in the past, even if we may regret our decisions and now need to bear the consequences.

So, all we have is NOW. I myself decided to deliver a speech that matters to me here in this room today. And that is what I am doing right now. All of you are free to decide what you want to do in this very moment as well: You could interrupt me by yelling «Yes you're right» or even «Please stop, I think you're wrong» or you can – what I personally would appreciate most – listen and connect with what I say. The decision is all yours.

Having said this, let me continue with the «small place» I call home. Some of you have already had the opportunity to visit Liechtenstein when the Standing Committee of the Parliamentary Assembly met in our capital Vaduz last November. I hope that the rest of you will get the chance as well – it definitely is a place where many people do many things. A place where we feel proud as Europeans too. And a place where we know that only if we interact, work together, and engage can we be successful. This also brings me to our current Presidency of the Committee of Ministers and the term «multilateralism».

Over the last few years, headlines repeatedly proclaimed that «Multilateralism is dead». Some journalists and scholars put a question mark at the end of the sentence – which is a little more encouraging, I find. But the sombre spirit remains the same.

Liechtenstein relies on the effective functioning of the international rules-based order. Multilateralism is one of our lifelines. Statements like these therefore worry me – particularly in my role as Prime Minister of Liechtenstein.

With a surface area of 160 square kilometres and a population of 40 000 – 0.04 percent of whom are present in this room today, I might add – Liechtenstein can be considered a small place – but a great one at the same time. Let me emphasise that geographical size is not indicative of the impact a state can have, particularly in multilateral fora. Liechtenstein has proven this time and again – be it in the Council of Europe, the UN, or the European Economic Area.

The multilateral system faces multiple threats. The core values of the Council of Europe – human rights, democracy, and the rule of law – are increasingly challenged. The present seems to be characterised by aggressive power politics, anti-democratic tendencies, growing nationalism, and disregard for the rule of law and the rules-based international order. Tragically, we have seen what can happen when these threats escalate.

The Russian aggression against Ukraine serves as a painful example of the culmination of these elements. Particularly in times like these, the Council of Europe and its core principles prove not only important, but urgently necessary. Let me reiterate Liechtenstein's continued solidarity with Ukraine and its people. After almost two years of war, it is unimaginable what the people of Ukraine have had to endure. We honour their unbreakable spirit.

In these current times, we are reminded that multilateral organisations such as the Council of Europe play a critical role in promoting peace and stability. Aggressive power politics must not prevail. Those challenging our common commitments must be held accountable.

With the establishment of the Register of Damage, the Council of Europe has taken a critical first step towards ensuring accountability for the Russian aggression against Ukraine. On the way forward, it remains of critical importance that the crime of aggression is investigated and prosecuted, and that all those responsible are held to account. There will be no peace without justice.

Initiatives like these underline the importance of multilateral cooperation once again. As member states of the Council of Europe, we are connected through our common commitment to multilateralism and the principles of human rights, democracy, and the rule of law. And as member states, it is our obligation to do our utmost to safeguard these principles. And we do this not only for our own benefit, but for the people in our countries – the people we represent.

This is, of course, also the case with Liechtenstein's membership in other multilateral organisations. In the United Nations, Liechtenstein has repeatedly proven that even the geographically small can make a difference.

In 2022, Liechtenstein championed the «Veto Initiative». The use of the veto in the United Nations Security Council has increased significantly over the past years, with a far-reaching impact on the work and effectiveness of the United Nations. The broader UN membership in the General Assembly has a legitimate interest and a political responsibility to address situations in which the use of the veto leads to paralysis in the decision-making of the Security Council, which carries out its functions on their behalf. With the Veto Initiative, Liechtenstein sought to strengthen inclusive multilateralism and to provide a mechanism to ensure accountability between the organs of the United Nations. With this initiative, the General Assembly mandates a formal meeting every time a veto is cast in the Security Council, allowing for the broader UN membership to express its views.

We are proud that the resolution establishing the Veto Initiative was ultimately adopted by consensus, sending an important message in support of multilateralism. By enhancing the role of the General Assembly, the Veto Initiative took an important step towards strengthening inclusive multilateralism and the international rule of law.

In Liechtenstein, we tend to take such a pragmatic approach in other areas as well. We are doers, not talkers. And as such, we prefer to implement standards before we adorn ourselves with labels that entail the ratification of conventions, for example.

In Liechtenstein, we are pragmatists not only because this is the mindset that has proven successful in the past, but also because we have to. Being a small place – a very active one, I might emphasise – translates to limited resources and a lean state administration. We maintain efficient processes and put tailored and pragmatic solutions at the centre of our policymaking. I therefore often speak of an entrepreneurial way of running our state.

Liechtenstein has always considered itself quintessentially multilateral. The world does not stop at our borders. Only together we can effectively address the challenges ahead.

The Council of Europe and the UN are not the only organisations or collaborations we are part of or engage in on a daily basis. The Customs Treaty we share with Switzerland is an excellent example of this. For more than 100 years, Liechtenstein has been part of the Swiss customs area. The Customs Treaty has created a strong foundation for relations between Liechtenstein and Switzerland, which today affects many areas of life.

Through its membership in the European Economic Area, Liechtenstein is also integrated in the European Single Market – the world’s largest internal market, encompassing 30 states and around half a billion people. This has proven immensely important, not only for Liechtenstein’s economy but also for the overall prosperity and security of our country.

For 30 years now, the EEA has ensured a level playing field through the application of homogeneous rules and of accompanying policies in the areas of competition, environment, climate action, and social policy. It also facilitates Liechtenstein’s cooperation with our EEA partners Iceland, Norway, and the European Union in the fields of research, technological development, environment, culture, education, health, and civil protection.

Well before joining the European Economic Area, however, Liechtenstein became a member of the Council of Europe. Last year, we celebrated the 45th anniversary of our membership – what a fitting time for us to take over the Presidency of the Committee of Ministers.

We assumed the Presidency last November. Tomorrow, Liechtenstein’s Minister of Foreign Affairs, Education and Sport – and my dear colleague – Dominique Hasler will address you in her role as President of the Committee of Ministers. She will further elaborate how Liechtenstein, also in this role, continues to take a principled position in support of multilateral cooperation and the core principles of the Council of Europe.

Liechtenstein’s membership in the Council of Europe has helped to further secure our sovereignty and to extend our international recognition as an independent state. With our membership, we received a seat at the table in this European community of values. It has offered us the opportunity to actively contribute both to the development of new European standards and to the protection of human rights, democracy, and the rule of law in all of Europe – a responsibility we take very seriously. It has also allowed us to grow and progress with our common standards.

Since the Ministry of Finance is part of my responsibilities as Prime Minister, let me highlight one area in particular: fighting money laundering and terrorist financing.

Regierungschef Daniel Risch bei einem Hintergrundgespräch mit Aussenministerin Dominique Hasler und Domenik Wanger, Ständiger Vertreter Liechtensteins beim Europarat in Strassburg.



Treffen mit der Präsidentin des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, Síofra O’Leary.



For a number of years now, Liechtenstein has placed particular importance on the fight against money laundering and terrorist financing, and in doing so it follows the international standard of the Financial Action Task Force – FATF. Since 1999, Liechtenstein has been a member of MONEYVAL, a monitoring body of the Council of Europe modelled on these standards.

The Government, the public authorities, and the financial market participants are aware of their respective central roles in the effective fight against money laundering and terrorist financing – not least due to our membership in the Council of Europe and MONEYVAL. The determined adoption and implementation of international standards is an important part of this.

Liechtenstein's approach is based not only on the implementation of international requirements, but primarily on the certainty that our effective fight against abuse is a competitive advantage for the financial centre, in addition to the quality of services and the general conditions we offer.

MONEYVAL's latest assessment confirmed Liechtenstein's targeted measures and high overall compliance. As a consequence, Liechtenstein is considered to be eligible for the regular follow-up process, becoming one of only five member jurisdictions with this outcome so far.

MONEYVAL recognises the progress made by Liechtenstein to combat money laundering and terrorist financing. The report makes it clear that the decisions taken in the past were the right ones – this we are very proud of. We will, of course, continue to consistently pursue this path. Ongoing strengthening and strategic expansion of measures to combat money laundering and terrorist financing remain a top priority for Liechtenstein.

Multilateralism and implementing the standards we set together therefore not only serve the greater good, but ultimately also benefit us.

With our planned membership in the International Monetary Fund later this year, Liechtenstein – again – strives for more multilateralism, not less, both for the benefit of others and ourselves.

Of course, multilateralism is not always easy, and certainly not always pleasant. Ultimately, however, it benefits us all – and we need to emphasise this aspect today more than ever. Implementing standards that we set together as a European or an international community through multilateral fora leads to progress and stability. History has proven this time and time again.

I had the opportunity to attend the 4th Summit of Heads of States and Government of the Council of Europe in Reykjavik in May last year. We stood together against Russia's aggressive power politics, and we sent an important and powerful signal in support of multilateralism. We recommitted to the Council of Europe and its core principles. Now, it is upon us to work together to ensure that these become not just empty words.

The European Court of Human Rights is a critical ally in this endeavour. As such, it acts as the principle safeguard to protect our values, and to guarantee that Europe remains a continent of democratic societies, guided by the rule of law. As member states, we have the obligation to ensure the full, effective and prompt execution of all judgments of the Court and to respect its case law. Contrary actions undermine the authority and functioning of the convention system, and they pose a dangerous threat to our rules-based order. Let us not go down this path.

Before I conclude, I would like to once again come back to the proverb I mentioned at the beginning of my speech: *«Many small people, in many small places, doing many small things, can change the world.»*

I tried to give you an insight into how we, in our small place, do many things for our people, but also to make Europe and the world a better place. But we cannot do this alone. This is the reason we are here today, at the UN tomorrow, and in Brussels just next week. Multilateralism is not dead – not even with a question mark. It does, however, certainly face multiple threats and challenges in the current times. The good news is that it is in our hands to reverse them and to take a different path. Collectively, we must do our utmost to preserve multilateralism. It is up to us. So, let us make the most of the now.

Thank you.

## Der Schweizer Franken: Ein Eckpfeiler unserer Stabilität

Regierungschef Daniel Risch bei seiner Ansprache vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates.

Regierungschef Daniel Risch und Marija Pejčinović Burić, Generalsekretärin des Europarates.



Rede anlässlich der Feierstunde zu «100 Jahre Schweizer Franken im Fürstentum Liechtenstein» am 11. April 2024 im Rathaussaal Vaduz

Anlässlich der Feierstunde zum 100-Jahr-Jubiläum der Einführung des Schweizer Frankens in Liechtenstein hielt Regierungschef Daniel Risch eine Rede im Rathaussaal von Vaduz. In seiner Ansprache würdigte er den entsprechenden Landtagsbeschluss von 1924, der die Basis für den Wohlstand und die Stabilität der liechtensteinischen Volkswirtschaft schuf. Der Regierungschef hob die enge Partnerschaft mit der Schweiz hervor, die durch die Einführung des Frankens gestärkt wurde. Er lobte die Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Nationalbank und betonte die Bedeutung des Frankens für die Stabilität des gemeinsamen Wirtschaftsraums.

Durchlaucht

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident

Sehr geehrter Herr Vizepräsident der Schweizerischen Nationalbank

Geschätzte Gäste aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft

Werte Damen und Herren

«Schon wieder 100 Jahre?», mögen Sie sich gefragt haben, als die Einladung zur heutigen Feierstunde bei Ihnen eingetroffen ist. Haben wir nicht erst kürzlich 100 Jahre Verfassung und 100 Jahre Zollanschlussvertrag mit der Schweiz gefeiert? Natürlich haben wir. Und mit dem heutigen Abend begehen wir sodann auch ein drittes und in diesem Reigen letztes Jubiläum, nämlich die offizielle – wenn auch einseitige – gesetzliche Einführung des Schweizer Frankens als «Liechtensteiner Franken» mit Landtagsbeschluss vom 11. April 1924. Das Gesetz trat am 26. Mai 1924 in Kraft.

Dass heute der Vizepräsident der Schweizerischen Nationalbank, Martin Schlegel, bei uns ist, ist der lebende Beweis, dass es uns in den letzten 100 Jahren gelungen ist, aus einer einseitigen Einführung «unserer» Landeswährung auch in diesem Bereich eine starke und freundschaftliche Partnerschaft zu etablieren.

Dass es vor der Einführung des Schweizer Frankens nicht ruhig zu und her ging in Liechtenstein und es auch in der Folge noch die eine oder andere – ich nenne es jetzt einmal Irritation – zwischen der Schweiz und Liechtenstein bezüglich der Währung gab, darüber wird Ihnen Historiker Peter Geiger gleich im Anschluss mehr erzählen. Die verschiedenen 100-Jahr-Jubiläen sind heute zwar erfreulich, weisen aus historischer Sicht aber auf eine sehr ereignisreiche, oder besser turbulente, Zeit vor 100 Jahren hin.

Wie wichtig der Schweizer Franken nach 100 Jahren für unseren gemeinsamen Wirtschaftsraum und die Stabilität – auch die Finanzmarktstabilität – ist, darauf gehen im Panel Martin Schlegel von der SNB, der Leiter Finanzmarktstabilität der FMA, Dr. Martin Gächter, und der Geschäftsführer des Liechtensteinischen Bankenverbandes, Simon Tribelhorn, ein.

Und Stabilität ist gerade in den heute eher unsicheren Zeiten zentral. Gerade wenn die Welt um uns herum aus den Fugen zu geraten scheint, suchen die Menschen Sicherheit und Stabilität. Wenn es um Stabilität geht, verwende ich gerne das Bild des Kreisels. Der Kessel zeigt uns nämlich, dass Stabilität nur durch eine klare Richtung, stete Bewegung beziehungsweise Beweglichkeit und Schwung erreicht wird. Fehlt die Bewegung, ist es auch mit der Stabilität vorbei. Diese klare Richtung und den Schwung hatten wir 1924. Und diese Beweglichkeit und diesen Schwung – auch wenn es um die Währung geht – sollten wir auch künftig beibehalten.

Denn wäre der Schweizer Franken ganz ohne Arbeit ein Stabilitätsgarant, dann bräuchte es das Direktorium der Schweizer Nationalbank und die Ende 2023 exakt 999 Mitarbeitenden dort nicht. Es bräuchte wohl auch keinen Leiter Finanzmarktstabilität bei der FMA. Und es bräuchte auch keine Diskussion um einen Beitritt zum Internationalen Währungsfonds IWF, der unserem Land – und dem Schweizer Frankenraum – als Kreditgeber letzter Instanz zusätzliche Stabilität geben soll. Wenn wir heute in dieser Feierstunde über die Währung sprechen, ist es mir an dieser Stelle auch wichtig, der Schweizerischen Nationalbank herzlich für die grosse

Regierungschef Daniel Risch betonte in seiner Ansprache die Wichtigkeit des Schweizer Franks für Liechtenstein.



Unterstützung mit Blick auf eine allfällige Mitgliedschaft Liechtensteins im Internationalen Währungsfonds zu danken. Die gelebte Partnerschaft bis hierhin und die Zusagen der SNB für eine enge Zusammenarbeit im Rahmen des IWF sind ein weiteres Zeichen für die hervorragende Zusammenarbeit.

Zum Schluss möchte ich, ohne dem geschätzten Historiker Peter Geiger vorzugreifen, mit einem Zitat aus dem Historischen Lexikon Liechtensteins zum Thema «Geld» enden. Dort heisst es ganz zum Schluss:

*«Die Geldgeschichte Liechtensteins unter dem Dach der Schweizer Währung ist zur Geschichte des mit der Schweiz konkurrierenden und gleichzeitig eng mit ihr verflochtenen Finanzplatzes geworden. Der stabile Schweizer Franken trug als Standortvorteil wesentlich zur Entwicklung der liechtensteinischen Wirtschaft im 20. Jahrhundert bei.»*

Das historische Ereignis wurde gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus Fürstenhaus, Politik und Wirtschaft sowie mit der interessierten Bevölkerung im Rathaussaal in Vaduz gewürdigt. Unter den Gästen waren S. D. Erbprinz Alois und Landtagspräsident Albert Frick.



Und besser kann man die Bedeutung des Schweizer Frankens für Liechtenstein kaum zusammenfassen.

Schauen wir heute also zunächst zurück, dann ins Hier und Jetzt, und erhalten wir uns den Schwung für wichtige Entscheide zur Sicherung der Stabilität und des Wohlstandes in unserem gemeinsamen Währungs- und Wirtschaftsraum.

Die Liechtensteiner Botschafterin in der Schweiz, Doris Frick, Martin Schlegel, Stellvertretender Direktor der Schweizerischen Nationalbank, Regierungschef Daniel Risch und der Landtagsabgeordnete Manfred Kaufmann (v.l.).

Im Gespräch mit S. D. Erbprinz Alois.



## Das Dienstleistungszentrum Giessen: Ein Schritt in die Zukunft

**Rede anlässlich der Eröffnung des Dienstleistungszentrums Giessen am 27. April 2024 im Dienstleistungszentrum Giessen in Vaduz** Nach einer achtjährigen Planungs- und Realisierungsphase wurde das Dienstleistungszentrum Giessen (DLG) am 27. April 2024 mit einem Tag der offenen Tür feierlich eröffnet. Regierungschef Daniel Risch betonte in seiner Rede die Bedeutung des modernen Gebäudes als zentraler Anlaufpunkt für die Bevölkerung. Er zog Parallelen zum Bau des Regierungsgebäudes und hob hervor, dass das DLG den Übergang zu einer modernen, digitalisierten Arbeitswelt symbolisiert, indem es Konzepte wie «New Work» integriert. Abschliessend dankte der Regierungschef allen Beteiligten, insbesondere den politischen Verantwortlichen der zurückliegenden Legislaturperioden.

Sehr geehrter Landtagspräsident  
Sehr geehrte Damen und Herren Landtagsabgeordnete  
Sehr geehrte Vorsteher  
Sehr geehrter Dompfarrer Wimmer  
Liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierung  
und der Landesverwaltung  
Lieber Herr Cavegn  
Liebe Projektmitarbeitende  
Liebe Gäste

Nach fast einem Jahrzehnt der Vorbereitung, Planung, vieler kleiner und grosser Entscheide in verschiedenen Gremien und – wie man hinter uns sieht – viel Bauarbeit eröffnen wir heute nicht einfach irgendein neues Gebäude, sondern das neue Dienstleistungszentrum des Landes Liechtenstein hier mitten in Vaduz.

Das letzte Mal, dass wir in Liechtenstein ein Verwaltungsgebäude dieser Grössenordnung geplant und gebaut haben, war in den Jahren um 1900 – und darum können wir uns selbst nicht mehr daran erinnern. Jedenfalls sagen uns aber die Geschichtsbücher, dass am 28. Dezember 1905 ein neues «Amtsgebäude» eröffnet wurde. Das für seine Zeit riesige Gebäude, das neben der gesamten Verwaltung auch die drei Staatsgewalten beherbergte und auch deshalb als «Grosses Haus» bezeichnet wurde, ist heute als Regierungsgebäude bekannt. Fast 120 Jahre später öffnen wir nun heute nicht nur die Türen des neuen Dienstleistungszentrums, sondern auch jene des historischen Regierungsgebäudes. Wir laden alle herzlich ein, beide Gebäude zu besichtigen, auch und gerade, weil es sich dabei offensichtlich um sehr unterschiedliche Bauten handelt, zwischen deren Entstehung über ein Jahrhundert liegt – deren Ziele und Zwecke aber durchaus vergleichbar sind:

Beim Dienstleistungszentrum war von Anfang an klar, dass es mehr sein sollte als nur ein Verwaltungsgebäude. Es sollte ein zentraler Anlaufpunkt für die Bevölkerung werden. Ein Ort, an dem Service nicht nur ein Wort ist, sondern an dem er auch gelebt wird, an dem verschiedene Amtsgänge unter einmal erledigt werden können. Das Dienstleistungszentrum als modernes, architektonisch ansprechendes Gebäude, ist darauf ausgerichtet, Dienstleistungen für die Einwohnerinnen und Einwohner Liechtensteins möglichst zentral zu erbringen. Und es ist auch ein Gebäude, das dereinst in Richtung Norden erweitert werden kann.

Im Vorfeld des Projekts hätte man durchaus Folgendes konstatieren können: dass die staatlichen Organe und Ämter wenig zweckmässig in verschiedenen Gebäuden untergebracht sind und – Zitat – *«infolge dieser Übelstände und Hemmnisse, die so sehr in die Augen springen, dass sie durch Beispiele, die zahlreich zur Verfügung stünden, nicht näher erläutert zu werden brauchen, mussten sowohl die einzelnen Amtsorte wie die bei ihnen vorsprechenden Parteien – gemeint sind die Bürger – viel Zeit unnütz vertrödeln und dies in einer Zeit, wo der Grundsatz gilt: Time is Money»*. Sie haben es gemerkt, das waren nicht meine Worte, aber inhaltlich hätten sie es im Vorfeld des DLG durchaus sein können.

Das waren die Worte von Landesverweser Karl von In der Maur Ende des 19. Jahrhunderts, als er vorsprach, um ein neues zentrales Amtsgebäude zu rechtfertigen.

Nach achtjähriger Vorbereitungs-, Planungs- und Bauzeit wurde das neue Dienstleistungszentrum Giessen am 27. April 2024 eröffnet.



«Time is Money», Zeit ist Geld. Das gilt natürlich auch in der heutigen Zeit. Und daher gilt es auch, kurze Wege zu nutzen oder noch kürzere Wege zwischen den Amtsstellen zu schaffen.

Erstmals in der Geschichte der Liechtensteinischen Landesverwaltung werden im Dienstleistungszentrum acht Amtsstellen mit nahezu 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unter einem Dach täglich zusammenarbeiten. Dies ist ein grosser Schritt für die Landesverwaltung. Diese Zusammenführung ermöglicht eine neue und verbesserte Form der Zusammenarbeit, die nicht nur effizient, sondern auch bürgernah sein soll. Mit einer 24-Stunden-Schalterzone machen wir den Austausch von physischen Dokumenten rund um die Uhr möglich. Und natürlich vergessen wir ob all der physischen Bauten auch die digitalen Angebote nicht.

Der Neubau symbolisiert auch bezüglich der Digitalisierung und der Arbeitsformen den Übergang zu einer modernen Arbeitswelt. Die Konzepte des «New Work» flossen in die Planung ein, um eine Umgebung zu schaffen, die flexible und innovative Arbeitsweisen unterstützt. Dieses Gebäude verkörpert ein neues Verständnis von Arbeit in Zeiten der Globalisierung und der Digitalisierung.

Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um mich bei allen Personen, die an diesem Bauprojekt mitgewirkt haben, herzlich zu bedanken. Sie haben in den vergangenen Jahren ihren Teil zu diesem architektonisch gelungenen und funktional passenden Gebäude beigetragen. Dabei mussten sie einige Herausforderungen meistern und sich immer wieder neuen Rahmenbedingungen anpassen. Und wie Sie heute sehen werden, ist ihnen das sehr gut gelungen.

Regierungschef Daniel Risch anlässlich der Eröffnungsfeier des Dienstleistungszentrums Giessen.



Stellvertretend für die vielen helfenden Hände im Hintergrund möchte ich zwei Personen besonders danken: einerseits Michael Pattyn von der Stabsstelle für staatliche Liegenschaften. Er hat das Projekt von Anbeginn begleitet und mit viel Herzblut und Einsatz mit allen anderen Involvierten realisiert. Und andererseits Patricia Wildhaber, die im Infrastrukturministerium in der Vorbereitung der Vorlagen für den Landtag gemeinsam mit dem damaligen Amt für Bau und Infrastruktur in kürzester Zeit und hoher Qualität Berichte und Anträge für die Regierung und den Landtag vorbereitet hat, damit nun heute das DLG, bald auch weitere Schulbauten in Vaduz und Ruggell und dereinst hoffentlich auch die neue Landesbibliothek eröffnet werden können. Ihr steht stellvertretend für so viele fleissige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Landesverwaltung, die unser Land am Laufen halten.

Gerade für die Mitarbeitenden, die nun zeitnah das DLG beziehen werden, stehen sicher noch viele kleinere und grössere Herausforderungen an, bis dann alles so zusammenspielt, wie man sich das wünscht. Das ist ganz normal. Ich bin aber überzeugt, dass schon bald niemand mehr, der in den nächsten Wochen ins Dienstleistungszentrum einziehen darf, wieder ausziehen möchte.

Besonders bedanken möchte ich mich an dieser Stelle bei den ehemaligen politischen Verantwortlichen. Alt-Regierungsrätin Marlies Amann-Marxer hat in der vorletzten Legislatur als Infrastrukturministerin die Erstellung der Liegenschaftsstrategie des Landes und die erste Vorlage für den Neubau des DLG verantwortet und diese erfolgreich durch den Landtag gebracht.

Alt-Regierungschef Adrian Hasler hat als oberster «Nutzer-Vertreter» die LLV in der Projektkommission vertreten, als ich dem Infrastrukturministerium vorstand. Und gemeinsam mit der Jury haben wir beide auch beim Entscheid für dieses Projekt mitgewirkt und später im Landtag den Entscheid für ein weiteres Stockwerk nach oben und nach unten in die Tiefgarage vertreten, als 2019 der Entscheid fiel, das Post und Verwaltungsgebäude dereinst für die Landesbibliothek zu nutzen.

Nun bleibt mir nur noch, allen Einwohnerinnen und Einwohnern und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die dieses Gebäude in Zukunft besuchen und nutzen werden, viel Freude zu wünschen. Auf dass die kurzen Wege in Liechtenstein auch tatsächlich gegangen werden.

Nun freue ich mich, für die weiteren Ausführungen zum Dienstleistungszentrum an meine sehr geschätzte Kollegin, Regierungsrätin Graziella Marok-Wachter, zu übergeben.

Tag der offenen Tür: Die Besucherinnen und Besucher konnten das dreistöckige Gebäude besichtigen und sich ein Bild von der neuen Arbeitswelt und den Dienstleistungen der im DLG beheimateten Amtsstellen machen.



## Rebooting Europe: Die Rolle der Vielfalt und Einigkeit

Rede anlässlich des  
Europa-Forums Wachau  
am 21. Juni 2024  
im Stift Göttweig  
in Niederösterreich

Am 21. Juni 2024 nahm Regierungschef Daniel Risch auf Einladung von Österreichs Bundeskanzler Karl Nehammer als Ehrengast am 28. Europa-Forum Wachau im Stift Göttweig in Niederösterreich teil. In seiner Rede an einer Plenary Session präsentierte Regierungschef Risch die Perspektive eines Nicht-EU-Mitgliedslandes auf Europa und betonte die Bedeutung eines umfassenden Europas, das über die EU hinausgeht. Er hob die Rolle des Europarats als zentrale Plattform für Demokratie und Menschenrechte hervor und warb für die Teilnahme aller europäischen Staaten daran. Zudem forderte er Europa auf, jetzt zu handeln und gemeinsam an einer starken, friedlichen und besseren Zukunft zu arbeiten, die das Wohl aller Europäerinnen und Europäer im Blick hat.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler  
Sehr geehrte Frau Landeshauptfrau  
Exzellenzen  
Geschätzte Damen und Herren

«Haben Sie bereits einen Neustart durchgeführt?»  
«Ist alles korrekt angeschlossen?»  
«Ist ihr System auf der neusten Version?»  
«OK, ich schicke ihnen jemanden vorbei ...»

Das sind bestimmt auch für Sie vertraute Sätze. Sätze, die wir alle von unseren IT-Abteilungen kennen. Wir hören die Sätze dann, wenn mal wieder gar nichts geht. Ein Neustart – wie es der Titel dieses Europäischen Forums «Rebooting Europe» sehr prominent vorzeichnet – tut Not, wenn nichts mehr geht. In der IT – und vor meiner politischen Karriere war ich viele Jahre ausschliesslich in diesem Sektor unterwegs – ergibt ein Neustart des Systems aber auch zwischendurch Sinn, um die Speicher zu leeren und alles neu zu verbinden. Soviel zur Technik und zur Analogie zwischen Europa und einem IT-System.

Einzig beim letzten Punkt «OK, ich schicke ihnen jemand vorbei ...», kommt die Analogie mit der Technik an ihre Grenzen. Wen soll man denn vorbeischicken, wenn man der Meinung ist, dass es in Europa nicht optimal läuft. Nun, Bundeskanzler Nehammer hat mich gefragt, ob ich nicht vorbeikommen mag, um über genau dieses Thema zu sprechen. Unter Nachbarn und Freunden macht man das natürlich gerne. Aber um die Erwartungshaltung richtig zu setzen: Das Patentrezept für den Neustart Europas habe ich nicht. Aber ich habe vielleicht eine etwas andere Perspektive, einen etwas anderen Blick auf Europa.

Ob man der Meinung ist, dass in Europa «gar nichts mehr geht» und neu gestartet werden muss, ist schon die Grundsatzfrage. Dass mit dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine, Umbau auf erneuerbare Energien, Unzufriedenheit in der Bevölkerung, stotternder Wirtschaft und den geopolitischen Spannungen nichts mehr so zu sein scheint, wie wir es gerne hätten, wurde bereits in mehreren Vorträgen und Panels in diesem Forum beleuchtet. Schauen wir also etwas genauer auf Europa.

Wenn man in Europa über Europa spricht, ist oft implizit die Europäische Union gemeint. Das ist verständlich. Als Nicht-EU-Mitglied ist das für uns Liechtensteiner aber nur die halbe Wahrheit. Die EU ist wichtig und zentral für Europa. Keine Frage. Wenn man Europa als Organismus oder Körper mit vielen Organen beschreiben mag, dann ist die EU das Herz. Der Körper, oder vielmehr noch die Seele, Europas geht aber weit darüber hinaus. Die europäischen Werte und Haltungen wurden vor einigen Jahrzehnten und Jahrhunderten in viele Teile der Erde «exportiert» und leben dort fort.

Aber auch wenn wir uns auf den Kontinent Europa beschränken, dann macht dieser nicht an den Grenzen der 27 EU Staaten halt. Beispielsweise sind wir Liechtensteiner gemeinsam mit Norwegen und Island seit nunmehr 30 Jahren im Europäischen Wirtschaftsraum eng mit den 27 EU-Staaten verbunden. Der Europäische Binnenmarkt – oder auf Englisch der Single Market – umfasst 30 Staaten. Es gibt weitere europäische Staaten neben Island, Norwegen und Liechtenstein, die sehr wirtschaftsstarke sind und zweifelsohne die europäischen Werte teilen, nicht aber zur Europäischen Union gehören. Nehmen wir die Schweiz – mit der Liechtenstein seit etwas mehr als 100 Jahren eine Zoll- und Währungsunion hat und mit der wir auch sonst eng verbunden sind. Die Schweiz wollte aus verschiedenen Gründen nie Mitglied der EU sein. Doch liegt die Schweiz mitten in unserem Kontinent und gehört unweigerlich zu Europa. Grossbritannien hat sich aus der EU verabschiedet und spielt dennoch in der Welt und in Europa eine gewichtige Rolle. Und wenn wir über das grössere Europa reden, dann müssen wir natürlich auch über den Westbalkan und über Osteuropa sprechen.

Dieser grössere Blick auf Europa bringt mich zu einer Organisation, in der Liechtenstein im letzten halben Jahr den Vorsitz innehaben durfte und die in diesem Jahr das 75-Jahr-Jubiläum feiert, einer Organisation mit 46 europäischen Mitgliedsstaaten und einer Organisation, die meines Erachtens mehr Aufmerksamkeit verdienen würde – gerade, wenn wir «Gesamteuropa» neu starten wollen. Ich spreche vom Europarat in Strassburg. Mir wäre es sogar noch lieber, wenn es nicht nur 46, sondern mehr Mitgliedstaaten wären. Da der Europarat gerade auch die Menschenrechte der Einwohnerinnen und Einwohner Europas schützt, ist jedes zusätzlich Mitglied auch ein Plus an Menschlichkeit. Nun sind es die 46 Staaten Europas, die sich sehr regelmässig in Strassburg treffen und sich zur regel-

basierten Ordnung, zu Demokratie und Menschenrechten austauschen. Mehr als 500 Millionen Menschen leben in diesen europäischen Staaten, und sie alle machen «unser» Europa aus. Liechtenstein hat die Herausforderungen, für einige Monate am Ruder dieses Staatenbundes zu stehen und ihn durch unruhige Zeiten zu steuern, gerne angenommen, und, ich glaube, auch sehr gut gemeistert. Und bald wird auch Österreich wieder an der Reihe sein. Übrigens: Österreich ist bereits seit 1956 Mitglied im Europarat, Liechtenstein seit 1978.

Nach der Wahl ist vor der Wahl. Und wenn die «Europawahl» nun vor rund zwei Wochen geschlagen wurde, so wird es am kommenden Dienstag in Strassburg darum gehen, wer die nächsten fünf Jahre als Generalsekretär das Gesicht des Europarats sein wird. Es stehen mit Didier Reyners aus Belgien, Alain Berset aus der Schweiz und Indrek Saar aus Estland sehr unterschiedliche und sehr spannende Persönlichkeiten zur Wahl. Zweimal war der Generalsekretär bereits ein Österreicher, zuletzt mit Walter Schwimmer von 1999 bis 2004. Am kommenden Dienstag wissen wir, wer den Europarat in die Zukunft führen wird. Und auch damit geht ein «Rebooting» einher. Ein Neustart. Denn es sind immer die handelnden Personen und ihr Umgang miteinander, die den Lauf der Dinge bestimmen.

Regierungschef Daniel Risch hielt am 28. Europa-Forum Wachau im Stift Göttweig an einer Plenary Session eine Rede.



Bei diesem Gedanken möchte ich zwei Dinge vertiefen. Erstens können die handelnden Personen – also letztlich wir alle – nur in einem ganz bestimmten Moment die Zukunft verändern. Und das ist: jetzt. Was bis jetzt geschehen ist, das ist die Vergangenheit. Unumkehrbar. Es gibt Kräfte, die versuchen zwar, die Geschichte und damit die Vergangenheit neu zu schreiben und zu interpretieren. Aber wichtig für jegliches Handeln ist das Hier und Jetzt. Denn wenn wir etwas in der Zukunft ändern wollen, dann ist es bestenfalls «Wollen». Machen geht nur genau jetzt. Und darum ist es nicht nur meine Haltung, sondern meine tiefe Überzeugung, dass wir uns jetzt dafür einsetzen müssen, wenn wir in Zukunft etwas Besseres wollen.

Regierungschef Daniel Risch nahm auf Einladung von Österreichs Bundeskanzler Karl Nehammer als Ehrengast und Hauptredner am 28. Europa-Forum Wachau teil.



Der zweite Gedanke betrifft den Personenkreis, der handeln soll. Ich glaube nämlich nicht daran, dass man darauf warten sollte, bis etwas von oben kommt. Sei es zentralistisch aus Brüssel, hierarchisch von der Regierung oder – an diesem heiligen Ort vielleicht auch geistig – von oben. Ich glaube sehr stark an verteilte Kompetenzen und Aufgaben. Ich bin überzeugt, dass jede und jeder etwas beitragen kann und soll. Und ich bin überzeugt, dass genau das Systeme resilienter und zukunftsfähiger macht.

Dazu zitiere ich gerne ein afrikanisches Sprichwort, das mir sehr viel bedeutet. Vielleicht kennen Sie es. Es lautet:

*«Viele kleine Menschen, die an vielen kleinen Orten viele kleine Dinge tun, können das Gesicht der Welt verändern.»*

Liechtenstein ist ganz gewiss ein kleiner Ort, die Wachau ist es auch, und auch Wien ist in globaler Sichtweise ein eher kleiner Ort. Aber wenn die Leute an diesen Orten die Einstellung und den Willen haben, etwas zu bewegen, etwas besser zu machen und vorwärts zu bringen, dann können sie es auch tun. Und was für die einzelnen Menschen gilt, gilt auch für die einzelnen Staaten. Jeder kann und soll seinen Beitrag leisten, um das grosse Ganze vorwärtszubringen. Ich habe mich auch gefragt, was ich persönlich tun kann, um dieses Europa besser zu machen, ihm eine Vision zu geben. Dabei ist mir aufgefallen, dass wir – wie eingangs erwähnt – bei Europa oft an Brüssel denken. Und wir hören oft die gleichen Europäischen Stimmen – und nicht «die vielen europäischen Stimmen». Um das zu ändern, dachte ich mir, es wäre schön, ein Europäisches Buch zu haben, in dem aus möglichst vielen der 46 Staaten Beiträge zusammengefasst werden, wie unser Europa aussehen könnte. So haben wir das Projekt «The Book of Europe» gestartet, und ich habe meine 45 Amtskollegen, die Bundeskanzler, Präsidenten und Regierungschefs Europas, angeschrieben und sie gebeten, ihre Beiträge einzureichen. Karl Nehammer hat gleich zugesagt, und laufend kommen neue Beiträge herein. Wie viele es werden, weiss ich nicht. Aber wenn es ein kleiner Beitrag für unser gemeinsames Europa wird, würde mich das sehr freuen. Jede und jeder kann also etwas tun.

Und sehr gerne dürfen Sie das als Aufforderung verstehen. Denn Sie alle sind ja aus einem Grund zu dieser Veranstaltung gekommen, die mit «Rebooting Europe» überschrieben ist. Sie sind hierhergekommen, weil Sie ein starkes, ein neues, ein friedliches, ein besseres Europa wollen.

Also lassen sie uns gemeinsam daran arbeiten.

## Zurück zum Kerngeschäft – zum Frieden in der Welt

Rede am Zukunftsgipfel  
im Rahmen der  
Generaldebatte  
der Vereinten Nationen  
am 22. September 2024  
in New York

Regierungschef Daniel Risch nahm am 22. und 23. September 2024 gemeinsam mit den Staats- und Regierungschefinnen und -chefs der UN-Mitgliedsstaaten am Zukunftsgipfel in New York teil. In seiner Rede an der Generaldebatte betonte er die Bedeutung der Vereinten Nationen, denen Liechtenstein seit 1990 angehört und er sprach über die komplexen Herausforderungen, mit denen die Staaten heute konfrontiert sind. In diesem Zusammenhang machte er einmal mehr auf das Engagement Liechtensteins für Rechtsstaatlichkeit aufmerksam. Er ging ausserdem auf das eigentliche Kerngeschäft der Vereinten Nationen ein. Es sei an der Zeit, für die Organisation einzutreten und damit für den Frieden.

Mr. President,  
Excellencies,

When Liechtenstein applied for membership of the United Nations in 1990, safeguarding our sovereignty was a key incentive. We have certainly greatly benefitted from over three decades of membership. At the same time, there is also a sense of frustration, occasionally also disappointment among the people of Liechtenstein.

They expect the United Nations to be the guardian of peace and security – as the organisation that stands up for the sovereign equality of all states, large and small, the guarantor of the rule of law and the protection against those who believe that might makes right. Too often, these expectations have been thwarted.

We do not agree with those who are resigned to the dictates of realpolitik. Instead, we promote the view that the United Nations can do valuable work in many areas – to address the challenges of climate change, humanitarian disasters, and global health crises amongst others.

The United Nations symbol on this podium reminds us of the overarching goal of this organisation. We see the Earth in the centre – and olive branches, as the universal symbol of peace, embracing it.

And I ask you: Is there anything more we should understand about the United Nations as a peace organisation – created to «save future generations from the scourge of war»?

This mission, as we are realising also in Europe, is of more urgent relevance than we had hoped. Of course, the drafters of the UN Charter entrusted the Security Council of the United Nations with the primary responsibility for peace and security – the body in which five states hold veto power and can block any decision, even when supported by an overwhelming majority of the international community. This is taken to a level of absurdity by the fact that one veto-wielding member – the Russian Federation – far from acting as a guardian of the international order, has engaged in a blatant and far-reaching aggression against another state, violating the core principles of our common organisation.

We are thus collectively facing an enormous challenge to the core mission of the United Nations. We in Liechtenstein strongly believe that this is a moment to stand up for what this organisation represents, and a moment to fight back against those who are trying to roll back history. We believe that small and medium-sized states, which make up the majority of this organisation, can shape our own fate and stand up for our interests.

If the Security Council cannot uphold its responsibility, we must find alternatives. And indeed, they do exist. The General Assembly has a strong constitutional role on peace issues, and it should step in where the Council is silent. By presenting the Veto Initiative, Liechtenstein has helped to ensure that a veto in the Council is no longer the last word. We can now use the power given to the General Assembly by taking decisions when the Council is unable to do so.

Regierungschef Daniel Risch am Zukunftsgipfel der Vereinten Nationen in New York.



We also encourage the Secretary-General to play a more proactive role and to use the unique authority of the UN, grounded in international law, to mediate, prevent, and address conflicts.

And we remind each Council member to observe all relevant Charter provisions, including those requiring them to abstain from voting on resolutions regarding disputes to which they are a party. The Charter is not a menu to pick and choose from, but a set of clear ground rules for the conduct of multilateralism.

The many complex and diverse challenges we are facing today – from climate change to nuclear threats, from impunity for international crimes to rising sea levels – have one thing in common: They all require responses based on international law.

Liechtenstein is well-known for its consistent and principled engagement for the rule of law at the United Nations. This engagement will persist, on the basis of enlightened self-interest, as our contribution to the international order which enables us to live in prosperity and in solidarity with our partners around the world – the world that, as shown in the UN symbol above me, should be embraced by peace.

Thank you.

In seiner Rede sprach Regierungschef Daniel Risch über die komplexen Herausforderungen, mit denen die Staaten heute konfrontiert sind.



## Alles tun, um die Welt zu einem besseren Ort zu machen

Rede anlässlich des Treffens des UN-Sicherheitsrats zum Thema «Erhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit: Leadership für den Frieden», gehalten am 25. September 2024 in New York.

Im Rahmen der hochrangigen Woche der Vereinten Nationen in New York sprach Regierungschef Daniel Risch unter anderem auch an der Offenen Debatte des Sicherheitsrats zur Rolle von Leadership für den Frieden und stellte insbesondere die Einhaltung der UN-Charta als Grundlage für die friedliche internationale Zusammenarbeit in den Vordergrund. In seiner Rede ging der Regierungschef auf das bekannte Zitat des früheren Generalsekretärs der UNO, Dag Hammarskjöld, «Die Vereinten Nationen wurden nicht geschaffen, um uns in den Himmel zu bringen, sondern um uns vor der Hölle zu retten» ein und dass die Mitglieder der Vereinten Nationen irgendwann der nächsten Generation erklären müssten, warum wir es nicht stärker versucht haben, die Welt zu einem besseren Ort zu machen.

President,

Thank you for your leadership in convening us today. This body, and this organisation, were founded to take us from the age of those who led the world into conflict to one in which leaders work together to bring peace,

Regierungschef Daniel Risch bei seiner Rede vor dem Sicherheitsrat in New York. Im Hintergrund sitzt Liechtensteins Botschafter in New York, Christian Wenaweser.



Regierungschef Daniel Risch mit UNO-Generalsekretär António Guterres.



stability, and development. In Western Europe, we have benefitted from the peace dividend for nearly eighty years. The aggression against Ukraine is a painful reminder that we must not take it for granted.

President, we must see and demand leadership from those in positions of power – leadership that is committed to the UN Charter and upholds the prohibition against illegal warfare by prosecuting those who violate it. Those who are unwilling to respect the Charter demonstrate that they are unfit to lead.

We also expect this organisation itself to use the power we have collectively placed in its hands. The Secretary-General is empowered to lead this organisation through difficult moments. Our task as States is to provide the necessary political backing to this end.

Earlier this week in our conversation, I was grateful for the President of the General Assembly's comment that the Veto Initiative is a «gift to humanity». We believe it is a symbol of our political backing for action – both by this body and in the General Assembly – in support of this organisation and those it serves.

Regierungschef Daniel Risch traf sich im September 2024 zu einem Arbeitsgespräch mit dem Präsidenten der UNO-Generalversammlung, Philémon Yang.



Im Rahmen der hochrangigen Woche der Vereinten Nationen in New York im September 2024 traf sich Regierungschef Daniel Risch mit Andrej Plenković, Robert Golob und Bjarni Benediktsson, den Premierministern von Kroatien, Slowenien und Island.



President, leadership requires us all to speak up where necessary. We are all equally affected by what is decided – and not decided – in this room. Therefore, we must call for the action that is needed. Leadership means seeing opportunities instead of lamenting crises – and looking for ways to act elsewhere if this Council is unable to deliver.

But leadership also requires us to listen – especially to those with different experiences and perspectives. We all know that people from my part of the world are overrepresented at this table. In the interest of this Council and our organisation, this fact must change. Liechtenstein will continue to work towards a reformed Council.

One where the world is equitably represented.

One where those inside the room represent those outside.

One where nobody can arbitrarily block the collective will of the membership.

And one where more women are in leadership positions, including of the United Nations.

President, the United Nations is going through a difficult period. But let's imagine what the world would be like without this organisation, which was founded on a vision for living together in peace, with respect for each other and for our planet. I agree with Dag Hammarskjöld when he said:

*«The United Nations was not created in order to bring us to heaven, but in order to save us from hell.»*

Nevertheless, we in this room will have to explain to our children and grandchildren why we haven't tried harder to bring our world closer to heaven. Liechtenstein will certainly intensify our political investment in this indispensable organisation. I hope that all of us will do the same.

Thank you.

Regierungschef Daniel Risch unterzeichnete das Übereinkommen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) in Washington, D. C. im Oktober 2024.

Die IWF-Delegationen auf einem gemeinsamen Foto mit dem unterzeichneten Vertrag.



Am vierten Treffen der Europäischen Politischen Gemeinschaft im Juli 2024 in London traf Regierungschef Daniel Risch unter anderem den finnischen Präsidenten Alexander Stubb, den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj und den luxemburgischen Premierminister Luc Frieden (v.l.).

Wiedersehen von Regierungschef Daniel Risch und Robert Abela, Premierminister von Malta, am fünften Treffen der Europäischen Politischen Gemeinschaft in Budapest im November 2024.

Regierungschef Daniel Risch und Aussenministerin Dominique Hasler wurde während ihres Besuchs in San Marino Ende Januar 2025 im Beisein der Capitani Reggenti von Aussenminister Luca Beccari das Rittergroszkreuz des Ordens von Sankt Agatha verliehen.



Die Finanzminister aus Österreich, Liechtenstein, der Schweiz und Deutschland sowie die Finanzministerin von Luxemburg im August 2022 im schweizerischen Eschenz: Magnus Brunner, Daniel Risch, Ueli Maurer, Christian Lindner und Yuriko Backes (v.l.).

Bundesminister Magnus Brunner verlieh Regierungschef Daniel Risch im September 2024 im Namen des Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen das grosse Goldene Ehrenzeichen am Bande für Verdienste um die Republik Österreich.



## Quellen

- 1 Wille, Herbert: Rechtspolitischer Hintergrund der vertraglichen Beziehungen Liechtensteins zur Schweiz in den Jahren 1918–1934; Historisches Jahrbuch 1981, S. 94. [https://www.eliechtensteinensia.li/viewer/image/000000453\\_81/112/](https://www.eliechtensteinensia.li/viewer/image/000000453_81/112/).
- 2 EBD S. 109.

Regierungschef Daniel Risch gab den Absolventinnen und Absolventen der Medienakademie im August 2022 einen Einblick in die politische Arbeit in Liechtenstein.



Regierungschef Daniel Risch vor dem Regierungsgebäude mit der Bürgermeisterin, der Vorsteherin und den Vorstehern Liechtensteins sowie der Stellvertreterin und den Stellvertretern im Mai 2023 kurz nach der Vereidigung.





## Liechtenstein kann ein Vorbild sein

Begrüßungsworte  
anlässlich des  
Unternehmertags 2021  
am 14. September 2021  
in der Spoerry-Halle  
in Vaduz

Der Unternehmertag 2021 stand unter dem Motto «Leadership of Tomorrow». Der jährlich stattfindende Anlass ist eine der bedeutendsten Wirtschaftstagungen für Unternehmerinnen und Unternehmer sowie Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger im Raum Liechtenstein und Rheintal. Im Zentrum der Veranstaltung stehen jeweils «Best Practice»-Beispiele sowie die Förderung von Netzwerken. Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni hielt die Begrüßungsansprache zum Thema nachhaltige Wirtschaftspolitik. Zu den weiteren Referierenden gehörten unter anderem Roche-Verwaltungsratspräsident Christoph Franz, Bestseller-Autor Rolf Dobelli und Ava-COO Naemi Benz.

### Curriculum Vitae

#### Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni

Name	Sabine Monauni
Funktion	Regierungschef-Stellvertreterin
Zuständig für	Ministerium für Inneres, Wirtschaft und Umwelt
Geburtsdatum	10. April 1974
Wohnort	9493 Mauren
Zivilstand	verheiratet, zwei Kinder

#### Ausbildung

2000 – 2001	Nachdiplomstudium Europarecht (LL.M.), College of Europe Brügge, Belgien
1994 – 1999	Studium der Rechtswissenschaften an der Universität St. Gallen, Schweiz (lic. iur. HSG)
1986 – 1994	Liechtensteinisches Gymnasium (Matura Typus B)

#### Berufliche Laufbahn

Juli 2016 – 2021	Botschafterin des Fürstentums Liechtenstein beim Königreich Belgien und bei der Europäischen Union, Brüssel
2015 – 2016	Mitarbeiterin der Regierung im Ministerium für Gesellschaft und Leiterin ad interim der Stabsstelle für Chancengleichheit, Vaduz
2014	Diplomatische Mitarbeiterin (Botschaftsrätin), Amt für Auswärtige Angelegenheiten, Vaduz
2010 – 2013	Mitglied des Kollegiums, EFTA-Überwachungsbehörde, Brüssel, Belgien
2003 – 2010	Stv. Leiterin, Stabsstelle EWR der liechtensteinischen Regierung, Vaduz
2001 – 2003	Juristische Mitarbeiterin, Stabsstelle EWR der liechtensteinischen Regierung, Vaduz

#### Nebenberufliche Mandate

Seit 2021	Mitglied des Parteipräsidiums der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP)
2006 – 2010	Mitglied des Hochschulrats der Universität Liechtenstein, Vaduz

#### Durchlaucht

Geschätzte Landtagsabgeordnete  
Sehr geehrte Damen und Herren

Es ist mir eine grosse Freude und Ehre, den diesjährigen Unternehmertag in meiner Funktion als Wirtschaftsministerin eröffnen zu dürfen. Da ich keine Unternehmerin bin, werde ich Sie nicht mit gut gemeinten Tipps zur Unternehmensführung belehren. Hingegen werde ich Ihnen etwas über das Regieren und meine Vision einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik erzählen.

Anpassungsfähigkeit, Offenheit und Innovationskraft sind die Erfolgsfaktoren liechtensteinischer Unternehmen. Sie sind der Grund, warum die hiesige Wirtschaft die Auswirkungen der turbulenten letzten eineinhalb Jahre vergleichsweise gut überstanden hat. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt entspricht heute praktisch wieder dem Vorkrisenniveau. Auch die Prognosen zeigen in Richtung Erholung. Viele Unternehmen haben die Corona-Krise aktiv genutzt, um sich neu aufzustellen und bisherige Geschäftsmodelle und -prozesse zu hinterfragen. Auch das ist Leadership.

Wenn diese Pandemie endgültig endet – davon bin ich überzeugt –, begegnen wir der Welt mit einem stärkeren Bewusstsein für globale Zusammenhänge und Abhängigkeiten. Mit einem stärkeren Bewusstsein auch, dass es wenig Sinn ergibt, gegen die Natur zu arbeiten und sie auszubeuten. Vielmehr müssen wir sie schonend in die Innovationsprozesse miteinbeziehen.

Wenn uns das gelingt, werden wir auch in 20, in 30 oder 50 Jahren ein Liechtenstein vorfinden, das genauso lebenswert ist wie das heutige. Dazu brauchen wir mutige Entscheidungen und eine gute Portion Weitsicht. Wer heutzutage an solchen Entscheidungsprozessen beteiligt ist, muss also bereits über das Morgen nachdenken.

Darüber, welche Probleme auf uns zukommen, aber auch, welche Lösungen wir dafür finden werden. Und noch vielmehr: Ich bin überzeugt, dass wir die Probleme unserer Zeit, die Klimakrise wie auch die zunehmenden Herausforderungen einer digitalen Welt, nicht nur einfach meistern, sondern sie vielmehr als Chance verstehen müssen.

Wenn wir auf eine klimafreundlichere Zukunft hinarbeiten, tun wir nicht nur etwas Notwendiges, um den Planeten zu schützen, sondern gehen auch nachhaltiger mit unseren Ressourcen um und wirtschaften so langfristig. Und wenn wir erkennen, wo unser Platz in einer digitalen Welt ist, erkennen wir auch, welchen Wert dem Zwischenmenschlichen zukommt.

Sie sehen: Ich bin Optimistin, und ich habe eine gute Portion Vertrauen. Gerade in der Politik ist das ein zentraler Wert. Vertrauen ist die Grundlage für demokratische Regierungen. Es ist der Grund, warum ich heute als Vize-Regierungschefin vor Ihnen stehe und im vollen Bewusstsein meiner Verantwortung diese Grussworte halte.

Was mich zur Frage drängt: Weshalb haben Gesellschaften eine Regierung?

Der deutsche Grünen-Politiker Robert Habeck beantwortete ebendiese Frage vor einigen Monaten damit, dass wir ein Parlament wählen, woraus dann wiederum eine Regierung entstehe, damit sie sich um die Dinge kümmere, die wir selbst im Alltag so nicht hinbekommen. Weil, so Habeck weiter, wir abgelenkt, müde oder gestresst seien.

Das leuchtet ein. Schliesslich müssen wir unseren Jobs nachgehen, wir wollen genug Zeit für unsere Kinder finden, wollen unsere Partnerschaften und Freundschaften pflegen und müssen auch ganz Alltägliches machen – wie zum Einkaufen gehen oder zur Zahnhygiene. Da bleibt wenig Zeit, sich als einzelner Mensch um diplomatische Beziehungen, eine nachhaltige Umweltpolitik oder unser Rentensystem zu kümmern. Wir geben die Verantwortung für diese Aufgaben ab. Wir wählen jene, die sich darum kümmern sollen. Und wir vertrauen darauf, dass sie es schon irgendwie richtig machen.

In Unternehmen wählen wir unsere Chefs natürlich nicht. Manchmal werden sie uns zu unserem eigenen Übel sogar ungefragt vorgesetzt oder ausgetauscht. Aber wir erwarten dasselbe von Vorgesetzten wie von der Regierung: nämlich, dass sie das grosse Ganze im Blick haben. Dass sie, wenn die Geschehnisse unübersichtlich werden, sagen, was zu tun ist. Verantwortung wahrzunehmen und Entscheidungen zu treffen, vor allem, wenn es unbequem ist – darum geht es.

Aber diese Entscheidungen können und dürfen nicht ausschliesslich im Regierungszimmer beziehungsweise CEO-Büro gefällt werden, sie müssen von der betroffenen Bevölkerung beziehungsweise der betroffenen

Arbeitnehmerschaft mitgetragen werden, um akzeptiert zu werden. Kurzum: Es braucht keine autokratische und rigide Form von Leadership. Keine Führung von oben herab. Sondern eine agile und dienende Führung, der die Balance gelingt. Eine Balance zwischen «Entschlossenheit, wenn nötig» und «Flexibilität, wenn möglich».

Denn eines müssen wir uns bewusst sein: In unserer digitalisierten Welt sind sämtliche Informationen und Nachrichten auf jedem Smartphone jederzeit erhältlich. Jeder kann sich informieren und in den Echokammern der sozialen Medien seine eigene Realität schaffen. Der Wissensvorsprung, aber auch die Deutungshoheit der politischen Entscheidungsträger wird immer geringer. Es ist eine Welt, in der das Internet Orientierung in einer unübersichtlichen Welt gibt.

Bedeutet dies, dass Politikerinnen und Politiker deswegen handlungsunfähig sind? Nichts mehr bewirken können? Haben sie jegliche Möglichkeit von Leadership aus der Hand gegeben? Und sind sie deshalb für Gesellschaften an sich gar nicht mehr vonnöten?

Da ich heute selbst als Politikerin vor ihnen stehe, kann ich diese Fragen aus meiner persönlichen Erfahrung beantworten. Und ich kann sie beruhigen: Ich habe die Übersicht nicht verloren, obwohl ich mich an manchen Tagen sehr stark mit Unvorhersehbarem konfrontiert sehe. Handlungsmöglichkeiten gibt es mehr denn je, und ich sehe es als Privileg und

Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni hielt am Unternehmertag 2021 die Begrüssungsansprache zum Thema nachhaltige Wirtschaftspolitik.



gleichzeitig als Herausforderung für jeden Politiker und jede Politikerin, die Menschen für übergeordnete Ziele – wie etwa den Kampf gegen den Klimawandel – zu inspirieren und zu mobilisieren.

Einige von Ihnen mögen jetzt einwenden, dass kleine Länder keinen «sinnvollen» Beitrag zur Erreichung der globalen Klimaziele leisten könnten. Verglichen mit den grossen Industrienationen wie den USA und China könne unser Beitrag nur «ein Tropfen auf dem heissen Stein» sein.

Diese Ansicht teile ich nicht. Gerade als kleines Land können wir in vielen Bereichen eine Vorreiterrolle einnehmen. Denken wir an den Katalysator in PKW. Die Schweiz – also auch ein relativ kleines Land – war das erste Land Europas, welches im Alleingang ab 1986 für alle Neuwagen Katalysatoren vorgeschrieben hat und agierte so als Vorbild für Länder wie Deutschland, welches erst drei Jahre später nachgezogen hat. Unbestritten eine grossartige Leistung zur Reduktion von Schadstoffemissionen und zur Bekämpfung des Klimawandels.

Liechtenstein kann ein Vorbild sein. Sie, geschätzte Unternehmerinnen und Unternehmer, haben es in der Hand, einen erheblichen Beitrag dazu zu leisten. Ihre guten Ideen und Innovationen sowie ihre Art, die Verantwortung, die Sie haben, wahrzunehmen, sind notwendig, um die bisherigen Prozesse und Produkte zu verbessern, die weltweiten Treibhausgasemissionen zu reduzieren und die Arbeitswelt in unserem Land mit ihren hohen Standards und ihrer Effizienz zu erhalten.

Als Wirtschaftsministerin leiste ich hierzu meinen Teil und versuche, Ihnen den Rücken freizuhalten. Ich stehe ein für ein freies Wirtschaften und ein möglichst hürdenfreies Gedeihen Ihrer Ideen.

Ich bin überzeugt, dass kleine Länder wie das unsrige durch ihre Hebelwirkung viel erreichen können. Die Herausforderung ist riesig. Das Potenzial für Verbesserung weltweit aber ebenso.

Lassen Sie mich daher nochmals auf den Anfang meiner Rede zurückkommen. Ich halte nicht viel davon, den Teufel an die Wand zu malen, ständig zu betonen, was alles schiefgehen könnte, wenn dies oder jenes eintritt. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir durch einen positiv gestimmten Gründer- und Unternehmergeist mehr bewegen können als durch staatliche Verbote und Mahnungen. Und dass wir durch Optimismus, durch verantwortungsbewusstes Leadership und durch Freude an neuen Ideen guten Jahren entgegensteuern.

Ich wünsche Ihnen – sehr geehrte Damen und Herren – einen spannenden und geselligen Anlass.

Vielen Dank!

## Wir brauchen alle Kräfte

**Vortrag im Rahmen von Fokus Wirtschaft 2021 am 15. September 2021 im Grand Casino Liechtenstein in Barendorn** Die sechste Auflage der Reihe «FOKUS Wirtschaft» der Gemeinde Gamprin widmete sich dem Thema «20 Monate Pandemie – was bleibt, folgt und welche Lehren wir für die Wirtschaft ziehen». Die Veranstaltung fand in den Räumlichkeiten des Grand Casino Liechtenstein in Barendorn statt. Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni sprach in ihrem Referat darüber, wie die Regierung der Corona-Pandemie begegnete und mit welchen Hilfsmassnahmen die Unternehmen unterstützt wurden. Ziel der Veranstaltungsreihe, welche 2014 ins Leben gerufen wurde, ist es, den Austausch zwischen Unternehmen und Gemeindeverantwortlichen zu fördern.

Sehr geehrter Herr Vorsteher Hasler  
Sehr geehrter Herr Fischer  
Sehr geehrte Damen und Herren

Keine Frage, die Corona-Krise hat sämtliche Bereiche des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens geprägt. Sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer wurden vor neue Herausforderungen gestellt. Sie als Unternehmerinnen und Unternehmer sind sich dieser Herausforderungen bewusst und erleben beziehungsweise erleben dieselben hautnah.

Aber auch die Politik war und ist in hohem Masse gefordert. Stammen die ersten Meldungen über ein besorgniserregendes Virus Ende 2019 noch aus dem weit entfernten Wuhan in China, so verbreitete sich das Corona-Virus in der Folge im Eiltempo über den Erdball. Bereits am 3. März 2020 musste der erste laborbestätigte Fall des Corona-Virus in Liechtenstein festgestellt werden.

Aufgrund dieser rasanten, aber auch unvorhersehbaren Entwicklung der Pandemie mussten seitens der Regierung in kürzester Zeit Entscheidungen getroffen und Massnahmen ergriffen werden – dies, um die Ausbreitung des Corona-Virus in Liechtenstein bestmöglich einzudämmen und die Bevölkerung zu schützen.

Wichtig erscheint mir hierbei zu betonen, dass Wirtschaft und Gesundheit nicht in einem Gegensatz zueinanderstehen. Vielmehr bedingen sie sich gegenseitig – eine gesunde Wirtschaft braucht gesunde Menschen und umgekehrt.

Es wäre mein inniger Wunsch gewesen, sehr geehrte Damen und Herren, heute diesen Vortrag zu halten und Ihnen sagen zu können, dass es eine schwierige Zeit mit vielen Herausforderungen und Entbehrungen war, die Corona-Krise nun aber überwunden ist.

Leider ist dies aber nicht der Fall. Die Pandemie ist noch nicht vorbei.

Letzten Donnerstag musste die Regierung aufgrund der aktuellen Situation gar beschliessen, die Massnahmen wieder zu verschärfen. Diese verschärften Massnahmen sind heute in Kraft getreten. Ein sehr schwieriger, aber nach Ansicht der Regierung ein absolut notwendiger Schritt.

Und obschon uns die Pandemie nach wie vor sehr stark und unmittelbar beschäftigt, ist heute, sehr geehrte Damen und Herren, dennoch ein guter Zeitpunkt, um aus wirtschaftlicher Sicht ein erstes Fazit zu ziehen. Ich bin daher für die Einladung zu dieser Veranstaltung und die Möglichkeit, zum Thema «20 Monate Pandemie – was bleibt, folgt und welche Lehren wir für die Wirtschaft ziehen» sprechen zu dürfen, sehr dankbar. Bevor ich auf die aktuelle Lage und die weitere Entwicklung näher eingehe, möchte ich zunächst noch einmal kurz auf die letzten Monate zurückblicken.

Im März 2020 haben Regierung und Landtag in Rekordtempo, nämlich innerhalb einer Woche, ein Massnahmenpaket zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen des Corona-Virus auf den Weg gebracht. Das Massnahmenpaket der Regierung war als schnelle Soforthilfe konzipiert. Das Paket beinhaltete verschiedene Unterstützungsleistungen für direkt und indirekt von der Pandemie betroffene Unternehmen.

Im Zuge einer kontinuierlichen Überprüfung des Massnahmenpakets wurden die einzelnen Unterstützungsleistungen verschiedentlich angepasst und teilweise erweitert. Zudem wurden innert kurzer Zeit beim Amt für Volkswirtschaft eine eigene Hotline sowie eine eigene Homepage zu den wirtschaftlichen Unterstützungsleistungen eingerichtet. Sämtliche notwendigen Formulare und Merkblätter wurden dort bereitgestellt.

Diese Hilfestellungen wurden sehr rege genutzt. So hat das Amt für Volkswirtschaft im vergangenen Jahr über 4 500 Anträge auf finanzielle Unterstützung bearbeitet. Über 3 000 dieser Anträge wurden schliesslich auch bewilligt.

Im Fokus der Wirtschaftshilfen standen

- die Überbrückung von Liquiditätsempässen,
- die Ausweitung des Anspruchs auf Kurzarbeitsentschädigung sowie
- weitere Massnahmen für direkt und indirekt von der Covid-19-Pandemie betroffene Unternehmen.

In Ergänzung dazu gab es branchenspezifische Leistungen an Kulturschaffende, Sport-, Bildungs- oder Medienbetriebe sowie das Covid-19-Taggeld als finanzielle Unterstützung bei Quarantänefällen. Unsere wirtschaftspolitischen Stützungsinstrumente waren dabei in der ersten Krisenreaktion ähnlich wie in anderen deutschsprachigen Staaten.

Welches Ziel wurde hiermit verfolgt? Nun, sämtliche Massnahmen sollten der bestmöglichen Sicherung von Unternehmen und dem bestmöglichen Erhalt von Arbeitsplätzen dienen. Und dieses Ziel konnte – so mein Fazit aus heutiger Sicht – erreicht werden.

Dabei war aber auch von Anfang an klar, dass die Unterstützungsleistungen befristet und nur von vorübergehender Dauer sein sollen. Ziel musste und muss es nach wie vor sein, die staatlichen Unterstützungsleistungen so bald wie möglich zu beenden. Ich komme später nochmals kurz auf diesen Punkt zu sprechen.

Ich bin überzeugt, dass sich auch die von der Pandemie besonders betroffenen Betriebe längerfristig auf die neue Normalität einstellen und erfolgreich ihrer Tätigkeit nachkommen können. Hierbei stimmen mich insbesondere die Innovationskraft und die Durchhaltefähigkeit der liechtensteinischen Wirtschaft beziehungsweise der liechtensteinischen Wirtschaftstreibenden – also von Ihnen – sehr zuversichtlich.

Im Rückblick, verehrte Damen und Herren, kann heute festgestellt werden, dass sich gerade die Ausrichtung von Kurzarbeitsentschädigung als Instrument zum Erhalt von Arbeitsplätzen bei Unternehmen mit Corona-bedingten Ausfällen als sehr wirkungsvoll erwiesen hat.

Aber auch die Leistungen für die von den behördlichen Schliessungen betroffenen Betriebe und der Härtefall-Zuschuss für Unternehmen, die von den Folgen der Pandemie längerfristig besonders betroffen sind, haben grosse und kleine Unternehmen in Liechtenstein zielgerichtet unterstützt.

Für die Finanzierung der Corona-bedingten Kurzarbeitsentschädigung erhielt die Arbeitslosenversicherungskasse einen Sonderbeitrag von 80 Millionen Franken. Bis Ende August 2021 wurden hiervon gut 67,5 Millionen Franken aufgewendet. Zur Vergabe von liquiditätssichernden Krediten an liechtensteinische Unternehmen durch die Liechtensteinische Landesbank hat der Landtag insgesamt 25 Millionen Franken genehmigt, davon wurden gut 23 Millionen gebraucht. Ebenso sprach der Landtag 2020 und 2021 jeweils 25 Millionen Franken für die Finanzierung von Massnahmen zur Wirtschaftsförderung. Im letzten Jahr wurden hiervon knapp 17 Millionen und dieses Jahr bereits rund 15 Millionen ausgegeben. Die hohe Ausschöpfung der bereitgestellten Wirtschaftshilfen zeigt, dass diese richtig und wichtig waren.

Neben dem Land haben auch die Gemeinden im Rahmen von Einzelfallprüfungen Unterstützungsleistungen an Unternehmen ausgerichtet, die von den finanziellen Beiträgen des Landes nicht oder in einem nicht gänzlich ausreichenden Mass profitieren konnten.

Rückblickend, meine Damen und Herren, kann ganz klar hervorgehoben werden, dass die Zusammenarbeit aller beteiligten Akteure sehr gut funktioniert hat und sich die kurzen Wege im Land erneut bewährt haben. Dies gilt sowohl für die gegenseitige Abstimmung unter den Ministerien als auch für das Zusammenwirken in der Task Force Wirtschaft und für den regelmässigen Austausch mit den Wirtschaftsverbänden und den Gemeinden. Ich darf an dieser Stelle allen Beteiligten einen herzlichen Dank hierfür aussprechen.

Als Wirtschaftsministerin bin ich sehr froh, heute festhalten zu können, dass unsere Wirtschaft die Auswirkungen der Pandemie bislang vergleichsweise gut überstanden hat. Die Wirtschaft hat sich erstaunlich schnell und stark erholt – dieses Fazit kann heute gezogen werden, auch wenn die Krise noch nicht vorbei ist und wir uns laufend auf neue Entwicklungen einstellen müssen.

Beeinflusst wird der Aufschwung von Nachholeffekten beim Konsum sowie von einer sehr gut laufenden Industrie. Auch die drei wichtigsten Arbeitsmarktindikatoren zeigen insgesamt eine positive Entwicklung. So ist die Anzahl der offenen Stellen und der Beschäftigten steigend und die Arbeitslosigkeit rückläufig. Diese Entwicklung zeigt, dass sich insbesondere die Kurzarbeit als Instrument zur Erhaltung von Arbeitsplätzen bewährt hat.

Lassen Sie uns einen Blick auf die aktuelle Arbeitsmarktstatistik werfen. Ende August 2021 lag die Arbeitslosenquote bei sehr tiefen 1,5 Prozent. Der Durchschnitt im «Corona-Jahr» 2020 lag bei ebenfalls tiefen 1,9 Prozent. Damit ist die liechtensteinische Arbeitslosenquote auch im internationalen Vergleich anhaltend tief geblieben. Ein Blick in die Schweiz zeigt beispielsweise, dass die Arbeitslosenquote dort im Juli mit 2,8 Prozent zum ersten Mal seit Ausbruch der Pandemie wieder unter 3 Prozent lag. In Vorarlberg liegt die Arbeitslosenquote seit Juni 2021 erstmal seit längerer Zeit wieder unter 6 Prozent. Während der Krise erreichte sie teilweise bis zu 9 Prozent.

Doch zurück nach Liechtenstein: Wir konnten auch eine Zunahme an offenen Stellen verzeichnen. Konkret steht der Zahl der Arbeitslosen eine drei- bis fünffache Anzahl an offenen Stellen gegenüber. Auch diesbezüglich ist Liechtenstein, wenn man das so sagen möchte, absoluter Spitzenreiter.

Diese Zahlen sind grundsätzlich natürlich positiv. Sie zeigen aber auch, dass die offenen Arbeitsstellen und die vorhandenen Qualifikationen der Arbeitssuchenden nicht ideal zusammenpassen. Konkret ist der Arbeitsmarkt von einem Mangel an Fachkräften, aber auch an geringer Qualifizierten und Hilfskräften geprägt.

Zusammengefasst, meine Damen und Herren, können wir festhalten, dass die Lage auf dem Arbeitsmarkt heute praktisch wieder dem Vorkrisenniveau entspricht und ein sehr positives Bild zeichnet.

Ebenso erfreulich ist,

- dass sich die Anzahl der Unternehmen von 5050 Ende 2019 auf 5255 Ende 2020 erhöht hat,
- dass die Anzahl an neu erteilten Gewerbeberechtigungen 2020 im Vergleich zum Boomjahr 2019 stabil geblieben ist und
- dass die Zahl der Insolvenzen 2021 zwar gestiegen ist, jedoch keiner der aktuellen Insolvenzfälle ausschliesslich pandemiebedingt ist.

Die Konjunktur hat sich im zweiten Quartal 2021 ebenfalls weiter erholt. Die allgemeine Lage in der Industrie und bei den Dienstleistungsunternehmen wurde von den Unternehmen, die im Rahmen der Konjunkturmfrage befragt wurden, im August erstmals seit Ausbruch der Pandemie weitgehend als gut beurteilt.

Schliesslich stimmen uns auch die internationalen Konjunkturaussichten zuversichtlich.

Aber was sind denn nun die Gründe für die vergleichsweise gute wirtschaftliche Bewältigung der Krise? Meines Erachtens spielt eine Vielzahl von Faktoren eine wesentliche Rolle:

- die Robustheit und Krisenresistenz der liechtensteinischen Volkswirtschaft,
- die hohe Diversifizierung und Wettbewerbsfähigkeit,
- die rasche Anpassungsfähigkeit der Unternehmen und nicht zuletzt
- die sehr soliden Staatsfinanzen und Reserven.

Aufgrund dieser starken Eckpfeiler unserer Wirtschaft und der zuvor erwähnten, positiven Entwicklung der drei wichtigsten Arbeitsmarktindikatoren mussten in Liechtenstein im Vergleich zu anderen Ländern bis dato keine grösseren konjunktur- oder strukturpolitischen Massnahmen geplant – geschweige denn umgesetzt – werden.

Aber, sehr verehrte Damen und Herren, trotz dieser überaus positiven wirtschaftlichen Entwicklung gibt es auch Branchen, die weiterhin und vermutlich noch über längere Zeit mit den Folgen der Corona-Krise zu kämpfen haben werden. Denn zweifelsohne, die Krise traf die verschiedenen Branchen in unterschiedlicher Intensität. Während der Einbruch des internationalen Handels starke negative Effekte auf Liechtensteins Exportwirtschaft hatte, konnte sich beispielsweise der Finanzsektor bis dato als eher stabilisierender Faktor erweisen und war von den Auswirkungen der Pandemie kaum betroffen.

Dies gilt ebenso für das Baugewerbe und die Nahrungsmittelindustrie. Zu den Branchen, welche die Folgen der Pandemie wohl noch längere Zeit spüren dürften, gehören vor allem der Tourismus sowie die Hotellerie und Gastronomie. Dies gilt nicht nur für Liechtenstein, sondern für alle betroffenen Länder. Um gerade im Bereich der Gastronomie und Hotellerie die allenfalls erforderlichen Massnahmen zur Anpassung der Geschäftsausrichtung an die neuen Gegebenheiten des Marktes zu unterstützen, hat die Regierung letzten Monat beschlossen, ein Coaching-Programm zur Verfügung zu stellen.

Liechtenstein kann sich hierfür dem bereits am 1. April 2021 etablierten Programm der Schweiz von HotellerieSuisse und SECO anschliessen. Unter externer Begleitung von professionellen Coaches sollen in einer gemeinsamen «Winter-Offensive» der nötige Transformationsprozess eingeleitet und erste Chancen in Hinblick auf das anstehende Wintergeschäft ergriffen werden. Wir hoffen natürlich sehr, dass dies rege genutzt wird und eine positive Wirkung erzielt werden kann.

Meine Damen und Herren, lassen sie mich zum Abschluss noch einen kurzen Ausblick geben. Zum einen auf die Weiterführung der staatlichen Unterstützungsleistungen und zum anderen auf gewisse Aspekte der neuen, Post-Corona-Arbeitswelt.

Wie ich bereits am Anfang meines Vortrages gesagt habe, muss es das Ziel sein, die staatlichen Unterstützungsleistungen so bald wie möglich auslaufen zu lassen. Eine Verlängerung des Corona-Sonderregimes für die Kurzarbeitsentschädigung bis Ende des Jahres war aufgrund der vorliegenden Zahlen und der Einschätzung der Wirtschaftsverbände ursprünglich nicht angedacht. Und zwar aus folgenden zwei Gründen:

- Erstens: Die Zahlungen für die Kurzarbeitsentschädigung sind seit Mai 2020 stetig zurückgegangen. Während im Mai 2020 noch rund 7000 Mitarbeitende, das heisst etwa 16 Prozent der Beschäftigten, in Kurzarbeit waren, so waren es zuletzt nur noch knapp 400 Mitarbeitende.
- Zweitens: Die Wirtschaftsverbände gingen vor kurzem noch davon aus, dass die wirtschaftliche Lage auch im letzten Quartal befriedigend sein wird und ihre Unternehmen grossmehrheitlich keine Kurzarbeit mehr in Anspruch nehmen müssen.

Aber, sehr geehrte Damen und Herren, die aktuellen Entwicklungen zeigen uns einmal mehr, wie schnell sich die Situation ändern kann und daher auch bereits getroffene Entscheide gegebenenfalls neu beurteilt werden müssen. Corona nimmt mit einer zeitlichen Verzögerung erneut starken Einfluss auf die globalen Lieferketten und damit auch auf viele Zulieferbetriebe in Liechtenstein.

Da die Situation starken Schwankungen unterliegt und Prognosen schwierig sind, wird nun – entgegen der ursprünglich angedachten Vorgehensweise – eine Verlängerung des Kurzarbeits-Sonderregimes als Überbrückungsinstrument bis Ende des Jahres eingehend geprüft.

Erste Schritte hat die Regierung diesbezüglich unternommen. Mit Blick auf den Härtefall-Zuschuss, hat die Regierung bereits beschlossen, den bestehenden Härtefall-Zuschuss für das vierten Quartal nochmals zu verlängern. Dies, da die aktuelle Lage und die weiteren Entwicklungen nach wie vor mit grossen Unsicherheiten verbunden sind. Die Verlängerung des Härtefall-Zuschusses soll hierbei den Unternehmen, die von den Folgen der Corona-Pandemie längerfristig besonders betroffen sind, eine gewisse Planungssicherheit geben.

Der zweite Aspekt meines Ausblickes beschäftigt sich in aller Kürze mit den einschneidenden Veränderungen im Arbeitsumfeld, welche die Corona-Pandemie mit sich bringen wird.

Sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer sehen sich in der Corona-Krise mit betrieblichen beziehungsweise beruflichen Herausforderungen konfrontiert. Dazu gehören unter anderem die Schutzmassnahmen am Arbeitsplatz, die Lohnfortzahlung bei Corona-bedingter Arbeitsverhinderung sowie der Umgang mit der beschleunigten Digitalisierung der Arbeit. Zudem sind viele arbeitsrechtliche Fragen, welche die Pandemie aufgeworfen hat, noch nicht geklärt. Denken Sie nur an das Homeoffice und die damit zusammenhängenden sozialversicherungsrechtlichen und steuerrechtlichen Aspekte.

Es ist davon auszugehen, dass einige Neuerungen bleiben werden. So dürfte das erwähnte Homeoffice auch nach Corona nicht mehr aus der Arbeitswelt wegzudenken sein. Videokonferenzen werden Geschäftsreisen wohl zu einem guten Teil ersetzen, und Fortbildungsveranstaltungen werden zunehmend hybrid und digital abgehalten werden.

Wer als Unternehmen zukunftsfähig bleiben will, muss flexible Arbeitsformen anbieten und auch virtuell kommunizieren. Diesbezüglich ist auch der Staat gefordert.

Meiner Ansicht nach ist es die Aufgabe und die Verantwortung der Politik, neue Entwicklungen genauestens mitzuverfolgen und, falls nötig, klare Regelungen und günstige Rahmenbedingungen hierfür zu schaffen. Die Politik muss dafür – genauso wie Sie als Unternehmerinnen und Unternehmer – «gerüstet sein»! Die neue Arbeitswelt wird zur Realität werden – und Corona hat diese Entwicklung stark beschleunigt.

Sehr geehrte Damen und Herren

Dass die Corona-Krise noch nicht zu Ende ist, ist leider Realität. Wie eingangs erwähnt, mussten die Massnahmen aufgrund der Entwicklungen der Pandemie per heute gar wieder verschärft werden. Mein Rückblick heute zeigt aber auch, dass Liechtenstein solche schwierigen Situationen zu meistern vermag, wenn alle Involvierten und Betroffenen zusammenhalten.

Ich danke Ihnen allen, als Unternehmerinnen und Unternehmer, als Vertreter der Wirtschaftsverbände und der Gemeinden und insbesondere auch als Bürgerinnen und Bürger für Ihr Engagement zur Bewältigung der Krise. Ich hoffe weiterhin auf Ihre Unterstützung.

Wir brauchen alle Kräfte. Vielen Dank!

Im März 2022 besuchte Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni die Hilcona AG. Das Bild zeigt sie zusammen mit CEO Martin Henck und Peter Schmidheiny.



Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni erhielt im September 2022 einen Einblick in das TecCenter der thyssenkrupp Dynamic Components Gruppe in Eschen.



## Nachhaltigkeit, Sicherheit, Wettbewerb: Herausforderungen und Chancen eines europäischen Kleinstaats

**Rede anlässlich des Ludwig-Erhard-Gipfels 2022 am 21. April 2022 in Tegernsee** Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni nahm am 21. und 22. April 2022 am Ludwig-Erhard-Gipfel in Bayern teil. Unter dem Motto «Nachhaltig wachsen: Neue Agenda für Deutschland und Europa» diskutierten dort Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Medien über aktuelle gesellschaftliche und politische Themen. Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni hielt ein Impulsreferat zum Thema «Nachhaltigkeit, Sicherheit, Wettbewerb: Herausforderungen und Chancen eines europäischen Kleinstaats». Darin betonte sie unter anderem die Bedeutung von Integration und Kooperation für die Bewältigung globaler Herausforderungen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Einladung. Es freut mich sehr, heute bei Ihnen hier – an diesem schönen Ort, dem Tegernsee – zu sein. Bayern-Liechtenstein: eigentlich so nah, geografisch und kulturell. Viele von meinen Landsleuten kennen Bayern gut, den Fussball noch besser und sogar den aktuellen Tabellenplatz von Bayern München. Doch wie viele von Ihnen waren schon einmal in Liechtenstein und kennen unsere Nationalmannschaft? Nun, vielleicht vom letzten Länderspiel Deutschland-Liechtenstein im November 2021. Da haben wir Sie jedenfalls zum eindeutigen, zufriedenen Sieger gemacht.

Mein Ziel ist es heute, Sie in meiner Funktion als liechtensteinische Wirtschafts- und Umweltministerin durch mein Land zu führen. Dabei möchte ich Ihnen aufzeigen, wo wir Tabellenführer sind und wie wir es als Kleinstaat schaffen, uns in der internationalen Gemeinschaft Gehör zu verschaffen und unseren Beitrag zu leisten.

So ist es uns trotz fehlender Armee gelungen, während mehr als 300 Jahren unsere Eigenständigkeit zu bewahren. Dies dank weitsichtiger Allianzen sowie gut funktionierender nachbarschaftlicher Beziehungen. Als letztes staatsrechtliches Relikt des Heiligen Römischen Reichs nutzt das Fürstentum Liechtenstein seine Kleinheit, um Brücken zu bauen, über Grenzen hinwegzudenken und wagt innovative Ideen, die in grösseren Bürokratien kaum eine Realisierungschance haben.

Klar, unsere Einflussmöglichkeiten auf der Weltbühne sind beschränkt. Doch eines möchte ich gleich vorausschicken: Angesichts der globalen Herausforderungen sind wir hier in Europa alles kleine Länder, auch Deutschland. Um diese Herausforderungen zu meistern, gibt es nur ein Mittel: Integration und Kooperation, wie es die Europäische Union seit Jahrzehnten vorlebt. Dort liegt die grosse Stärke Europas. Das müssen wir uns in Krisenzeiten einmal mehr bewusst machen.

#### *Liechtenstein als souveräner und gleichberechtigter Staat in Europa*

Sie hören es, meine Damen und Herren. Wir Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner sind überzeugte Europäer. Nicht nur wegen der geografischen Lage, sondern auch wegen unserer Teilnahme am Europäischen Wirtschaftsraum EWR. Seit mehr als 25 Jahren ist Liechtenstein – zusammen mit Norwegen und Island – EWR-Mitglied und nimmt am Europäischen Wirtschaftsraum teil, mit all seinen Rechten und Pflichten. Dass Liechtenstein gleichzeitig an der Zoll- und Währungsunion mit der Schweiz partizipiert, ist nicht nur dem Wohlwollen der Eidgenossen, sondern auch unseren EWR-Partnern, vor allem Deutschland und Österreich, zu verdanken.

Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni anlässlich ihres Impulsreferats am Ludwig-Erhard-Gipfel in Tegernsee.



Das liechtensteinische Integrationsmodell ist einzigartig und erfreut sich grosser Zustimmung in der liechtensteinischen Bevölkerung und auch in Brüsseler Kreisen. Heute versteht sich Liechtenstein als Brückenbauer zwischen der Schweiz und der Europäischen Union und gilt als Vorbild für andere Nicht-EU-Mitglieder in Europa, insbesondere auch andere europäische Kleinstaaten, die eine stärkere Anbindung an die EU suchen. Die Teilnahme an zwei Wirtschaftsräumen, dem EU-Binnenmarkt und der Schweizer Zollunion, hat sich für die liechtensteinische Wirtschaft als grosser Standortvorteil erwiesen und beweist, dass eine differenzierte Integration in Europa möglich ist.

Als Mitglied der Europäischen Freihandelsassoziation EFTA profitiert Liechtenstein zudem von einem Netz von Freihandelsabkommen mit über 40 Ländern und Gebieten ausserhalb der EU. Als Exportland ohne grossen Heimmarkt setzt sich Liechtenstein regelmässig für den Abbau von Handelshemmnissen ein und lehnt jegliche Form von Protektionismus entschieden ab.

Unsere Souveränität ist im multilateralen System verankert. Durch Beitritte zu internationalen Organisationen haben wir seit dem Zweiten Weltkrieg unsere Eigenständigkeit abgesichert. Aus ureigenem Interesse ist Liechtenstein daher einer der grössten Verfechter der regelbasierten internationalen Ordnung, in der Verträge gelten und nicht das Recht des Stärkeren. Mit grosser Besorgnis schauen wir daher in die Ukraine. Dieser Krieg wirft eine Schockwelle auf die europäische Sicherheitspolitik und offenbart einmal mehr die Notwendigkeit, dass Europa strategisch autonomer werden muss. Wir brauchen ein Europa, das in der Lage ist, seine Werte wie Demokratie und Achtung der Menschenrechte zu verteidigen, gleichzeitig aber auch seinen wirtschaftlichen Erfolg, insbesondere die Errungenschaften des Binnenmarkts, nachhaltig zu sichern vermag. Deutschland als europäischer Wirtschaftsmotor trägt diesbezüglich meines Erachtens eine besondere Verantwortung.

#### *Wirtschaftsstandort Liechtenstein – diversifiziert und innovativ*

Gemeinsamer Handel, offene Märkte und freier Wettbewerb gehören zum Erfolgsrezept der europäischen Integration und haben auch in Liechtenstein zu Wohlstand und wirtschaftlichem Aufschwung geführt. Heute verfügt Liechtenstein über mehr Arbeitsplätze als Einwohner – mit der Folge, dass Tausende Arbeitskräfte tagtäglich aus der benachbarten Region, einschliesslich aus dem süddeutschen Raum, in unser Land ein- und wieder auspendeln. Liechtenstein lockt dabei nicht nur als attraktiver Finanzplatz, sondern vor allem auch als erfolgreicher Industriestandort. Die Wertschöpfung basiert zu 40 Prozent auf der industriellen Fertigung von Produkten in unserem Land, während die Wertschöpfung des Finanzplatzes bei rund 20 Prozent liegt.

Die Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland sind besonders ausgeprägt. Liechtenstein exportierte 2020 Waren im Wert von 722 Millionen Schweizer Franken nach Deutschland. Liechtensteinische Unternehmen sind mit 30 Auslandsniederlassungen in Deutschland vertreten und beschäftigten dort rund 10000 Mitarbeitende. Mit Stolz blicke ich als Wirtschaftsministerin auf unser Unternehmertum, das während Pandemiezeiten eine hohe Anpassungsfähigkeit und Innovationskraft gezeigt hat. Dank hoher Diversifizierung hat sich der liechtensteinische Wirtschaftsstandort als sehr resilient während der letzten zwei Jahre erwiesen.

Auf acht Einwohner kommt in Liechtenstein ein tätiges Unternehmen. Im Vergleich dazu ist das Verhältnis in Deutschland 1:24. Unsere Unternehmen sind in einer Vielzahl von teilweise sehr spezialisierten Nischen tätig und oft auch Weltmarktführer in ihrer Branche. So zum Beispiel das liechtensteinische Familienunternehmen Hilti, das seit seiner Gründung 1941 den Hauptsitz in Liechtenstein hat und für seine Bohrmaschinen weltweit bekannt ist. Oder auch die Hoval AG, die mit ihren Heiz- und Kühlsystemen den Buckingham-Palast der Queen heizt und im Vatikan für Kühlung sorgt. Unsere «hidden champions» exportieren weltweit und sind auf verlässliche Zulieferketten angewiesen. Wenn diese, wie etwa durch die Pandemie oder den Ukraine-Konflikt, nicht mehr funktionieren, so trifft das unseren Industriestandort ebenfalls hart. Die steigenden Energiepreise und die Abhängigkeit von ausländischen Rohstoffen zeigen uns auf einer weiteren Ebene die Notwendigkeit, unsere Wirtschaft rasch ökologisch umzubauen und auf erneuerbare Energieressourcen umzusteigen. Klar ist aber, dass Liechtenstein seine Energieversorgung nicht im Alleingang sicherstellen kann, sondern nur im Verbund mit seinen europäischen Partnern. Es wird dabei kein Weg daran vorbeiführen, dass sich Europa von der Energieabhängigkeit von Russland und anderen zwielichtigen Ländern befreit. Wir dürfen uns nicht zur Geisel autokratischer Staaten machen. Ein Gasembargo ergibt für mich aber nur dann Sinn, wenn wir das als Wirtschaft und Gesellschaft auch langfristig durchstehen können. Darauf müssen wir uns vorbereiten.

#### *Liechtensteins Beitrag für ein sicheres und solidarisches Europa*

Neben der wirtschaftlichen Integration ist für Liechtenstein auch die Mitgliedschaft im Schengen-Dublin-System von grosser Bedeutung. Gerade in unsicheren Zeiten zählt die Partnerschaft in Sicherheitsfragen. Liechtenstein beteiligt sich an der europäischen Polizeikooperation und am EU-Aussengrenzschutz und zeigte sich bereits während der Migrationskrise 2015/16 solidarisch mit seinen europäischen Partnern, als es um die Lastenverteilung bei Flüchtlingsaufnahmen ging. Ebenso hat meine Regierung im Rahmen der europäischen Solidaritätsplattform für die Ukraine bereits entsprechende Zusagen in Brüssel gemacht. Und auch wir in Liechtenstein nehmen tagtäglich Schutzsuchende aus der Ukraine auf.

Im Sinne unserer humanitären Tradition wollen wir unseren Beitrag zur Linderung dieser zutiefst menschlichen Katastrophe in der Ukraine und den betroffenen Anrainerstaaten leisten. Denn das möchte ich an dieser Stelle hervorheben: Wie umfangreich die aussen- und wirtschaftspolitischen Themen, die aus dem Ukraine-Krieg folgen, auch sein mögen, letztlich bewegen uns vor allem die einzelnen menschlichen Schicksale, die an diesem sinnlosen Krieg zugrunde gehen. Dieses Leid muss schnellstmöglich ein Ende finden. Wir müssen alles unternehmen, was in unserer Macht liegt, um zu einem dauerhaften Frieden zurückzufinden, auch wenn es seinen Preis hat.

Das bedeutet auch, dass Liechtenstein die Sanktionspolitik der EU mitträgt und sämtliche Sanktionen, insbesondere die Finanzsanktionen gegen Russland und Belarus, vollumfänglich übernimmt. Um es klar und deutlich zu sagen: Der liechtensteinische Finanzplatz wird keine Hand für Umgehungsgeschäfte bieten. Liechtenstein ist Teil der europäischen Werte- und Interessengemeinschaft und wird sich an die gemeinsamen Spielregeln halten. Der liechtensteinische Finanzplatz hat die Lektionen aus seiner schwierigen Vergangenheit gelernt. Es war ein schmerzhafter Prozess. Nach mehr als zehn Jahren Weissgeldstrategie können wir aber heute wieder selbstbewusst auftreten, mit dem Anspruch, auch eine Vorreiterrolle in Sachen nachhaltige Investitionen und Finanzanlagen einzunehmen. Dort sehen wir tatsächlich ein enormes Potenzial, und zwar nicht nur in Bezug auf die Ökologie.

#### *Nachhaltiger Finanzplatz – liechtensteinische Initiative FAST*

So hat die liechtensteinische Regierung gemeinsam mit den Finanzinstituten die sogenannte FAST-Initiative ins Leben gerufen mit dem Ziel, den weltweiten Menschenhandel und moderne Sklaverei zu bekämpfen. Noch heute leben nach Schätzungen der Vereinten Nationen mehr als 40 Millionen Menschen in Sklaverei oder sklavenähnlichen Verhältnissen. Rund 10 Millionen Kinder werden zu Kinderarbeit oder Prostitution gezwungen. Diese Zahlen schockieren! Wir müssen uns bewusst machen, dass uns diese Verbrechen als Konsumentinnen und als Produzenten betreffen. Viele Güter und Rohstoffe stammen aus Ländern, in denen teilweise prekäre Arbeitsbedingungen herrschen. Alleine durch Zwangsarbeit werden jährlich rund 150 Milliarden US-Dollar generiert. Wo grosse Summen und illegale Gewinne im Spiel sind, wird Geld transferiert und investiert. Und bei diesen Transaktionen und Investitionen sind in aller Regel Finanzinstitute involviert. Genau dort setzen wir mit unserer Initiative an.

Wenn wir den globalen Finanzsektor dazu bringen, verdächtige Finanzflüsse zu unterbinden, können wir wesentlich zur Bekämpfung von Sklaverei und Ausbeutung beitragen. Wir werten es als Erfolg, dass neben dem liechtensteinischen Privatsektor bereits die Regierungen Australiens, der Niederlande und Norwegens unsere Projektpartner sind. Ich bin überzeugt, dass wir auch Deutschland dafür gewinnen können – eine Veranstaltung dazu findet Mitte Mai in Berlin statt.

*Klimawandel – grösste Herausforderung der Menschheit*

Als Umwelt- und Klimaministerin komme ich nicht umhin, auch die ökologische Nachhaltigkeit anzusprechen. Der Klimawandel stellt eine existenzielle Bedrohung für die Menschheit dar. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse sind eindeutig: Wenn wir so weiter machen wie bisher, werden wir das 1.5-Grad-Ziel verfehlen – mit unabsehbaren Folgen wie Naturkatastrophen, Wasserknappheit, Hunger, Konflikte um Ressourcen und damit zusammenhängende Migrationsbewegungen.

Es liegt daher in unserem Interesse und vor allem demjenigen der nachfolgenden Generationen, dem Klimawandel entschieden entgegenzuwirken und keine Zeit zu verlieren.

Judith Gerlach, Bayerische Staatsministerin für Digitales, im Gespräch mit Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni.



Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni und Lars Klingbeil, SPD-Bundesvorsitzender, trafen sich am Rande des Ludwig-Erhard-Gipfels.



*Bedeutung der Nachbarschaftsbeziehungen, insbesondere in Zeiten des Umbruchs*

Bevor ich zum Schluss komme, möchte ich nochmals kurz auf die Bedeutung guter Nachbarschaftsbeziehungen eingehen. Diese haben sich gerade während der Pandemie in neuer Form gezeigt. Die zeitweilig geschlossenen Grenzen haben uns vor Augen geführt, wie mannigfaltig die grenzüberschreitenden Sachverhalte sind, wie vernetzt wir sind und wie Einschränkungen der Reisefreiheit schnell zu kleineren und grösseren Alltagsproblemen führen können. Offene Grenzen sind ein Muss für Wachstum und kulturellen Austausch – diese offenzuhalten war in der Pandemie nicht einfach und wird jetzt durch die Fluchtbewegung aus der Ukraine ebenfalls eine Herausforderung. Aber die offene Grenze ist Teil unserer Identität und zeigt uns letztlich, welche grossen Vorteile die freie Mobilität in Europa hat – und welche Errungenschaft dauerhafter Frieden ist.

Besonders in Krisensituationen kommt es auf robuste und freundschaftliche Nachbarschaftsbeziehungen an. Aus einem tieferen Verständnis füreinander halten diese Beziehungen auch weltpolitischen Stürmen stand. Genau dafür sorgen die vielen Begegnungen und Gespräche auf diesem Gipfel, und ich freue mich auf den weiteren angeregten Austausch. Von meiner Seite kann ich Ihnen zusichern, dass sich mein Land weiterhin als verlässlicher und konstruktiver Partner in die europapolitische Diskussion einbringen wird. Wir sind stolz, Teil dieses Europas zu sein.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Thomas Bischof, persönlicher Mitarbeiter der Regierungschef-Stellvertreterin, Liechtensteins Botschafterin in Berlin, Isabel Frommelt-Gottschald, Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni und Markus Biedermann, Generalsekretär des Ministeriums für Inneres, Wirtschaft und Umwelt, am Ludwig-Erhard-Gipfel.



## Lassen Sie uns in Chancen denken

**Begrüssungsansprache  
anlässlich des  
Unternehmertags 2022  
am 6. Juli 2022  
in der Spoerry-Halle  
in Vaduz** Die 17. Ausgabe des Unternehmertags am 6. Juli 2022 widmete sich dem Thema «Führen in der Instabilität». Neben Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni traten unter anderem Siemens-Energy-Aufsichtsratschef Joe Kaeser, Ökonom Peter Bofinger und Racing-Unleashed-CEO Monisha Kaltenborn als Redner respektive Rednerin auf. Der Unternehmertag ist eine Netzwerkveranstaltung für Entscheidungsträger, Unternehmerinnen und Unternehmer sowie Wirtschaftsinteressierte aus dem Vierländereck und bietet Referate, informative Diskussionsrunden und attraktive Networking-Möglichkeiten.

Durchlaucht  
Geschätzte Landtagsabgeordnete  
Sehr geehrte Damen und Herren

Bereits im letzten Jahr durfte ich den Unternehmertag mit einer Rede eröffnen, und es freut mich ausserordentlich, dass mir diese Ehre nun erneut zuteilwird. Als wir 2021 hier zusammengekommen sind, ging es mir vor allem darum, meine Vorhaben als Wirtschaftsministerin und die nachhaltige Wirtschaftspolitik, welche die Regierung des Fürstentums Liechtenstein verfolgt, ins Zentrum zu stellen.

Ein knappes Jahr später aber finden wir uns in einer völlig neuen geopolitischen Lage. Nach einer so langen Zeit europäischen Friedens sehen wir uns heute wieder mit Krieg konfrontiert. Die russische Invasion in die Ukraine bringt unsägliches Leid über die ukrainische Bevölkerung und stellt die europäische Sicherheitspolitik der letzten Jahrzehnte grundsätzlich infrage. Viele Nationen – so auch unser Land – bezogen dabei klar Stellung und zeigen Solidarität mit der Ukraine und deren Bevölkerung.

Die europäischen Sanktionen gegen Russland, die wir vollständig unterstützen und die notwendig sind, schaden allerdings nicht nur dem Aggressor. Kurzfristig verschärfen sie auch hierzulande wirtschaftliche Themen, die sich durch die Pandemie bereits angebahnt hatten.

Besonders spürbar ist dies anhand von Lieferkettenschwierigkeiten oder steigenden Energiepreisen. Dass Energie dabei als politische Waffe eingesetzt werden kann und auch eingesetzt wird, zeigt uns der Ukraine-Krieg aktuell klar auf. Auch haben viele europäische Länder mit einer Inflation zu kämpfen.

Der starke Franken und der relativ geringe Anteil von Lebensmittel- und Energiekosten im Warenkorb der Schweizer und Liechtensteiner Haushalte dämpfen hierzulande die Inflation. Der wirtschaftliche Aufschwung wurde zwar ausgebremst, die Situation ist bei uns aber nicht dramatisch. Sorgen bereiten mir hingegen die massiven Schuldenberge, die sich post-Corona in vielen europäischen Ländern angehäuft haben. Frankreich steckt tief in der Schuldenfalle und wird die Zukunft der Euro-Zone massgeblich bestimmen. Wir müssen uns wohl darauf vorbereiten, dass wir in den kommenden Jahren immer wieder mit wirtschaftlichen Schocks konfrontiert werden.

Trotz dieser grossen Herausforderungen ist es wichtig, dass wir als europäische Staatengemeinschaft unseren Kurs beibehalten. Wir müssen für unser demokratisches und rechtsstaatliches Wertesystem eintreten und diesem treu bleiben. Gemeinsam können wir, dessen bin ich mir sicher, diese Herausforderungen bestehen und als gestärktes Europa aus der Krise hervorgehen.

Gemeinsam. Das ist auch das wichtigste Wort in einer weiteren Krise, die uns zurzeit umtreibt: die Klimakrise. Auch sie zwingt uns zu handeln und den Worten eines nachhaltigen Lebensstils Taten folgen zu lassen. Als Umweltministerin durfte ich daher vor einigen Wochen die Klimastrategie 2050 der Regierung des Fürstentum Liechtensteins vorstellen. Darin ist festgehalten, wie Liechtenstein seinen CO<sub>2</sub>-Ausstoss senken will, um bis 2050 klimaneutral zu werden. Dieses politische Versprechen ist seit 2020 auch eine gesetzliche Verpflichtung.

So ambitioniert das klingt, so häufig hatte ich in den letzten Wochen mit dem Vorwurf der Verbotskultur zu kämpfen. Lassen Sie mich daher bitte diesen Eindruck berichtigen. Fossile Energien wie Öl und Gas sind klimaschädlich. Das wissen wir schon seit Langem. Sie sind aber auch teuer und machen uns abhängig von unberechenbaren Staaten wie Russland.

Seit Einführung des Energieeffizienzgesetzes im Jahr 2008, also seit rund 15 Jahren, fördert der Staat den Umstieg auf erneuerbare Energien, und zwar in erheblichem Masse. Und trotzdem werden über 70 Prozent der Gebäude in Liechtenstein immer noch mit Öl und Gas beheizt. Auch bei der Zubaurate von Photovoltaikanlagen haben wir unseren Zielwert gemäss Energiestrategie 2030 deutlich verfehlt. Die Krux mit den staatlichen Anreizen ist, dass uns die Zeit davonläuft, denn der Klimawandel ist jetzt.

Die Hebelwirkung ist am grössten, wenn wir bei neuen Heizungen auf fossilfreie und umweltschonende Systeme setzen. Wir haben heute Alternativen, die nachhaltig, effizienter und auch bezahlbar beziehungsweise über die Lebensdauer sogar günstiger sind. Um es klarzustellen: Niemand wird gezwungen, eine funktionierende Öl- oder Gasheizung auszuwechseln. Doch wer es tun will, soll finanziell gefördert werden. Wir werden

Lösungen für die Fälle finden, in denen die Umstellung nur unter hohen Kosten möglich ist. Ebenso wird kein Dach mit PV bestückt, auf welches kein Sonnenlicht fällt oder bei dem es die Statik nicht zulässt. Wir werden vernünftige, umsetzbare und tragbare Lösungen erarbeiten. Dabei baue ich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen.

Lassen Sie uns vielmehr in Chancen denken. Während meines Besuchs in Glarus vor zwei Wochen war ich beeindruckt, mit welchem Elan und welcher Kreativität die Glarner Regierung die Umsetzung des Öl- und Gasverbots angeht, welches die Landsgemeinde überraschend im Jahr 2021 verabschiedet hat. Hiervon können wir uns sicher inspirieren lassen, und wir werden auch zum Kanton Zürich schielen, wo ein ähnliches Verbot diesen Herbst in Kraft tritt.

Auch von Basel können wir lernen. Dort werden schon seit fünf Jahren neue Öl- und Gasheizungen verhindert. Ich bin überzeugt, dass die Verfügbarkeit von erneuerbaren Energien zunehmend ein Standortvorteil sein wird. Die Energiewende bringt neue Geschäftsfelder und birgt erhebliche Potenziale für Innovationen. Diese Innovationen sind der Schlüssel zu einem florierenden und nachhaltigen Wirtschaftsstandort. Sie zeigen uns zudem auf, dass wir aufhören müssen, Klima- und Umweltfragen nur als ökologische Themen zu betrachten.

Ich bin mir sicher, dass alle heute hier Anwesenden wissen, wie wichtig es in der Wirtschaft ist, ob im kleineren Familienunternehmen oder im internationalen Konzern, in Generationen zu denken. Nur durch einen nachhaltigen Umgang mit Ressourcen, kann auch langfristig erfolgreich produziert werden. Eine Kreislaufwirtschaft, welche verwendete Materialien in all ihren Lebensstadien mitbedenkt und wiederverwertet, ist dabei nur eine Vision, die sich aufdrängt.

Was für private Unternehmerinnen und Unternehmer gilt, ist für eine Regierung ebenso gültig. Sie können mir daher glauben, dass ich einen liberalen Geist habe und dass ich als Wirtschaftsministerin Ihre Interessen eines Wirtschaftsstandortes mit möglichst idealen Rahmenbedingungen vertrete. Ebendarum gilt es nun, die Weichen für eine wirtschaftlich kompatible und daher klimafreundliche Zukunft zu stellen. Zuwarten, das Verharren im Bisherigen, ist keine Option. Wir müssen in die Zukunft investieren, nicht in die Vergangenheit. Und dort, wo die Innovation noch Zeit braucht, müssen wir mit anderen Massnahmen vorübergehend reagieren.

An diesen Beispielen sehen Sie: Die Herausforderungen unserer Zeit sind enorm. Wir alle sind Krisenmanagerinnen und Krisenmanager. Auch ich habe das in meinem ersten Jahr in der Regierung mehrmals deutlich zu spüren bekommen. Und doch dürfen wir uns von der Anhäufung an Krisen, die sich uns entgegenstellen, nicht einschüchtern lassen. Denn letztlich

stellt sich die Frage: Wer könnte das schaffen, wenn nicht wir? Liechtenstein hat das Know-how, das es braucht, um nach wie vor Anziehungspunkt für viele kluge Köpfe aus allen Fachbereichen zu sein. Wir haben Sie, tatkräftige Unternehmerinnen und Unternehmer, und wir haben einen Staatshaushalt, der es uns erlaubt, auch in Krisenzeiten Gelassenheit bewahren zu können. Daher dürfen wir auf unsere Wirtschaft vertrauen und mit Pioniergeist vorangehen.

Vor allem freut es mich sehr, dass Sie als Unternehmerinnen und Unternehmer in Liechtenstein auf so viele Institutionen setzen können, die ihnen den Weg für ebendiese Pionierarbeit ebnen.

Mit der «Agenda Werkplatz 2025plus» stellte die Wirtschaftskammer Liechtenstein erst kürzlich eine Strategie vor, die ihren Mitgliedern in sechs konkreten Punkten den Alltag erleichtern soll. Das reicht von der Förderung der Aus- und Weiterbildung bis zu den Nachhaltigkeitszielen, die im Einklang mit dem Gewerbe stehen sollen. Die Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer und der Bankenverband haben ähnlich nachhaltige Stossrichtungen ebenfalls längst erkannt. Auf sie können Sie sich stützen.

Auch ansonsten steht die Liechtensteiner Wirtschaft trotz der langen Pandemiezeit gut da. Die breite Aufstellung in den Tätigkeitsfeldern, die staatlichen Unterstützungsleistungen und der absichernde Finanzplatz haben dazu beigetragen. Mit 1,7 Prozent war auch die Arbeitslosenquote für 2021 sehr niedrig, und eine drei- bis fünffache Anzahl offener Stellen stand der Zahl von Arbeitslosen gegenüber. Deshalb ist es eben auch so wichtig, dass wir möglichst attraktive Arbeitsplätze generieren und so die besten Köpfe in unser Land holen. Diesbezüglich sind Staat und Unternehmen gleichermaßen gefordert, dem Fachkräfte- und Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken.

Auf so viel Sicherheit wir uns auch verlassen können, am Ende müssen wir uns eingestehen, dass alle Zeiten schon immer ein gewisses Mass an Instabilität und Unsicherheit mit sich brachten. Gegenwärtig ist die Zukunft, die wir uns ausmalen, nichts weiter als eine Illusion, die womöglich eintritt oder auch nicht. Und so führen wir alle unser Leben, unseren Alltag in einer ständigen Instabilität. Diesen Umstand gilt es als Chance zu verstehen – wir haben die Erfahrung und das Handwerkszeug. Wir haben alles, was es braucht, um auch kurzfristig auf neue Herausforderungen reagieren zu können.

Zum Schluss ist es mir ein Anliegen, zu erwähnen, dass wir gerade die Herausforderungen, die uns in Liechtenstein direkt betreffen, als neuen Aufbruch verstehen können. Um dies nicht nur als leere Parole in den Raum zu werfen, eignet sich die in der Klimastrategie erwähnte Fiktion «Liechtenstein 2050 – unsere Geschichte in 30 Jahren». Darin schildert

eine fiktive, in Liechtenstein lebende Person verschiedene Situationen aus ihrem Alltag im Jahr 2050. Sie gibt uns einen Einblick, was es bedeuten könnte, in 30 Jahren in diesem Land zu wirtschaften und zu leben. Ohne ganze Passagen daraus zu zitieren, geht es vor allem um die Verbindung von Arbeit und Lebensqualität. Um ein wortwörtlich blühendes Liechtenstein, in dem der wirtschaftliche Raum und der öffentliche kein Widerspruch mehr sind. So kann Liechtenstein auch langfristig eines der lebenswertesten Länder der Welt bleiben und uns allen sowohl als Privatpersonen als auch als Unternehmerinnen und Unternehmern Freude und Wohlstand schenken.

In diesem Sinne, geschätzte Damen und Herren, wünsche ich Ihnen einen geistreichen Unternehmertag mit vielen aufregenden Gesprächen.

Vielen Dank!

«Wir müssen für unser demokratisches und rechtsstaatliche Wertesystem eintreten und diesem treu bleiben», sagte Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni am Unternehmertag im Juli 2022.



## Die richtige Zeit, um mutige Entscheidungen zu treffen

**Rede anlässlich des 10. Erfahrungsaustausches des Energie-Netzwerks für die Wirtschaft in Liechtenstein am 26. September 2022 in den Räumlichkeiten des Vereins für Abfallentsorgung (VfA) in Buchs**

Das Energie-Netzwerk für die Wirtschaft in Liechtenstein feierte am 26. September 2022 sein zehnjähriges Bestehen mit einer Veranstaltung unter dem Titel «Zukünftige Energieversorgung: Sicher, nachhaltig, bezahlbar». Über 100 Teilnehmende informierten sich bei diesem Netzwerktreffen, das in den Räumlichkeiten der Kehrrechtverbrennungsanlage in Buchs stattfand, über die aktuelle Energiesituation und die Zukunft der Energieversorgung. Neben einer Podiumsdiskussion mit den Energieversorgern Liechtensteins gab es einen Vortrag über den Verein für Abfallentsorgung sowie über Wasserstoff zur Dekarbonisierung der Industrie.

Sehr geehrte Landtagsabgeordnete  
Werte Wirtschaftsvertreter aus Liechtenstein und der Region  
Geschätzte Damen und Herren

Ich freue mich, heute gemeinsam mit Ihnen das 10-Jahr-Jubiläum des Energie-Netzwerks für die Wirtschaft in Liechtenstein zu feiern und bei dieser Gelegenheit einige Worte an Sie zu richten. Wie es sich für einen Geburtstag – und erst recht für einen runden – gehört, möchte ich allen am Energienetzwerk beteiligten Unternehmen und den verantwortlichen Personen ganz herzlich gratulieren.

Nicht weniger am Herzen liegt es mir aber, Ihnen allen, meine Damen und Herren, meinen tief empfundenen Dank auszusprechen. Die Politik kann mit Strategien, Beschlüssen und Gesetzen zwar einen Handlungsrahmen schaffen und damit den Weg hin zu einer Energieversorgung und -nutzung vorgeben, die den vielfältigen Herausforderungen unserer Zeit in gebührendem Mass Rechnung trägt. Gehen müssen wir diesen Weg aber alle gemeinsam.

Und das Energie-Netzwerk schreitet dabei seit zehn Jahren zuverlässig voran. Mit ihrem klaren Bekenntnis zur Steigerung der Energieeffizienz beweisen die Mitglieder und Träger dieser Plattform nicht nur eindrucksvoll, dass sich unsere Wirtschaft des Ernsts der Lage bewusst ist. Sie leisten auch einen wichtigen Beitrag zum Erreichen der Ziele, die sich Liechtenstein in Bezug auf die angestrebte Energiewende gesetzt hat.

Gerne möchte ich Ihnen nachfolgend einen kurzen Überblick darüber geben, welchen politischen Herausforderungen wir uns in diesem Kontext gegenübersehen und welche Lösungsansätze die Regierung verfolgt.

Ich denke, wir sind uns alle einig: In diesen Tagen präsentiert sich die globale Gemengelage nochmals ein wenig komplexer, als sie es ohnehin schon war. Der Begriff der Krise begegnet uns in verschiedenen, teilweise miteinander verwobenen Zusammenhängen, die uns in ihrer Gesamtheit alles abverlangen.

Da ist die Klimakrise, die wir durch unseren jahrzehntelangen rücksichtslosen Umgang mit Energieträgern selbst heraufbeschworen haben und die uns zum Handeln zwingt. Da ist die zu Teilen auch auf den Klimawandel zurückzuführende Biodiversitätskrise, die wir bei allen Bemühungen, die Energiewende herbeizuführen, nicht ausser Acht lassen dürfen. Und da ist die aus dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine erwachsene Energiekrise, die uns steigende Energiepreise und eine höchst unsichere Versorgungslage beschert.

Diese vielschichtige Problemkonstellation bedeutet für die Politik in der Quintessenz vor allem eines: dass sie im Verbund mit der Gesellschaft einen Kampf zu führen hat, der sie an mehreren Fronten gleichzeitig fordert. Einen Kampf aber auch – das möchte ich in aller Entschiedenheit betonen –, den sie voller Überzeugung und Zuversicht annimmt.

«Zukünftige Energieversorgung: Sicher, nachhaltig, bezahlbar», lautet der Titel der heutigen Veranstaltung. Und das ist auch das Ziel, dem sich die Energiepolitik des Landes verschrieben hat.

Mit der Energiestrategie 2030 und der Energievision 2050 hat die Regierung 2020 zwei wesentliche Pfeiler dieser Energiepolitik veröffentlicht – und mit ihnen klare Zielsetzungen, die uns alle schwarz auf weiss in die Pflicht nehmen: Der Energiebedarf soll sich demnach bis 2030 gegenüber dem Referenzjahr 2008 um 20 Prozent verringern und bis dahin ausserdem zu 30 Prozent durch erneuerbare Energien gedeckt werden. Ebenfalls bis 2030 sollen sich die Treibhausgasemissionen im Vergleich zu 1990 um 40 Prozent reduzieren.

Ein erster Monitoringbericht vom Dezember 2020, der den Startpunkt der Energiestrategie 2030 abbildete, zeigte ein relativ positives Bild. Zugleich machte er aber auch deutlich, dass wir uns kein Nachlassen erlauben dürfen: Ein knappes Erfüllen der Zielpfade hinsichtlich Energieeffizienz und erneuerbarer Energien sowie das auf Basis der damaligen Daten knappe Verfehlen des Emissionsziels sind alles andere als ein sanftes Ruhekitzen. Der zweite Monitoringbericht, der dem Landtag noch in diesem Jahr zur Kenntnis gebracht wird, wird darüber Aufschluss geben, ob wir das seither auch ausreichend beherzigt haben.

Sollten wir uns, was ich sehr hoffe, weiterhin auf den definierten Zielpfaden bewegen, kann die Losung auch dann wieder nur lauten: Kurs halten! Nur wenn wir die vorgesehenen Massnahmen in allen Indikatorenbereichen rasch anpacken und die vorhandenen Potenziale realisieren, werden wir die Vorgaben der Energiestrategie 2030 tatsächlich umsetzen können.

In puncto CO<sub>2</sub>-Austoss soll die Vorgabe sogar nochmals ambitionierter formuliert werden. Vor dem Hintergrund der vom Landtag beschlossenen Klimaneutralität bis 2050 hat die Regierung die Klimastrategie 2050 ausgearbeitet. Kern des im Juni 2022 vorgestellten Papiers: Statt der bislang anvisierten 40 Prozent sollen die Treibhausgasmissionen bis 2030 um 50 Prozent verringert werden. Und diese Reduktion soll zu 80 Prozent im Inland stattfinden.

Im Wissen um die Klimaschädlichkeit fossiler Brennstoffe und auf Basis des Energiespargesetzes fördert der Staat einen Umstieg auf erneuerbare Energien seit über 25 Jahren in erheblichem Masse. Trotzdem werden in Liechtenstein noch immer über 70 Prozent der Gebäude mit Öl und Gas beheizt. Dazu passt, dass wir uns bei der Zubaurate von Photovoltaikanlagen deutlich unterhalb des in der Energiestrategie 2030 festgehaltenen Zielwerts bewegen.

Meine Damen und Herren, machen wir uns nichts vor. Liechtenstein hat noch enorm viel Luft nach oben! Oder anders gesagt: Dieses brachliegende Potenzial müssen wir nutzen. Mehr denn je. Möglichst schnell. Der Klimawandel macht keine Pause.

Bei Neuanschaffungen sind fossilfreie und umweltschonende Heizungs-systeme deshalb das Gebot der Stunde. Viele Alternativen, die uns heute zur Verfügung stehen, sind nachhaltiger, effizienter und bezahlbar respektive über die gesamte Lebensdauer hinweg betrachtet sogar günstiger.

Auch der Ausbau des Fernwärmenetzes der Liechtensteinischen Gasversorgung, der LGV, spielt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle. Geplante Investitionen in einer Gesamthöhe von über 16 Millionen Franken sprechen eine mehr als deutliche Sprache. Genauso wie der Transformationsprozess, den die LGV im Zuge dessen eingeleitet hat – weg vom reinen Gasversorger hin zum allgemeinen Wärmedienstleistungsunternehmen. Die neue Marke «LIECHTENSTEIN WÄRME», mit der die LGV auch an der LIHGA präsent war, macht diesen Wandel nach aussen hin sichtbar.

Eines möchte ich bei all dem nicht unerwähnt lassen: Niemand wird gezwungen, eine funktionierende Öl- oder Gasheizung auszuwechseln. Klar ist aber auch: Wer sich dennoch dazu entschliesst, wird finanziell gefördert. Selbst für Fälle, in denen die Umstellung nur unter hohen Kosten möglich ist, werden wir eine Lösung finden. Das darf und muss uns eine erfolgreiche Energiewende wert sein.

Ich bin geneigt zu sagen: Nach den Eindrücken der vergangenen sieben Monate gilt das umso mehr. Die Notwendigkeit einer Energiewende wurde und wird durch den Krieg in der Ukraine jedenfalls noch einmal zusätzlich unterstrichen. Je stärker wir auf fossile Energieträger setzen, desto stärker ist unsere Versorgungssicherheit abhängig vom unberechenbaren Agieren von Staaten wie Russland. Die winterliche Energiemangellage, der wir nun möglicherweise entgegenblicken, macht das für jede und jeden einzelnen unmittelbar erfahrbar.

Dass sich dieses Szenario aktuell verstärkt in Liechtensteins Energiepolitik niederschlägt, ist nur allzu logisch. Tieferer Energieverbrauch und höhere Energieeffizienz: Darauf kommt es jetzt an. Diverse Massnahmen, die uns dahin führen sollen, sind bereits auf den Weg gebracht – seien das nun die verschiedenen Programme des Aktionsplans Energie, die vielen ebenfalls in den Aktionsplan integrierten Energiespartipps oder sei es die kürzlich lancierte Kampagne «Häsch dra denkt». Und natürlich möchte ich bei dieser Gelegenheit auch an Sie, die Mitglieder des Energie-Netzwerks, den Appell richten, sich im Bemühen um die Erschliessung weiterer Energiespartipptenziale gegenseitig noch stärker zu unterstützen.

Die Anstrengungen, die wir im Lichte der Auswirkungen des Ukraine-Kriegs unternehmen, mögen primär auf Effekte in der nahen Zukunft abzielen. Das heisst jedoch nicht, dass sie nicht auch im grossen Kontext der Energiewende von Bedeutung sind. Im Gegenteil: Alles, was wir jetzt unternehmen, um unseren Stromverbrauch zu reduzieren, hilft uns auch beim Erreichen mittel- und langfristiger Zielsetzungen. Hinzu kommt ein nachhaltiger Einfluss auf unser Verhalten. Die aktuelle Krise – davon bin ich überzeugt – ist ein wichtiger Faktor für die Etablierung eines weit-sichtigeren, schonenderen Umgangs mit unseren Energieressourcen.

Der Gedanke der Krise als befruchtende Kraft spiegelt eine ganz grundsätzliche Haltung wider, mit der es das Feld der Energiepolitik zu bestellen gilt: Wir müssen in Chancen denken! Das hat mir erst in diesem Sommer ein Besuch in Glarus wieder vor Augen geführt. Der Elan und die Kreativität, mit denen die Kantonsregierung dort an der Umsetzung des 2021 von der Landsgemeinde überraschend verabschiedeten Öl- und Gasverbots arbeiten, waren bemerkenswert und inspirierend. Dieser positive Geist ist das, was uns letztlich zu guten Lösungen führt, was uns weiterbringt.

Als Energieministerin gehe ich gerne voran: Ich bin überzeugt davon, dass sich eine entschieden forcierte Energiewende auf längere Sicht auch als Standortvorteil erweisen wird. Ich bin überzeugt davon, dass sich dadurch neue Geschäftsfelder und erhebliche Potenziale für Innovationen eröffnen. Und ich bin überzeugt davon, dass vor allem ein nachhaltiger Umgang mit unseren Ressourcen die heimische Wirtschaft in die Lage versetzt, langfristig erfolgreich zu produzieren. Unsere Mühen werden sich lohnen!

Meine Damen und Herren, jetzt ist die richtige Zeit, um mutige Entscheidungen zu treffen. Für das Weltklima. Für Liechtenstein. Für jede und jeden von uns. Nehmen wir unser Schicksal in unsere Hände!

Herzlichen Dank!

Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni besuchte im Mai 2023 die Kehrrechtverbrennungsanlage Buchs. Sie traf sich mit Jürg Senn, Leiter Energiefachstelle im Amt für Volkswirtschaft, Michael Baumgärtner, Geschäftsleiter Liechtenstein Wärme, und Urs Brunner, Vorsitzender Geschäftsleitung VfA – Verein für Abfallentsorgung (v.l.).



## Energiezukunft Liechtenstein – Chancen und Risiken

Rede anlässlich  
des Energiesymposiums  
der LKW  
am 16. Januar 2023  
im SAL in Schaan

Die Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW) begingen ihr 100-jähriges Bestehen am 16. Januar 2023 mit einem Energiesymposium. Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft zeigten vor rund 300 Gästen im SAL in Schaan auf, wie die Zukunft der Energieversorgung in Liechtenstein und der Schweiz aussehen wird. Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni führte in ihren Grussworten aus, dass das Jubiläum der LKW nicht nur ein Grund zum Feiern, sondern auch eine Gelegenheit sei, über die Herausforderungen und Chancen der Energieversorgung nachzudenken. Sie betonte die Bedeutung von Energiesicherheit und Nachhaltigkeit angesichts der aktuellen Energiekrise und hob die Bedeutung der Partnerschaft mit der Schweiz sowie die Bemühungen Liechtensteins zur Förderung erneuerbarer Energien hervor.

Sehr geehrte Alt-Bundesrätin Leuthard  
Sehr geehrter Professor Guzzella  
Sehr geehrter Verwaltungsratspräsident Elkuch  
Sehr geehrter Vorsitzender der Geschäftsleitung Marxer  
Geschätzte Damen und Herren

Ich möchte mich zuerst für die Flexibilität der Organisatoren dieses Anlasses bedanken. Kurzfristig hat sich der deutsche Vizekanzler und Energieminister Robert Habeck heute zu Besuch bei mir angemeldet. Ich werde daher nicht wie geplant am Podiumsgespräch teilnehmen können. Generalsekretär Markus Biedermann wird mich dankenswerterweise vertreten und die Sichtweise des Ministeriums in die Diskussion einbringen. Umso mehr freue ich mich darüber, ein paar Grussworte auszurichten.

Im Namen der Regierung gratuliere ich den LKW, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, der Geschäftsleitung und dem Verwaltungsrat zum 100-Jahr-Jubiläum. Eine lange und ereignisvolle Geschichte der Energieversorgung in Liechtenstein, die gebührend zu würdigen und zu feiern ist. Das 100. Lebensjahr der LKW wird jedoch nicht nur als Feierlichkeit in Erinnerung bleiben, sondern auch als eines der herausforderndsten Jahre der liechtensteinischen Energieversorgung. Energiekrise, Energiemangel, Rekordhöhen bei den Energiepreisen – das waren die Schlagzeilen der letzten Monate. Ein Weckruf an uns alle, dass Energie ein wertvolles Gut ist, mit welchem sorgsam umzugehen ist. Energie ist die grundlegende Voraussetzung für soziale Entwicklung und Lebensader der Wirtschaft. Der schreckliche Krieg in der Ukraine hat uns vor Augen geführt, wie abhängig wir uns vom billigen russischen Gas gemacht haben. Ener-

gie wird nun schonungslos als Waffe eingesetzt. Wir glaubten an Wandel durch Handel, obwohl viele davor warnten, dass das mit einem tyrannischen Autokraten wie Putin nicht funktioniert.

Abhängigkeiten können aber auch zur Stärke führen, wie wir das seit vielen Jahrzehnten in unserer Partnerschaft mit der Eidgenossenschaft erfahren dürfen. So feiern wir dieses Jahr nicht nur 100 Jahre LKW, sondern auch 100 Jahre Zollvertrag mit der Schweiz. Unsere gemeinsame Zoll- und Wirtschaftsunion ist ein Schlüsselfaktor für den Erfolg der liechtensteinischen Wirtschaft und Ausdruck der gelebten Solidargemeinschaft.

Auf diese Solidargemeinschaft konnte Liechtenstein in der Pandemie zählen, und sie hat sich auch bei der Energiebewirtschaftung bewährt. Liechtenstein ist Teil der Stromregelzone Schweiz und in das Schweizer Krisenmanagement für Energiemangellagen eng eingebunden. Selbstverständlich erwachsen aus dieser Solidargemeinschaft nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten. So leistet Liechtenstein seinen Beitrag zur Vermeidung einer Energiemangellage, indem es einen Gasspeicher im Ausland aufgebaut und entsprechende Sparziele umgesetzt hat.

Mit dem «Aktionsplan Energie» hat die Regierung im Juli 2022 mehr als 30 Massnahmen beschlossen, um die Energiesicherheit im Land zu stärken und den Umstieg auf erneuerbare Energien zu beschleunigen. Mit dem Entlastungspaket für einkommensschwache Haushalte und energieintensive Unternehmen geben wir zielgerichtet und unbürokratisch denjenigen Unterstützung, welche von den Preissteigerungen am härtesten getroffen sind. Zudem hat der Landesführungsstab mit den relevanten Sektoren Notfallpläne erarbeitet, um grundlegende Leistungen für das Funktionieren unserer Gesellschaft während einer Energiemangellage aufrechtzuerhalten.

Heute kann ich insofern Entwarnung geben, dass wir aktuell davon ausgehen, dass in diesem Winter das Eintreten einer Energiemangellage unwahrscheinlich sein wird. Dies verdanken wir nicht nur unseren Sparmassnahmen, sondern vor allem auch der milden Witterung. 2022 war das wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Die europäischen Gasspeicher sind gut gefüllt, und es müsste etwas sehr Unvorhersehbares geschehen, dass es in den kommenden Monaten in Europa zu Energieengpässen kommt. Dennoch ist es nicht der Zeitpunkt für Entspannung und schon gar nicht für einen verschwenderischen Umgang mit Energie. Eine stabile und bezahlbare Energieversorgung bleibt eine zentrale Herausforderung in den nächsten Jahren und Jahrzehnten. Gemäss Gefährdungsanalyse des Amts für Bevölkerungsschutz aus dem Jahr 2012 gehört der Strom-Blackout neben einer Pandemie, Hochwasser und Erdbeben zu den grössten Sicherheitsrisiken des Landes. Die Transformation des Energiesektors sowie das fehlende Stromabkommen Schweiz-EU erhöhen das Risiko eines instabilen Stromnetzes in den kommenden Jahren.

Die Klimastrategie 2050, welche vom Landtag im Dezember einstimmig verabschiedet wurde, setzt ausdrücklich auf den Ausstieg aus den fossilen Energien. Wir wollen weg von Öl und Gas, hin zu sauberen und verlässlichen Energiequellen. Das ist keine leichte Aufgabe, zumal drei Viertel der Heizungen in unserem Land noch fossil betrieben werden. Bei der Stromproduktion liegt die Zukunft in Sonne, Wind und Wasser. Die zentrale Frage, die sich dabei stellt, ist: Wie viel Eigenproduktion ist sinnvoll für unser Land? Aktuell liegt die Versorgung mit einheimischer Energie bei lediglich 12,6 Prozent. 75 Prozent des Strombedarfs werden importiert. Die Möglichkeiten der Stromproduktion sind aufgrund der Grösse und der topografischen Verhältnisse unseres Landes beschränkt. Das Potenzial der Wasserkraft ist – mit Ausnahme des Rheins – ausgeschöpft. Nur wenige Standorte im Land eignen sich für Windkraft. Wie in der Postulatsbeantwortung zur Stromversorgungssicherheit ausgeführt, wird die Regierung diese Themen unter energiesicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und ökologischen Gesichtspunkten neu evaluieren.

Die schnellste, günstigste und konfliktärmste Möglichkeit, den Umstieg auf alternative Energiequellen zu verstärken, ist der Ausbau der Photovoltaik. Solarweltmeister sind wir zwar schon – darauf dürfen wir stolz sein. Doch auf unseren Dächern und an Häuserfassaden gibt es definitiv noch Potenzial. Die hohen Strompreise sowie die staatlichen Förderungen haben hier in den letzten Monaten geradezu einen Boom ausgelöst. Zudem hat mein Ministerium eine Potenzialstudie für Solaranlagen im Berggebiet in Auftrag gegeben. Wir werden hierzu rasch Entscheidungsgrundlagen schaffen. Doch eines muss uns bewusst sein: Energie wird es nie gratis geben können. Jede Art der Energiegewinnung stellt einen Eingriff in Natur und Landschaft dar. Wir dürfen die Energie- und Klimakrise nicht auf Kosten der Biodiversitätskrise lösen. Diesbezüglich braucht es eine sorgfältige Interessenabwägung, welche politisch austariert werden muss. Ich bin überzeugt, dass die LKW mit ihrer Expertise für diese gesellschaftliche Diskussion einen wesentlichen Beitrag leisten können.

Meine Damen und Herren

Trotz der vielen Krisen und Herausforderungen, die uns aktuell beschäftigen, sollten wir die Chancen in dieser transformativen Zeit nicht übersehen. «Never waste a good crisis», sagte schon Winston Churchill. In der Not hat sich Europa in kürzester Zeit von der Abhängigkeit vom russischen Gas gelöst und den Umstieg auf erneuerbare Energien vorangetrieben. Dadurch ist unser Produktionsstandort weniger verletzlich geworden. Noch nie war das Bewusstsein von Wirtschaft und Bevölkerung für Energieeffizienz und Energiesparen grösser. Das stimmt mich zuversichtlich auf unserem Weg in eine nachhaltige Energiezukunft. Vieles ist möglich, wenn wir uns gemeinsam anstrengen.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und wünsche eine spannende und anregende Diskussion.

Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni in ihrer Rede anlässlich des Energiesymposiums: «Ich bin überzeugt davon, dass sich eine entschieden forcierte Energiewende auf längere Sicht auch als Standortvorteil erweisen wird.»



## Umweltschutz als Schlüssel zur Zukunft

Rede anlässlich der Jubiläumsfeier «50 Jahre LGU» am 8. Februar 2023 im Ballenlager in Vaduz

Die Liechtensteinische Gesellschaft für Umweltschutz (LGU) feierte am 8. Februar 2023 ihr 50-jähriges Bestehen, wozu Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni die Glückwünsche der Regierung überbrachte. Dabei hob sie die bedeutende Rolle der LGU bei der Förderung des Naturschutzes hervor und betonte die Notwendigkeit, ein Gleichgewicht zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Umweltschutz zu schaffen. Die Umwelt- und Klimaministerin präsentierte verschiedene Massnahmen der Regierung – darunter die Klimastrategie 2050, die auf den Ausbau erneuerbarer Energien abzielt – und unterstrich die Wichtigkeit der Erhaltung der Biodiversität für die Zukunft Liechtensteins.

Durchlaucht  
Sehr geehrte Mitglieder des Vorstandes  
und der Geschäftsstelle der LGU  
Geschätzte Damen und Herren

Die Liechtensteinische Gesellschaft für Umweltschutz feiert heute ihr 50-jähriges Bestehen. Ein halbes Jahrhundert gelebter Natur- und Umweltschutz in unserem Land. Ein Jubiläum, das es gebührend zu würdigen und zu feiern gilt.

Als Umwelt- und Klimaministerin gratuliere ich der LGU, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, der Geschäftsleitung und dem Vorstand zu diesem Jubiläum.

Ich würde gerne mit einem kurzen Blick in die Vergangenheit anfangen. Als im Jahr 1970 das erste Europäische Naturschutzjahr ausgerufen worden ist, ist dies – glücklicherweise – auch in Liechtenstein nicht ohne Folgen geblieben. Im selben Jahr, also 1970, ist die Botanisch-Zoologische Gesellschaft gegründet worden, und ihr ist drei Jahre später, somit vor eben genau 50 Jahren, die Liechtensteinische Gesellschaft für Umweltschutz gefolgt.

Die Sorge für die nachhaltige Nutzung von natürlichen Ressourcen, der Schutz von Lebensräumen, der Erhalt von einheimischen Arten und das Ziel einer nachhaltigen gesellschaftlichen Entwicklung sind bereits in den 70er-Jahren Antrieb der LGU für ihren Einsatz für Natur und Umwelt gewesen – und so ist es auch heute noch.

Gemäss den Statuten sind der umfassende Schutz und die Förderung einer zukunftsfähigen Nutzung der natürlichen Lebensgrundlagen von Menschen, Tieren und Pflanzen das primäre Ziel der LGU.

«Zukunftsfähiges Handeln» heisst für mich, dass wir den kommenden Generationen eine lebenswerte Welt hinterlassen und dass wir nur so viele natürliche Ressourcen verbrauchen, wie auch wieder nachwachsen können. Unser heutiges Handeln muss die Folgen für die Zukunft mitberücksichtigen.

Dieser Ansicht ist man auch schon bei der Gründung der LGU gewesen, wie wir aus der Berichterstattung im «Vaterland» vom 10. Februar 1973 entnehmen können. In diesem Bericht wird der damalige Tagespräsident, Adulf Peter Goop, wie folgt zitiert:

*«Nicht nur vereinzelt stellen uns junge Menschen aber die Frage: Was für ein Liechtenstein sollen wir eigentlich von Euch Alten übernehmen? Sie möchten, dass auch ihre Kinder und Kindeskinde einen gesunden Lebensraum, ein helles Rheintal vorfinden, in dem es sich lohnt, zu leben, in welchem der Himmel noch blau und die Natur einigermassen intakt ist. Die Beibehaltung oder die Herbeiführung des Gleichgewichts zwischen Wirtschaft und Umwelt muss deshalb wohl zu den vordringlichen Aufgaben der Zukunft gehören.»*

Ich kann den Worten von Herrn Goop von damals nur beipflichten. Sie haben auch nach 50 Jahren nichts an Aktualität verloren.

Wir müssen unseren Kindern und Enkeln eine intakte Welt hinterlassen und ein Gleichgewicht zwischen Wirtschaft und Umwelt herstellen. Denn eines ist klar: Eine gesunde Umwelt und der schonende Umgang mit den natürlichen Ressourcen sind für die wirtschaftliche und soziale Stabilität des Landes unabdingbar.

Daher arbeite ich auch mit meinem Wirtschafts- und Umweltministerium auf eine nachhaltige Zukunft unseres Landes hin.

So haben wir mit der Klimastrategie 2050 unsere Klimaziele erhöht und konkrete Massnahmen erarbeitet, wie wir dort hinkommen.

Die Klimastrategie setzt ausdrücklich auf den Ausstieg aus den fossilen Energien und den Ausbau der erneuerbaren Energien. Wir wollen weg von Öl und Gas. Wir wollen saubere und verlässliche Energiequellen. Das ist keine leichte Aufgabe, wenn man bedenkt, dass noch immer über 70 Prozent der Heizungen in unserem Land fossil betrieben werden. Bis 2030 wollen wir unseren CO<sub>2</sub>-Ausstoss im Land um 40 Prozent senken und bis 2050 wollen wir bei netto-null sein. Das heisst: Es bleibt uns nicht mehr viel Zeit, und wir müssen jetzt rasch und konsequent handeln.

Letzte Woche hat die Regierung eine entsprechende Gesetzesvorlage verabschiedet. Es soll eine Photovoltaikpflicht beim Neubau und bei umfassenden Dachsanierungen eingeführt werden. Zudem sollen ab 1. Januar 2024 keine neuen Öl- oder Gasheizungen mehr eingebaut werden. Der Ausstieg aus dem fossilen Heizen ist eine zentrale Massnahme, damit Liechtenstein bis 2050 klimaneutral werden kann. Der Landtag wird sich im März mit dieser Gesetzesvorlage in erster Lesung befassen.

Wenn wir die Lebensqualität für uns und die nachfolgenden Generationen nachhaltig sichern wollen, müssen wir aber auch Massnahmen ergreifen, um die Biodiversität wieder zu verbessern. Die aktuelle Klima- und Energiekrise darf nicht auf Kosten der Biodiversitätskrise gelöst werden. Der Erhalt der Biodiversität ist eine elementare Voraussetzung für Erfolge beim Klimaschutz und bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels.

Darum ist die Erhaltung und Förderung der Biodiversität auch ein zentrales Thema im Rahmen der Waldstrategie 2030+, welche ich noch in diesem Jahr verabschieden möchte. Die Diskussionen rund um den Wald haben gezeigt, dass das Bewusstsein der betroffenen Akteure, aber auch der Bevölkerung für die Bedeutung der biologischen Vielfalt des Waldes gestiegen ist.

Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni, Regula Imhof, Leiterin des Amtes für Umwelt, und Christian Öhri, Vorsteher der Gemeinde Ruggell, stellten im November 2024 gemeinsam den Aktionsplan Biodiversität 2030+ vor.



Und auch im agrarpolitischen Bericht 2022, der im letzten November vom Landtag verabschiedet worden ist, konnten wir wichtige Leitlinien für eine nachhaltigere und ökologischere Landwirtschaft festlegen. Ich bin beeindruckt, mit welchem Engagement und Fachwissen sich die Bäuerinnen und Bauern in die Diskussion eingebracht haben.

Das alles stimmt mich zuversichtlich, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Natürlich könnte alles immer schneller gehen, denn gerade der Klimawandel ist ein Wettlauf gegen die Zeit. Und so sehr ich unsere Demokratie schätze, so schwerfällig und kompliziert ist sie, wenn es darum geht, gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen. Letztlich kann auch die Regierung nur erfolgreich im Umweltschutz sein, wenn es uns gelingt, die Bevölkerung bei unseren Vorhaben mitzunehmen. Daher brauchen wir die Unterstützung einer starken Zivilgesellschaft.

Und da – geschätzte Damen und Herren – spielt die LGU eine zentrale Rolle.

Eure Überzeugungsarbeit, eure Expertise und euer grossartiger Einsatz zum Schutz unserer wunderbaren Umwelt sind absolut wichtig!

Im Juni 2023 besuchte Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni im Rahmen der Erarbeitung der Waldstrategie 2030+ den Schaaner Wald.



Ich möchte die LGU ermuntern, weiter ihre Rolle als unabhängige Kämpferin für den Naturschutz einzunehmen, sich mit voller Überzeugung in den Dienst der Sache zu stellen und – wenn nötig – auch mal unbequem zu sein.

Dass Regierung und LGU zum Teil unterschiedliche Rollen wahrnehmen, die gleichermassen wichtig sind, liegt auf der Hand. Wichtig ist, dass wir auch fähig sind, im Sinne der Sache Kompromisse einzugehen.

In diesem Sinne möchte ich nochmals Adulf Peter Goop zitieren. Er hat anlässlich der Gründung der LGU Folgendes gesagt: *«Die heute zu gründende Liechtensteinische Gesellschaft für Umweltschutz will entschlossen die Ziele und Zwecke der Gesellschaft verwirklichen und die Behörden im Allgemeinen und die Fürstliche Regierung im Besonderen in ihren Umweltschutz-Bestrebungen unterstützen.»*

Ich diesem Sinne möchte ich mich nochmals im Namen der Regierung für die konstruktive Zusammenarbeit während der letzten 50 Jahre herzlich bedanken und wünsche der LGU alles Gute und viel Erfolg für die Zukunft.

Eröffnung der Ausstellung «Constructive Alps 2022» im September 2022 in Vaduz: Silvia Jost, Leiterin Internationales, Schweizer Bundesamt für Raumentwicklung ARE, Robert Mair, Jurymitglied «Constructive Alps», Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni und Andi Götz, Jurymitglied «Constructive Alps».



## 100 Jahre Zollvertrag: Ein Weg zu Wohlstand und Stabilität

Rede anlässlich der Jubiläumsveranstaltung «100 Jahre Zollvertrag Schweiz–Liechtenstein» am 15. Juni 2023 im Bellevue Palace in Bern

Der traditionelle Liechtenstein-Empfang in Bern fand am 15. Juni 2023 ganz im Zeichen des 100-Jahr-Jubiläums des Zollvertrags zwischen der Schweiz und Liechtenstein statt und rundete die diesbezüglichen offiziellen Feierlichkeiten ab. Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni betonte in ihren Grussworten die wirtschaftlichen Vorteile des Zollvertrags, der Liechtenstein Wohlstand und Stabilität gebracht hat. Sie hob auch die enge Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen wie Bildung, Gesundheit und Sicherheit hervor und erwähnte, dass mehr als 100 bilaterale Verträge die Partnerschaft zwischen den beiden Ländern festigen.

Sehr geehrter Bundesrat Parmelin  
Werte Gäste aus der Schweiz und Liechtenstein

Wir haben allen Grund dazu, den Zollvertrag zu feiern! Der Erfolg, der diese über den Rhein geschlossene Partnerschaft während der vergangenen 100 Jahre begleitet hat, spricht eine deutliche Sprache. Trotz aller Bescheidenheit: Als Wirtschaftsministerin erfüllt mich das mit Freude, Stolz und Dankbarkeit.

Denn es waren vor allem wirtschaftliche Überlegungen und Bestrebungen, die zur Schaffung einer gemeinsamen Zoll- und Wirtschaftsunion führten. Und es sind wirtschaftliche Indikatoren, die klar aufzeigen, wie richtig man mit dem damaligen Entscheid gelegen ist.

Liechtenstein hat der Schweiz viel zu verdanken. Der Zollvertrag holte Liechtenstein aus Armut und wirtschaftlicher Isolation. Mit dem Öffnen der Grenzen zur Schweiz wurden die Weichen für den ökonomischen Aufschwung gestellt. Der auch auf die Expertise von Schweizer Fachkräften zurückzuführende Aufbau des Industriesektors bildete den Auftakt. Die günstige Entwicklung des Dienstleistungs- und des Finanzsektors folgten und bescherten dem Fürstentum eine bis heute anhaltende Phase von Wohlstand und Stabilität.

Die für manche bittere Pille, dass Liechtenstein mit der Vertragsunterschrift Teile seiner Souveränität preisgab, wurde durch andere Elemente aufgewogen. Denn im Gegenzug galten sämtliche Handels- und Zollverträge, welche die Schweiz mit Drittstaaten abgeschlossen hatte, auch für Liechtenstein. Ein rückblickend entscheidender Faktor für die wirtschaftlich erfolgreiche Entwicklung, die unser Land in den vergangenen 100 Jahren genommen hat.

Heute ist Liechtenstein ein moderner, diversifizierter Wirtschafts- und Finanzstandort mit hochqualifizierten Arbeitsplätzen und vielen international tätigen Unternehmen, die sich als Weltmarktführer mit ihren Produkten oder Dienstleistungen einen Namen gemacht haben.

Der Zollvertrag hat für die liechtensteinische Wirtschaft die Tür zur Welt geöffnet und einen gemeinsamen Arbeits- und Lebensraum geschaffen. Knapp 14 000 Personen – somit rund ein Drittel aller Beschäftigten in Liechtenstein – pendeln täglich aus der Schweiz nach Liechtenstein und zurück. Umgekehrt pendeln rund 2 000 Liechtensteiner in die Schweiz, um dort einer Arbeit nachzugehen. Auch im Lehrlingswesen sind die Verflechtungen sehr eng. Die Lehrlinge liechtensteinischer Betriebe besuchen Schweizer Berufsschulen. Liechtenstein bietet aber umgekehrt auch vielen Schweizerinnen und Schweizern eine Lehrstelle. So werden knapp 30 Prozent der über 1 100 Lehrstellen in Liechtenstein durch Lehrlinge aus der Schweiz besetzt.

Die ökonomische Bedeutung des Zollvertrags steht ausser Zweifel. Doch ist er Grundstein für eine viel weitergehende Zusammenarbeit zwischen dem Fürstentum und der Eidgenossenschaft. Mit mehr als 100 bilateralen Verträgen in den verschiedensten Lebensbereichen haben wir unsere Partnerschaft besiegelt und gefestigt – angefangen von Bildung, Umwelt, Landwirtschaft bis hin zu Gesundheit, Sicherheit und Bevölkerungsschutz.

Die vertrauensvolle Zusammenarbeit bei der Bewältigung der Corona-Pandemie, aber auch während der Vorbereitung auf eine Energiemangel-lage im letzten Winter haben gezeigt, dass wir uns im Ernstfall aufeinander verlassen können. Besonders in unsicheren Zeiten wie diesen ist es ein Privileg, verlässliche Partner an seiner Seite zu haben. Mit der Schweiz verbindet uns nicht nur ein gemeinsamer Wirtschaftsraum, es verbinden uns gemeinsame Werte und Prinzipien wie Rechtsstaatlichkeit, eine liberale Wirtschaftsordnung, Unternehmertum, Eigenverantwortung und Solidarität.

Dass diese Verbundenheit auch tief im Bewusstsein der liechtensteinischen Bevölkerung verankert ist, möchte ich zum Abschluss mit einer Zahl belegen. Im Rahmen einer Umfrage im Jahr 2020 bewerteten mehr als 90 Prozent unserer Einwohnerinnen und Einwohner den Zollvertrag positiv. Ein klares Bekenntnis zur Fortsetzung des gemeinsamen Weges.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen einen schönen Abend und viele spannende Gespräche im Geiste der freundschaftlichen Bande, die wir vor 100 Jahren geknüpft haben.

Herzlichen Dank!

Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni anlässlich ihrer Ansprache an der Jubiläumsveranstaltung «100 Jahre Zollvertrag Schweiz–Liechtenstein».



Der St. Galler Regierungsrat Beat Tinner, Nationalratspräsident Martin Candinas und Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni.



## Freiwilligenarbeit muss attraktiv bleiben

Rede anlässlich des Festanlasses «125 Jahre: Jubiläumsabend des Liechtensteinischen Feuerwehrverbandes» am 18. November 2023 im Gemeindesaal in Mauren

Im Rahmen eines Festabends feierte der Liechtensteinische Feuerwehrverband am Samstag, 18. November 2023, sein 125-Jahr-Jubiläum im Gemeindesaal Mauren, der bis auf den letzten Platz gefüllt war. Neben einer Buchvorstellung gab es ein mehrstündiges Festprogramm, in dessen Rahmen auch Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni ihre Gratulationsworte überbrachte.

Sehr geehrte Verbandsleitung  
Geschätzte Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmänner  
Werte Gäste

2023 ist für Liechtenstein ein Jubiläumsjahr.

- 100 Jahre Zollvertrag mit der Schweiz
- 100 Jahre Lawenakraftwerk
- 100 Jahre Ivoclar

Und heute wird das Ganze sogar noch getoppt:

125 Jahre Liechtensteinischer Feuerwehrverband – was für eine Zahl!  
Zu diesem Jubiläum möchte ich euch, geschätzte Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmänner, herzlich gratulieren.

Ihr wisst es alle, die heutige Welt ist extrem schnelllebig geworden. Ob im Job oder in der Freizeit: Neuem hinterherzujagen, sich immer wieder neu zu orientieren und sich selbst ein Stück weit regelmässig auch neu zu erfinden, ist heute Teil von unserem Leben.

Ich will das gar nicht werten. Man kann damit Positives wie auch Negatives verbinden. Klar ist aber: In diesem Zeitgeist von Kurzlebigkeit und Selbstbezogenheit bleibt für gemeinsame Traditionen und Werte immer weniger Platz. Es gibt aber Ausnahmen – und die Feuerwehren zähle ich ganz klar dazu.

Als Feuerwehrfrauen und -männer bewahrt ihr Traditionen und Werte, die für eine Gesellschaft letztlich unverzichtbar sind. Werte wie:

- das Pflegen von Freundschaften,
- sich einbringen und eingliedern in eine Gruppe,
- vor allem aber auch die Solidarität mit unseren Mitmenschen.

Wie schon eure Vorgänger setzt auch ihr euch für eine höhere Aufgabe ein – ganz getreu dem Feuerwehr-Leitspruch «Gott zur Ehr, dem nächsten zur Wehr». Ihr habt diese Aufgabe übernommen, nicht weil damit ein materieller Lohn verbunden ist. Nein, ihr habt diese Aufgabe übernommen, weil ihr helfen, retten, schützen und bergen wollt.

Liebe Feuerwehrfrauen und liebe Feuerwehrmänner, dafür, dass

- ihr euch Tag für Tag selbstlos in den Dienst der Gemeinschaft stellt,
- ihr euch selbst in Gefahr begeben, um andere zu schützen und
- ihr für uns da seid, wenn wir euch brauchen,

bedanke ich mich im Namen der liechtensteinischen Bevölkerung und der Regierung von ganzem Herzen bei euch!

Übergabe von zwei neuen Waldbrand-Löschanhängern samt Material an die Standortgemeinden Balzers und Eschen im November 2023.



Geschätzte Damen und Herren

Wahrscheinlich kennt ihr alle Artikel 5 unseres Feuerwegesetzes. Er besagt: «Alle Einwohner im Alter von 18 bis 60 Jahren sind in ihrer Wohnsitzgemeinde feuerwehrpflichtig.»

So weit mir bekannt ist, haben die Gemeinden noch nie auf diesen Artikel zurückgreifen müssen. Und das aus dem einfachen Grund, dass es zu jeder Zeit genug Freiwillige für diese ehrenwerte Aufgabe gegeben hat.

Das verdient grossen Respekt und ist nicht selbstverständlich! Denn während der Mitgliedermangel in vielen Ländern längst zum Dauerproblem geworden ist, können sich unsere Feuerwehren und insbesondere auch unsere Jungfeuerwehren glücklicherweise nicht über fehlenden Zulauf beschweren.

Aber mir ist bewusst, dass das System der Freiwilligkeit, an welchem aus meiner Sicht unbedingt festgehalten werden soll, aufgrund des aktuellen Zeitgeistes an seine Grenzen stösst. Es ist darum unsere Aufgabe – sowohl der Politik als auch der Verbände und Vereine –, Rahmenbedingungen und Anreize zur Förderung der Freiwilligenarbeit zu schaffen.

Wir müssen beispielsweise diskutieren, unter welchen Bedingungen unsere ehrenamtlichen Rettungs- und Hilfskräfte für ihren Einsatz für die Allgemeinheit von ihrer Arbeitsstelle freigestellt werden können. Vor allem auch in ausserordentlichen Lagen, die einen längeren Einsatz erfordern.

Denn letztlich ist es im Interesse von uns allen, dass die Freiwilligenarbeit – und somit auch die Tätigkeit als Feuerwehrmann und Feuerwehrfrau – attraktiv, spannend und erfüllend bleibt. Und so, wie ich unsere Zusammenarbeit bisher erlebt habe, bin ich mehr als zuversichtlich, dass uns dies auch gelingen wird.

Geschätzte Damen und Herren

Zum Schluss möchte ich euch nochmals herzlich für die Einladung zur Jubiläumsfeier danken, euch einen wunderbaren Abend wünschen und gemeinsam mit euch das Glas erheben.

Auf unsere Feuerwehren!

Am 113. Landesfeuerwehrtag in Vaduz im Juni 2023 gratulierten Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni und Landesfeuerwehrkommandant Peter Ospelt dem langjährigen Mitglied Markus Ott (Mitte) zu 50 Jahren bei der Feuerwehr.



Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni besichtigte im März 2022 gemeinsam mit Emanuel Banzer, Leiter des Amtes für Bevölkerungsschutz, und Projektleiter Elmar Kindle, Ing.-Büro Hoch & Gassner, die Baustelle zur Rheindammsanierung in Triesen.

Auf Einladung von Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni besuchte eine Gruppe von Landtagsabgeordneten im April 2024 das Aufnahmezentrum für Asylsuchende in Vaduz sowie die Kollektivunterkunft Industriestrasse/Schliessa in Triesen.

Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni mit den Mitgliedern der Landesrürfekommission bei der Begehung der Mühleholzrücke im September 2021.



Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni und Polizeichef Jules Hoch anlässlich der Vereidigung der neuen Korpsmitglieder Sandro Wolfinger und Jessica Ritter im September 2024.

Im Mai 2022 besuchte Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni das deutschsprachige Innenministertreffen in Frankfurt mit Jean Asselborn (Luxemburg), Karin Keller-Sutter (Schweiz), Nancy Faeser (Deutschland) und Gerhard Karner (Österreich).



Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni mit Lernenden sowie der Geschäftsführerin der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer (LIHK), Brigitte Haas, und der stellvertretenden Geschäftsführerin der Wirtschaftskammer Liechtenstein, Isabell Schädler, an der BerufsCHECK-Woche im März 2024.

LIHK-Präsident Klaus Risch, der Landtagsabgeordnete Daniel Oehry, Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni und Thomas Bischof, persönlicher Mitarbeiter der Regierungschef-Stellvertreterin, anlässlich des Fünf-Jahr-Jubliäums von PepperMINT im August 2022.



Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni in einer Diskussionsrunde mit Schülerinnen und Schülern der Realschule Balzers im März 2023.

Zusammen mit dem Erbprinzenpaar und weiteren Vertretern aus Politik und Wirtschaft eröffnete Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni im September 2022 die LIHGA.



Am traditionellen Prämienmarkt in Steg im September 2023 posierte Miss Steg Bria mit ihren Besitzern Leo und Vrena Gassner, deren Enkelin Tina und Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni für den Fotografen.

Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni bei der Präsentation des Umweltkalenders im Dezember 2022 mit den Schülerinnen und Schülern der 4. Klasse der Primarschule Gamprin.



Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni und der Vorarlberger Landesrat Christian Gantner, welcher unter anderem für Land- und Forstwirtschaft sowie Jagd verantwortlich ist, trafen sich im Juni 2022 in Schellenberg. Die Regierungsmitglieder wurden von Fachexperten aus beiden Ländern begleitet.

Liechtenstein war an der UNO-Klimakonferenz in Dubai im Dezember 2023 durch Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni vertreten.





Regierungsrätin  
 Dr. Graziella Marok-Wachter  
 Ministerium  
 für Infrastruktur  
 und Justiz  
 Legislaturperiode 2021–2025



## Verbände und Behörden auf Augenhöhe

### Curriculum Vitae

#### Regierungsrätin Dr. Graziella Marok-Wachter

Name	Dr. Graziella Marok-Wachter
Funktion	Regierungsrätin
Zuständig für	Ministerium für Infrastruktur und Justiz
Geburtsdatum	4. Mai 1965
Wohnort	9494 Schaan
Zivilstand	verheiratet, zwei Kinder

#### Ausbildung

1996 – 2020	fortlaufende fachspezifische Weiterbildungen und Kurse im Tätigkeitsbereich
1996	Liechtensteinische Rechtsanwaltszulassung
1994	Doktorat der Rechtswissenschaften an der Universität Zürich (Dissertationsthema: Die privatrechtliche liechtensteinische Anstalt unter besonderer Berücksichtigung der Gründerrechte)
1986 – 1991	Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Zürich (lic. iur.)
1980 – 1985	Liechtensteinisches Gymnasium (Matura Typus E)

#### Berufliche Laufbahn

2018 – 2021	Leiterin Amt für Justiz
2017 – 2018	VP Bank AG, Vaduz, Leiterin Group Legal, Compliance & Tax
2016 – 2017	Administral Anstalt, Triesen, designiertes Mitglied des Verwaltungsrates / der Geschäftsleitung
2011 – 2016	Liechtensteinische Landesbank AG, Vaduz, Leiterin Group Legal & Compliance
2007 – 2011	Liechtensteinische Landesbank AG, Vaduz, Leiterin Group Legal
2003 – 2007	eigenes Advokaturbüro, Vaduz
2003 – 2005	Senat AG, Vaduz, Geschäftsführende Direktorin
1994 – 2003	Advocatur Sprenger & Partner, Triesen, Konzipientin/ Partnerin
1993	Liechtensteinisches Landgericht, Vaduz, Praktikum
1991 – 1992	Universität Zürich, Assistentin für Rechtsgeschichte und Privatrechtsvergleichung

#### Nebenberufliche Mandate

2021 – heute	Mitglied des Parteipräsidiums der Vaterländischen Union (VU)
2015 – 2018	Mitglied des Universitätsrates der Universität Liechtenstein
2000 – 2007	Ersatzrichterin am Staatsgerichtshof des Fürstentums Liechtenstein
1999 – 2007	Mitglied des Verwaltungsrates der Liechtensteinischen Post AG

Rede anlässlich des 100-Jahr-Jubiläums der LGT am 10. September 2021 im Vaduzer Saal

Graziella Marok-Wachter überbrachte im Rahmen der Jubiläumsfeier zum 100-jährigen Bestehen der LGT Grussworte und Gratulationen der Regierung. In der Rede hob sie die Wichtigkeit von guten Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort Liechtenstein hervor und unterstrich dabei die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen den Verbänden und den Behörden. Diese sei geprägt von einem Austausch auf Augenhöhe. Die Rede schloss mit dem Anliegen, dass auch in Zukunft alles getan werden soll, um die Voraussetzungen für eine positive Entwicklung des Landes Liechtenstein zu erhalten und zu optimieren.

Durchlauchter Landesfürst,  
Durchlauchter Erbprinz, Königliche Hoheit,  
Durchlauchten,  
sehr geehrter Herr Landtagspräsident,  
sehr geehrte Damen und Herren Landtagsabgeordnete,  
geschätzter Präsident des Liechtensteinischen Bankenverbandes,  
sehr geehrte Damen und Herren Standesvertreter,  
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der LGT,  
sehr verehrte Gäste

Es freut mich sehr, dass ich Sie im Namen der Regierung zum 100-Jahr-Jubiläum der LGT begrüßen darf. Da Regierungschef Daniel Risch aufgrund eines Termins im Ausland heute leider nicht teilnehmen kann, fällt mir die Ehre zu, am heutigen Abend die Grussworte der Regierung zu überbringen.

Ich erlaube mir, eine Frage an den Anfang meiner Ausführungen zu stellen: Was hatten die ersten Mitarbeiter der LGT – damals noch Bank in Liechtenstein, kurz BiL genannt – und die Mitglieder der Regierung gemeinsam?

Es ist das Regierungsgebäude als Arbeitsort.

Ja, es ist tatsächlich so. Die ersten zehn Mitarbeiter der damaligen BiL hatten im Jahr 1921 im Regierungsgebäude ihre Büros. Heute würde es im «grossen Haus» sehr eng werden, wenn die Angestellten der gesamten LGT noch immer dort wären. Schliesslich beschäftigt die grösste Bank unseres Landes im Inland heute rund 1100 und weltweit mittlerweile über 3900 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

## Geschätzte Anwesende

Dass die Erfolgsgeschichte der LGT im Regierungsgebäude ihren Anfang genommen hat, steht meines Erachtens symbolisch dafür, dass die Geschichte der Bank und unseres Finanzplatzes einerseits und jene des Landes andererseits eng miteinander verflochten sind.

Vor 100 Jahren, also in der Zeit nach der Krise des Ersten Weltkriegs und dem Zusammenbruch der österreichischen Kronenwährung, entstand auf Initiative der Regierung die «Bank in Liechtenstein». Die BiL war zunächst eine Tochtergesellschaft einer Anglo-Österreichischen Bank und wurde im Jahre 1930 vom Fürstenhaus übernommen.

In den 20er-Jahren des letzten Jahrhunderts und damit im zeitlichen Umfeld der Gründung der BiL gab es auf staatlicher Ebene mehrere Entwicklungen, die für das wirtschaftliche Gedeihen unseres Landes von fundamentaler Bedeutung waren.

So trat ebenfalls vor 100 Jahren, im Jahr 1921, eine neue Verfassung in Kraft, die ein stabilitätsbildendes Element für die politische Entwicklung darstellte. Kurz darauf, im Jahr 1923, wurde der Zollvertrag mit der Schweiz geschlossen und nur ein Jahr später wurde der Schweizer Franken als offizielles Zahlungsmittel eingeführt. Auch das für Holdinggesellschaften attraktive Steuergesetz aus dem Jahr 1923 und das liberale Personen- und Gesellschaftsrecht – das PGR – von 1926 und 1928 trugen ihren Teil zur wirtschaftlichen Entwicklung des Finanzplatzes bei.

Die Schaffung und Weiterentwicklung von guten Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Tätigkeiten gehört zu den Kernaufgaben des Staates. Und diese Aufgabe wird in unserem Land sehr weitgehend im unmittelbaren Austausch zwischen den Verbänden einerseits und den Behörden andererseits wahrgenommen – eine Zusammenarbeit, die wohl nur in einem kleinen Land wie Liechtenstein mit kurzen Wegen in dieser sehr direkten und pragmatischen Art erfolgen kann.

Das Zusammenwirken zwischen den Verbänden, insbesondere dem Bankenverband, und dem Staat hat sich über die Jahrzehnte bewährt, speziell auch in jüngerer Vergangenheit, als es um die Bewältigung der regulatorischen Folgen der letzten grossen Finanz- und Wirtschaftskrise ging.

Heute ist der Finanzplatz Liechtenstein gut aufgestellt. Dennoch wird das Zusammenspiel zwischen Verbänden und Staat auch weiterhin wichtig bleiben. So ist es die Aufgabe der Regierung, Trends und Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und, wenn nötig, die erforderlichen Veränderungen anzustossen, um attraktive gesetzliche Rahmenbedingungen für die Unternehmen aufrechtzuerhalten. Und zur Erfüllung dieser Aufgabe wird auch in Zukunft die Unterstützung und der direkte Austausch mit unseren Unternehmen erforderlich sein.

Auch wenn die LGT und die Regierung heute nicht mehr im gleichen Gebäude vereint sind, sind die kurzen Wege in Liechtenstein auch 100 Jahre nach der Gründung der LGT intakt. Regierung und Verbände stehen in intensivem Austausch und begegnen sich auf Augenhöhe.

In ihrer Rede hob Regierungsrätin Graziella Marok-Wachter die Wichtigkeit von guten Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort Liechtenstein hervor und unterstrich dabei die Zusammenarbeit zwischen den Verbänden und den Behörden.



Geschätzte Damen und Herren

Es nützen nun aber bekanntlich auch die besten Rahmenbedingungen nichts, wenn es keine herausragenden Unternehmerinnen und Unternehmer gibt, die bereit sind, Risiken in Kauf zu nehmen, und die Fähigkeit haben, Chancen zu nutzen.

Die damalige BiL wurde im Jahr 1930 vom Fürstenhaus übernommen. In der Folge hat sich die Bank über die Jahre kontinuierlich weiterentwickelt. Die LGT nimmt heute eine führende Rolle auf dem Finanzplatz ein und ist ein wichtiger Bestandteil unserer Wirtschaft. Diese Entwicklung war nur durch ein hohes Mass an unternehmerischer Erfahrung, durch vorausschauendes und umsichtiges Handeln, innovative Ideen und ständige Anpassungen an sich verändernde Rahmenbedingungen möglich.

Einst hat Henry Ford zu den Voraussetzungen für Erfolg das Folgende gesagt: *«Erfolg besteht darin, dass man genau die Fähigkeiten hat, die im Moment gefragt sind.»*

Die LGT hat offensichtlich seit über 100 Jahren diejenigen Fähigkeiten mitgebracht, die im jeweiligen Zeitraum erforderlich waren, um erfolgreich zu sein, sowie das richtige Gespür dafür, sich aktiv für die Zukunft zu positionieren.

Im Namen der liechtensteinischen Regierung gratuliere ich dem Fürstenhaus, der LGT und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – die die Bank zu dem gemacht haben, was sie heute ist – zum 100. Geburtstag!

Vor 100 Jahren ist offensichtlich viel Gutes entstanden. Es ist darauf hinzuwirken, dass auch in Zukunft die Voraussetzungen für die weitere positive Entwicklung unseres Landes aufrechterhalten werden, damit unsere Nachkommen im Jahr 2121 das 200-Jahr-Jubiläum der LGT feiern können.

Herzlichen Dank!

## Mobilität im Alpenraum: Herausforderungen und Perspektiven für Liechtenstein

Rede anlässlich  
der virtuell abgehaltenen  
ministeriellen Halbzeit-  
konferenz für Verkehr  
und Umwelt im Rahmen  
des «Follow-up  
Zurich»-Prozesses  
am 14. Januar 2022

Auf Einladung von Bundesrätin Simonetta Sommaruga nahmen Verkehrsministerin Graziella Marok-Wachter und Umweltministerin Sabine Monauni am Freitag, 14. Januar 2022, an der virtuellen Konferenz der Umwelt- und Verkehrsministerinnen und -minister der Alpenstaaten teil. Regierungsrätin Graziella Marok-Wachter betonte, dass Liechtenstein vor grossen Herausforderungen im Bereich Verkehr und Mobilität steht. Dies liegt an der begrenzten Fläche und dem hohen Anteil grenzüberschreitender Pendlerinnen und Pendlern, was eine internationale Zusammenarbeit erfordert. Liechtenstein begrüsst daher die internationale Kooperation zur Bewältigung dieser komplexen Herausforderungen und unterstützt besonders die Initiative zur Förderung eines Modal Shifts im Güter- und Personenverkehr im Alpenraum. Viele Punkte aus dem Diskussionspapier, das im Rahmen der Konferenz kommentiert wurde, decken sich mit den Zielsetzungen des Mobilitätskonzepts 2030, das von der Liechtensteinischen Regierung 2020 verabschiedet wurde. So wurde in Liechtenstein im Frühjahr 2022 beispielsweise ein Fahrradverleihsystem, gekoppelt an den öffentlichen Verkehr, lanciert. Parallel dazu sollte das Radroutennetz optimiert und ausgebaut werden, insbesondere auch in Abstimmung mit Liechtensteins unmittelbaren Nachbarn in Österreich und der Schweiz.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen  
Liebe Simonetta

Einen guten Tag auch von meiner Seite.

Im Kontext der Verkehrsthematik in Liechtenstein möchte ich einleitend zwei Aspekte hervorheben:

Sehr viele Mobilitätsbewegungen sind in unserem kleinen Land grenzüberschreitend. Neben Transitverkehr durch unser Land pendeln täglich über 22 000 Arbeitnehmende<sup>1</sup> nach Liechtenstein. Das entspricht rund 57 Prozent der Gesamtbevölkerung<sup>2</sup> unseres Landes.

Im Rahmen der Raumplanung stehen der liechtensteinischen Bevölkerung lediglich rund 18 Quadratkilometer<sup>3</sup> Siedlungsfläche zur Verfügung. Die Fläche für Mobilität beträgt dabei 4,5 Quadratkilometer, was einem Viertel dieser Siedlungsfläche entspricht.

Aufgrund der begrenzten Flächen und der vorhin genannten Thematik des grenzüberschreitenden Arbeitspendlerverkehrs ist das Funktionieren der wenigen Verkehrsachsen Liechtensteins von fundamentaler Bedeutung.

Die Themen Verkehr und Mobilität sind aufgrund dessen für Liechtenstein mit vielfältigen Herausforderungen verbunden, und viele Fragen können nur im Rahmen internationaler Zusammenarbeit gelöst werden.

Liechtenstein begrüsst daher ausdrücklich die gegenständliche Diskussion und bedankt sich bei der Schweiz für die Initiative.

In Bezug auf die vier präsentierten Thesen im Diskussionspapier steht für uns die erste These beziehungsweise die Förderung des Modal Shifts im Güter- und Personenverkehr im Alpenraum im Vordergrund.

Innerhalb der drei Lösungsansätze sieht Liechtenstein die Steigerung der Attraktivität von klimaschonender Mobilität im Personenverkehr in den Alpen als besonders wichtig an.

Regierungsrätin Graziella Marok-Wachter und Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni nahmen auf Einladung von Bundesrätin Simonetta Sommaruga an der virtuellen Konferenz der Umwelt- und Verkehrsministerinnen und -minister der Alpenstaaten teil.



In diesem Kontext beziehe ich mich auf das im Jahr 2020 von der liechtensteinischen Regierung verabschiedete Mobilitätskonzept 2030, das 48 Einzelmassnahmen in zehn Leitprojekten definiert.

Die Ziele und Massnahmen dieses Mobilitätskonzepts 2030 decken sich in vielerlei Hinsicht mit denjenigen im vorliegenden Diskussionspapier.

Zum Beispiel wird Liechtenstein im Frühjahr 2022 ein Fahrradverleihsystem lancieren, das an den öffentlichen Verkehr gekoppelt ist. Parallel dazu soll das Radroutennetz optimiert und ausgebaut werden, insbesondere auch in Abstimmung mit unseren Nachbarn in Österreich und der Schweiz.

Als zweites Beispiel werden wir in diesem Jahr die Prüfung der Thematik «Road Pricing» initiieren, wobei die grenzüberschreitenden Zusammenhänge, insbesondere der Pendlerverkehr, genauso wie die politischen Herausforderungen zu berücksichtigen sein werden.

Beide Beispiele zielen direkt und indirekt auch auf die Dekarbonisierung des Personenverkehrs ab. Das übergeordnete Ziel aller Massnahmen des Mobilitätskonzepts ist die Gewährleistung einer zukunftsorientierten, nachhaltigen und sicheren Mobilität in unserem Land. Dieses Ziel betrifft auch den Transit- und Pendlerverkehr.

Abschliessend betone ich deshalb erneut, dass die gegenständliche Initiative zur internationalen Zusammenarbeit im Bereich des alpinen Verkehrs von Liechtenstein sehr begrüsst wird, insbesondere weil unser Land vollständig im Alpengebiet liegt.

Wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit.

## Liechtensteins Vision für eine klimafreundliche Alpenregion

Rede anlässlich  
der Konferenz der  
Umwelt- und Verkehrs-  
ministerien der Alpen-  
staaten im Rahmen  
der Simplon-Allianz  
am 27. Oktober 2022  
in Brig

Bei der Konferenz der Umwelt- und Verkehrsministerien der Alpenstaaten im Rahmen der Simplon-Allianz betonte Regierungsrätin Graziella Marok-Wachter, dass die Regierung Liechtensteins die Gründung der Allianz begrüsst und sich engagiert für die Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Alpenraum sowie die klimaneutrale Umgestaltung des alpinen Verkehrs bis 2050 einsetzt. Die Regierungsrätin stellte Liechtensteins Klimastrategie 2050 vor, die eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 50 Prozent bis 2030 und um 90 Prozent bis 2050 vorsieht um die Folgen des Klimawandels abzumildern, wobei extreme Wetterereignisse besondere Herausforderungen darstellen. Marok-Wachter hob die Bedeutung der öffentlichen Beteiligung, besonders der Jugend, und der Industrie hervor und betonte, dass klimaschonende Massnahmen mit den Mobilitätsbedürfnissen vereinbar sind und verschiedene ökologische, soziale sowie wirtschaftliche Vorteile bieten können.

Ministers, Ladies and Gentlemen,

The Government of the Principality of Liechtenstein expressly welcomes the creation of the Simplon Alliance and would like to thank Switzerland for its initiative. We look forward to a further cooperation, and we are highly motivated to see the Action Plan implemented.

Liechtenstein fully supports the reduction of CO<sub>2</sub> emissions in the Alpine region and the climate-neutral restructuring of Alpine transport by 2050 as envisaged by the Ministers of Transport and Environment of the Alpine countries. The Climate Strategy 2050 drafted by the Government of Liechtenstein, which will be presented to the Liechtenstein Parliament this December, envisages a reduction of greenhouse gas emissions by 50 percent by 2030 compared to the reference year 1990, with 40 percent reductions within the country and 10 percent abroad. This increases our current reduction target of 40 percent by a further 10 percent. Liechtenstein aims to reduce domestic emissions by 90 percent by 2050 and to offset the remaining, unavoidable 10 percent of «base emissions».

At the upcoming climate conference in Sharm El-Sheikh, Liechtenstein will also work to ensure that the climate target agreed in the Paris Agreement continues to be given appropriate weight on the conference agenda and accordingly on the international agenda, namely of limiting the global temperature increase over the pre-industrial era to significantly below 2 °C, and preferably to 1.5 °C.

More frequent and intense extreme events such as heavy rain, storms, heat, and drought pose especially high risks for Liechtenstein and the surrounding Alpine countries. Only with ambitious joint measures – such as the approach to modal shift and decarbonisation of transport described in the 2022 Action Plan for the Alps – can we achieve the climate target.

Liechtenstein's Climate Strategy places special emphasis on sustainability and ecology. The Government of Liechtenstein has also set climate adaptation goals so as to be better prepared for extreme events. Forestry and agriculture, for example, depend crucially on drought-resistant plants. Flood protection and preserving the water cycle are further priorities, to which Liechtenstein will also contribute at today's meeting of the Alpine Convention.

Despite a growing population, an increasing number of jobs and accordingly of commuters, and a rising gross domestic product, Liechtenstein's greenhouse gas emissions are lower than in 1990. This success was made possible in part by the increase in our carbon tax on fossil fuels. Liechtenstein is also rapidly advancing the transition to environmentally friendly heating systems, including the replacement of old oil heating with modern heat pumps.

With regard to transport, our track record so far is mixed. By lowering the targets for CO<sub>2</sub> emissions, vehicles have become more efficient. According to our calculations for the Paris report, CO<sub>2</sub> emissions per car have indeed been reduced. But at the same time, there are more cars in Liechtenstein, and they are also bigger and heavier, cancelling out the positive effect.

To gain public acceptance for new transport concepts, the needs for mobility must be taken into account. Liechtenstein believes that climate-friendly mobility and climate protection are not at odds with each other. Rather, climate-friendly mobility – as outlined in the 2022 Action Plan for the Alps – can also help to achieve various other environmental, social, and economic benefits.

The Simplon Alliance offers an ideal platform for pan-Alpine action by enabling close coordination between the environmental and transport sectors and by promoting joint activities in freight and passenger transport and tourist mobility. Public engagement and the contributions of the industrial sector are also particularly valuable. Projects by young people for young people are especially close to my heart, such as the «ALPSTICK Project». This project, developed by CIPRA's Youth Council, envisages flexible and low-cost public transport tickets throughout the Alpine region.

The Alpine countries and Liechtenstein have embarked on the right path. Now, the joint Action Plan must be implemented rapidly. The status quo is not an option.

Regierungsrätin Graziella Marok-Wachter mit den Verkehrs- und Umweltministerinnen und -ministern der Alpenländer im Oktober 2022 im schweizerischen Brig.



## Zusammenarbeit und Austausch: Die Justizsysteme von Liechtenstein und San Marino im Dialog

**Justizministertreffen in San Marino: Rede anlässlich der öffentlichen Audienz durch Ihre Exzellenzen, die Staatsoberhäupter Alessandro Cardelli und Adele Tonnini, am 12. Juli 2023 in der Hall of the Great and General Council im Government Building in San Marino.** Justizministerin Graziella Marok-Wachter sprach am 12. Juli 2023 im Zuge des Treffens mit Justizminister Massimo Andrea Ugolini sowie den Staatsoberhäuptern Alessandro Cardelli und Adele Tonnini in San Marino über die Herausforderungen der Justizsysteme von Kleinstaaten wie Liechtenstein und San Marino. Sie hob die Bedeutung des Erfahrungsaustauschs und der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern hervor und betonte, dass die Regelungen von Lebensbereichen zunehmend komplexer werden. Die Justizministerin wies darauf hin, dass sich Liechtenstein in vielen rechtlichen Belangen an den Nachbarländern orientiert, dabei aber stets bemüht ist, pragmatische Lösungen zu finden, die den spezifischen Anforderungen eines Kleinstaates gerecht werden.

Italienische Version der Rede

Eccellenze Capitani Reggenti,  
Egregio Ministro della Giustizia,  
Egregio Ministro per gli Affari Esteri,  
Signore e signori, gentili ospiti,

le mie conoscenze dell'italiano sono limitate ma, poiché sono una grande appassionata della vostra lingua, terrò comunque il mio discorso in italiano. Vi chiedo di scusare le mie imperfezioni di pronuncia.

È per me un grande piacere e anche un onore rivolgermi a voi oggi in questa cornice. Desidero ringraziare vivamente il collega Ministro della Giustizia Massimo Andrea Ugolini per l'invito. I nostri colloqui sullo sviluppo e sulle sfide dei sistemi giudiziari dei nostri Paesi sono stati molto interessanti e proficui. In particolare, è stato avvincente ascoltare com'è strutturato il sistema giudiziario sammarinese. Soprattutto, la composizione e la funzione della Corte per il Trust e i Rapporti Fiduciari è stata molto istruttiva, perché anche noi nel Liechtenstein stiamo pensando di istituire un tribunale specializzato in materia di fondazioni e trust.

Le relazioni tra San Marino e il Liechtenstein sono caratterizzate da amicizia e rispetto reciproco. Da molti anni intratteniamo contatti regolari a livello politico ed economico. Anche dal punto di vista culturale, apprezziamo lo scambio e il dialogo. San Marino e il Liechtenstein hanno alcuni punti in comune, che ci legano ancora di più in quanto piccoli Stati. Sia San Marino che il Liechtenstein condividono valori comuni come la

democrazia, lo Stato di diritto e i diritti umani. I nostri due Paesi hanno interesse a promuovere questi valori e a lavorare insieme a livello internazionale per affrontare le sfide comuni. Il Liechtenstein presiederà il Comitato dei Ministri del Consiglio d'Europa da novembre 2023 a maggio 2024. Utilizzeremo la nostra Presidenza anche per mettere maggiormente in evidenza l'importanza del Consiglio d'Europa, soprattutto nei settori dei diritti umani, della democrazia e dello Stato di diritto.

Come San Marino, il Liechtenstein è uno dei Paesi più antichi d'Europa, sebbene San Marino sia molto più antico. In confronto, i nostri 300 anni sono quasi un arco di tempo modesto. Eppure il Liechtenstein, situato tra la Svizzera e l'Austria, esiste con gli stessi confini, da 300 anni, il che lo rende una delle eccezioni in Europa poiché quasi tutti gli altri Stati hanno visto cambiare i loro confini durante questo arco di tempo.

In quanto piccoli Stati, siamo chiamati ad affrontare sfide analoghe nel campo della giustizia. Ogni Stato – a prescindere dalle sue dimensioni – ha fondamentalmente bisogno di norme o disposizioni di legge per regolare tutti i settori immaginabili del quotidiano. Viviamo in un mondo complesso e, oggi, sono necessarie norme per settori che, in passato, nessuno poteva concepire o che non venivano percepiti come un problema.

Mi riferisco, ad esempio, alle norme sulla protezione dei dati per salvaguardare la privacy dei cittadini, al matrimonio per tutti e alle questioni conseguenti riguardanti il diritto della filiazione, ma anche alle numerose norme in ambito finanziario. Attualmente tutti parlano di intelligenza artificiale e anche in questo contesto si compiono già i primi sforzi per una regolamentazione nell'Unione europea.

Nel Liechtenstein ci orientiamo il più possibile agli ordinamenti giuridici dei Paesi confinanti per i principali settori del diritto. In ambito di diritto civile e penale ci ispiriamo all'Austria da oltre cento anni; quanto al diritto amministrativo abbiamo tendenzialmente seguito la cultura della Svizzera ovvero abbiamo preso a modello le sue norme. Tuttavia, anche in questi settori normativi abbiamo ripetutamente apportato aggiustamenti per soddisfare le nostre specifiche esigenze nazionali.

Il Liechtenstein è membro dello Spazio economico europeo (SEE) dal 1995. In questo contesto, abbiamo l'obbligo di attuare le pertinenti norme UE nel nostro Paese. Negli ultimi 27 anni, abbiamo integrato nel nostro ordinamento oltre 12.000 atti giuridici dello SEE. Un compito non facile per un piccolo Paese come il nostro.

Com'è ovvio, abbiamo anche creato basi giuridiche proprie senza seguire gli ordinamenti giuridici di altri Paesi. Questo vale non solo per la nostra Costituzione con le sue due entità sovrane – il Principe e il Popolo – ma anche, ad esempio, per il nostro diritto societario. Questa normativa ha ormai quasi 100 anni e ha sostanzialmente superato la prova del tempo.

Come già accennato, anche in un piccolo Paese devono essere regolamentati gli stessi ambiti di vita dei grandi Paesi. Le risorse umane che si occupano dei progetti legislativi sono limitate. Spesso da noi è una sola persona la principale responsabile della creazione o formulazione di un testo giuridico e non un team composto da molti specialisti. È necessario grande pragmatismo per sviluppare norme sensate. Per noi, essere pragmatici significa anche coinvolgere i gruppi interessati dalla normativa il più possibile nel processo legislativo, in modo da apprendere prima possibile gli aspetti pratici e le sfide di tale processo.

Nel settore giudiziario, ci imbattiamo ripetutamente in problemi strutturali che sono anche legati alle limitate risorse umane.

In termini di numeri di istanze di giudizio, per decenni abbiamo seguito il sistema austriaco con tre tribunali ordinari. Tuttavia, a causa dell'esiguo numero di casi in terza istanza, non è possibile affidare il processo decisionale a giudici a tempo pieno. Pertanto, questa funzione è in gran parte svolta da giudici stranieri che assumono un incarico secondario. Attualmente stiamo valutando la possibilità di ridurre il numero di istanze a due gradi ordinari di giudizio. Nel farlo, occorre tenere conto del fatto che nel Liechtenstein, oltre ai tribunali ordinari, abbiamo un sistema di Corte costituzionale molto forte. Dal nostro punto di vista, è importante che a prendere le decisioni siano giudici che conoscono il Paese e le disposizioni giuridiche specifiche del Liechtenstein. Naturalmente sarebbe ottimale se tutti i giudici di tutti i gradi di giudizio possedessero la cittadinanza del Liechtenstein, ma sappiamo che ciò non è realistico; infatti l'economia nazionale è talmente forte da impiegare l'intera forza lavoro del nostro Paese. Per tale motivo siamo dipendenti da personale straniero in tutti i settori, compreso quello giudiziario. Pertanto, il Liechtenstein è un Paese che ha più posti di lavoro che abitanti.

Come San Marino, anche il Liechtenstein dispone di normative in materia di trust. Anche a questo proposito, siamo confrontati regolarmente con questioni riguardanti la composizione ideale del tribunale. A questo proposito, abbiamo apprezzato molto il colloquio con il Ministro della Giustizia sammarinese, durante il quale abbiamo appreso le soluzioni e le esperienze del vostro Paese. Nel contesto di ulteriori discussioni, prenderemo certamente in considerazione le soluzioni che voi adottate.

Signore e signori,

un piccolo Stato ha sfide molto specifiche da superare, sia in termini di legislazione che di sistema giudiziario. Spesso si tratta di un gioco di equilibri: cosa si può fare da soli e dove invece ha senso orientarsi verso altri Stati? In parte, è sufficiente avere idee creative, die a volte possono existere o essere accettata solo in un piccolo Paese. Dal mio punto di vista, lo scambio con altri Paesi nella stessa situazione è estremamente prezioso.

Vi ringrazio vivamente per l'ospitalità e gli scambi arricchenti che abbiamo avuto.

Im Mai 2023 trafen sich die österreichische Bundesministerin für Justiz, Alma Zadić, der deutsche Bundesminister der Justiz, Marco Buschmann, die Schweizer Justizministerin Elisabeth Baume-Schneider, die Luxemburger Justizministerin Sam Tanson sowie die liechtensteinische Justizministerin Graziella Marok-Wachter im niederösterreichischen Langenlois zu Gesprächen.



Die Justizministerinnen und der Justizminister unterzeichneten eine gemeinsame Erklärung zur verstärkten Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Cybercrime. Das Treffen der deutschsprachigen Justizministerinnen und Justizminister findet jährlich statt.



## Zusammenarbeit und Austausch: Die Justizsysteme von Liechtenstein und San Marino im Dialog

**Justizministertreffen in San Marino: Rede anlässlich der öffentlichen Audienz durch Ihre Exzellenzen, die Staatsoberhäupter Alessandro Cardelli und Adele Tonnini, am 12. Juli 2023 in der Hall of the Great and General Council im Government Building in San Marino.** Justizministerin Graziella Marok-Wachter sprach am 12. Juli 2023 im Zuge des Treffens mit Justizminister Massimo Andrea Ugolini sowie den Staatsoberhäuptern Alessandro Cardelli und Adele Tonnini in San Marino über die Herausforderungen der Justizsysteme von Kleinstaaten wie Liechtenstein und San Marino. Sie hob die Bedeutung des Erfahrungsaustauschs und der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern hervor und betonte, dass die Regelungen von Lebensbereichen zunehmend komplexer werden. Die Justizministerin wies darauf hin, dass sich Liechtenstein in vielen rechtlichen Belangen an den Nachbarländern orientiert, dabei aber stets bemüht ist, pragmatische Lösungen zu finden, die den spezifischen Anforderungen eines Kleinstaates gerecht werden.

Deutsche Version der Rede

Sehr geehrter Justizminister Massimo Andrea Ugolini  
Exzellenzen Capitani Reggenti Alessandro Cardelli and Adele Tonnini  
Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste

Meine Italienischkenntnisse sind beschränkt. Da ich ein grosser Fan Ihrer Sprache bin, werde ich meine Rede dennoch auf Italienisch halten, und ich bitte Sie schon jetzt, meine Aussprachefehler zu entschuldigen.

Es ist mir eine grosse Freude und auch eine Ehre, heute in diesem Rahmen zu Ihnen zu sprechen. Ich bedanke mich herzlich bei meinem Justizministerkollegen Massimo Andrea Ugolini für die Einladung. Unsere Gespräche über die Entwicklung und die Herausforderungen des Justizwesens unserer Länder waren sehr interessant und gewinnbringend. Insbesondere war es spannend zu hören, wie das Justizsystem von San Marino aufgebaut ist. Vor allem die Zusammensetzung und Funktion des Gerichts für Treuhandschaften und treuhänderische Beziehungen – La Corte per il Trust e i Rapporti Fiduciari – war sehr aufschlussreich, denn auch wir in Liechtenstein denken über die Schaffung eines spezialisierten Stiftungs- und Trustgerichts nach.

Die Beziehung zwischen San Marino und Liechtenstein ist von Freundschaft und gegenseitigem Respekt geprägt. Seit vielen Jahren pflegen wir regelmässige Kontakte auf politischer und wirtschaftlicher Ebene. Auch kulturell schätzen wir den Austausch und den Dialog. San Marino und Liechtenstein teilen einige Gemeinsamkeiten, was uns als Kleinstaaten noch näher zusammenrücken lässt. Sowohl San Marino als auch Liechtenstein teilen gemeinsame Werte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Unsere beiden Länder haben ein Interesse daran, diese Werte zu fördern und auf internationaler Ebene zusammenzuarbeiten, um gemeinsame Herausforderungen anzugehen. Liechtenstein wird von November 2023 bis Mai 2024 den Vorsitz im Ministerkomitee des Europarats haben. Wir werden unseren Vorsitz auch dazu nutzen, um die Bedeutung des Europarats gerade in den Bereichen Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sichtbarer zu machen.

Ähnlich wie San Marino gehört Liechtenstein zu den ältesten Ländern in Europa, wobei San Marino noch viel älter ist. Im Vergleich sind unsere 300 Jahre fast schon bescheiden. Und doch existiert Liechtenstein, zwischen der Schweiz und Österreich gelegen, seit 300 Jahren in denselben Grenzen und gehört damit in Europa zu den Ausnahmen – fast alle anderen Staaten haben in dieser Zeit ihre Grenzen verändert.

Als Kleinstaaten sind wir im Justizbereich mit vergleichbaren Herausforderungen konfrontiert. Grundsätzlich braucht jeder Staat – unabhängig von der Grösse – für sämtliche denkbaren Lebensbereiche Normen beziehungsweise gesetzliche Bestimmungen. Wir leben in einer komplexen Welt, und heute sind Regelungen von Bereichen erforderlich, die sich früher niemand vorstellen konnte beziehungsweise die früher nicht als Problem wahrgenommen wurden.

Ich spreche zum Beispiel von Regelungen des Datenschutzes zur Sicherung der Privatsphäre von Bürgern, der Ehe für alle und den Folgefragen für das Kindschaftsrecht, aber auch von den vielen Regelungen im Bankenumfeld. Aktuell reden alle von künstlicher Intelligenz, und auch diesbezüglich gibt es in der EU bereits erste Bestrebungen für Regulierungen.

In Liechtenstein haben wir uns in Bezug auf die grossen Rechtsbereiche jeweils so weit wie möglich an die Rechtsordnungen unserer Nachbarländer angelehnt. Im Bereich des Zivil- und Strafrechts orientieren wir uns seit über 100 Jahren an Österreich, im Bereich des Verwaltungsrechts haben wir uns eher an die Schweizer Kultur angelehnt beziehungsweise die entsprechenden Regeln als Vorbild genommen. Allerdings haben wir auch bei diesen Regelungsbereichen immer wieder Anpassungen vorgenommen, um unseren spezifischen nationalen Bedürfnissen gerecht zu werden.

Liechtenstein ist seit 1995 Mitglied des EWR, also des Europäischen Wirtschaftsraums. In diesem Rahmen sind wir verpflichtet, die relevanten EU-Regeln in unserem Land umzusetzen. In den letzten 27 Jahren haben wir über 12 000 EWR-Rechtsakte in unseren Gesetzesbestand integriert. Keine einfache Aufgabe für ein kleines Land.

Darüber hinaus haben wir natürlich auch ohne Nachvollzug ausländischen Rechts eigene Rechtsgrundlagen geschaffen. Dies gilt nicht nur für unsere Verfassung mit den beiden Souveränen Fürst und Volk, sondern zum Beispiel auch für unser Gesellschaftsrecht. Dieses Gesetz ist nun fast 100 Jahre alt und hat sich im Kern bewährt.

Wie bereits angesprochen, müssen auch in einem kleinen Land die gleichen Lebenssachverhalte geregelt werden wie in grossen Ländern. Die personellen Ressourcen für Gesetzesprojekte sind dabei wesentlich beschränkter als in grossen Ländern. Oft ist bei uns für die Schaffung beziehungsweise Formulierung eines Gesetzestextes primär eine Person zuständig und nicht ein Team von vielen Spezialisten. Es ist viel Pragmatismus erforderlich, um sinnvolle Regelungen zu finden, die den Anforderungen eines Kleinstaates gerecht werden. Pragmatismus bedeutet für uns auch, dass die von der Regelung betroffenen Gruppen möglichst eng in den Gesetzgebungsprozess einbezogen werden, um praktische Aspekte und Herausforderungen im Rahmen des Gesetzgebungsprozesses möglichst früh zu erkennen.

Im Bereich des Justizwesens stossen wir immer wieder auf strukturelle Fragen, die ebenfalls mit den beschränkten Personalressourcen in einem kleinen Staat zusammenhängen.

Wir orientieren uns in Bezug auf den Instanzenzug seit Jahrzehnten am österreichischen System mit drei ordentlichen Gerichtsinstanzen. Aufgrund der geringen Anzahl an Fällen in der dritten Instanz ist es allerdings nicht möglich, vollamtliche Richter mit der Entscheidungsfindung zu betrauen. Daher wird diese Funktion weitgehend von ausländischen Richtern im Nebenamt ausgeübt. Wir überlegen uns aktuell, den Instanzenzug auf zwei ordentliche Instanzen zu reduzieren. Dabei ist zu berücksichtigen, dass wir in Liechtenstein zusätzlich zu den ordentlichen Gerichten eine sehr starken Verfassungsgerichtsbarkeit haben. Aus unserer Sicht ist es wichtig, dass Richter Entscheidungen fällen, die das Land und die spezifischen gesetzlichen Bestimmungen Liechtensteins kennen. Optimal wäre es natürlich, wenn sämtliche Richter aller Instanzen über die liechtensteinische Staatsbürgerschaft verfügten – dies ist allerdings nicht realistisch. Ein Grund dafür ist die starke Wirtschaft unseres Landes, welche die inländischen Arbeitskräfte absorbiert. Wir sind in allen Branchen auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen, auch im Justizbereich. So ist Liechtenstein ein Land, das mehr Arbeitsplätze hat als Einwohner.

Wie San Marino kennt auch Liechtenstein ein Trustrecht. Auch diesbezüglich stellen sich uns immer wieder Fragen in Bezug auf eine ideale Besetzung des Gerichts. Wir haben es sehr geschätzt, in diesem Zusammenhang mit dem Justizminister zu sprechen und die Lösungen und Erfahrungen Ihres Landes kennenzulernen. Wir werden Ihre Lösungsansätze im Rahmen der weiteren Diskussionen sicher in Erwägung ziehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren

Ein Kleinstaat hat in Bezug auf die Gesetzgebung und die Justiz sehr spezifische Herausforderungen zu bewältigen. Es handelt sich oft um eine Gratwanderung – was kann man selbst machen und wo ist es sinnvoll, sich an anderen Staaten zu orientieren. Zum Teil braucht man einfach nur kreative Ideen, die es manchmal nur in einem kleinen Land geben kann beziehungsweise die nur in einem kleinen Land akzeptiert werden. Aus meiner Sicht ist der Austausch mit anderen Ländern in der gleichen Situation äusserst wertvoll.

Ich bedanke mich herzlich für die Gastfreundschaft und den bereichernden Austausch.

Infrastrukturministerin Graziella Marok-Wachter empfing am 1. Juli 2022 Klara Geywitz, Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen der Bundesrepublik Deutschland, in Vaduz zu einem Arbeitstreffen.



## Um etwas zu erreichen, brauchen wir die Bevölkerung

**Vortrag an der Veranstaltung «Zeit für Liechtenstein» zum Thema Verkehrsprobleme in Liechtenstein am 14. September 2023 im Rathaussaal in Vaduz** Die Vaterländische Union lud am 14. September 2023 in den Vaduzer Rathaussaal zur Veranstaltung «Zeit für Liechtenstein» ein. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, mit welchen Massnahmen Liechtensteins Verkehrsprobleme gelöst werden können. Die Veranstaltung war offen für Vertreterinnen und Vertreter anderer Parteien. Infrastrukturministerin Graziella Marok-Wachter hielt ein Impulsreferat, in dem sie auf die Herausforderung im Mobilitätsbereich in Liechtenstein einging.

Sehr geehrte Damen und Herren

Auch ich begrüsse Sie herzlich zu dieser Veranstaltung, und ich möchte zu Beginn des heutigen Abends die Möglichkeit nutzen, um die Herausforderungen im Zusammenhang mit Mobilitätsthemen etwas einzuordnen.

Geschätzte Damen und Herren

Wir Menschen wollen uns alle bewegen, nicht nur zu Hause, sondern auch im öffentlichen Raum. Dafür braucht es Wege oder Strassen, und diese füllen sich immer mehr. Offensichtlich gibt es immer mehr Bewegungen – sei es durch mehr Menschen oder durch die zunehmende Mobilität von jedem von uns, einzeln. Das wiederum führt zu Überlastungen der Verkehrsinfrastruktur beziehungsweise zu Stau bei uns im Land, nicht überall, aber an bestimmten Stellen zu bestimmten Zeiten.

Wir müssen – auch vor dem Hintergrund des Wirtschaftswachstums, das grundsätzlich ja absolut erfreulich ist – davon ausgehen, dass der Verkehr weiter zunehmen wird, und ich halte es für notwendig, dass wir uns Gedanken über langfristige Lösungen unserer Verkehrssituation machen. Die Regierung hat daher, gestützt auf eine Postulatsbeantwortung, ein Projekt initiiert mit dem Titel «Raum + Mobilität 2050». Wir brauchen eine langfristige und ganzheitliche Sicht auf diese Thematik und entsprechende Lösungen.

Bei diesem Projekt geht es, stark vereinfacht dargestellt, darum, in einem ersten Schritt ein Zielsystem zu erarbeiten und darin zu definieren, was für unser Land in Zukunft wichtig ist und erreicht werden soll. In einem zweiten Schritt sind dann entsprechend verschiedene Massnahmen zu definieren und diese vor dem Hintergrund des Zielsystems zu bewerten.

Wir stehen ganz am Anfang dieses Projektes, und es ist mir ein Anliegen, Ihre Meinungen zu hören, nicht zur Frage, was man konkret im Einzelnen tun soll, sondern zur Frage, wie wir in diesem Kontext überhaupt politische Mehrheiten erlangen können.

Lassen sie mich dazu die Thematik etwas einordnen: Stausituationen gibt es nicht nur bei uns im Land. Es handelt sich um ein weltweites Problem an Stellen, an denen viele Menschen zu einer bestimmten Zeit aufeinandertreffen. Klar ist: Es gibt keine einfachen Lösungen – wenn es diese gäbe, wäre Stau nicht an so vielen Orten ein Problem beziehungsweise gäbe es auch international viel weniger Stausituationen.

Was kann die Politik dagegen tun? Was gibt es denn überhaupt für Lösungen gegen Stau? Strassen sind zu den Zeiten, zu denen es sich staut, ein rares Gut, und alle möchten den Platz auf der Strasse für sich. Man kann dieses Gut vermehren oder, anders gesagt, man kann Strassen bauen. Oder man kann dafür sorgen, dass nicht so viele Menschen zur gleichen Zeit die Strasse benutzen. Man kann also versuchen, das Mobilitätsverhalten der Menschen zu beeinflussen. Damit kann man die politischen Einflussmöglichkeiten grob und sehr vereinfacht in zwei Gruppen einteilen: Bauen oder Verhaltenssteuerung.

Ich fange mit dem Thema Bauen an: Warum macht man das nicht einfach beziehungsweise warum hat man das nicht schon längst in Angriff genommen? Ich möchte in diesem Zusammenhang ein paar zentrale Herausforderungen darstellen:

- Für neue Verkehrswege beziehungsweise Strassen braucht es Flächen. Die gesamte Siedlungsfläche in unserem Land beträgt lediglich 18 Quadratkilometer. Wir alle erachten Flächen als wertvoll, und niemand möchte lieber eine Strasse sehen als einen Wald oder eine Wiese, und schon gar nicht vor der eigenen Haustüre. Das Flächenthema betrifft nicht nur neue Strassen, sondern – wenn auch etwas reduziert – auch Tunnel, denn diese haben grosse oberirdische Anschlussbauwerke mit entsprechendem Landbedarf.
- Zumindest einen Teil der Flächen müsste das Land zunächst erwerben. Aus Interessengründen der Eigentümerinnen und Eigentümer würde dies sicher nicht in allen Fällen einvernehmlich ablaufen, sondern es wären Enteignungen erforderlich. Auf Enteignungen hat man in unserem Land bisher fast immer verzichtet.

- Unser Land liegt nicht am Ende eines Tales mit einer Hauptverkehrsrichtung. Längs des Rheins verläuft die Hauptverkehrsachse mit Nord-Süd Verkehr. Dazu haben wir quer dazu eine Ost-West-Achse mit der Verbindung zwischen der A14 in Vorarlberg und der A13 im St. Galler Rheintal. Dort ist auf der Route von Innsbruck nach Zürich der Weg durch unser Land die kürzeste und attraktivste Linie. Das gilt nicht nur für Private, sondern ganz besonders auch für das Transportgewerbe, also den Lastwagenverkehr.
- Es ist aus rechtlichen Gründen nicht möglich, Strassen nur für bestimmte Gruppen zuzulassen. Zum Beispiel kann man das Benutzen von Durchgangsstrassen für ausländische Fahrzeuge nicht einfach verbieten.
- Das bedeutet im Resultat: Zu attraktive Verkehrswege durch Liechtenstein ziehen zusätzlichen Verkehr an. Auch das muss bei der Planung von neuen Strassen berücksichtigt werden.
- Neue Verkehrswege sind darüber hinaus sehr teuer und erfordern ein hohes Mass an Steuergeldern, nicht nur für den Bau, sondern danach auch für den Unterhalt. Dies gilt in besonderem Masse für unterirdische Lösungen.

Der Vorarlberger Landesrat Daniel Zadra, Regierungsrätin Graziella Marok-Wachter und der St. Galler Regierungsrat Beat Tinner bei der Unterzeichnung der Absichtserklärung zur Verbesserung des grenzüberschreitenden öffentlichen Verkehrs im Jahr 2022 in Ruggell.



Und was heisst das jetzt in Bezug auf die Entscheidungsfindung?

Wir leben ja bekanntlich in einer Demokratie mit Referendumsmöglichkeiten des Volkes. Alle baulichen Massnahmen erfordern ein Budget. Für den Bau von neuen Strassen sind hohe Kredite erforderlich, gegen entsprechende Beschlüsse des Landtags kann das Referendum ergriffen werden. Gebaut wird dann nur, wenn die Mehrheit dafür ist.

Schauen wir uns nun die Herausforderungen in Bezug auf Verhaltenssteuerungen an. Was meine ich damit überhaupt? Das Verhalten von uns Menschen kann durch Verbote, Gebote und Anreize beeinflusst werden. Theoretisch ist vieles möglich. Aber eben nur theoretisch, da auch Verbote und Gebote mehrheitsfähig sein müssen. Man könnte zum Beispiel das Autofahren zu bestimmten Zeiten oder an bestimmten Orten verbieten und dort nur noch Busse fahren lassen, natürlich in einem sehr engen Takt. Oder man könnte regeln, dass man nur noch jeden zweiten Tag mit seinem Privatauto fahren kann, beispielsweise abhängig von der Autonummer. Dieses Modell gibt es zum Beispiel in Asien. Oder man könnte für Privatfahrzeuge derart hohe Steuern einführen, dass sich wesentlich weniger Menschen überhaupt ein Auto leisten könnten – wir kennen diese hohe Steuer aus Singapur. Wir sind uns hier im Raum vermutlich einig, dass derartige Lösungen politisch nicht realisierbar wären.

Realistischer wären weniger einschneidende Massnahmen, wie eine Parkplatzsteuer oder eine Abgabe, die für die Benutzung von Unternehmensparkplätzen bezahlt werden müsste. Dies wäre aber auch ein Eingriff ins Privateigentum.

Bei diesen verhaltenssteuernden Massnahmen geht es immer darum, die Nutzung des privaten Autos gegenüber öffentlichen Verkehrsmitteln oder dem Fuss- und Radverkehr weniger attraktiv zu machen, sei es durch Verbote oder durch Anreize bei einem Verzicht.

Wenn man verhaltenssteuernde Massnahmen einführen will, müssen entsprechende Gesetze geschaffen werden, und es wäre wiederum die Zustimmung des Gesetzgebers und damit letztlich der Bevölkerung erforderlich.

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren

Das heisst: Für alle relevanten Massnahmen benötigen wir letztlich den Gesetzgeber, und es braucht Mehrheiten. Mehrheiten zu erreichen, ist immer dann schwierig, wenn es sehr unterschiedliche Sichtweisen auf eine Angelegenheit gibt. Und das ist in diesem Umfeld meines Erachtens in sehr ausgeprägter Art und Weise der Fall.

Den Strassenbauten stehen zum Beispiel Umweltthemen und hohe Kosten entgegen, Verhaltenssteuerungen stehen Einschränkungen der bisherigen persönlichen Freiheiten der Einwohnerinnen und Einwohner entgegen.

Bei der Frage nach der Erreichung von Mehrheiten ist auch zu berücksichtigen, dass gerade von den punktuellen Stausituationen in unserem Land bei Weitem nicht alle Wählerinnen und Wähler betroffen sind. Einem Balzner beispielsweise kann es ja aus einer rein persönlichen Sicht egal sein, wenn der Verkehr in Schaan oder Bendern am Abend stockt, ausser er arbeitet vielleicht gerade in einer dieser beiden Gemeinden.

Mehrheiten zu finden, stellt in diesem Gemenge eine Herausforderung dar. Gleichwohl bin ich überzeugt, dass wir Handlungsbedarf haben. Um etwas zu erreichen, brauchen wir allerdings die Bevölkerung.

Meine Frage an Sie lautet daher: Wie schaffen wir es generell, in dieser komplexen Interessenslage politische Mehrheiten zu finden? Was müssen wir tun, damit unser einleitend skizziertes Projekt «Raum + Mobilität 2050», in dem es um langfristige Lösungen für unsere Mobilität geht, kein Papiertiger wird?

Ich bin gespannt auf Ihre Meinungen und freue mich auf eine angeregte Diskussion.

## Für eine umfassende Rechenschaftspflicht

Rede anlässlich der Ministerkonferenz zum Thema «Wiederherstellung der Gerechtigkeit für die Ukraine» am 2. April 2024 in Den Haag

In ihrem Statement an der Ministerkonferenz zum Thema «Wiederherstellung der Gerechtigkeit für die Ukraine» in Den Haag betonte Justizministerin Graziella Marok-Wachter die Notwendigkeit, die politische und militärische Führung Russlands für die Aggression gegen die Ukraine zur Rechenschaft zu ziehen. Liechtenstein unterstützt die Vision der Ukraine für umfassende Rechenschaftspflicht, wie sie in der «Just Peace»-Resolution der UN-Generalversammlung verankert ist. Liechtenstein setzt sich als kleines Land aktiv für die Einhaltung der Grundsätze der modernen internationalen Rechtsordnung ein, da die Einhaltung des Völkerrechts auch für die eigene Sicherheit von entscheidender Bedeutung ist.

Excellencies,  
Dear Colleagues,

For more than two years now, the world has been witnessing aggression committed in a manner we had hoped and had reason to believe was a thing of the past. The brazen aggression committed against Ukraine was also an attack on the postwar international order, grounded in the Charter of the United Nations, and therefore of truly global relevance. This is why Liechtenstein is committed to Ukraine's vision for comprehensive accountability, accepted by more than 140 UN member states when they adopted the «Just Peace» resolution in the UN General Assembly in February 2023. Accordingly, we must hold the political and military leadership of Russia to account for their international crimes, including the crime of aggression.

We thank the ICC Prosecutor for his quick response in his Ukraine investigation and issuing arrest warrants. The ICC deserves our full support in the Ukraine situation and beyond. And the Court can continue to count on us.

Liechtenstein, as a small state, prioritises international law in our foreign policy, as a matter of self-interest and of solidarity. We deeply believe in the principles underpinning the modern international legal order, and we also know that international law is critical for our security. We must therefore make it clear to the leaders of Russia – or any leader considering aggression – that manifest violations of the UN Charter will not go unpunished, whether in Ukraine or elsewhere.

Setting up a special international tribunal to this effect is not easy. It requires broad support – also from states that are not present here today. But accountability for the crime of aggression – for the supreme crime from which all the war crimes and crimes against humanity in Ukraine have flowed – is imperative to reinforce the global peace and security architecture.

Under international law, aggression is a leadership crime. It is therefore essential to ensure that there are no immunities for heads of state and other persons in political leadership positions before a tribunal on aggression, and that it is created firmly on the basis of international law. We look forward to an event that we are co-organising with Ukraine later this month, in our role as the Chair of the Committee of Ministers of the Council of Europe, on the role of the Council of Europe in the establishment of the Special Tribunal, with the above parameters in mind. Finally, according to the principle of state responsibility for an internationally wrongful act, Russia has an obligation to compensate Ukraine for the damages resulting from its aggression against Ukraine.

Andrij Kostin, Generalstaatsanwalt der Ukraine (2. v. l.), Regierungsrätin Graziella Marok-Wachter und Liechtensteins UN-Botschafter Christian Wenaweser im Gespräch.



We are happy to see the Register of Damage take an important additional step in its operationalisation today, a key part of the full package needed that includes a claims commission and a compensation fund. We are actively reaching out to other – non-European – states to join the Register, in particular during our Presidency of the Committee of Ministers of the Council of Europe. And we are also working closely with like-minded partners to explore further legal possibilities to confiscate and use frozen assets for the benefit of Ukraine in accordance with international law, relevant human rights and rule of law standards, and due process principles.

Thank you.

Offizielles Gruppenfoto der Teilnehmenden an der Ukraine-Konferenz in Den Haag.



## Integration, Innovation und Kooperation im Herzen Europas

Rede anlässlich der Generalversammlung der Vereinigung Schweizerischer Unternehmen in Deutschland (VSUD) am 24. April 2024 im Zunfthaus zur Saffran in Zürich

In ihrem Gastreferat an der Generalversammlung der Vereinigung Schweizerischer Unternehmen in Deutschland sprach Regierungsrätin Graziella Marok-Wachter über die zentrale Rolle von Integration, Innovation und Kooperation für Liechtensteins wirtschaftlichen Erfolg und seine Stabilität. Sie hob hervor, wie Liechtenstein durch Abkommen wie den Zollvertrag mit der Schweiz und die Mitgliedschaft im EWR wirtschaftlich prosperiert und internationale Anerkennung gefunden hat. Die Regierungsrätin betonte die Bedeutung guter internationaler Beziehungen und wirtschaftsliberaler Rahmenbedingungen, um Liechtensteins Wirtschaft in einem globalen Markt wettbewerbsfähig und innovativ zu halten.

Frau Präsidentin  
Sehr geehrte Mitglieder des Verbands und Bezirks  
Geschätzte Damen und Herren

Ich bedanke mich herzlich für die Einladung als Gastrednerin anlässlich Ihrer Generalversammlung und für die damit verbundene Gelegenheit, über das Thema «Integration, Innovation und Kooperation im Herzen Europas» zu sprechen.

Die Frage, weshalb Liechtenstein wirtschaftlich erfolgreich ist beziehungsweise wie es einem kleinen Land gelingt, sich überregional und international zu behaupten, wurde in der Vergangenheit verschiedentlich an mich und andere politische Vertreter Liechtensteins herangetragen. Für unser Land spielen die drei Themenfelder Integration, Innovation und Kooperation eine massgebliche Rolle. Diese Aspekte waren und sind seit vielen Jahren zentrale Faktoren für Stabilität und Wohlstand in unserem Land.

Zunächst zum Thema Integration. Da stellt sich folgende Frage: Wie schafft es ein Land wie Liechtenstein, sich vollumfänglich innerhalb von Gremien mit wesentlich grösseren Partnerländern zu positionieren, beziehungsweise als gleichwertiger Partner behandelt zu werden?

Lassen Sie mich hierzu etwas ausholen: In der jüngsten Vergangenheit durften wir das 300 Jahr-Jubiläum unseres Landes, das 100-Jahr-Jubiläum unserer Verfassung sowie das 100 Jahr-Jubiläum des Zollvertrages mit der Schweiz feiern.

Aufgrund der seit 300 Jahren nahezu unveränderten Landesgrenzen dürfen wir bereits eine lange Phase der Stabilität geniessen. Hierfür benötigte es Nachbarstaaten, die das Völkerrecht achten. Wir alle im Raum mussten in der jüngsten Vergangenheit lernen, dass die Achtung der Grenzen der Nachbarn leider nicht einmal mehr in Europa eine Selbstverständlichkeit darstellt.

Das 100-Jahr-Verfassungsjubiläum zeigt die Stabilität unserer staatlichen Strukturen auf.

Und der vor 100 Jahren abgeschlossene Zollvertrag mit der Schweiz legte den Grundstein für die Zusammenarbeit unserer beiden Länder in fast allen Lebensbereichen. Durch den Zollvertrag wurde es Liechtenstein insbesondere ermöglicht, an der schweizerischen Aussenhandelspolitik teilzuhaben, was für die wirtschaftliche Entwicklung der Nachkriegszeit unseres Landes von grosser Bedeutung war. Dass sich Liechtenstein zu einem sehr erfolgreichen Wirtschaftsstandort entwickeln konnte, hängt ganz zentral auch mit dem Zollvertrag mit der Schweiz zusammen.

Im Jahr 1970 rief der damalige Erbprinz Hans-Adam zu mehr Selbstbewusstsein Liechtensteins auf der internationalen Bühne auf. So forderte er sinngemäss, dass Liechtenstein sich nicht nur auf einen ausländischen Partnerstaat verlassen dürfe und erinnerte daran, dass auch Grossstaaten wie die Sowjetunion oder die USA sich nur kurzfristig einen Isolationismus erlauben konnten. Sein Aufruf leitete eine neue Phase einer aktiveren Aussenpolitik ein. Nur wenige Jahre später – im Jahr 1978 – unterschrieb der damalige Regierungschef Hans Brunhart die Beitrittsurkunde zum Europarat in Strassburg. Er brachte dabei klar zum Ausdruck, dass Liechtenstein mit diesem Beitritt am gemeinsamen Werk jener europäischen Länder teilnehme, deren staatliches Leben auf den Prinzipien der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit aufbaut.

Ein weiterer wichtiger Schritt in der internationalen Integration und in Richtung Stärkung der liechtensteinischen Souveränität war auch Liechtensteins Beitritt zur UNO im Jahr 1990. Sie wissen, die Schweiz ist der UNO zwölf Jahre später beigetreten, im Jahr 2002. Dieser Beitritt führte dazu, dass sich Liechtenstein in den letzten 30 Jahren in der Weltgemeinschaft einen Namen als verlässlicher Partner machen konnte. Liechtenstein bringt sich in die UNO aktiv mit Initiativen und Resolutionen ein und erhält dafür Unterstützung. Dies fördert wiederum die Vernetzung innerhalb der Weltgemeinschaft. Ein Beispiel dafür ist die sogenannte Veto-Initiative, mit welcher erwirkt wurde, dass immer dann, wenn im Sicherheitsrat der UNO ein Veto durch ein ständiges Mitglied ergeht, das Thema im Anschluss Eingang in die Generalversammlung findet.

Neben dem Abschluss des Zollvertrages mit der Schweiz trat Liechtenstein 1991 der EFTA, bei welcher auch die Schweiz Mitglied ist, als selbständiges Mitglied bei. Wie Sie alle wissen, fördert die EFTA den Freihandel und die wirtschaftliche Integration der Mitgliedsstaaten sowohl untereinander als auch im Verhältnis zu Drittstaaten. Nur vier Jahre nach dem EFTA-Beitritt erfolgte Liechtensteins Beitritt zum EWR.

Es gab wohl kaum einen Abstimmungskampf in unserem Land, der so stark mobilisiert und auch polarisiert hat wie derjenige zum EWR-Beitritt. Auch in der Schweiz wurde zeitgleich eine heftige politische Debatte über den EWR-Beitritt geführt. Zur grossen Überraschung vieler stimmten, nur sieben Tage nach der schweizerischen Ablehnung eines EWR-Beitritts, am 13. Dezember 1992 55 Prozent der Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner für den Beitritt Liechtensteins zum EWR.

Liechtensteins Weg in den EWR war in der Folge äusserst anspruchsvoll, denn um eine zeitgleiche Mitgliedschaft Liechtensteins im EWR einerseits und in einer Zollunion mit der Schweiz andererseits zu ermöglichen, mussten zuerst sowohl der Zollvertrag mit der Schweiz als auch das EWR-Abkommen angepasst werden, was in der Folge auch gelungen ist.

Heute stehen 84 Prozent der liechtensteinischen Bevölkerung hinter dem EWR, was letztlich auf dessen positive Auswirkungen auf unser Land zurückzuführen ist. Der EWR geniesst heute breite Unterstützung in der Bevölkerung. So spricht sich auch keine der vier derzeit im Landtag – dem Liechtensteiner Parlament – vertretenen Parteien gegen eine Mitgliedschaft Liechtensteins im EWR aus. Übrigens finden gemäss einer unlängst durchgeführten Umfrage 95 Prozent der liechtensteinischen Bevölkerung den Zollvertrag mit der Schweiz sehr gut.

Und auch in der jüngeren Vergangenheit entschloss sich Liechtenstein zu weiteren wichtigen und für uns tagtäglich spürbaren Schritten der Integration. So beispielsweise im Jahr 2011 bei der Assoziierung des Schengen-Abkommens. Mit diesem Schritt wurde unter anderem die Abschaffung der stationären Grenzkontrollen für den Personenverkehr beschlossen.

Unsere Staatsverträge beziehungsweise Abkommen und die daraus resultierende Integration haben Auswirkungen auf praktisch alle unsere Lebensbereiche. Wirtschaft, Justiz, Mobilität, Umwelt oder Sicherheit sind nur einige Beispiele. Wir sehen also, Liechtenstein würde ohne überregionale beziehungsweise internationale Integration heute ganz anders aussehen.

Auch wenn Liechtenstein gut im Herzen von Europa integriert ist, so bedarf diese Integration ständiger Pflege und Weiterentwicklung. Die jüngsten internationalen Entwicklungen haben gezeigt, dass örtlich beschränkte Spannungen sich rasch global auswirken können. So hat beispielsweise der russische Angriffskrieg auf die Ukraine nicht nur das Völkerrecht und die Souveränität der Ukraine missachtet, sondern sich auch unmittelbar auf die globalen Liefer- und Handelsketten ausgewirkt. Dies zwang Unternehmen und Staaten zu raschen Handlungen. Die liechtensteinische Regierung hat sehr schnell reagiert und die grundsätzliche Entscheidung gefällt, dass die Sanktionen der EU autonom mitgetragen beziehungsweise in unser nationales Recht übernommen werden. Mit diesem autonomen Nachvollzug der EU-Sanktionen setzen wir uns kontinuierlich zusammen mit unseren Nachbar- und Partnerstaaten für unser freies und demokratisches Europa ein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren

Wirtschaftsliberales Denken hat eine lange und starke Tradition in unserem Land.

Die Unternehmen in Liechtenstein haben nur einen sehr kleinen Heimmarkt. Sie müssen sich darum nicht nur an nationale Rahmenbedingungen anpassen, sondern auch an internationale Rahmenbedingungen beziehungsweise an die Entwicklungen in den Märkten ihrer Geschäftspartner und Kunden. Unternehmen müssen entsprechend innovativ sein und bleiben.

Liechtenstein hat ein Unternehmen auf acht Einwohnerinnen beziehungsweise Einwohner, die Schweiz eines auf 14, Deutschland eines auf 23 und die USA eines auf 15. Vielleicht noch ein weiterer interessanter Aspekt: Liechtenstein ist das höchstindustrialisierte Land Europas, auf der Welt gehört es zu den vier höchstindustrialisierten Staaten. In Liechtenstein gibt es mehr Arbeitsplätze – über 43 000 – als Einwohnerinnen und Einwohner – zirka 40 000. Die liechtensteinischen Unternehmen haben im Ausland noch über 50 000 weitere Arbeitsplätze geschaffen. Der Fakt, dass Liechtenstein mehr Arbeitsplätze als Einwohnerinnen und Einwohner hat, führt auch dazu, dass wir täglich zupendelnde Arbeitnehmende aus der Schweiz, Österreich, aber auch aus Süddeutschland haben.

Neben einer grundsätzlich liberalen Haltung der Politik mit entsprechend guten Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und sehr kurzen Wegen zwischen der Wirtschaft und der Politik kann diese Attraktivität von Liechtenstein für Unternehmen sicher auch auf den vorgängig bereits erwähnten Zollanschlussvertrag sowie Liechtensteins Mitgliedschaft im EWR zurückgeführt werden. Mit dem Beitritt zum EWR erlangte Liechtenstein Zugang zum EU-Binnenmarkt, und damit wurde ein diskriminierungsfreier Zugang zu 465 Millionen Konsumentinnen und Konsumenten

sichergestellt. Unsere Wirtschaftsleistung hat sich seit 1995 nahezu verdoppelt. Neben dem EWR-Beitritt spielte diesbezüglich sicher auch der Abschluss von diversen Freihandelsabkommen eine Rolle.

Im Industriebereich generiert Liechtenstein in sehr verschiedenen Sparten hochwertige Produkte. Zu nennen sind beispielsweise Produkte aus der Hightech-Industrie, dem Maschinenbau oder der Lebensmittelproduktion. Vermutlich haben sie alle die Firmennamen Hilti, Hoval, Ivoclar, ThyssenKrupp, Neutrik, Presta oder Hilcona bereits einmal gehört, wobei dies bei weitem nicht alle in Liechtenstein ansässigen Industriebetriebe sind. Einige unserer Betriebe sind auch internationale Marktführer, und der Industriesektor generiert über 40 Prozent des liechtensteinischen BIP.

Aber auch im Finanzsektor ist Liechtenstein ein namhafter Akteur und hat – nach einer sehr schwierigen Phase vor rund 15 Jahren – in der Zwischenzeit international Anerkennung gefunden. So erfüllen wir insbesondere die internationalen Verpflichtungen im Bereich der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, und wir tauschen steuerlich relevanten Daten im Rahmen des AIA aus. Wir arbeiten im Rahmen von Strafrechtshilfe mit anderen Ländern zusammen und können in diesem Zusammenhang bei der Rückführung von illegal erworbenen Vermögenswerten kooperieren. Ein gut funktionierender Austausch im Bereich der Bekämpfung von Kriminalität ist für das langfristige Funktionieren jedes Rechtsstaates von zentraler Bedeutung. Kriminalität macht bekanntlich an Grenzen nicht halt, und gerade im Bereich von Geldwäscherei und Cyberkriminalität wird fast immer über Staatsgrenzen hinweg agiert. Der Aufwand für die Kriminalitätsbekämpfung gerade in diesen Bereichen nimmt daher auch zu.

Mittlerweile verwalten unsere Banken und Finanzdienstleister ein Vermögen von über 300 Milliarden Schweizer Franken. Im Vergleich dazu verwalte beispielsweise die Bank Julius Bär Ende 2023 etwas mehr als 425 Milliarden Schweizer Franken. Auch dieser Sektor muss sich permanent nicht nur an die neuen regulatorischen Vorgaben, sondern auch an die sich ändernden Kundenbedürfnisse anpassen, um international konkurrenzfähig zu bleiben.

Integration und Innovation waren und sind folglich unser Motor für Fortschritt und ein wesentlicher Bestandteil unserer modernen Wirtschaft.

Der Beitritt Liechtensteins zum EWR hatte und hat zentrale Auswirkungen auf unser Rechtssystem. Mit Stand März 2024 gelten in Liechtenstein aufgrund des EWR-Abkommens 12 881 EU-Rechtsakte. Da das Abkommen dynamisch ist, werden pro Jahr laufend neue Rechtsakte übernommen, im Schnitt rund 450 Stück. Bei der Umsetzung dieser Rechtsakte mit einer Quote von 99,2 Prozent gilt Liechtenstein innerhalb der Abkommensparteien als verlässlicher Partner.

Allerdings stellte und stellt die Implementierung all dieser Normen für ein kleines Land zuweilen auch eine Herausforderung dar. Pragmatische Lösungsansätze und kurze Wege helfen zweifellos bei der Umsetzung. Für einen Kleinstaat ohne grosse politische Macht, wie Liechtenstein, ist die Bedeutung der Rechtssicherheit, die durch die verschiedenen Abkommen erreicht wird, ein wichtiger Aspekt.

Die EWR-Mitgliedschaft ermöglicht Liechtensteins auch einen direkten Zugang zur europäischen Politik. Selbst wenn Liechtenstein und seine EWR-/EFTA-Partner, nämlich Norwegen und Island, über kein Stimmrecht im Rechtsetzungsprozess der EU verfügen, haben sie die Möglichkeit, die Weiterentwicklung des europäischen Rechts zu kommentieren. Zudem haben die EWR-Staaten mit dem EFTA-Gerichtshof einen eigenen Gerichtshof, der das EFTA-Recht interpretiert, die Einhaltung der Verträge überwacht und bei Streitigkeiten zwischen den Mitgliedsstaaten entscheidet.

Liechtenstein verdankt seinen Erfolg auch der Flexibilität seiner Partnerstaaten. Die Schweiz, die beiden EWR-/EFTA-Staaten Norwegen und Island sowie die EU – sie alle ermöglichten Liechtenstein wiederholt pragmatische Lösungen, dort wo unser Land aufgrund seiner Kleinheit an Grenzen stiess.

Mit Blick auf das Verhältnis zur EU profitiert Liechtenstein stark vom politischen Dialog, welcher durch den EWR etabliert wurde. Sei es in den halbjährlich stattfindenden Treffen des EWR-Rats, den zirka zehn jährlichen Sitzungen des Gemeinsamen EWR-Ausschusses oder in den vielen anderen Gremien, in denen sich die EWR-/EFTA-Staaten und die EU treffen. Gerade im Gemeinsamen EWR-Ausschuss gelingt es den EWR-/EFTA-Staaten immer wieder, auch die nationalen Besonderheiten und die Unterschiede von EU- und EWR-Recht hervorzuheben.

Wie die Schweiz kennt auch Liechtenstein ein breites Spektrum an direktdemokratischen Instrumenten, die rege genutzt werden. Und da stellt sich natürlich die Frage, wie diese direktdemokratischen Instrumente im Kontext der EWR-rechtlichen Vorgaben funktionieren. In Liechtenstein erfolgt vor Beginn der Unterschriftensammlung für Gesetzes- und Verfassungsinitiativen nicht nur eine formelle Prüfung, sondern auch eine Prüfung der Vereinbarkeit des Initiativtexts mit der Verfassung und mit internationalem Recht. Verstösst eine Volksinitiative zum Beispiel gegen EWR-Recht, wird diese nicht zugelassen.

Entwicklungen zwischen der EU und der Schweiz haben regelmässig Auswirkungen auf Liechtenstein. Die gleichzeitige Teilnahme an zwei Wirtschaftsräumen hat Liechtenstein seit Beginn der EWR-Mitgliedschaft immer wieder vor praktische und politische Herausforderungen gestellt. Bisher ist es stets gelungen, Lösungen zu finden, die unserer speziellen Situation Rechnung tragen. Je grösser das Regelungsgefälle zwischen den beiden Wirtschaftsräumen, denen Liechtenstein angehört, ist, desto aufwendiger kann es für die liechtensteinische Wirtschaft werden. Werden beispielsweise die Schweizer Normen und Behörden von der EU nicht mehr als gleichwertig eingestuft respektive anerkannt, muss die liechtensteinische Wirtschaft mit unterschiedlichen Standards arbeiten, was nicht nur zu mehr Kosten, sondern je nachdem auch zu Rechtsunsicherheit führt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren

Liechtenstein liegt als kleines Land in der Mitte des europäischen Kontinents. Die Schweiz, die EU und ihre Mitgliedstaaten sind unsere natürlichen Partner.

Die Pflege der guten Beziehungen zur Schweiz und auch zu unseren Nachbarregionen stellen eine der Prioritäten der liechtensteinischen Regierung dar. Die Basis für die enge Anbindung an die Schweiz wurde vor 101 Jahren mit dem Zollvertrag gelegt.

Die EWR-Mitgliedschaft hat sich für unser Land bewährt, und die Strukturen und Prozesse sind etabliert und politisch unbestritten.

Für einen Finanzplatz und eine exportorientierte Wirtschaft können gute internationale Beziehungen kaum überschätzt werden. Darum sind auch die weiteren Kooperationen auf internationaler Ebene für unser Land essenziell.

Ziel der wirtschaftsliberalen Grundhaltung der liechtensteinischen Politik ist es, der Wirtschaft den richtigen Rahmen zu bieten, damit diese sich weiterentwickeln und innovativ bleiben und damit im internationalen Wettbewerb bestehen kann.

Besten Dank.

Bildungsministerin Dominique Hasler, Rahel Guerra, Leiterin des Schulamts, Eugen Nägele, Rektor des Liechtensteinischen Gymnasiums, Jürgen Nigsch, Stabsstelle für staatliche Liegenschaften, Architekt Ivan Cavegn und Infrastrukturministerin Graziella Marok-Wachter (v.l.) an der offiziellen Eröffnung des «Haus Rot» des Schulzentrums Mühleholz in Vaduz im August 2024.

Infrastrukturministerin Graziella Marok-Wachter im Austausch mit einer Besucherin des öffentlichen Forums des Projekts «Raum und Mobilität 2050» im SAL in Schaan im Januar 2025.



## Wohnungsmarkt Liechtenstein – im Spannungsfeld von Markt und Staat

Impulsreferat anlässlich  
der Podiumsdiskussion  
zum Liechtensteiner  
Wohnungsmarkt  
am 25. April 2024  
an der Universität  
Liechtenstein in Vaduz

Der Liechtensteiner Wohnungsmarkt ist von einer starken Dynamik geprägt. Die Bevölkerung ist seit 1980 um mehr als 50 Prozent auf 40 000 Personen angewachsen, und der Wohnungsbestand hat sich im selben Zeitraum mehr als verdoppelt. Vor diesem Hintergrund luden die Liechtenstein School of Architecture und die Stiftung Zukunft.li am 25. April 2024 zur Podiumsdiskussion zum Wohnungsmarkt in Liechtenstein ein. Regierungsrätin Graziella Marok-Wachter erläuterte an dieser Veranstaltung die aktuellen wohnbau- und planungspolitischen Massnahmen der Regierung.

Sehr geehrte Referentinnen und Referenten  
Sehr geehrte Podiumsteilnehmende  
Sehr geehrte Damen und Herren

Ich bedanke mich für diese Veranstaltung und die Ausführungen, denen ich mit Interesse gefolgt bin.

Das Thema bezahlbares Wohnen beschäftigt auch die Regierung.

Wir haben in diesem Kontext vor zwei Jahren ein Postulat mit einer Vielzahl von Fragen beantwortet. In der Zwischenzeit haben wir, wie dort angekündigt, Massnahmen zur Verbesserung der Datenlage in Bezug auf Wohnraum getroffen, damit wir in Zukunft für den Wohnungsmarkt fundiertere Daten erhalten können. Konkret hat die Regierung basierend auf den Arbeiten einer ämterübergreifenden Arbeitsgruppe und unter Einbezug der FMA entschieden, einen Immobilienpreisindex und einen Mietpreisindex zu erstellen. Das entsprechende Konzept steht, und die Arbeiten an der Umsetzung laufen. Die Indizes sollen erstmals in ein bis zwei Jahren publiziert werden.

Im Zentrum der Postulatsbeantwortung stand aus politischer Sicht natürlich die Frage, ob in Bezug auf bezahlbares Wohnen unmittelbarer Handlungsbedarf besteht. Ich werde jetzt kein Referat zu dieser Frage halten, sondern möchte nur auf einen Punkt hinweisen: Besonders auffällig war, dass in unserem Land primär alte Wohnungen leer stehen. Nachdem alte Wohnungen im Vergleich zu neuen bekanntlich preislich günstiger sind, kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Bezahlbarkeit des Wohnens das zentrale Thema ist. Man muss davon ausgehen, dass die Ansprüche sehr hoch sind.

Wir haben uns, wie in der Postulatsbeantwortung angekündigt, unabhängig davon Gedanken zur Verbesserung der Objektförderung gemacht. Die bestehenden Lösungsansätze im Bereich der Objektförderung in unserem Wohnbauförderungsgesetz sind heute de facto toter Buchstabe. Wir arbeiten aktuell an einem Modell, das unter bestimmten, relativ engen Voraussetzungen die finanzielle Unterstützung seitens des Landes gegenüber den Gemeinden vorsehen soll. Zudem wollen wir im Bereich der Regelungen der Subjektförderung marginale Korrekturen vornehmen.

Wir planen, der Regierung die Vernehmlassungsvorlage gegen Ende dieses Jahres und in der Folge der Öffentlichkeit vorzulegen. Mit der Gesetzesrevision wollen wir die rechtlichen Voraussetzungen schaffen, damit die Politik in diesem Bereich möglichst rasch handlungsfähig ist, falls sich eine Knappheit an bezahlbarem Wohnraum einstellen sollte.

Danke.

Auf Einladung von Regierungsrätin Graziella Marok-Wachter weilte Volker Wissing, Minister für Digitales und Verkehr der Bundesrepublik Deutschland, am 18. und 19. August 2022 in Liechtenstein. Im Mittelpunkt des Besuchs stand ein Arbeitsgespräch.



## Zentralisierung für die Zukunft

**Rede anlässlich der Eröffnung des Dienstleistungszentrums Giessen am 27. April 2024 im Dienstleistungszentrum Giessen in Vaduz** Nach einer achtjährigen Realisierungsphase wurde das Dienstleistungszentrum Giessen (DLG) am 27. April 2024 feierlich mit einem Tag der offenen Tür eröffnet. Das moderne Bauwerk zeichnet sich durch seine ökologischen Standards und innovative Ausstattung aus und bietet Platz für rund 300 Mitarbeitende sowie acht Stellen. Bei der Eröffnungsfeier würdigte Regierungsrätin Graziella Marok-Wachter die Realisierung des DLG als einen wichtigen Schritt zur Effizienzsteigerung der Landesverwaltung. Sie hob hervor, dass die Zentralisierung der Stellen in einem einzigen Gebäude sowohl den Mitarbeitenden als auch den Einwohnerinnen und Einwohnern Liechtensteins zugutekommt.

Geschätzte Damen und Herren, liebe Gäste

Im Jahr 2016 hat sich die damalige Infrastrukturministerin, Marlies Amann-Marxer, zum Bau des Dienstleistungszentrums Giessen wie folgt geäußert: *«Unser Ziel ist es, die Stellen an wenigen Standorten in grösseren Gebäudeeinheiten zusammenzufassen, um einen wirtschaftlichen Unterhalt der Immobilien gewährleisten und betriebliche Synergien nutzen zu können.»*

Acht Jahre danach dürfen wir das Dienstleistungszentrum Giessen, das DLG, wie wir es nennen, feierlich eröffnen. Und, Sie haben es vom Regierungschef bereits gehört, es handelt sich seit der Erstellung des Regierungsgebäudes um das erste Bauwerk, das einerseits ausschliesslich der Landesverwaltung und damit letztlich auch der Erbringung von Dienstleistungen gegenüber der Bevölkerung Liechtensteins dient und andererseits vollständig auf einem landeseigenen Grundstück geplant und realisiert wurde.

Es war ein langer Weg bis hierhin, der mit der Machbarkeitsstudie im Jahr 2016 gestartet ist und mit der Einweihung am heutigen Tag seinen offiziellen Abschluss findet. Es freut mich, dass wir die Bauphase heute mit der Einweihung des Gebäudes abschliessen und das Gebäude beziehen können.

Beim Einholen des Verpflichtungskredits lag ein zentraler Fokus auf Kosteneinsparungen. Durch das räumliche Zusammenlegen von Stellen können betriebliche Synergien genutzt und damit Unterhaltskosten reduziert werden. Ich verweise auf das einleitend erwähnte Zitat von Marlies Amann-Marxer.

Während der langen Planungs- und Bauphase haben sich die Anforderungen an das Gebäude weiterentwickelt beziehungsweise verändert.

So hat der Landtag auf Antrag der Regierung im März des letzten Jahres und somit in Anbetracht der achtjährigen Realisierungsphase relativ kurz vor der Finalisierung des Baus einen Ergänzungskredit genehmigt, unter anderem um die veränderten Anforderungen an betriebliche Mobilitätsaspekte erfüllen zu können. Aufgrund dessen konnten 66 Fahrradboxen auf der Nordseite des Gebäudes errichtet und die Anzahl der Duschen für die Mitarbeitenden, die mit dem Fahrrad kommen oder in der Mittagspause joggen gehen, konnte verdoppelt werden. Und in einer zunehmend digitalisierten Arbeitswelt haben sich auch die Standards betreffend die Ausstattung der Büros verändert, weshalb auch diesbezüglich Anpassungen erforderlich waren.

Mit einem Minergie-P-Standard, mit E-Ladestationen für Fahrräder und Autos, einer grossen Photovoltaikanlage auf dem Dach sowie einer biodiversen Umgebungsgestaltung erfüllt das neue Gebäude höchste Standards aus klimapolitischer Sicht.

Im DLG empfangen wir im Erdgeschoss unsere Einwohnerinnen und Einwohner in einer zentralen Halle mit Blick auf den offenen Innenhof. Die Schalterzone sowie Sitzungszimmer für Besprechungen befinden sich ebenfalls auf dieser Ebene. Die Besprechungszimmer haben Namen wie Kolme, Paraka, Nola, Lunzi, Wida oder Wolan. Es sind dies historische Flurnamen in unseren Gemeinden.

Als Infrastrukturministerin eröffnete Graziella Marok-Wachter am 27. April 2024 das neue Dienstleistungszentrum Giessen und erhielt in diesem Rahmen symbolisch vom Architekten Ivan Cavegn einen Schlüssel.



Die darüberliegenden Bürogeschosse sind ausschliesslich für unsere rund 300 Mitarbeitenden zugänglich.

Die Herausforderungen bis zur Realisierung dieses Gebäudes waren enorm und reichten von technischen Aspekten wie dem Bauen im Grundwasser und der Sicherung der Baugrube bis hin zu ausserordentlichen Kostensteigerungen und Lieferengpässen aufgrund der Pandemie und der geopolitischen Entwicklungen.

Dank des Engagements und der Fachkompetenz aller Beteiligten konnten diese Herausforderungen gemeistert werden, und das Projekt kann innerhalb des Finanzkredits und fristgerecht abgeschlossen werden. Nicht unerwähnt lassen möchte ich an dieser Stelle, dass der grösste Teil der Aufträge und Werkverträge zur Realisierung des Projekts mit liechtensteinischen Firmen aus der Baubranche abgeschlossen wurde. Rund 90 Prozent der Leistungen wurden durch liechtensteinische Unternehmen und Planungsbüros erbracht.

Der Vaduzer Dompfarrer Michael Wimmer segnete das neue Verwaltungsgebäude.



An dieser Stelle schliesse ich mich dem Dank des Regierungschefs an alle Beteiligten an. Die Realisierung eines derartigen Gebäudes erfordert nicht nur ein hohes Mass an Fachwissen, sondern auch Teamgeist, Lösungsorientierung und Durchhaltevermögen.

Meine Damen und Herren

Das neue Dienstleistungszentrum ist ein moderner Arbeitsort für die Mitarbeitenden, es unterstützt die Zusammenarbeit innerhalb der Landesverwaltung durch die räumliche Nähe. Und die offene Struktur sowie die Synergiemöglichkeiten tragen zur Reduktion der Unterhaltskosten bei.

Die Einwohnerinnen und Einwohner unseres Landes erhalten eine zentrale Anlaufstelle für den Kontakt mit acht Amtsstellen im Zentrum von Vaduz.

Auch ich wünsche den Mitarbeitenden der Landesverwaltung viel Freude bei der Arbeit im neuen DLG und freue mich auf die Besuche der Einwohnerinnen und Einwohner und ebenso auf meine erste Sitzung in diesem Gebäude.

Vielen Dank.

Am Tag der offenen Tür waren auch Regierungschef Daniel Risch, Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni, Regierungsrätin Graziella Marok-Wachter und Alt-Regierungschef Adrian Hasler vor Ort, um sich ein Bild von den neuen Verwaltungsräumlichkeiten zu machen.



Siofra O'Leary, Präsidentin des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, im Juni 2024 anlässlich des Treffens mit Justizministerin Graziella Marok-Wachter in Vaduz.

Der Schweizer Bundesrat Albert Rösti und Regierungsrätin Graziella Marok-Wachter bei der Begrüssung im Vorfeld des Arbeitsgesprächs im Oktober 2024 im Regierungsgebäude in Vaduz.



Regierungsrätin Graziella Marok-Wachter machte sich im April 2021 zusammen mit Theodor Sele (ehemaliges Amt für Bau und Infrastruktur), Rony Bargetze (ehemaliges Amt für Bau und Infrastruktur), Marco Büchel (Sprenger & Steiner Anstalt) und Hanswalter Bühler (Bühler Bauunternehmung AG) ein Bild von den Bauarbeiten im Fluchtstollen des Tunnels Gnalp-Steg.

Der Architekturwettbewerb für den Neubau des Schulzentrums Unterland II in Ruggell wurde im Dezember 2021 abgeschlossen. Das Bild zeigt Regierungsrätin Graziella Marok-Wachter als Vorsitzende des Preisgerichts mit den weiteren Preisgerichts-Mitgliedern, den Ersatzpreisrichtern und den Vertretenden der Nutzerinnen und Nutzern.



Treffen der Schweizer Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz in Vaduz im Mai 2023: Ruedi Ulmann, Regierungsrat des Kantons Appenzell Innerrhoden, Carmelia Maissen, Regierungsrätin des Kantons Graubünden, Dölf Biasotto, Regierungsrat des Kantons Appenzell Ausserrhoden, Marcus Caduff, Regierungsrat des Kantons Graubünden, Regierungsrätin Graziella Marok-Wachter, Martin Kessler, Regierungsrat des Kantons Schaffhausen, und Kaspar Becker, Landesstatthalter des Kantons Glarus (v.l.).

Die Justizministerinnen aus Liechtenstein und der Schweiz, Graziella Marok-Wachter und Elisabeth Baume-Schneider, trafen sich im Oktober 2023 zu einem Arbeitsgespräch in Bern.



## Quellen

- 1 Quelle: Amt für Statistik, per 31.12.2020.
- 2 39 151: Quelle AS, per 30.06.2021.
- 3 17.62 km<sup>2</sup>, Quelle: Arealstatistik, CH-Bundesamt für Statistik, 2015.

Zweimal im Jahr übergibt das für den Geschäftsbereich Justiz zuständige Regierungsmitglied den Absolventinnen und Absolventen der Rechtsanwaltsprüfung die Diplome. Neben Regierungsrätin Graziella Marok-Wachter waren im Juni 2024 auch Hilmar Hoch, Vorsitzender Prüfungskommission Rechtsanwälte (ganz links), und Robert Schneider (Dezember 1963–August 2024), Präsident der Rechtsanwaltskammer Liechtenstein (ganz rechts), an der Feier im Fürst Johannes Saal im Regierungsgebäude dabei.



Regierungsrätin Graziella Marok-Wachter mit den Verkehrsministerinnen und -ministern beim Gipfel des Internationalen Transport Forums (ITF) der OECD, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, in Leipzig im Mai 2022.





## Der beste Beweis für Inklusion in unserer Gesellschaft

### Curriculum Vitae

#### Regierungsrätin Dominique Hasler

Name	Dominique Hasler
Funktion	Regierungsrätin
Zuständig für	Ministerium für Äusseres, Bildung und Sport
Geburtsdatum	6. Oktober 1978
Wohnort	9493 Mauren

#### Ausbildung

2013 – 2015	Studium Executive Master of Business Administration (EMBA) in Entrepreneurial Management an der Universität Liechtenstein
2007 – 2009	Ausbildung Organisationsentwicklung/Coaching (BSO) am Institut für angewandte Sozialwissenschaften in Bad Ragaz
2003 – 2006	Studium Master of Arts in Special Needs Education (MA) an der interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik Zürich
1994 – 2000	Matura und Lehrerseminar an der Kantonsschule Sargans

#### Berufliche Laufbahn

2017 – 2021	Regierungsrätin, Ministerium für Inneres, Bildung und Umwelt
2017	Mitglied der Geschäftsleitung bei der Liechtensteinischen Alters- und Krankenhilfe (LAK) und Leitung Organisationsentwicklung und Kommunikation
2010 – 2016	Mitglied der Geschäftsleitung bei der Liechtensteinischen Alters- und Krankenhilfe (LAK) und Leitung Haus St. Martin in Eschen
2008 – 2010	Mitglied des Direktoriums am Heilpädagogischen Zentrum (HPZ) in Schaan und Bereichsleitung Schule
2006 – 2008	Sonderschullehrerin an der Sonderpädagogischen Tagesschule am Heilpädagogischen Zentrum (HPZ) in Schaan
2000 – 2006	Sonderschullehrerin an der Heilpädagogischen Tagesschule Seidenbaum in Trübbach

#### Nebenberufliche Mandate

2017 – heute	Vizepräsidentin Förderstiftung MINT Initiative Liechtenstein
2016 – heute	Mitglied des Parteipräsidiums der Vaterländischen Union (VU)
2009 – 2017	Vorstandsmitglied Concordia Landesvertretung Liechtenstein

Grussworte anlässlich des 20-Jahr-Jubiläums von Special Olympics am 1. Oktober 2021 im Landweibel-Huus in Schaan

Special Olympics Liechtenstein wurde im Jahr 2001 gegründet. Was klein begonnen hat, ist heute aus der Sportlandschaft Liechtensteins nicht mehr wegzudenken. Im Rahmen des Jubiläums entstand eine Ausstellung im Landweibel-Huus in Schaan. Mehr als 100 Menschen, die mit Special Olympics verbunden sind, brachten ihre Erlebnisse auf ein Blatt Papier. Am 1. Oktober 2021 blickten auch I. D. Prinzessin Nora von und zu Liechtenstein als Stiftungsratspräsidentin und Sportministerin Dominique Hasler auf die 20-jährige Erfolgsgeschichte von Special Olympics zurück. Geehrt wurden ausserdem die Sportlerinnen und Sportler, die seit den Anfängen dabei sind.

Durchlauchte Prinzessin Nora

Sehr geehrte Vertreter der Gemeinden

Sehr geehrte Vertreter von Special Olympics Liechtenstein

Geschätzte Gäste

Es freut mich sehr, am heutigen Anlass Grussworte der Regierung überbringen zu dürfen. Die ehrenamtliche Arbeit, die ihr leistet, verdient Hochachtung und den grössten Respekt.

Wir feiern in diesem Jahr das 20-Jahr-Jubiläum von Special Olympics Liechtenstein. Massgeblich beteiligt oder sozusagen hauptverantwortlich für die Gründung ist I. D. Prinzessin Nora von Liechtenstein. Sie ist die Präsidentin des Stiftungsrates, Botschafterin und Fürsprecherin von Special Olympics Liechtenstein. Dabei wird sie von den Athletinnen und Athleten sehr geschätzt, da sie regelmässig die Wettkämpfe besucht und die Idee von Special Olympics verkörpert, wie kaum jemand anderes.

Lassen Sie mich etwas zur Historie sagen: In den Jahren 2009 und 2010 wurde die Stiftung Special Olympics Liechtenstein gegründet und eine Leistungsvereinbarung mit der Regierung geschlossen. Dies schuf einen institutionellen Rahmen und gab allen Beteiligten Planungssicherheit für die Zukunft. Im Jahr 2013 trat Special Olympics Liechtenstein dann dem Liechtenstein Olympic Committee bei und ist aus der heutigen liechtensteinischen Sportlandschaft nicht mehr wegzudenken.

So werden jährlich unzählige Aktivitäten durchgeführt, die von Trainings in Sportgruppen, Wettkämpfen, Wassertagen, Lagern, Ausbildungen über Alpräumungen hin zum Unified Turnier reichen. Dabei stellen die Weltspiele im Sommer und Winter, die jeweils alle vier Jahre stattfinden, natürlich den Höhepunkt dar. Sie sind die grösste inklusive Sportver-

anstaltung der Welt, und Special Olympics Liechtenstein bietet unseren Athleten die Chance, daran teilzunehmen.

Genauso wie die Anzahl der Aktivitäten haben sich auch die Sportangebote von Special Olympics stetig weiterentwickelt. Während man mit zwei Sportarten gestartet ist, bestehen mittlerweile schon elf Sportangebote.

Im Jubiläumsjahr lässt man sich bei Special Olympics aber nicht einfach feiern, sondern wird anlässlich des Jubiläums einfach noch aktiver. Sei dies in Form von Lauftreffs, der Lancierung von verschiedenen Wettbewerben, der Durchführung eines Inklusionslagers bei der Sportwoche, der Organisation einer Station am Olympic Day, Berichterstattungen im Fernsehen zu den Sportgruppen, der Durchführung einer Jugend und Sport-Ausbildung zum Thema Sport und Handicap oder der Schaffung eines Jubiläums-Outfits.

Aus diesen vielfältigen Aktivitäten herauszuheben ist aber die wunderbare Ausstellung hier im Landweibel-Huus. Im Rahmen dieser Ausstellung werden über 100 Erlebnisse, Geschichten und Zeichnungen von Athletinnen und Athleten, Trainerinnen und Trainern und weiteren Personen der Special Olympics-Familie präsentiert. Diese aufgezeigten Erlebnisse wären nicht Realität ohne den unermesslichen Einsatz, den ihr alle für das gesellschaftliche Miteinander leistet.

Regierungsrätin Dominique Hasler verabschiedete im Januar 2025 die Athletinnen und Athleten von Special Olympics Liechtenstein zu den Winterspielen in Turin.



Dafür bedanke ich mich persönlich und im Namen der Regierung von Herzen. Insbesondere natürlich auch bei I. D. Prinzessin Nora sowie bei Brigitte Marxer und ihrem Team. Ihr steckt so viel Herzblut in die Weiterentwicklung von Special Olympics Liechtenstein.

Liebe Gäste

Special Olympics Liechtenstein – für mich lebt die Special Olympics-Familie das, was eine funktionierende Gesellschaft ausmacht. Die in ihr gelebte Menschlichkeit ist Basis für die Inklusion in unserer Gesellschaft. Und für mich sind es diese Zeichen des Umgangs miteinander, welche die wahren Werte von Menschen ausmachen.

Den Athletinnen und Athleten wird durch Special Olympics der Zugang zur Sportwelt auf einzigartige Weise ermöglicht! Durch die gelebte Freude und Motivation bei den sportlichen Aktivitäten schafft Special Olympics ein gesundes Lebensumfeld für Menschen mit besonderen Bedürfnissen, sie erfahren dank Special Olympics Anerkennung und Wertschätzung mit vielen Glücksmomenten. Dafür möchte ich mich nochmals bei euch allen von Herzen bedanken!

Ich wünsche euch allen alles erdenklich Gute für die Zukunft und die Kraft, euch weiterhin mit so viel Engagement für das soziale Miteinander einzusetzen und den olympischen Geist zu leben!

Begeisterte Sportnation: Regierungsrätin und Sportministerin Dominique Hasler empfing im Mai 2022 die liechtensteinischen Athletinnen und den Athleten für die Paralympischen Winterspiele sowie die Olympischen Winterspiele in Peking mit Sarah Hundert, Marco Pfiffner und Nina Riedener.



I. D. Prinzessin Nora von und zu Liechtenstein und Sportministerin Dominique Hasler unterzeichneten im Juni 2024 die Leistungsvereinbarung der Regierung des Fürstentums Liechtenstein mit der Special Olympics Liechtenstein Stiftung.



## Aussenpolitische Positionierung Liechtensteins – Herausforderungen und Chancen

Vortrag  
an der Veranstaltung  
«Zeit für Liechtenstein»  
am 12. Mai 2022  
im SAL in Schaan

In regelmässigen Abständen behandelt die Vaterländische Union in der Veranstaltungsreihe «Zeit für Liechtenstein» gesellschaftsrelevante Themen. Am 12. Mai 2022 stand in Schaan die Aussenpolitik im Fokus. In einer Podiumsdiskussion kamen I. D. Maria-Pia Kothbauer, Prinzessin von und zu Liechtenstein und Botschafterin des Fürstentums Liechtenstein in Österreich und Tschechien, Dr. Georges Baur, Forschungsbefragter am Liechtenstein Institut, und Carl Baudenbacher, ehemaliger Präsident des EFTA-Gerichtshofs, zu Wort. Dominique Hasler zog nach ihrem ersten Jahr als Aussenministerin eine erste Zwischenbilanz und erklärte, wie sich Liechtensteins Aussenpolitik entwickelt hat und wie die internationalen Entwicklungen die Aussenpolitik des kleinen Landes im Herzen Europas prägen.

Liebe Zeit-für-Liechtenstein-Gäste

Ich danke Ihnen, dass sie trotz des ersten sommerlichen Abends heute der Einladung zu dieser Veranstaltung zum Thema «Aussenpolitische Positionierung Liechtensteins – Herausforderungen und Chancen» gefolgt sind.

Oftmals habe ich die Frage schon gehört, was für einen Sinn es überhaupt ergibt, dass ein kleines Land – wie Liechtenstein es ist – eine aktive Aussenpolitik betreibt. Und ich erlaube mir deshalb, zu Beginn meiner Ausführungen einen Blick zurück zu werfen: Wir durften in jüngster Vergangenheit das 300-Jahr-Jubiläum unseres Landes und letztes Jahr das 100-Jahr-Jubiläum unserer Verfassung feiern. Beides Anlässe, an welchen ein Zurückblicken und Würdigen der Vergangenheit von grosser Wichtigkeit war.

Nächstes Jahr feiern wir erneut ein 100-Jahr-Jubiläum, nämlich dasjenige des Zollvertrages mit der Schweiz. All diese Jubiläen verbindet die Gemeinsamkeit, dass sich bei ihnen die tiefe Verflechtung von aussenpolitischen Beziehungen und innenpolitischen Entwicklungen zeigt.

Unser Land besteht seit 300 Jahren in unveränderten Landesgrenzen – das wäre ohne geschickte Diplomatie und gute Aussenbeziehungen und somit ohne Aussenpolitik von Beginn an wohl nicht möglich gewesen.

Der Zollvertrag mit der Schweiz legte vor bald 100 Jahren den Grundstein für die Zusammenarbeit unserer beiden Länder in praktisch allen Lebensbereichen. Dass sich Liechtenstein zu einem sehr erfolgreichen Wirtschaftsstandort entwickeln konnte, hängt nicht zuletzt mit diesem Abkommen zusammen.

Das bald 100-jährige aussenpolitische Vertragswerk hat zu einer einzigartigen Verbindung zweier Nachbarstaaten geführt. Aber nicht allein den nachbarschaftlich guten Beziehungen ist es zu verdanken, dass Liechtenstein heute derart erfolgreich ist. Bereits 1970 rief der damalige Erbprinz Hans-Adam II. zu mehr Selbstbewusstsein in der Aussenpolitik auf. Seine damalige «Rucksack-Rede» im September 1970 leitete eine neue Phase der aktiven Aussenpolitik ein. So forderte er, dass Liechtenstein nicht von einem Rucksack in den nächsten Fallen dürfe und erinnerte daran, dass auch Grossstaaten wie die Sowjetunion oder die USA sich nur kurzfristig einen Isolationismus erlauben konnten. Dieser Appell wurde gehört, und nur wenige Jahre später, 1978, unterschrieb Regierungschef Hans Brunhart in Strassburg die Beitrittsurkunde zum Europarat. Er brachte damals die Freude zum Ausdruck, dass Liechtenstein am gemeinsamen Werk jener europäischen Länder teilnimmt, deren staatliches Leben auf den Prinzipien der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit aufbaut, was indirekt eine Kritik an den kommunistischen Staaten darstellte.

Die Mitgliedschaft im Europarat wurde Liechtenstein aber nicht einfach so gewährt. Sie musste schrittweise erarbeitet werden. Bis 1978 musste sich Liechtenstein mehrfach als ernstzunehmender Staat mit ausreichend personellen Ressourcen und Know-how beweisen. Dass Liechtenstein zu diesem Zeitpunkt bereits bei der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, abgekürzt KSZE, der heutigen Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, bekannt als OSZE, Mitglied war, stellte sich für die Mitgliedschaft im Europarat als vorteilhaft heraus.

Auch heute noch ist die OSZE die einzige Organisation, der Liechtenstein angehört, die sich mit europäischen Sicherheitsfragen beschäftigt, und wir haben deshalb eine ständige Vertretung bei der OSZE in Wien. Ich freue mich, dass Ihnen unsere Botschafterin, I. D. Maria Pia Kothbauer, hierzu später noch mehr erzählen kann.

Ein weiterer wichtiger aussenpolitischer Meilenstein für Liechtenstein war der Beitritt zur UNO im Jahr 1990. Dieser war insbesondere vom Gedanken der Stärkung der Souveränität unseres Landes geprägt. Der Beitritt bewirkte, dass sich Liechtenstein in den letzten 30 Jahren in der Weltgemeinschaft einen Namen als verlässlicher und ernstzunehmender Partner machen konnte.

Wenige Kleinstaaten haben in der UNO eine derartige Sichtbarkeit erlangt, wie Liechtenstein sie hat. Wir bringen uns mit Initiativen und Resolutionen aktiv ein und bekommen dafür beeindruckende Unterstützung und Zustimmung durch die Weltgemeinschaft. Beispielsweise sind der Syrien-Mechanismus oder die jüngst von Liechtenstein lancierte Veto-Initiative zu nennen. Bei letzterer war sogar die Rede von «Liechtenstein schreibt UNO-Geschichte».

Aber nicht nur im internationalen, sondern auch im europäischen Kontext hat Liechtenstein weitere kluge Entscheidungen gefällt. So trat es 1991 der EFTA bei, welche die Förderung des Freihandels und der wirtschaftlichen Integration der Mitgliedsstaaten Liechtenstein, Schweiz, Norwegen und Island sowohl untereinander als auch im Verhältnis zu Drittstaaten vorantreibt.

Nur vier Jahre nach dem EFTA-Beitritt erfolgte – wenn auch kontrovers diskutiert – Liechtensteins Beitritt zum EWR. Durch diesen Beitritt wurde unter anderem der Zugang zum EU-Binnenmarkt und somit ein diskriminierungsfreier Zugang zu 465 Millionen Konsumentinnen und Konsumenten sichergestellt. Wie wir heute wissen, ist der EWR auch nach über einem Vierteljahrhundert ein Erfolgsmodell und stellt seit jeher einen

weiteren wichtigen Aspekt in einer selbstbewussten Aussenpolitik dar. Hätten wir diesen wichtigen Schritt nicht gewagt, so hätten wir heute mit Sicherheit grössere Abhängigkeiten zu einzelnen Ländern, was sich nachteilig auf die Wirtschaftsstabilität des Landes auswirken würde.

2011 entschloss sich Liechtenstein zu einem weiteren wichtigen und für uns tagtäglich spürbaren Schritt: zur Assoziierung des Schengen-Abkommens. Mit diesem Schritt wurde unter anderem die Abschaffung der stationären Grenzkontrollen für den Personenverkehr beschlossen.

Durch die Covid-bedingten Grenzschliessungen hat wahrscheinlich fast jeder von Ihnen hier im Raum ein klares Bild der mit «Schengen» zusätzlich einhergehenden Freiheiten. Spätestens mit diesem Beispiel ist wohl auch nicht mehr von der Hand zu weisen, dass die Aussenpolitik einen direkten Einfluss auf das tägliche Leben haben kann. Die Aussenpolitik hat Auswirkungen auf beinahe alle unsere Lebensbereiche wie Wirtschaft, Bildung, Mobilität, Umwelt, Sicherheit oder den Gesundheitsbereich, um beispielhaft einige zu nennen.

All die aufgeführten aussenpolitischen Meilensteine haben zu Liechtensteins Fortschritt und Wohlstand beigetragen.

Gruppenfoto anlässlich des Arbeitstreffens der deutschsprachigen Aussenministerinnen und Aussenminister in Liechtenstein im April 2022 mit Bundesminister Alexander Schallenberg aus Österreich, Bundespräsident Ignazio Cassis aus der Schweiz, Aussenministerin Dominique Hasler, Aussenminister Jean Asselborn aus Luxemburg und Bundesministerin Annalena Baerbock aus Deutschland.



Aussenministerin Dominique Hasler empfängt ihre Amtskollegin aus Deutschland, Annalena Baerbock, anlässlich des Arbeitstreffens der deutschsprachigen Aussenministerinnen und Aussenminister in Liechtenstein.



Wir sehen also, Liechtenstein wäre ohne aktive Aussenpolitik heute ein ganz anderes Land. Als ehemalige Innenministerin ist es mir deshalb auch immer wieder wichtig zu betonen, wie eng unsere Innenpolitik mit der Aussenpolitik verflochten ist. Diese Schlussfolgerungen beantworten meines Erachtens auch die Eingangsfrage nach der Sinnhaftigkeit einer liechtensteinischen Aussenpolitik sehr eindeutig. Wenn wir – nach dem Blick in die Vergangenheit – nunmehr die Gegenwart betrachten, sehen wir grossen Herausforderungen entgegen.

Seit der Nacht auf den 24. Februar 2022, als Russland seinen brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine gestartet hat, haben viele von einer Zeitenwende für die Geschichte Europas und für die internationale Politik gesprochen. Zeitenwende ist ein grosses Wort. Aber: Es zeigt sich leider immer mehr, dass der Begriff nicht übertrieben ist. Die langfristigen geopolitischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Folgen der russischen Aggression lassen sich heute erst erahnen. Ganz klar ist aber: Wir stehen vor grossen Umwälzungen. Die Herausforderungen, die sich damit auch der liechtensteinischen Aussenpolitik stellen, sind immens.

Oftmals musste ich in den letzten Wochen an meine Nana denken, wie sie uns Kindern von den Prägungen und Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges erzählt hat und sich nur eines für die unsrige Generation wünschte: diese Ängste und Nöte nie erleben zu müssen. Leider sind wir heute damit konfrontiert, dass dieser Wunsch nach dem «nie wieder» einer traurigen Realität weichen musste.

Dieser Krieg in Europa, mit dem ein souveränes Land auf das Brutalste angegriffen wird, ändert die Eingangsfrage – für was Liechtenstein überhaupt Aussenpolitik betreibt – derart ab, dass nicht die Sinnhaftigkeit der liechtensteinischen Aussenpolitik, sondern deren Gewicht hinterfragt werden kann.

Was können wir als kleines Land bei all diesen Herausforderungen bewirken? Hierzu habe ich eine ganz klare Meinung: Die Wahrung der liechtensteinischen Souveränität, unserer Werte und unserer eigenen Identität ist auch für unser Land Liechtenstein existentiell.

Die damit verbundenen, in der Weltgemeinschaft vereinbarten Rechte müssen auch von grösseren Staaten beziehungsweise Grossmächten eingehalten werden. Wir erleben derzeit schmerzlich, wie diese Werte und Rechte ausgelöscht werden – Werte und Rechte, die für das Überleben auch gerade eines Kleinstaats elementar sind, nämlich: Respekt vor dem Völkerrecht, Respekt vor der regelbasierten Ordnung. Denn eine Welt, die ausschliesslich auf dem Recht des Stärkeren beruht, kann nicht in unserem Interesse sein. Macht darf dem Recht nicht vorgehen. Wir sind – wie die allermeisten Staaten – darauf angewiesen, dass das Gewaltverbot in der UNO-Charta und die souveräne Gleichheit der Staaten nicht leere Floskeln bleiben. Der russische Präsident tritt nicht nur die Souveränität der Ukraine, die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht mit Füüssen, sondern stellt die internationale Ordnung als Ganzes infrage. Es ist deshalb folgerichtig und logisch, dass wir für unsere Werte und Rechte eintreten.

Aussenministerin Dominique Hasler mit Auszubildenden des Vocational Technical College in Lusaka während ihres Besuchs mit dem Liechtensteinischen Entwicklungsdienst im Juni 2024 in Sambia.



Im März 2023 besuchte Aussenministerin Dominique Hasler mit dem Liechtensteinischen Entwicklungsdienst Entwicklungsprojekte in Bolivien.



Regierungsrätin Dominique Hasler suchte im März 2024 den Dialog beim LED-Projekt «Sisters of Code» in Kambodscha, das Geschlechterungleichheiten im Bereich digitaler Fähigkeiten reduziert.



Die Regierung hat von Beginn an eine deutliche Haltung zur russischen Aggression eingenommen und tut diese Haltung auch in der UNO, in der OSZE und in vielen anderen multilateralen Organisationen immer wieder kund. Auch, dass wir die Sanktionen der EU mittragen, war für die Regierung von der ersten Minute an klar. Die Sanktionen der EU sind eine entschiedene Antwort Europas auf die russische Aggression. Mit dem raschen, autonomen Nachvollzug der EU-Sanktionen zeigen wir: Wir stehen zusammen mit unseren europäischen Partnern für unser freies und demokratisches Europa ein!

Diese klare Haltung ist von der EU-Kommission und den EU-Staaten auch wahrgenommen und anerkannt worden. Wir haben damit unsere Verlässlichkeit bekräftigt. Und wir haben gezeigt: Unsere Zusammenarbeit mit der EU geht weit über den EWR hinaus. Die Zusammenarbeit mit der EU über die letzten 27 Jahre im Rahmen unserer EWR-Mitgliedschaft zeigt heute mehr denn je, dass dies für unser Land der richtige Weg war und es in unserem ureigenen Interesse ist, Teil eines geeinten und somit starken Europas zu sein. So ist es gerade in Zeiten der geopolitischen Umwälzungen wichtig, zu betrachten, was wir in der Zusammenarbeit mit der EU in den letzten Jahren erreicht haben. Das umfasst weit mehr als die erwähnten Sanktionen oder die Schengen-Mitgliedschaft. Sondern auch: Liechtenstein versteht sich als Teil des europäischen Projekts. Wir befinden uns in der Mitte, also im Herzen, des europäischen Kontinents, die EU und ihre Mitgliedstaaten sind unsere natürlichen Partner. Wenn wir die aktuelle weltpolitische Lage anschauen, müssen wir uns bewusst sein: Ob wir es wollen oder nicht, wir sind Teil des Richtungskampfs zwischen Demokratien und Autokratien, und es muss uns meiner Meinung nach klar sein, in welches Lager wir lieber gehören.

Wenn ich von engsten Partnern spreche, müssen natürlich auch die Schweiz und die Zusammenarbeit in der Region gewürdigt werden. Auch die Bedeutung dieser Partnerschaft lässt sich gar nicht hoch genug einschätzen. Die Pflege der guten Beziehungen zur Schweiz und zu unseren Nachbarregionen ist eine der Prioritäten der liechtensteinischen Regierung. Die Basis für die enge Anbindung an die Schweiz wurde vor 99 Jahren mit dem Zollvertrag gelegt. Das 100-Jahr-Jubiläum des Zollvertrags im Jahr 2023 werden wir zum Anlass nehmen, die besonderen Beziehungen zwischen Liechtenstein und der Schweiz in Erinnerung zu rufen und wertzuschätzen. Die aussenpolitischen Beziehungen zu unserem Nachbarn haben sich im Laufe eines Jahrhunderts als tragfähig, beständig, zukunfts-tauglich und als fester Wert in Krisenzeiten erwiesen. Dies ist nicht selbstverständlich und zeigt exemplarisch, wie bedeutsam die aussenpolitischen Beziehungen unseres Landes eben für unsere innenpolitische Entwicklung waren, sind und bleiben werden.

Gerade auch während der Pandemie hat sich gezeigt, wie bedeutsam ausgezeichnete Nachbarschaftsbeziehungen sind. Die Grenzschiessungen haben uns verdeutlicht, wie vernetzt Grenzregionen, zu denen auch das Rheintal und der Bodenseeraum gehören, wirklich sind. Dementsprechend einschränkend haben sich die Grenzschiessungen auch auf unseren Alltag ausgewirkt, und wir haben schmerzlich erfahren müssen, was das bedeutet. Gerade auch für jüngere Leute war dies ein sehr prägendes Erlebnis, da sie in ihrem bisherigen Leben noch nie geschlossene Grenzen in Europa erlebt haben. Die uneingeschränkte Mobilität, die sie als Selbstverständlichkeit angesehen haben, war plötzlich nicht mehr gegeben. Das alles hat uns letztlich gezeigt, welche Errungenschaft die freie Mobilität in Europa eigentlich ist. Die privilegierte Lage, mit der Schweiz, Österreich und Deutschland besonders gute Nachbarn zu haben, zeigte sich bei der Lösung offener, grenzüberschreitender Fragestellungen. Zur tiefen Vernetzung unter den deutschsprachigen Staaten tragen auch die verschiedenen Formate bei, die wir pflegen. Dazu gehören unter anderem die jährlichen Treffen auf Ebene der Staatsoberhäupter sowie auf Ministerebene. Am 8. April durfte ich meine Amtskolleginnen und -kollegen aus Deutschland, Luxemburg, Österreich und der Schweiz in Liechtenstein empfangen. Diese Treffen bieten eine gute Gelegenheit zum Austausch in einem persönlichen Rahmen. Die Tatsache, dass trotz der aktuell sehr intensiven Zeit für die Aussenpolitik alle Minister persönlich teilgenommen haben, zeigt, dass dieses Format auch von den anderen Staaten sehr geschätzt wird.

Einen weiteren Schwerpunkt als Aussenministerin sehe ich im Bereich der Solidarität. Liechtenstein hat eine lange Tradition gelebter Solidarität. Solidarität – nach innen und nach aussen – gehörte immer auch zu unserem Selbstverständnis. Mir ist es ein Anliegen, dass Liechtenstein sein solidarisches Handeln infolge der vielen Krisen, mit denen wir uns konfrontiert sehen, weiterlebt.

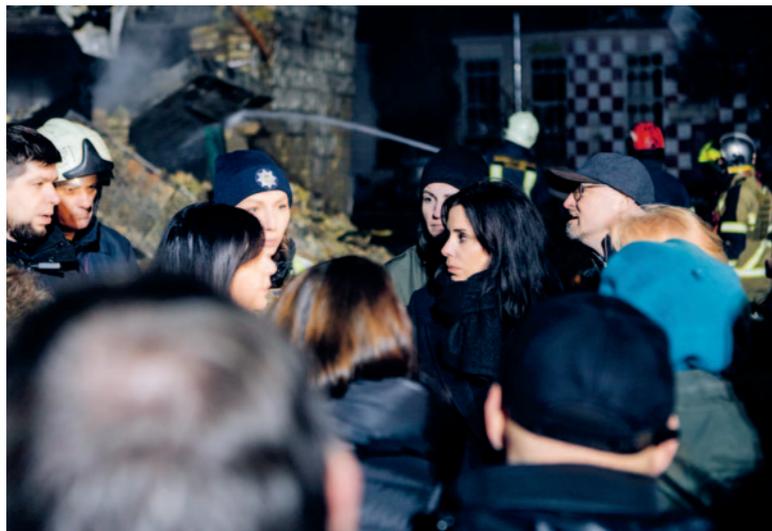
Im Rahmen unsere Internationalen Humanitären Zusammenarbeit und Entwicklung setzt sich Liechtenstein in vielen Krisenregionen der Welt seit vielen Jahrzehnten ein. Bereits vor dem Krieg in der Ukraine hat der Landtag einer Erhöhung des Budgets der Not- und Wiederaufbauhilfe um eine Million Franken zugestimmt.

Neben dem unermesslichen Leid in der Ukraine dürfen wir auch andere Länder, die unsere Hilfe brauchen, nicht vergessen. Der Krieg hat vielfältige Auswirkungen auf andere Weltregionen. Die ausfallenden Weizenlieferungen stellen insbesondere für Afrika eine ernsthafte Gefahr von Hungersnöten dar. Zudem steigen auch dort die Energiepreise und verteuern die Lebensmittel zusätzlich.

Eine Reise nach Tansania als Partnerland Liechtensteins im Bereich der Internationalen Humanitären Zusammenarbeit zeigte eindrücklich, weshalb unser Engagement beziehungsweise das Engagement des LED vor Ort nochmals deutlich an Relevanz gewonnen hat. Trotz oder gerade wegen des Krieges in der Ukraine dürfen wir Länder wie Syrien, Afghanistan oder Myanmar – um einige Krisenherde beispielhaft für viele zu nennen – nicht vergessen. Neben den bereits bestehenden Problemen wirkt sich der Krieg indirekt auch nachteilig auf diese Regionen aus, sei es durch Exportunterbrechungen in der Nahrungsmittelkette oder den Rückgang von humanitärer Hilfe. Auch sie benötigen unseren aussenpolitischen Einsatz weiterhin dringend. Während meines Arbeitsbesuches Mitte April in Moldau konnte ich mir ein persönliches Bild von der Arbeit machen, die wir im Rahmen unserer Entwicklungsprojekte im Bildungsbereich seit vielen Jahren leisten.

Die vielen Begegnungen mit den Menschen in Moldau haben mir auch eindrücklich gezeigt, welche Verbundenheit diese Kooperationsprojekte zwischen zwei Ländern schaffen kann. Zu spüren, was es für dieses Partnerland, als ärmstes Land in Europa selbst mit immensen nationalen Herausforderungen konfrontiert, bedeutet, an ein Land zu grenzen, in dem Krieg herrscht, hat mich aufs Tiefste berührt und gleichzeitig darin bestärkt, dass wir einerseits unsere sehr klare politische Haltung gegenüber der russischen Aggression beibehalten müssen und andererseits Solidarität gegenüber der Ukraine und ihrer Bevölkerung und den Nachbarländern eine Selbstverständlichkeit für uns sein muss.

Regierungsrätin Dominique Hasler während ihres Besuchs in Kiew im November 2022, wo sie die anhaltende Solidarität Liechtensteins mit der Ukraine angesichts des russischen Angriffskrieges bekräftigte.



Der Hohe Landtag hat bereits im April dieses Jahres für weitere Nothilfe einen Nachtragskredit von 1,8 Millionen Franken gesprochen und damit ein unendlich wertvolles Zeichen gesetzt. Im Fokus unserer Nothilfe stehen die Versorgung der Zivilbevölkerung in der Ukraine mit Nothilfgütern, die Unterstützung von Menschen auf der Flucht sowie die Unterstützung der Aufarbeitung und Verfolgung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Je nach Entwicklung des Konflikts ist es denkbar, dass die Regierung im Lauf des Jahres beim Landtag einen weiteren Nachtragskredit für die IHZE beantragen wird.

In Zeiten, in denen der Nationalismus in bestimmten Staaten eine neue Blüte erlebt, ist auch unser Einsatz für den Multilateralismus besonders bedeutsam. Das Wort Multilateralismus kommt aus dem Lateinischen: *multus* bedeutet «viel, zahlreich»; *latus* steht für «Seite». Es bedeutet somit im wörtlichen Sinn «Vielseitigkeit» – was die Bedeutung der Zusammenarbeit mehrerer Staaten bei der Lösung von politischen, gesellschaftlichen oder technischen Problemen, die grenzübergreifend sind, schön beschreibt.

Liechtenstein setzt sich für einen effizienten und lösungsorientierten Multilateralismus ein. Der aktive Einsatz für handlungsfähige Institutionen sowie für die Achtung und Weiterentwicklung des internationalen Rechts ist ausserdem Ausdruck von gelebter Interessenpolitik. Wie bereits ausgeführt, schützen die souveräne Gleichheit aller Staaten und das Völkerrecht Liechtenstein und andere kleinere und mittlere Staaten davor, dass sich die internationalen Beziehungen nach dem Recht des Stärkeren definieren. Die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen dient uns seit über 30 Jahren als Plattform für eine eigenständige und konstruktive Rolle. Ein besonderes Profil genießt Liechtenstein in den Bereichen Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Unser Anspruch ist es, mit unserem Engagement und unseren Initiativen einen Mehrwert für die internationale Gemeinschaft zu leisten.

Gerade vor zwei Wochen wurde eine solche liechtensteinische Initiative, die sogenannte «Veto-Initiative», von der UNO-Generalversammlung angenommen. Gemäss UNO-Charta kommt dem Sicherheitsrat die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens zu. Der Sicherheitsrat ist heute politisch gelähmt, nicht zuletzt deshalb, weil mit Russland eine Vetomacht im Ukraine-Krieg als Aggressor auftritt. Als Reaktion auf die schon länger andauernde Lähmung des Sicherheitsrats hat Liechtenstein die «Veto-Initiative» lanciert.

Gemäss dieser Initiative wird automatisch die UNO-Generalversammlung damit befasst, wenn im Sicherheitsrat eine Entscheidung aufgrund eines Vetos eines ständigen Mitglieds scheitert. Damit erhalten nach jedem Gebrauch des Vetos sämtliche UNO-Mitgliedstaaten die Möglichkeit, sich zur fraglichen Krise zu äussern und Lösungsvorschläge zu unterbreiten.

Das Veto ist somit nicht mehr das letzte Wort. Dass die «Veto-Initiative» im Konsens und somit mit der Zustimmung von 193 Staaten dieser Welt verabschiedet wurde, ist ein enormer Erfolg für Liechtenstein und seine Aussenpolitik.

Dieser Erfolg zeigt, dass nach vielen Jahrzehnten des Einsatzes an der UNO auch ein kleiner Staat wie Liechtenstein international eine aktive und gestaltende Rolle spielen kann. Wenn ich von einer aktiven und gestaltenden Rolle spreche, darf auch der bevorstehende Europaratsvorsitz nicht unerwähnt bleiben. Von November 2023 bis Mai 2024 wird Liechtenstein nach 22 Jahren erstmals wieder den Vorsitz im Europarat haben.

Der Europarat ist die führende Menschenrechtsorganisation Europas und besteht aus 46 Staaten mit 676 Millionen Bürgerinnen und Bürgern. Der Vorsitz bringt eine grosse Verantwortung mit sich, und wir werden unser langjähriges Engagement in den Themenbereichen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte aktiv einbringen. Die Kernwerte des Europarats sind unsere Werte, sie bilden das Fundament unseres freiheitlichen Gesellschaftsmodells. Für diese Werte hat sich unser Land immer eingesetzt und tut es bis heute.

Aussenministerin Dominique Hasler sprach während ihrer Amtszeit jedes Jahr an der UNO-Generaldebatte in New York. Dieses Bild entstand im September 2024.



Abschliessend erlauben Sie mir bitte einen kurzen Blick in die Zukunft. In eine Zukunft, in der vieles Ungewiss erscheinen mag. Was wir aber auf unserem Weg in die Zukunft mitnehmen können, ist die Erfahrung, dass unser aussenpolitisches Einbringen in der Welt die Entwicklung unseres Landes zu einem prosperierenden Standort in allen Lebensbereichen geprägt hat.

Und ich gebe ehrlich zu, dass es mich in der Vorbereitung zum heutigen Abend beim Lesen der Geschichte zutiefst beeindruckt hat, welche Aktualität Reden zu aussenpolitischen Entscheiden unseres Landes, die lange vor meiner Geburt gehalten worden sind, heute noch oder wieder haben. Und ich bin allen Vorfahren dankbar für die mutigen und zukunftsweisenden Entscheide, die sie für unser Land in der Welt getroffen haben und damit ermöglicht haben, dass wir heute in diesem wunderbaren Land leben können.

Und so sehe ich dies auch als Auftrag, alles dafür zu tun, dass Liechtenstein weiterhin als glaubwürdiger und engagierter aussenpolitischer Akteur wahrgenommen wird. Isolation war, ist und wird keine Antwort auf die Herausforderungen und Chancen der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sein. Der Blick in die Vergangenheit gibt uns den Auftrag, das, was kommen mag, mit Weitsicht zu gestalten.

Lassen wir die besten Ideen unsere Zukunft bestimmen und nicht die lautesten Stimmen!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Ein fröhliches Foto entstand im September 2023 im Rahmen der High-Level-Week in New York beim Treffen der Aussenministerinnen.



Unterzeichnung einer Absichtserklärung zur Schaffung eines strategischen und wirtschaftlichen Partnerschaftsdialogs durch den Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika für Liechtenstein, Scott C. Miller, und Regierungsrätin Dominique Hasler im August 2024.



## Das Wissen der Gesellschaft ist entscheidend für das zukünftige Wohlergehen

Ansprache anlässlich des «Dies Academicus» der Universität Liechtenstein am 10. Juni 2022 an der Universität Liechtenstein in Vaduz

Nach einer pandemiebedingten Unterbrechung feierte die Universität Liechtenstein am Freitag, den 10. Juni 2022, den «Tag der Universität – Dies Academicus». In seiner Begrüssung lobte der Rektor der Universität, Markus Jäger, vor allem den Teamgeist, der die Universität trotz zahlreicher Herausforderungen wie Corona-Pandemie oder Cyberangriff auf Kurs gehalten hat. Bildungsministerin Dominique Hasler blickte in ihrer Rede auf die Anfänge der Universität Liechtenstein zurück und betonte, dass sich die Bildungseinrichtung den globalen Megatrends stellen und gleichzeitig die lokale Verankerung und die lokalen Werte erhalten müsse.

Liebe Festgemeinde

Sehr geehrte Damen und Herren aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft

Liebe Alumni und Freunde unserer Universität

Liebe Mitarbeitende, liebe Studierende

Ich möchte Sie alle herzlich zum heutigen «Dies Academicus 2022» begrüssen, der in diesem Jahr nach der Corona-Pandemie das zehnjährige Bestehen der Universität Liechtenstein nachfeiert. Zehn Jahre Universität Liechtenstein. Als ich diese Rede vorbereitet habe, kam mir immer wieder der Gedanke: «Erst zehn Jahre.» Irgendwie – und wie sich in Gesprächen herausgestellt hat, geht es nicht nur mir so – macht die Universität einen älteren Eindruck.

Diese für Liechtenstein seit jeher sehr wichtige Bildungsinstitution hat eine weit reichere Geschichte, als das Zehn-Jahr-Jubiläum vermuten lässt. 1961 wurde das «Abendtechnikum Vaduz» gegründet. Von dort aus nahm die Entwicklung zur Universität ihren Anfang. 1988 wurde das Abendtechnikum zur «Liechtensteinischen Ingenieurschule», fünf Jahre später wurde diese als Fachhochschule staatlich anerkannt, um zwei Jahre später, nach der Umwandlung in eine Stiftung des öffentlichen Rechts, auch den Namen zu übernehmen: «Fachhochschule Liechtenstein». 2008 kam es zum nächsten wichtigen Schritt, als die Hochschule das Doktoratsrecht erhielt, wodurch sie universitären Charakter bekam. 2011 war es dann so weit: Nachdem das Organ für Akkreditierung und Qualitätssicherung der schweizerischen Hochschulen bereits 2010 die Erfüllung der Kriterien als Universität als sichergestellt betrachtet hatte und anschliessend die Aufnahme in den Geltungsbereich der Interkantonalen Universitätsvereinbarung erfolgen konnte, wurde aus der Fachhochschule eine Universität.

Den finalen Schritt machte 2011 dann der Landtag mit einer entsprechenden Gesetzesänderung, welche auch den heutigen Namen zur Folge hatte: Universität Liechtenstein. Mit diesem Gesetz hat der Gesetzgeber dem Land Liechtenstein den Auftrag gegeben, eine Universität zu betreiben.

Diese Entwicklung vom Abendtechnikum hin zur Universität widerspiegelt auch den Anspruch, welcher über die Jahrzehnte von aussen an das Institut herangetragen wurde. Gerade für Liechtenstein, für welches Bildung die wichtigste Ressource ist, ist das Wissen der Gesellschaft entscheidend für das zukünftige Wohlergehen. Wir haben bereits früh erkannt, dass die einzelnen Staaten und Standorte in einem Wettbewerb um Talente stecken, die mit ihrer Innovationskraft Wirtschaft und Gesellschaft weiterentwickeln. Wertschöpfungsintensive Unternehmen siedeln sich dort an, wo die Aussicht auf talentierte Fachkräfte am besten ist. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

Es braucht ausgewiesene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die vor Ort forschen und lehren. Wie wir in den vergangenen zehn Jahren bereits beobachten konnten, bauen diese Forschenden das entsprechende Know-how in Liechtenstein kontinuierlich auf sowie aus. Sie stellen ihr Wissen der Regierung, der Verwaltung und der Wirtschaft zur Verfügung. Nehmen wir das Steuerrecht, aber auch das Gesellschafts-, Stiftungs- oder Trustrecht als Beispiele: Die Innovationen und Firmengründungen, welche aus dem unternehmerischen Geist der Universität hervorgehen, sind beeindruckend und zukunftsweisend. Von der Bildungsarbeit der Universität profitiert auch unser Arbeitsmarkt. Obwohl «nur» 15 Prozent der Studierenden der konsekutiven Studiengänge im vergangenen Studienjahr aus Liechtenstein stammten, verblieben 26 Prozent der Studienabgänger nach der Ausbildung im liechtensteinischen Arbeitsmarkt. Ein weiterer Viertel bleibt in der unmittelbaren Nachbarschaft und bringt sein an der Universität erworbenes Wissen in den Wirtschaftsstandort Rheintal ein. Die Universität ist somit Ausbildungsstätte für junge, motivierte und gut ausgebildete Menschen, welche später bei uns und in der Region arbeiten.

Auf die Frage, was uns denn eine Universität nützt, wenn rund die Hälfte der Studenten nach ihrem Abschluss in andere Regionen zieht, antworte ich immer auch aus der Perspektive der Aussenministerin: Alle Studentinnen und Studenten bleiben stets Botschafter unseres Landes. Gerade als Kleinstaat, der selbst auf Kooperationen mit anderen Ländern angewiesen ist, bin ich dankbar, dass wir mit unserer Universität auch überregional unseren Beitrag zur Forschung und Lehre leisten. Der Beitrag der Universität ist somit, dass sie nicht nur regional und international relevante Forschung, Aus- und Weiterbildung anbietet, sondern auch zu einem Motor unserer Bildungslandschaft geworden ist, der theoretisches und praktisches Wissen generiert, um Liechtenstein und die Region vorausdenkend mitzugestalten. Als unternehmerische Universität agiert die Uni

Liechtenstein wirtschaftsnah und lädt regionale, nationale und internationale Unternehmen zur aktiven Zusammenarbeit ein.

Zehn Jahre Universität Liechtenstein. Zehn Jahre, in denen sie bereits viel erreicht hat. Aber es ist wie immer im Kindesalter – den Grossteil hat man noch vor sich. Und in der Entwicklung einer Unternehmung gehört es dazu, dass sie innerhalb der verschiedenen Phasen der Organisationsentwicklung auch ihre Krisen durchlebt und sich Herausforderungen stellen muss. Das habe ich übrigens als Studentin bei meinem eigenen EMBA-Studium hier an der Universität Liechtenstein gelernt.

Zum Ende meiner Ausführungen möchte ich noch einen Blick in die Zukunft werfen. Qualität im Bildungsbereich setzt viel Arbeit voraus: Universitäten müssen sich zukunftsgerichtet aufstellen. Forschung, Lehre und Weiterbildung, insbesondere zu den Kernthemen der Universität Liechtenstein, also «Digitalisierung und Innovation», «Raumentwicklung und Nachhaltigkeit» sowie «Verantwortung und Gesellschaft», sind vom Wandel der Zeit geprägt. Qualität im Bildungsbereich setzt somit viel Arbeit voraus.

Einerseits wird sich auch eine kleine Universität wie die unsrige an globalen Megatrends orientieren müssen, um langfristig erfolgreich und weiterhin eine Plattform für den Austausch von Forschung und Praxis zu sein. Andererseits muss die Universität ihre Werte, dazu gehören Verantwortungsbewusstsein und Nachhaltigkeit, in Zukunft bewahren können. Wenn wir das erhalten wollen, was der Gesetzgeber vor zehn Jahren ermöglicht hat und die vielen Beteiligten über die letzten zehn Jahre geschaffen haben, dann setzt dies auch in den kommenden zehn Jahren die Unterstützung aller Beteiligten, die diese Universität geschaffen haben, voraus – alle Mitarbeitenden dieser Universität, die politisch Verantwortlichen, also der Hohe Landtag, die Regierung und die Gemeinden. Es braucht die Unterstützung des Wirtschafts-, Industrie- und Finanzplatzes und last but not least der Bevölkerung, die letztlich diese Universität aufgrund der staatlichen Mittel finanziert.

Ich gratuliere der Universität zum «Zehn-plus-ein-Jahre-Jubiläum» und wünsche viele weitere gestaltende Jahre mit all ihren Stakeholdern, welche immer eines ins Zentrum ihres Wirkens stellen: Eine Bildungsstätte zu gestalten, an der Menschen studieren, sich aus- und weiterbilden können. Denn es sind die forschenden, kreativen, wissbegierigen und innovativen Studentinnen und Studenten sowie Weiterbildenden, die auf der Basis ihres Lernprozesses an dieser Bildungsstätte unsere Zukunft gestalten.

Vielen Dank.

Bildungsministerin Dominique Hasler beim Besuch des Workshops «Herzkiste» von SOS-Kinderdorf Liechtenstein im September 2022.



Regierungsrätin Dominique Hasler und die österreichische Bundesministerin Karoline Edtstadler besuchen im September 2023 den Lernhub in Triesen.



Regierungsrätin Dominique Hasler mit den Teilnehmenden des Workshops zur Bildungsstrategie 2025plus im September 2022.



## Eine Kooperation, die ihresgleichen sucht

Ansprache  
anlässlich der Eröffnung  
der Sonderausstellung  
«100 Jahre Zollvertrag  
Schweiz–Liechtenstein»  
am 31. März 2023  
im Zollmuseum  
in Gandria

Als Teil der Feierlichkeiten zum 100-Jahr-Jubiläum des Zollvertrags eröffneten Regierungsrätin Dominique Hasler und Bundesrat Ignazio Cassis am Freitag, 31. März 2023, gemeinsam eine Sonderausstellung im Schweizerischen Zollmuseum in Gandria im Kanton Tessin. Bei dieser Sonderausstellung handelte es sich um ein Gemeinschaftsprojekt mit dem Liechtensteinische Landesmuseum in Vaduz unter dem Titel «100 Jahre Zollvertrag Schweiz–Liechtenstein». Beide Museen zeigten nicht nur die Hintergründe und die Geschichte des Zollvertrags auf, sie veranschaulichten darüber hinaus auch weitere Aspekte der schweizerisch-liechtensteinischen Beziehungen in den Bereichen Politik, Gesellschaft und Sport. An der offiziellen Eröffnung der Ausstellung betonten Regierungsrätin Dominique Hasler und Bundesrat Ignazio Cassis in ihren Ansprachen die tiefe Verbundenheit zwischen Liechtenstein und der Schweiz, an deren Wachsen der Zollvertrag einen massgeblichen Anteil hatte. Bei der Eröffnung zugegen waren auch Claudio Zali, Präsident der Tessiner Kantonsregierung, Regierungsrat Marc Mächler aus dem Kanton St. Gallen, Christian Bock, der Direktor des Bundesamts für Zoll und Grenzsicherheit, und der Bürgermeister von Lugano, Michele Foletti.

Sehr geehrter Herr Bundesrat Cassis  
Exzellenzen  
Sehr geehrte Damen und Herren

Ich bedanke mich herzlich für die Einladung zur Eröffnung der Sonderausstellung «100 Jahre Zollvertrag Schweiz–Liechtenstein» im Zollmuseum in Gandria. Die Anreise über den Luganersee mit Blick auf die malerische Umgebung hat mich an die früheren Besuche im Tessin in meiner Funktion als Aussenministerin erinnert, denn auf Initiative von Ihnen, Herr Bundesrat Cassis, fanden seit meinem Amtsantritt vor zwei Jahren verschiedene unter anderem multilaterale Treffen in Ihrem schönen Heimatkanton statt. An diesen Treffen haben Sie, Herr Bundesrat, und ich – so wie auch heute in der Früh – uns jeweils über aktuelle Themen, insbesondere in Zusammenhang mit der Aussenpolitik unserer beiden Länder, ausgetauscht.

Die jeweils offenen Gespräche mit meinen Schweizer Pendants schätze ich sehr. Es wird in diesen deutlich, welch hohen Stellenwert unsere Staaten den weitreichenden und freundschaftlichen Nachbarschaftsbeziehungen beimessen. Dies zeigt sich auch an der stets konstruktiven und pragmatischen Vorgehensweise beim Finden von gemeinsamen Lösungen. Eine solche von gegenseitigem Vertrauen und Wohlwollen geprägte Zusammenarbeit ist nicht selbstverständlich. Dies wird uns seit über einem Jahr im Osten Europas in drastischer und dramatischer Weise vor Augen geführt. Der Grundstein für diese wertvolle Zusammenarbeit wurde mit der Unterzeichnung des Zollvertrags am 29. März 1923, also vor 100 Jahren, gelegt. Mit dem Inkrafttreten des Abkommens am 1. Januar 1924 wurden wirtschaftliche und rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen, die dazu beitragen, dass sich Liechtenstein vom Armenhaus Europas zu einer erfolgreichen Industrienation entwickeln konnte, in der heute die Anzahl der Arbeitsplätze diejenige der Einwohner übersteigt und täglich über 50 Prozent aller Arbeitskräfte aus dem Ausland nach Liechtenstein pendeln.

Ausserdem hat die mit dem Zollvertrag verbundene Öffnung der Grenzen zwischen Liechtenstein und der Schweiz zu einer engen und vielfältigen Kooperation geführt, die ihresgleichen sucht. Sie widerspiegelt sich in den über 100 weiteren Vereinbarungen zwischen unseren beiden Staaten und erstreckt sich über nahezu alle Lebensbereiche.

Regierungsrätin Dominique Hasler und Regierungschef Daniel Risch am grenzüberschreitenden Bevölkerungsfest rund um die Alte Rheinbrücke Vaduz–Sevelen anlässlich des 100-Jahr-Jubiläums des Zollvertrags Schweiz–Liechtenstein am 29. April 2023.



Es freut mich besonders, dass wir heute die Gelegenheit haben, uns hier in Gandria anhand der Sonderausstellung im Zollmuseum vertieft mit dem Zollvertrag zwischen der Schweiz und Liechtenstein und der von Vertrauen geprägten Partnerschaft unserer beiden Staaten auseinanderzusetzen. Hier werden die Hintergründe und die Geschichte des Zollvertrags sowie weitere Aspekte der schweizerisch-liechtensteinischen Beziehungen aus den Bereichen Politik und Gesellschaft aufgezeigt.

Diese Ausstellung ist ganz im Geiste der grenzüberschreitenden Kooperation entstanden, denn das Schweizer Zollmuseum und das Liechtensteinische Landesmuseum haben sie gemeinsam konzipiert. So sind während einiger Monate parallel die Sonderausstellungen zum Thema «100 Jahre Zollvertrag Schweiz–Liechtenstein» in Gandria und im Landesmuseum in Vaduz zu sehen.

Mein herzlicher Dank gebührt all jenen, die zur Realisierung dieser Sonderausstellungen hier in Gandria und in Vaduz beigetragen haben, und ich freue mich, gemeinsam mit Bundesrat Cassis und Ihnen nun in die Geschichte des Zollvertrags und der besonderen Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten einzutauchen.

Regierungsrätin Dominique Hasler und der Schweizer Bundesrat Ignazio Cassis.



«Diese Ausstellung ist ganz im Geiste der grenzüberschreitenden Kooperation entstanden», sagte Regierungsrätin Dominique Hasler bei ihrer Ansprache.



## Liechtenstein führt die europäische Wertegemeinschaft an

Ansprache  
anlässlich der Übernahme  
des Vorsitzes im Minister-  
komitee des Europarats  
am 15. November 2023  
im Europarat  
in Strassburg

Liechtenstein übernahm am 15. November 2023 in Strassburg den Vorsitz im wichtigsten Entscheidungsgremium des Europarats. In Anwesenheit von Aussenministerin Dominique Hasler erfolgte die Vorsitzübernahme in der offiziellen Übergabesitzung des Ministerkomitees, gefolgt von der Einweihung eines Liechtenstein-Trams sowie dem feierlichen Hissen der Flagge Liechtensteins vor dem Rathaus der Stadt Strassburg. Die Übernahme des Vorsitzes im Ministerkomitee des Europarats erfolgte im Rahmen einer Sitzung des Komitees in Strassburg. Liechtenstein übernahm das Amt von Lettland. In ihrer Antrittsrede hob Ministerin Dominique Hasler Liechtensteins Verantwortungsbewusstsein für die nun beginnende Amtszeit hervor. Zudem stellte sie den anwesenden Vertreterinnen und Vertretern des Europarats sowie den Botschafterinnen und Botschaftern der 45 Mitgliedstaaten die Prioritäten des liechtensteinischen Vorsitzes vor.

Dear Secretary General,  
Dear Parliamentary Secretary Brusbārdis,  
Dear President of the European Court of Human Rights,  
Excellencies,  
Dear Secretary General of the Parliamentary Assembly,  
Dear Secretary General of the Congress of Local,  
and Regional Authorities,  
Dear Colleagues,

It is my honour to be here today to assume the Presidency of the Committee of Ministers. Let me congratulate you, Parliamentary Secretary Brusbārdis, Ambassador Kārklīņš, and the entire Latvian delegation for your successful term.

I can assure you that we are well aware of the responsibility that lies ahead, and we will use our term to advance the Council of Europe's agenda, and to promote an inclusive and forward-looking functioning of this organisation. Over the last year, we have often heard that we currently find ourselves at a crossroads. The values of the Council of Europe – human rights, democracy, and the rule of law – face multiple threats. The present seems to be characterised by aggressive power politics, anti-democratic tendencies, growing nationalism, and disregard for the rule of law and the rules-based international order.

History teaches us that all of these developments have the potential to lead to immeasurable human suffering – suffering that can be avoided. The Russian aggression against Ukraine serves as a painful example of the culmination of these elements. Particularly in times like these, the Council of Europe and its core principles prove not only important, but urgently necessary. Once again, it has become apparent that the security of our European community and each of its members can only be ensured by respect for our common values – values we should never take for granted.

As member states of the Council of Europe, we are connected through our common commitment to multilateralism and the principles of human rights, democracy, and the rule of law. And as member states, it is our obligation to do our utmost to safeguard these principles. Liechtenstein will dedicate its Presidency of the Committee of Ministers to the strengthening of the core principles of the Council of Europe.

We will continue the important work started by our predecessor Latvia on the implementation of the decisions taken by our Heads of State and Government at the 4th Summit of the Council of Europe in Reykjavik this May. Just as history teaches us what could happen if we continue following this dangerous path, it also shows us that a genuine commitment to human rights, democracy, and the rule of law – as well as to multilateralism – can do the opposite. At this crucial crossroads, let us all choose the right path.

Let us remember that the Council of Europe – as the guarantor for these values – proved its capabilities in securing stability and promoting progress in its member states time and time again, ever since it was founded. And if we take a look at the past, we can see what we have achieved as a community of values. When we take my country as an example:

When Liechtenstein joined the Council of Europe 45 years ago, the world looked vastly different. All countries in Europe have progressed since 1978, including Liechtenstein. One of the most significant reforms following our accession to this organisation directly affected half of the Liechtenstein population: women. In 1984, Liechtenstein finally introduced women's suffrage. It was a long overdue step that was followed by many more.

The promotion of women's rights and gender equality has become an integral part of both our foreign policy and our internal affairs – not least due to the Council of Europe and the values it promotes.

The core principles of the Council of Europe – human rights, democracy, and the rule of law – have become fixed components of our societies. Our membership in the Council has formed us into a European community of values. With our common recommitment to the oldest intergovernmental organisation in Europe and to its core principles, we sent an important signal at the Reykjavik Summit. Now, we must all work together to ensure that these become not just empty words.

Liechtenstein – nationally and in its role as the Presidency of this Committee – will do its part. We count on all of your genuine commitment to do the same. The European Court of Human Rights is our strongest ally in this endeavour.

Blick in den Saal des Ministerkomitees des Europarats: In ihrer Antrittsrede hob Aussenministerin Dominique Hasler Liechtensteins Verantwortungsbewusstsein für die sechsmonatige Amtszeit hervor. Liechtenstein war während dieser Zeit für die Umsetzung der Ziele und Prioritäten des Europarats verantwortlich.



As such, it acts as the principal safeguard to protect our values, and to guarantee that Europe remains a continent of democratic societies guided by the rule of law. As member states, it is our obligation to ensure the full, effective, and prompt execution of all judgments of the Court and to respect its case law. Contrary actions not only undermine the authority and functioning of the convention system but pose a dangerous threat to our entire European rules-based order.

The strengthening of the Court, and improving the execution of judgments, for this reason is an integral priority for the Liechtenstein Presidency of the Committee of Ministers.

In order to be able to continue to perform its critical function in the future, it is essential for the Council of Europe to adapt to the challenges ahead and to incorporate the next generations into its work. Children and young people form an integral part of our societies, and continue to enrich our democracies with new ideas and approaches to tackle future challenges.

In order to encourage youth participation in the work of the Council of Europe, the Liechtenstein Presidency will organise a Youth Event to enable interested young people from across Europe to add their voice to the work of this organisation. Also speaking as Minister for Education, this priority is close to my heart.

The event will take place back to back with the Ministerial Session and the celebrations of the 75th anniversary of the Council of Europe in May next year. To tackle future challenges, an expert meeting under the Berne Convention will be organised under our Presidency. Additionally, we hope that the negotiations on the Framework Convention on Artificial Intelligence can be concluded during our term.

With the challenges ahead, we must constantly remind ourselves that human rights are not a zero-sum game. Unconditionally protecting and ensuring the rights of every individual not only secures the effective functioning of our societies, but forms the core of every democracy.

Achieving full and effective gender equality therefore not only remains critical to ensuring the rights of women and girls, but also contributes to securing democratic stability in our societies. Combating gender-based violence and domestic violence, as dangerous manifestations and consequences of discrimination against women and girls, therefore remains critical to ensuring this goal.

The Istanbul Convention is the key instrument to assist us in this endeavour. Liechtenstein is proud to have ratified the Convention two years ago, and to promote it as one of our priorities for our Presidency. In this regard, let me reiterate our call to those states that have not yet done so to ratify and make use of this important instrument. This, as well as the other priorities of the Liechtenstein Presidency, are reflected in our voluntary contributions to the Council of Europe's projects and Action Plans. I had the honour of signing the contract to this effect with the Secretary General earlier this morning.

We are proud to have doubled our voluntary contributions for this year to honour our commitment to the role that we take on today. Of course, our Presidency also offers the unique opportunity to make the Council of Europe and its impact more known in Liechtenstein and to increase Liechtenstein's visibility at the Council of Europe.

Having this aim in mind, we are carrying out a diverse programme for our citizens – ranging from activities in our schools to cultural events on human rights, democracy, and rule of law. With regards to the latter, I was honoured to welcome the Secretary General to Liechtenstein at the end of October.

Regierungsrätin Dominique Hasler übernahm im November 2023 den offiziellen Vorsitz im Ministerkomitee des Europarats von Reinis Brusbārdis, parlamentarischer Staatssekretär des lettischen Aussenministeriums.



And you all will get a chance to visit our country in April next year, when we are organising a meeting of the Committee of Ministers in Liechtenstein. You may have already taken a look at our Presidency gift. With these products of Liechtenstein, we want to bring Liechtenstein a bit closer to you. We have tried to incorporate something flavourful for the heart to enjoy, and something to transport the fragrance of our Alpine landscape. These elements are also reflected in our logo.

After an intensive preparatory phase, we are now ready to assume the Presidency, and I can assure you that we will fulfil this responsible role with respect and great commitment. Liechtenstein will always be open to dialogue, as this is one of the foundations for peace. Only in a peaceful community can we uphold the fundamental values of the Council of Europe: human rights, democracy, and the rule of law. As I mentioned at the beginning, we are currently at a crossroads concerning these core values.

Offizielle Einweihung des Liechtenstein-Trams mit Aussenministerin Dominique Hasler, der Generalsekretärin des Europarats, Marija Pejčinović Burić, Domenik Wanger, Ständiger Vertreter Liechtensteins beim Europarat in Strassburg.



Even though Liechtenstein is now assuming the Presidency, all member states together still have a shared responsibility to preserve these values for our future and that of future generations. We look forward to standing up for these values together with you and to the resulting cooperation.

I wish to conclude by presenting you a video clip that we have produced in order to increase the visibility of the Council of Europe and of our Presidency, in Liechtenstein and beyond. Lean back and enjoy – and please do join us for a Liechtenstein-Latvian concert and the inauguration of the Liechtenstein tram later on!

Traditionelles Flaggenhissen auf dem Place de la République: Die Flagge Liechtensteins wehte während sechs Monaten vor dem Rathaus der Stadt Strassburg.



## Bildung und Sport spielen eine Schlüsselrolle beim Thema Inklusion

Rede anlässlich der Eröffnung der EPAS-Diversitätskonferenz zur Inklusion von Migranten- und Flüchtlingskindern im und durch den Sport am 29. November 2023 im SAL in Schaan

Das Enlarged Partial Agreement on Sport (EPAS) des Europarats hielt am Mittwoch, 29. November 2023, eine seiner zwei Jahreskonferenzen in Liechtenstein ab. Die Konferenz wurde in Zusammenarbeit von EPAS und dem Ministerium für Äusseres, Bildung und Sport im Rahmen des liechtensteinischen Vorsitzes im Ministerkomitee des Europarats organisiert. Ziel der Konferenz war es, das Thema Inklusion von Migranten- und Flüchtlingskindern im und durch den Sport zu evaluieren und Massnahmen zur Verbesserung vorzuschlagen. Die Konferenz brachte sowohl nationale und internationale Experten als auch Entscheidungsträger und Nichtregierungsorganisation, die im Bereich Breitensport aktiv sind, an einen Tisch. Die Konferenz wurde von Sportministerin Dominique Hasler, Marja Ruotanen, Generaldirektorin für Demokratie und Menschenwürde des Europarats, und Alexandre Husting, dem Vorsitzenden des EPAS-Verwaltungsrats, eröffnet.

Dear Chair of the EPAS Governing Board,  
Dear Director General of Democracy and Human Dignity,  
who will be joining us by video address,  
Dear members of EPAS,  
Dear keynote speakers,  
Dear participants,

I welcome you with great pleasure to the first EPAS Diversity Conference ever held in Liechtenstein today.

Liechtenstein took over the Presidency of the Council of Europe's Committee of Ministers exactly two weeks ago. On this occasion, I had the honour to outline Liechtenstein's priorities for its term during the next six months.

The values of the Council of Europe – human rights, democracy, and the rule of law – face multiple threats. The present seems to be characterised by aggressive power politics, growing nationalism and anti-democratic tendencies as well as an increasing disregard for the rule of law and the rules-based international order. The Russian aggression against Ukraine serves as a painful example of the culmination of these elements.

Particularly in times like these, the Council of Europe and its core principles prove not only important, but urgently necessary. For this reason, Liechtenstein will dedicate its Presidency of the Committee of Ministers to strengthening the core principles of the Council of Europe and to promoting a future-oriented functioning of this organisation.

Particularly in the context of the latter, the theme of this year's EPAS Diversity Conference on «Including Child Migrants and Refugees in and through Sport» could not be more striking. Inclusion will continue to be a crucial issue for the cohesion of our societies. Our focus on children, youth, and education during our Presidency ties in nicely with today's topic. Even more so because an additional spotlight will be shone on women and girls, with reference to the Istanbul Convention on preventing and combating violence against women and not least on trafficking in human beings. These are all areas which are pertinent to this conference.

The people in charge from EPAS together with Liechtenstein's Ministry of Foreign Affairs, Education and Sport have put together a highly relevant programme.

Highly relevant in two ways.

Firstly, from a Liechtenstein perspective: As Minister for Foreign Affairs, Education and Sport, all of these issues concern me and my team on a daily basis in our work. Education and sport are definitely intertwined, and if we are talking about underage migration, education and sport can play a key role for inclusion.

Let me illustrate this with an example:

In Liechtenstein we can feel the inclusive power of sport. I would like to emphasise that since the beginning of the atrocious Russian war of aggression against Ukraine, Liechtenstein and its population have accommodated a comparatively large number of minors who fled from the terrible war. Not only were they incorporated into the education system but also into a plethora of sport clubs. The Liechtenstein Olympic Committee – or LOC – set up a fund to facilitate their inclusion. In short: The result is that almost all children and young people are included in some sort of sport activity every week. Once again a big «thank you» for this effort goes to the Liechtenstein Olympic Committee.

Sport not only brings people together and strengthens mental health, but it also creates mutual understanding and appreciation. It is of paramount importance that we further these qualities and build on what we already have. It is an opportunity not to be missed, an opportunity with far greater returns on investment than many others.

Secondly, I strongly believe this conference is also highly relevant from the perspective of the Council of Europe. The inclusive powers of sport are palpable – they can be seen by ordinary people in their daily lives. This creates a unique opportunity to make the Council of Europe and the far-reaching impact of its work more visible in the everyday life of ordinary citizens. The power of sport is furthermore highlighted through stories of success, stories of hope, stories of young people, which touch us all. And I'm glad that we will witness a few of these remarkable stories during the conference.

It is these young people who, with their biographies, give the Council of Europe and all the important work that is done for peace, democracy, and the rule of law a face, a public appearance. That is not to be underestimated. Therefore, I think – no, I am convinced – that EPAS is a most valuable and integral part of the Council of Europe. Particularly in times like these, the transformative and connective power of sports is more apparent than ever.

To conclude, let me thank you all for your attendance. My appreciation of course also goes out to the EPAS team as well as to the team of our Ministry of Foreign Affairs, Education and Sport for their tireless efforts in organising this timely conference. Now, let us enjoy the conference and make it count.

Regierungsrätin Dominique Hasler machte sich im Juli 2023 ein Bild vom «Lernhub» für ukrainische Schülerinnen und Schüler in Triesen.



## Liechtensteinischer Vorsitz im Europarat erfolgreich abgeschlossen

Ansprache  
anlässlich der Übergabe  
des Vorsitzes  
im Ministerkomitee  
des Europarats  
am 17. Mai 2024  
im Europarat  
in Strassburg

Mit der 133. Ministersession des Europarats fand der liechtensteinische Vorsitz im Ministerkomitee am 17. Mai 2024 einen erfolgreichen Abschluss. Am Ende der Ministersession übergab Aussenministerin Dominique Hasler den Vorsitz an Litauen. Gleichzeitig mit der Vorsitzübergabe fanden auch die Feierlichkeiten «75 Jahre Europarat» statt. Aus diesem Anlass spielte das Sinfonieorchester Liechtenstein in der Strassburger Oper. Mit dem Vorsitz im Ministerkomitee setzte sich Liechtenstein während sechs Monaten intensiv für den Schutz und die Förderung der Grundwerte des Europarats ein. So fanden zahlreiche Konferenzen, Veranstaltungen und Treffen in Liechtenstein und Strassburg statt, an denen die weitere Stärkung von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit im Zentrum stand. Auch Jugend und Bildung, Umwelt und Künstliche Intelligenz bildeten wichtige Schwerpunkte des liechtensteinischen Vorsitzes. Zudem fanden in Strassburg und in Liechtenstein zahlreiche kulturelle Veranstaltungen statt.

Six months ago, Liechtenstein assumed the Presidency of the Committee of Ministers in this very room.

Six months have certainly passed quickly. It was an immense privilege, and at the same time a challenge to hold the Presidency during this time. Liechtenstein has dedicated its Presidency to strengthening the core principles of the Council of Europe and to promoting a future-oriented functioning of this organisation. In the following minutes, let me highlight a few aspects of our activities during the last six months. For a more comprehensive overview, let me refer to our stocktaking document. The implementation of the decisions taken by our Heads of State and Government in Reykjavik naturally formed a central pillar of our engagement. We were proud to take a critical first step with the adoption of the budget for 2024–2027 in the first meeting held under the Liechtenstein Presidency by consensus. The budget reflects the priorities and direction given by the Summit and provides significant additional means for their implementation. It is the first budget in seventeen years with a real increase in financing over and above inflation.

The adoption of the report and decisions today is another critical step in the full implementation of the Reykjavik commitments. Both the Reykjavik decisions and our Presidency priorities put a strong emphasis on supporting the European Court of Human Rights. The Court acts as the principal safeguard to protect our values, and to guarantee that Europe remains a continent of democratic societies guided by the rule of law.

As member states, it is our obligation to ensure the full, effective, and prompt execution of all judgments of the Court and to respect its case law. The Liechtenstein Presidency held a high-level conference in March focusing on improving the implementation of judgments of this important body. In the case of Kavala v. Türkiye, the Committee adopted a new decision on the matter at its regular meeting on 17 January. A high-level technical meeting in Ankara followed. Osman Kavala, however, remains detained.

For the last time in my role as President, I emphasise that the ongoing dialogue must achieve results, and that Mr. Kavala must be released. There is no step more important for him, and for the Convention system. In Reykjavik, our leaders sent a strong message expressing their unwavering support to Ukraine and firmly condemning the illegal war of aggression launched by the Russian Federation – a commitment the Liechtenstein Presidency took very seriously.

In the face of the many crimes committed and the countless difficulties imposed on them by Russia, Ukraine and its people continue to demonstrate a courage and determination that commands our respect. Together with the Secretary General, I travelled to Kyiv in March to take part in the inauguration ceremony of the Register's Satellite Office in Ukraine.

Offizielles Gruppenfoto der 133. Ministerkonferenz unter der Leitung von Regierungsrätin Dominique Hasler.



The Office now liaises with the Ukrainian authorities and plays an important role in coordinating the exchange of information with other international organisations, Ukrainian authorities, and civil society organisations, including the exchange of evidence. Let me once again use this opportunity to extend my gratitude to the Ukrainian authorities for their hospitality. I am deeply thankful for all the encounters we had while we were in Ukraine. It is unimaginable what the people of Ukraine have had to and continue to endure. I was deeply moved by their strength and determination. On 2 April 2024, the Register of Damage officially opened the claims submission process, starting with claims relating to damage or destruction of residential property. With the establishment of the Register of Damage, the Council of Europe has taken a critical first step towards ensuring accountability for the Russian aggression against Ukraine. To date, 44 states and the European Union have joined the Register. Liechtenstein will continue to actively advocate for broader membership in the Register. In this context, we continue to conduct outreach activities on all levels, with which we hope to encourage states outside the Council of Europe to join our important efforts to ensure justice.

A possible role for the Council of Europe's engagement in further efforts to ensure accountability for the Russian aggression is under consideration. Under the Liechtenstein Presidency, we were able to adopt a mandate to explore the possible establishment of a Special Tribunal on the Crime of Aggression against Ukraine under the auspices of the Council of Europe. This was taken up positively at the last meeting of the core group in Vilnius and will be at the centre of the next meeting of the core group at the end of June in Bucharest.

Liechtenstein will continue its active engagement for a tribunal able to prosecute the leadership responsible for committing the crime, on the basis of the internationally agreed legal definition. During the Liechtenstein Presidency, the Committee of Ministers received the Opinion of the Parliamentary Assembly on «The application by Kosovo for membership of the Council of Europe». The Committee of Ministers has already started discussions on the matter and is currently considering how to proceed.

In the speech I held at the start of our Presidency, I highlighted the need to make the Council of Europe fit for the future and to ensure that it will be able to perform this immensely important function in the years to come. For this, it is essential for the Council of Europe to adapt to the challenges ahead and to incorporate the next generations into its work. Children and young people form an integral part of our societies, and continue to enrich our democracies with new ideas and approaches to tackle future challenges.

In order to encourage youth participation in the work of the Council of Europe, the Liechtenstein Presidency organised, in cooperation with the Youth Department, a large event to enable interested young people from across Europe to add their voice to the work of this organisation. The event entitled «Confidence in Tomorrow» took place this week and brought together more than 100 participants from across Europe. Let me extend my gratitude to all those who took part in the exchange with the youth participants yesterday.

Regierungsrätin Dominique Hasler mit Marija Pejčinović Burić, Generalsekretärin des Europarats.

Domenik Wanger, Ständiger Vertreter Liechtensteins beim Europarat in Strassburg, und Regierungsrätin Dominique Hasler im Plenum des Ministerkomitees.



Blick in die Runde des Ministerkomitees des Europarats.



I participated as well, and I was truly impressed by their innovative spirit. Of course, we cannot talk about the future without also mentioning artificial intelligence. AI is, perhaps, the most important breakthrough technology of this century, and it offers both opportunities and challenges to our societies. Safeguarding the protection of human rights, democracy, and the rule of law therefore must remain our priority.

The Liechtenstein Presidency is proud that the work on the Framework Convention on Artificial Intelligence has been finalised under our leadership of the Committee of Ministers. As the first of its kind, the Convention once again underlines the Council of Europe's leading role in developing standards to safeguard human rights, also in the digital era.

The Council of Europe's work in this area has attracted the attention of many states far beyond the territory of the organisation, which increases the likelihood that the future instrument will become an efficient and effective global legal standard. Visibility through initiatives like these will prove essential to maintaining a strong and influential Council of Europe that is fit for the future. To further ensure this, all of our continued efforts are required to raise visibility and awareness of the Council of Europe and its important work also beyond Strasbourg.

To this end, we presented the priorities of the Liechtenstein Presidency of the Committee of Ministers in Liechtenstein, Berlin, Bern, Brussels, Vienna, and Washington. In addition, we organised an event in New York at the sidelines of the Session of the UN Commission on the Status of Women in March, promoting the Council of Europe as a standard-setting body, also in the area of combating violence against women and girls. Furthermore, we actively used our Presidency to raise awareness of the Council of Europe and its work at home through a broad range of events for the Liechtenstein public. At the same time, it was our firm intention to use this opportunity to also raise Liechtenstein's visibility in the Council of Europe. For this purpose, we hosted a number of conferences and expert meetings in Liechtenstein, including the biennial Diversity Conference of the Council of Europe's Enlarged Partial Agreement on Sport focusing on the Inclusion of Child Migrants and Refugees in and through Sport, a meeting of the Group of Experts on Protected Areas and Ecological Networks, and most recently, a meeting of the Article 10 coordination bodies of the Istanbul Convention.

It was of course our particular pleasure to host a meeting of the Ministers' Deputies in Liechtenstein. The meeting marked the start of the preparations for today's Ministerial Session. To underline Liechtenstein's full commitment to our Presidency role, H.S.H. Hereditary Prince Alois von und zu Liechtenstein and four of the five Liechtenstein Ministers, including our Prime Minister, participated in these and other events as well as in the sessions of the Parliamentary Assembly and the Congress of Local

and Regional Authorities of the Council of Europe here in Strasbourg. On my behalf, and I believe also on their behalf, I would once again like to express that this Presidency term has been an honour for our country, which we have carried out with a great sense of duty. From the beginning, it was our prerogative to underline our full commitment to our Presidency. I would like to reiterate once again that we have carried out this role with a great sense of responsibility but also with a lot of joy. At this point, let me already wish the succeeding Lithuanian Presidency all the best for their term. You can certainly count on our support.

Before finally handing over the Presidency to Prime Minister Šimonytė, let me express my sincere gratitude to all those involved in making the last six months possible, both back home in Liechtenstein and here in Strasbourg.

I would particularly like to thank the Secretariat of the Committee of Ministers and the staff of the organisation for their commitment and indispensable support.

Special thanks are also owed to the Liechtenstein Delegation here in Strasbourg, led with competence and great commitment by Ambassador Wanger.

Regierungsrätin Dominique Hasler mit dem österreichischen Bundesminister Alexander Schallenberg.



Ingrida Šimonytė, Premierministerin von Litauen, übernahm im Mai 2024 den Vorsitz des Ministerkomitees des Europarates von Regierungsrätin Dominique Hasler.



## Realität ist auch, dass die Welt immer besser wird

Grussworte an der Maturafeier 2024 des Liechtensteinischen Gymnasiums am 29. Juni 2024 im SAL in Schaan

Kurz vor den Sommerferien am Samstag, den 29. Juni 2024, feierten 89 Maturandinnen und Maturanden das Bestehen ihrer Reifeprüfung im SAL in Schaan. Die traditionelle Maturarede hielten Vellory Feger und Monet Gassner, zwei Schülerinnen der Klasse 7Ma. Neben Rektor Eugen Nägele und Helmut Konrad, Präsident der Maturakommission, gratulierte Bildungsministerin Dominique Hasler im Namen der Regierung.

Liebe Maturandinnen und Maturanden  
Geschätzte Lehrerinnen und Lehrer  
Werte Eltern und Angehörige  
Liebe Festgäste

Heute ist ein freudiger Tag.

Liebe Maturandinnen und Maturanden, ihr habt es endlich geschafft. Ihr habt die Matura bestanden! Zu diesem Erfolg gratuliere ich euch im Namen der gesamten Regierung von ganzem Herzen!

Mit dem Erhalt eurer Maturazeugnisse geht eine prägende Zeit eures Lebens zu Ende und ein neuer, spannender Abschnitt beginnt. Jede und jeder Einzelne von euch hat etwas Einzigartiges geschafft. Ihr habt euch selbst bewiesen, dass ihr Herausforderungen meistern könnt. Ihr habt eure Eltern, Geschwister, weitere Familienangehörige und Freunde stolz gemacht.

Und nun? Nun steht euch die Welt offen.

Aber was ist das für eine Welt? Wenn wir die vergangenen Jahre betrachten, so hat sich die Welt verändert.

Wir haben wieder Krieg in Europa.

Wir haben eine Stärkung extremer politischer Kräfte.

Wir haben grössere Wetterextreme.

Wir haben Unwetter in unserer direkten Nachbarschaft.

Wir haben gleichzeitig Dürreperioden als Folgen des Klimawandels.

Wir haben Fake-News.

Und wir haben noch vieles mehr.

Wir haben Herausforderungen an allen Ecken enden.

Ja, ich weiss: Das passt nicht zur heutigen festlichen Stimmung. Aber es ist die Realität. Realität ist aber auch, dass die Welt immer besser wird. Das mag angesichts der jüngsten Ereignisse in manchen Ohren zynisch klingen, ist aber wahr.

Die Alphabetisierungsrate ist so hoch wie noch nie, die Kindersterblichkeit so tief wie noch nie. Die Verwendung ozonzerstörender Substanzen nimmt ab. Naturschutzgebiete wachsen rund um den Globus. Der Hunger geht zurück. Die Medizin macht Fortschritte wie noch nie.

Gleichzeitig stehen wir vor grossen Veränderungen. Die Künstliche Intelligenz ist keine abstrakte Idee mehr, sondern Realität. Wir wissen bereits heute, dass sie das Potenzial hat, ganze Branchen umzukrempeln und Berufsgruppen überflüssig zu machen.

Wo also stehen wir heute?

Und noch viel wichtiger: Wo steht ihr?

Ihr habt mit der Matura einen wichtigen Meilenstein erreicht. Ihr habt nicht nur Textaufgaben bearbeitet und Daten auswendig gelernt, sondern auch das nötige Rüstzeug erhalten, um Lösungen für Probleme zu finden. Ihr habt gelernt, mit euren Mitschülerinnen und -schülern gemeinsam Herausforderungen heranzugehen. Ihr habt gelernt, flexibel und anpassungsfähig zu sein. Kurzum: Ihr seid vorbereitet auf das, was vor uns liegt.

Wenn wir in der Geschichte des Menschen zurückschauen, so gab es immer Veränderungen. Manchmal waren sie nicht ganz so tiefgreifend, manchmal waren sie nicht ganz so schnell, manchmal waren sie nicht ganz so wirkmächtig. Aber Veränderung hat uns immer begleitet. Und am besten ist es immer jenen ergangen, die sich ihrer angenommen haben.

Selbst in einem kleinen Land wie dem unseren kann jede Person ihren Teil dazu beitragen, diese Veränderungen so zu gestalten, dass die Welt ein besserer Ort wird. Das beginnt mit kleinen alltäglichen Dingen, zum Beispiel dem Einkauf oder der Wahl des Verkehrsmittels. Man kann aber auch – und das hat das letzte halbe Jahr sehr eindrücklich gezeigt – Impulse setzen, die weit über den eigenen Tellerrand hinausgehen.

Wie ihr sicher wisst, hatte Liechtenstein den Vorsitz im Europarat. Und selbst als so kleines Land, wie das unsere eines ist, waren wir in der Lage, Veränderungen anzustossen. Wir haben ein Schadensregister für die Schäden in der Ukraine eingeführt. Wir haben gemeinsam mit Partnern die «Rahmenkonvention zu Künstlicher Intelligenz, Menschenrechten, Demokratie und Rechtstaatlichkeit» vorbereitet. Sie soll helfen, die Grundwerte des Europarats auch im Rahmen der Künstlichen Intelligenz sicherzustellen.

Es sind nur zwei Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit. Sie sollen aber aufzeigen: Niemand hier in diesem Saal muss sich verstecken. Niemand soll sich verstecken. Jede und jeder kann seinen Beitrag leisten. Ob im Kleinen oder Grossen, ob in den eigenen vier Wänden oder draussen in der Welt.

Liebe Maturandinnen, liebe Maturanden

Niemand hier drin weiss, wie die Welt von morgen aussieht. Was wir wissen, ist, dass ihr die Skills an der Hand habt, um diese Welt zu verändern. Diesen Moment wollen wir heute feiern – gemeinsam mit Familie, Freunden und Bekannten. Ihr habt allen Grund dazu. Ihr seid bereit für euer ganz persönliches, neues Kapitel. Dazu wünsche ich euch viel Erfolg, Glück und Zufriedenheit.

Vielen Dank und einen wunderschönen, unvergesslichen Abend!

Das Gymnasium ganz im Zeichen Europas: Im Juli 2022 besuchte Bildungsministerin Dominique Hasler verschiedene Klassen des Liechtensteinischen Gymnasiums. Zusammen mit Rektor Eugen Nägele und der Landtagsabgeordneten Dagmar Bühler-Nigsch (rechtes Bild) begleitete sie die Schülerinnen und Schüler bei verschiedenen Aktivitäten.



## Nur, wenn die Bildung stimmt, wird niemand zurückgelassen

Ansprache  
am 4. Liechtenstein  
Dialogue for Development  
am 26. November 2024  
im The Forum  
in Zürich

Der Liechtenstein Dialogue for Development ist eine internationale Plattform für den Austausch zu globalen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsthemen. Er wurde ins Leben gerufen, um den Dialog zwischen politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Unternehmerinnen und Unternehmer und Vertretenden der Zivilgesellschaft zu fördern. Sein Ziel ist es, innovative Lösungen für die Herausforderungen nachhaltiger Entwicklung zu finden und die Umsetzung der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) voranzutreiben. In der vierten Auflage ging es um das Thema «Education for Growth – Wirtschaftswachstum braucht Bildung». Aussen- und Bildungsministerin Dominique Hasler sprach in ihrer Rede unter anderem über die Bildungsstrategie 2025plus und brachte Aussenpolitik und Bildung auf einen Nenner.

Ladies and Gentlemen,

I feel very honoured for the invitation to deliver these opening remarks to this year's edition of the Liechtenstein Dialogue for Development.

First, I would like to extend my heartfelt gratitude to our host, Smiling Gecko and Mr. Hannes Schmid, for organising the 4th LDD. We are a proud partner of this important format and also wish to commend the unwavering support of its many other partners – including LGT, the Hilti Foundation, and Google Cloud. This broad support truly exemplifies how collaborative efforts in education can transform communities, bridge divides, and foster progress that benefits all.

As we are in the midst of extraordinary technological advancements, particularly in artificial intelligence, the role of education is evolving in ways we could only dream of a few years ago. Artificial intelligence is reshaping education in every way imaginable. Our venue at Google provides an ideal setting for this Dialogue.

Surrounded by technology and ideas that push boundaries, we are reminded of these immense possibilities that lie within our reach. This is why the topic of today's Dialogue, «Education for Growth», is so important.

Ladies and Gentlemen,

As both the Minister of Foreign Affairs and Minister of Education, I am privileged to approach today's Dialogue from a unique perspective: one that bridges Liechtenstein's commitment in development cooperation with our role in ensuring high quality education at home. It is therefore particularly important for me to highlight, with concrete examples, the need to invest in education across various areas of government responsibility. My ministry has led the elaboration of the 2025+ Education Strategy. I take pride that this strategy was developed in a collaborative manner with the involvement of parents, schools, public authorities, business associations, and youth representatives.

At its core, this important strategy supports everyone in Liechtenstein to develop their potential, enabling them to exercise responsibility and self-determination while participating actively in a humane, open, and democratic society. The 2025+ Education Strategy puts digitalisation in education front and centre. While implementing the strategy, we have already fully equipped kindergartens and schools with tablets and laptops.

At the same time, teachers are required to participate in professional IT development courses. Additionally, ethical technology use is central too, teaching students responsible online behaviour and privacy awareness. This commitment to digital education includes strict data protection to safeguard student privacy.

As a member of the European Economic Area, we have adopted the European Union's General Data Protection Regulation. Since its adoption, ensuring data protection in line with these very restrictive regulations has been a daily challenge for our schools. I am certain that these challenges will also be a major issue for Europe in the future.

Overall, the goal of the 2025+ Education Strategy is to develop digitally literate, responsible individuals ready to thrive in an interconnected world. To ensure Liechtenstein's economic success for future generations, I am a strong proponent of training young professionals and skilled workers.

To this end, Liechtenstein is at the forefront of offering dual vocational education and training, as well as education in mathematics, information sciences, natural sciences, and technology.

In this context, I would like to highlight a public-private partnership that is especially dear to my heart. The «pepperMINT» laboratory provides girls and boys with an opportunity to engage with these subjects in a fun and interactive way, outside the usual school setting. By doing so, girls and boys are inspired to create a passion for STEM topics. To date, over 10 000 children and young people have participated in the laboratory.

Ladies and Gentlemen,

As a small state, Liechtenstein relies solely on the international rules-based order and not the rule of might. Consequently, we pursue an active foreign policy. In this context, it is crucial for us to be recognised as a reliable partner that acts in the spirit of solidarity. Given the limitations of our diplomatic corps, it is essential for Liechtenstein to clearly define its foreign policy priorities. This also includes improving access to quality education and vocational education abroad.

As Minister of Foreign Affairs, I am responsible for Liechtenstein's International Humanitarian Cooperation and Development. In this regard, Liechtenstein's total Official Development Assistance (ODA) spending reached some CHF 36 million in 2023, an increase of about 12 percent compared to 2022. Through this engagement, we contribute significantly to fulfilling the right to education everywhere.

By doing so, we make significant contributions to achieving the overarching goal of the 2030 Agenda on Sustainable Development and particularly Sustainable Development Goal 4 on Quality Education. For example, last year, we dedicated around 35 percent of our humanitarian and development budget to achieving SDG 4, amounting to a per capita contribution of CHF 250.

Vocational training and employability are also key pillars of the Liechtenstein Development Service (LED), which is Liechtenstein's official bilateral development cooperation organisation. The LED operates with an annual budget of over CHF 15 million, making up 60 percent of our total international development and humanitarian funding.

By fostering vocational training and employability, the LED tackles the critical issue of youth unemployment, particularly in regions where job markets are informal and education systems often fail to prepare individuals for meaningful work. This is why it is so important to foster digital media and skills in low- and middle-income countries.

Let me cite a concrete example: The LED named Cambodia as a priority country in 2020. Although its work in Cambodia has only just begun, the LED has already initiated several noteworthy projects on strengthening digital education. One such project, the «Sisters of Code», focuses on bridging the digital divide between economic centres and rural areas by empowering young women through the development of technical skills and confidence. The project aims to enable young women to pursue careers in the rapidly growing digital economy, including the tech sector.

IT-enthusiastic women lead these coding clubs in their communities, helping others acquire foundational IT skills while supporting each other's personal growth. Developed in collaboration with Cambodia's Ministry of Education and supported by IT companies, the initiative has already received several prestigious awards. Of course, effective coordination among all stakeholders remains essential to ensuring the project's positive impact in the years to come.

Ladies and Gentlemen,

In our fast-changing environment, we must remain agile to empower young people around the world to thrive as responsible, digitally literate citizens. The rapid technological advancements like artificial intelligence and blockchain underscore the urgency of this mission. Since we cannot afford to invent everything on our own, it is critical that we learn from each other, as educational developments often outpace us due to their sheer speed. Only by working together can we avoid a future without growth, caused by a lack of educational reforms.

This is why today's Dialogue offers an important opportunity to not only imagine the potential of education, but also to take meaningful steps toward shaping a shared future where no one is left behind.

Thank you!

Im Rahmen der zweiten Konferenz für den Wiederaufbau der Ukraine in London traf Regierungsrätin Dominique Hasler im Juni 2023 König Charles III.



Im Rahmen der BerufsCHECK-Woche besuchte Bildungsministerin Dominique Hasler im April 2022 das Logistik Center der Hilti AG in Nendeln.

Regierungsrätin Dominique Hasler mit dem liechtensteinischen WorldSkills-Athleten Bo Ryffel an den WorldSkills 2024 in Lyon.



Im April 2024 brachte der Vorsitz im Europarat die Europaratsbotschafterinnen und -botschafter nach Liechtenstein.



Ein bedeutender Meilenstein für die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA) und für Liechtenstein: Aussenministerin Dominique Hasler unterzeichnete das EFTA-Freihandelsabkommen mit Indien im Oktober 2024.

Das Gruppenfoto mit dem indischen Premierminister Shri Narendra Modi und Aussenministerin Dominique Hasler entstand im Rahmen des Raisina Dialogue 2024 in Neu Delhi.



Aussenministerin Dominique Hasler und S. D. Prinz Stefan von und zu Liechtenstein, nicht-residierender Botschafter beim Heiligen Stuhl, zu Besuch im Vatikan bei Papst Franziskus im Oktober 2021.





## Eine Skulptur, die Emotionen wecken wird

**Rede anlässlich der Einweihung der Skulptur «Consilium» des Künstlers Heinz P. Nitzsche am 5. Oktober 2021 vor dem Landtagsgebäude in Vaduz** Anlässlich des 100-jährigen Bestehens der Verfassung des Fürstentums Liechtenstein enthüllten Landtagspräsident Albert Frick und Regierungsrat Manuel Frick am 5. Oktober 2021 die Skulptur «Consilium» des Künstlers Heinz P. Nitzsche vor dem Landtagsgebäude auf dem Peter-Kaiser-Platz in Vaduz. Die Skulptur zeigt Menschen, die sich beraten und die Grundlagen für ihr Zusammenleben festlegen. Dies symbolisiert den eigentlichen Kern der Verfassung aus dem Jahr 1921. Enthüllt wurde an diesem geschichtsträchtigen Tag auch der Schriftzug mit einem Artikel der Verfassung auf dem Geländer neben dem Landtagsgebäude.

### Curriculum Vitae

#### Regierungsrat Manuel Frick

Name	Manuel Frick
Funktion	Regierungsrat
Zuständig für	Ministerium für Gesellschaft und Kultur
Geburtsdatum	16. November 1984
Wohnort	9496 Balzers
Zivilstand	verheiratet, zwei Kinder

#### Ausbildung

2017	Certified Wealth Management Advisor (CWMA) Zertifizierter Private Banker LGT
2012 – 2015	Zertifikatslehrgang in Entwicklung und Zusammenarbeit (Certificate of Advanced Studies ETH), Eidgenössische Technische Hochschule, Zürich
2004 – 2009	Studium der Politikwissenschaften, Volkswirtschaft und Europarecht (lic.rer.soc.), Universität Bern und Università di Bologna
1996 – 2004	Liechtensteinisches Gymnasium (Matura Typus E)

#### Berufliche Laufbahn

2020 – 2021	Generalsekretär im Ministerium für Gesellschaft
2017 – 2020	LGT Bank AG, Vaduz, Kundenberater (HNWI-Kunden)
2016 – 2017	Stellvertretender Leiter der Abteilung für Wirtschaft und Entwicklung
2012 – 2017	Stellvertretender Ständiger Vertreter beim Europarat in Strassburg
2011	Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York
2008 – 2017	Amt für Auswärtige Angelegenheiten, Vaduz

#### Nebenberufliche Mandate

Seit 2021	Mitglied des Parteipräsidiums der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP)
-----------	--

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, lieber Albert  
Geschätzter Herr Nitzsche, lieber Heinz  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir feiern das 100-jährige Bestehen der Verfassung des Fürstentums Liechtenstein. Als eines der Leitmotive dieses Jubiläums hat die Regierung die Nachhaltigkeit gewählt.

Dieses Leitmotiv hat die Regierung mit einer Skulptur und einem Verfassungsschriftzug hier auf dem Peter-Kaiser-Platz, zwischen Landtag und Regierung mit Blick auf das Schloss, realisiert.

Die Skulptur, die wir anschliessend enthüllen werden, trägt den Namen «Consilium» und wurde vom Liechtensteiner Künstler Heinz P. Nitzsche erschaffen. Zur Aussage des Kunstwerks passt meines Erachtens das folgende Zitat des amerikanischen Existentialpsychologen Rollo May: «*Kommunikation führt zu Gemeinschaft, das heisst zu Verständnis, Vertrautheit und gegenseitiger Wertschätzung.*»

Die Skulptur «Consilium» drückt diese Art von Gemeinschaft aus. Wir Menschen sind soziale Wesen und wir brauchen den Dialog. «Consilium» zeigt Menschen, die sich beraten und die Grundlagen für ihr Zusammenleben festlegen.

Die Skulptur zeigt die Stärke der Gemeinschaft. Das Inkrafttreten einer Verfassung und besonders der heute geehrten liechtensteinischen Verfassung aus dem Jahr 1921 war ein gemeinsamer Akt, der nicht nur damals, sondern gerade auch heute und in Zukunft von grundlegender Bedeutung war und ist. Denn eine gute Kommunikationskultur ist die Basis für das konstruktive Finden von Lösungen. Mehr noch, «Consilium» zeigt uns den Wert von Beratung und Lösungsfindung.

Nachhaltig ist jedoch nicht nur das Verbleiben der Skulptur an diesem bedeutenden Platz als Zeichen des 100-jährigen Bestehens unserer Verfassung am heutigen Tag, sondern auch das Material, das der Künstler für die Skulptur «Consilium» gewählt hat. Beton ist ein einzigartiger Werkstoff. Er absorbiert während seiner gesamten Lebensdauer CO<sub>2</sub> – ohne jede Beeinträchtigung. Beton ist natürlich, zu 100 Prozent recycelbar, lokal produziert, energieeffizient, feuerfest und verwittert nicht. Im Gegensatz zu vielen anderen Materialien, die vielleicht nur 50 Jahre Bestand haben, ist Beton geradezu prädestiniert für Langlebigkeit und Nachhaltigkeit.

Und, was mich als Kulturminister besonders erfreut: Beton lässt sich kreativ nutzen. Mit «Consilium» hat Heinz P. Nitzsche ein Werk erschaffen, das der Standhaftigkeit, Widerstandsfähigkeit und den Stärken einer Gemeinschaft Sichtbarkeit verleiht.

Lieber Heinz, vielen Dank für diese Arbeit. Ich bin froh, dass du nicht bei der Architektur geblieben bist, sondern dass du dich der Bildhauerei und der Malerei zugewandt hast. Wir hätten sonst einige schöne Kunstwerke versäumt!

Ich bin überzeugt, dass auch die Skulptur «Consilium» Emotionen wecken wird. Besonders hoffe ich darauf, dass bei der Betrachterin oder dem Betrachter der Wunsch nach Dialog entsteht. Der Wunsch danach, etwas zusammen zu beraten, um Lösungen zu finden. Wie damals beim sogenannten Meilenstein unserer Verfassung von 1921. Denn eine positive Gestaltung der Zukunft können wir nur gemeinsam erreichen – mit Verständnis, Vertrautheit und gegenseitiger Wertschätzung.

Als zweite Umsetzung des von der Regierung festgelegten Leitmotivs Nachhaltigkeit wurde ein Verfassungsschriftzug mit einem Jubiläumsleitsatz realisiert. Es handelt sich um den Artikel 14 unserer Verfassung aus dem Jahr 1921. Ich zitiere: «Die oberste Aufgabe des Staates ist die Förderung der gesamten Volkswohlfahrt.» Diesen Schriftzug werden wir ebenfalls im Anschluss enthüllen.

Nunmehr möchte ich den Künstler Heinz P. Nitzsche nach vorne bitten, um uns weitere Einblicke in sein Werk zu geben.

Nach der Rede von Heinz P. Nitzsche

Herzlichen Dank, lieber Heinz, für diese interessanten Erläuterungen über dein Schaffen. Was für ein schönes und wahres Zitat zum Abschluss: «*Wir sind zur Zusammenarbeit geboren.*»

Nun ist erneut Zusammenarbeit gefragt, und ich möchte Landtagspräsident Albert Frick bitten, mit mir die Skulptur «Consilium» und den Verfassungsschriftzug zu enthüllen.

Es folgt: Enthüllung Skulptur und Geländer (Schriftzug) durch Albert Frick und Manuel Frick

Gerne möchte ich noch darauf hinweisen, dass gleich im Anschluss um 17 Uhr im Landesmuseum die Ausstellung «100 Jahre Verfassung» eröffnet wird, bei der bis am 9. Januar 2022 fünf Originaldokumente, insbesondere die Landständische Verfassung von 1818, die konstitutionelle Verfassung von 1862 und die heute noch in Geltung stehende Verfassung von 1921, besichtigt werden können.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Kunstwerk zum Jubiläum 100 Jahre Verfassung: Regierungsrat Manuel Frick zusammen mit dem Künstler Heinz P. Nitzsche und Landtagspräsident Albert Frick (v.l.).



## Ein Zeichen der Anerkennung für die unermüdliche Arbeit rund um das liechtensteinische Grenzgebiet

Rede anlässlich der Vernissage zur Ausstellung «100 Jahre Zollvertrag Schweiz–Liechtenstein» am 26. April 2023 im Liechtensteinischen Landesmuseum in Vaduz

Im Zuge des Jubiläums «100 Jahre Zollvertrag Schweiz–Liechtenstein» im Jahr 2023 zeigten das Liechtensteinische Landesmuseum in Vaduz und das Schweizerische Zollmuseum im schweizerischen Gandria eine gemeinsame Ausstellung. Diese beleuchtete die Hintergründe und die Geschichte des Zollvertrags und veranschaulichte verschiedene Aspekte der schweizerisch-liechtensteinischen Beziehungen, beispielsweise in den Bereichen Politik, Gesellschaft und Sport. Die Sonderausstellung im Liechtensteinischen Landesmuseum, die von Martina Sochin-D’Elia und Donat Büchel kuratiert wurde, feierte am 26. April 2023 Eröffnung. Regierungsrat Manuel Frick hielt eine Rede und machte auf die Geschichte der Schweizer Grenzwächter in Liechtenstein aufmerksam.

Sehr geehrte Damen und Herren

In der Festschrift zum 60-Jahr-Jubiläum des Zollanschlussvertrags zwischen der Schweiz und Liechtenstein – also vor 40 Jahren – schrieb der für das Ressort Kultur zuständige Regierungsrat Walter Oehry Folgendes in seinem Vorwort:

*«[...] Wenn in einer kleinen Gedenkschrift des 60 Jahre alten Vertragswerks gedacht wird, dann verdient neben anderen historischen Fakten die Feststellung besondere Erwähnung, dass dieser Vertrag nicht nur zwischen Staatsdelegationen abgeschlossen, sondern auch von der Bevölkerung akzeptiert und den beauftragten Grenzwächtern in bestem Einvernehmen gelebt wurde.»<sup>1</sup>*

Heute, 40 Jahre später, möchte ich diesen Worten nicht viel hinzufügen. Die Bedeutung des Vertrages ist ungebrochen. Legte er doch das Fundament für den einheitlichen Zoll- und Wirtschaftsraum beider Länder und war von grosser Bedeutung für den wirtschaftlichen Erfolg Liechtensteins. Tatsächlich sagte Regierungsrat Walter Oehry aber etwas, das auch heute nicht unterschätzt und als Selbstverständlichkeit hingenommen werden darf. Nämlich, dass der Vertrag «in bestem Einvernehmen» gelebt wird und auch in Zukunft gelebt werden soll. Theoretisch ist ein Vertrag am Ende nur Schrift auf Papier. Es liegt an uns, den Vertrag mit Leben zu füllen – und zwar jeden Tag.

Die Ausstellung, die wir heute eröffnen dürfen, zeigt uns die Hintergründe und die Geschichte des Zollvertrags auf. Es ist eine Ausstellung, die das Liechtensteinische Landesmuseum gemeinsam mit dem Schweizerischen Zollmuseum in Gandria organisiert hat. Dies freut mich ganz besonders,

da wir auf diese Weise einmal mehr die gute schweizerisch-liechtensteinische Beziehung unterstreichen und auch ganz bewusst leben können.

Mit der Geschichte des Zollvertrags und dem langwierigen Weg seiner Entstehung ist auch die Geschichte der Schweizer Grenzwächter in Liechtenstein verbunden. Eine Geschichte, die, wie ich finde, sehr schön aufzeigt, wie sich Beziehungen und Freundschaften entwickeln. Was uns heute selbstverständlich erscheint – zum Beispiel, dass wir die gleiche Währung wie die Schweiz benutzen oder dass wir ohne Grenzkontrolle in die Schweiz einreisen und dort einkaufen können – war bei der Umsetzung des Vertrags vor 100 Jahren noch gar nicht bis ins letzte Detail klar. Um die praktischen Konsequenzen aus dem Vertragswerk zu ziehen, war nämlich viel mehr nötig, als einfach einige Schweizer Grenzwächter an der Grenze zu postieren.

Lassen Sie mich einen Blick in die Zeit vor 100 Jahren werfen. Einige der Ausstellungsstücke, welche Sie in der Ausstellung finden, erzählen von damals, als die Schweizer Grenzwächter ins Land kamen oder als die Grenzwächter beispielsweise in Steg einen Sommerposten hatten. Dieser wurde übrigens erst im Jahr 1972 aufgelöst.

Bevor aber die Schweizer Grenzwächter ins Land kamen, war zunächst eine Begehung der liechtensteinisch-vorarlbergischen Grenze nötig. Diese fand zwischen dem 29. Mai und dem 3. Juni 1923 statt. Anschliessend waren noch einmal zwei Konferenzen nötig. Die grosse Herausforderung: Man versuchte, «spekulative Wareneinführen» in das schweizerische Zollgebiet zu verhindern. Es verging einige Zeit, bevor der Zollanschlussvertrag am 1. Januar 1924 in Kraft trat, alles geregelt war und genaue Kontrollen durchgeführt wurden. Man hatte Angst vor «manch grossangelegtem Schmuggel». Auf diesem strengen Regelwerk basierten am Ende auch die endgültigen Regelungen im Zollvertrag, mit welchem man versuchte, die «konstante Gesundung der Wirtschaft» voranzutreiben, wie es in der Jubiläumsbroschüre zu 60 Jahre Zollvertrag heisst.

Liechtenstein gehörte also ab 1924 zum Grenzwachtkommando III mit Sitz in Chur. Die schweizerischen Grenzwächter nahmen mit 60 Mann ihren Dienst auf. Was eine beachtliche Zahl war, wenn man bedenkt, dass in den vier Jahren davor – zwischen der Kündigung des Zollvertrags mit Österreich und dem neuen Zollvertrag mit der Schweiz – lediglich 30 Mann die Grenze sicherten. Diese 30 Mann waren übrigens von der Grenzwahe, die Liechtenstein zwischen 1919 und Ende 1923 aufstellte. Sie waren zwar bewaffnet, aber kaum ausgebildet. Erkennungszeichen war lediglich eine blaurote Armbinde, später eine Dienstkappe. Umso grösser muss der Unterschied gewesen sein, als Anfang 1924 die Schweizer in professioneller Manier übernahmen beziehungsweise nach Liechtenstein versetzt wurden.

Für die Grenzwächter begann ein neuer Berufsalltag auf liechtensteinschem Terrain. Einer von ihnen war Andreas Nigg. Er erinnerte sich in einem Bericht an die erste Zeit nach dem Zollanschluss. Besonders eindrücklich erscheinen mir die folgenden Zeilen, die eine Ahnung davon geben, wie es damals war. Andreas Nigg zog Anfang 1924 von Haag nach Schaanwald:

«[...] Fort ging es nun aus einem nicht eben reichen Landstrich im sanktgallischen Rheintal in einen nicht gerade üppigeren hinüber. Zuerst holperten die losen Bohlen der Rheinbrücke unter den Pferdetritten, und ich höre noch heute die Rosse in der klirrenden Januarkälte schnauben. Drüben, jenseits des Rheins, war ein Land, in welchem die Zeit während Jahrzehnten stillgestanden zu sein schien. Die Bevölkerung lebte vorwiegend von der eigenen Scholle, wenn möglich noch ärmer als in dem von der Stickereikrise geschüttelten Werdenberg, woher wir kamen. Man sah es überall. Liechtenstein war eben im Wirtschaftsraum eines vom Kriege niedergestreckten Landes miteinbezogen gewesen. (...)»<sup>2</sup>

Am Ende traf es Andreas Nigg nicht ganz so schlecht. Er lebte mit seiner Frau in einer «nicht ganz so schlechten» Wohnung mit Holzkochherd. Zwar war das Wasser aus einer Zisterne von mangelnder Qualität, dafür waren die Nachbarn sehr nett, und die Kinder wurden schnell und gut aufgenommen. Dazu schrieb Andreas Nigg: «Die Kinder fingen sogar an, sich monarchistisch zu gebärden, besonders dann, wenn der Landesfürst auf Schulbesuch ging und jedem Kind ein Geschenk mit nach Hause gab, auch den Grenzwächterkindern.»<sup>3</sup>

Regierungsrat Manuel Frick bei seiner Rede an der Eröffnung der Sonderausstellung «100 Jahre Zollvertrag Schweiz–Liechtenstein», die im April 2023 zahlreiche Gäste ins Landesmuseum lockte.



Rainer Vollkommer (Direktor Landesmuseum), Martina Sochin-D'Elia (Co-Kuratorin), Albert Frick (Landtagspräsident), Donat Büchel (Co-Kurator), Brigitte Häberli-Koller (Ständeratspräsidentin) und Regierungsrat Manuel Frick (v. l.).



Heute lebt die Mehrheit der in Liechtenstein stationierten Grenzwächter in der Schweiz. Viele der 1924 gegründeten Grenzübergänge wurden in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts aufgelöst, wie etwa der eingangs erwähnte Grenzwachtposten in Steg. Derjenige in Schellenberg ist seit 1987 nicht mehr besetzt. Vieles hat sich verändert, und doch ist auch vieles gleichgeblieben. Etwas vom Wichtigsten sind wohl die Freundschaft und die Wertschätzung, die sich in all den Jahren zwischen den schweizerischen und der liechtensteinischen Bevölkerung gebildet hat.

Die Ausstellungen anlässlich des 100-Jahr-Jubiläums des Zollvertrags hier in Vaduz und in Gandria sind auch ein Zeichen der Anerkennung und Wertschätzung für die unermüdliche Arbeit rund um das liechtensteinische Grenzgebiet.

Ich freue mich auf die Ausstellung und möchte in diesem Zusammenhang Direktor Rainer Vollkommer und seinem engagierten Team sowie dem Stiftungsrat des Liechtensteinischen Landesmuseums für die Arbeit danken. Ich wünsche Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, spannende und interessante Einblicke in unsere Geschichte und einen schönen Abend.

Donat Büchel, stellvertretender Direktor des Landesmuseums, Landtagspräsident Albert Frick, Ständeratspräsidentin Brigitte Häberli-Koller, Landtagsvizepräsidentin Gunilla Marxer-Kranz, Regierungsrat Manuel Frick und Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni (v. l.).



## Altersstrategie: Wir packen es an!

Rede anlässlich der  
Zukunftswerkstatt  
am 27. April 2023  
im SAL in Schaan

Mit der Zukunftswerkstatt startete der öffentliche Teil der Erarbeitung der Altersstrategie am 27. April 2023 in Schaan. Bei dieser halbtägigen Veranstaltung wurden im Austausch zwischen rund 80 Vertreterinnen und Vertretern von Politik, Gemeinden und Verwaltung sowie Seniorinnen und Senioren aus Liechtenstein die verschiedenen Perspektiven, der Handlungsbedarf und die Lösungsmöglichkeiten erörtert. In seiner Begrüssung zeigte sich Regierungsrat Manuel Frick erfreut darüber, dass sich so viele Menschen bei der Erarbeitung des sozialpolitischen Meilensteins Altersstrategie einbringen möchten. Für die Altersstrategie wurden im Vorfeld acht Handlungsfelder definiert: Wohnen; soziale Integration und Partizipation; Bildung, Erwerbs- und Freiwilligenarbeit; Gesundheitsförderung und Prävention; Beratung und Information; Pflege und Betreuung; Altersvorsorge; Mobilität und öffentlicher Raum.

Meine sehr geehrten Damen und Herren

Ich freue mich, Sie heute hier im SAL in Schaan zur Zukunftswerkstatt begrüßen zu können. Durch Ihre Anwesenheit machen Sie Ihre Bereitschaft und Ihren Willen deutlich, sich in den Dienst der Gesellschaft und insbesondere in den Dienst jetziger und künftiger älterer Generationen zu stellen. Als Gesellschaftsminister möchte ich Ihnen hierfür meinen Dank aussprechen.

Die Zeiten, in denen der Begriff des «demografischen Wandels» vornehmlich in Fachkreisen zirkulierte, sind vorbei. Er ist Bestandteil der Alltagskommunikation geworden. Diese Tatsache dokumentiert nicht nur unser geschärftes Bewusstsein für die Herausforderungen einer immer älter werdenden Gesellschaft. Er ist vor allem auch ein Indikator dafür, dass Handlungsbedarf besteht.

In allererster Linie ist es die Politik, die in dieser Frage in der Verantwortung steht. Sie ist es, die Lösungen finden und Rahmenbedingungen schaffen muss, die den Menschen in Liechtenstein auch weiterhin bis ins hohe Alter eine hohe Lebensqualität gewährleisten.

Und die Politik, meine Damen und Herren, scheut diese Verantwortung nicht. Ein Blick ins Regierungsprogramm der laufenden Legislaturperiode zeigt das deutlich. Dass die erstmalige Ausarbeitung einer Altersstrategie darin explizit als Ziel aufgeführt ist, ist ein unmissverständliches Signal an die gesamte liechtensteinische Bevölkerung: Wir packen das an!

Die Arbeiten an diesem sozialpolitischen Meilenstein sind bereits in vollem Gange. In einem ersten Schritt hat die Regierung im Sommer 2022 eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe eingesetzt. Ausserdem wurde ein mittlerweile fertiggestellter Grundlagenbericht in Auftrag gegeben, der als Fundament für die Altersstrategie dienen soll.

Doch Politik darf nicht nur in Sitzungszimmern unter Einbezug von Experten stattfinden. Sie muss – gerade bei Themen von gesamtgesellschaftlicher Tragweite – transparent und inklusiv sein. Sie muss die Menschen abholen, sie zur Partizipation bewegen. Denn letztlich geht es darum, ein Ergebnis zu erzielen, das den Bedürfnissen der Seniorinnen und Senioren von heute und morgen gerecht wird.

Genau aus diesem Grund sind wir heute hier. Mit der Zukunftswerkstatt stellen wir sicher, dass die liechtensteinische Bevölkerung gehört wird. Mit der Zukunftswerkstatt stellen wir sicher, dass die Anliegen der Einwohnerinnen und Einwohner zuverlässig in die Lösungsfindung einfließen. Mit der Zukunftswerkstatt stellen wir – in Kombination mit drei weiteren Fachworkshops im Mai und Juni – sicher, dass wir im Sommer einen Entwurf vorliegen haben, der bis Ende des Jahres in eine tragfähige und nachhaltige Altersstrategie münden wird.

Im April 2023 begrüßte Regierungsrat Manuel Frick zahlreiche Interessierte zur Zukunftswerkstatt für die Altersstrategie.



Sie sehen, meine Damen und Herren: Auf dem Weg zur Erreichung dessen, was wir uns im Regierungsprogramm zum Ziel gesetzt haben, nehmen Sie eine Schlüsselrolle ein. Lassen Sie mich Ihnen deshalb noch einmal dafür danken, dass Sie heute hier mitarbeiten. Ich habe keinen Zweifel daran, dass wir nach dem heutigen Abend ein entscheidendes Stück vorangekommen sein werden.

Und seien Sie versichert: Auch nach der heutigen Veranstaltung werden meine Mitarbeitenden und ich für alle ein offenes Ohr haben, die im Zusammenhang mit der Altersstrategie eine Idee oder einen Wunsch einbringen möchten!

Nun wünsche ich Ihnen allen viele gehaltvolle, inspirierende Gespräche!

In vertiefenden Workshops unterhielt sich Regierungsrat Manuel Frick mit den Teilnehmenden der Veranstaltung.



## Grossartiges Engagement und essenzielle Arbeit

**Rede anlässlich der Jubiläumsfeier 100 Jahre Caritas Liechtenstein am 9. März 2024 in der Hofkellerei in Vaduz** Der Verein Caritas Liechtenstein feierte am 9. März 2024 sein 100-jähriges Bestehen. Er wurde auf Initiative von Franz von Reding, damaliger Pfarrer von Triesenberg, und Dr. Johann Georg Marxer, Landesvikar und Pfarrer von Vaduz, gegründet. An der Feier in der Hofkellerei Vaduz gab es neben Einblicken in die Geschichte des Vereins auch Hintergründe zum Thema Armut in Liechtenstein. Im Rahmen der Feier hielt Regierungsrat Manuel Frick eine Rede und dankte den Mitarbeitenden der Geschäftsstelle sowie den Mitgliedern des Vorstands für ihre unermüdliche und wichtige Arbeit.

*«In der kleinen Welt, in welcher Kinder leben, gibt es nichts, das so deutlich von ihnen erkannt und gefühlt wird als Ungerechtigkeit.»*

Diese Aussage stammt vom englischen Schriftsteller Charles Dickens, der unter widrigen Lebensumständen aufgewachsen ist. Doch gerade die schmerzlichen Zeiten in seinen jungen Jahren prägten seinen Blick für gesellschaftliche Ungerechtigkeit. So verlor er auch nicht das Mitgefühl für die einfachen Leute, als er schon längst ein beliebter und erfolgreicher Autor war.

Er nutzte seine Bekanntheit, um die Lebensumstände seiner Mitmenschen zu verbessern. Dafür zeichnete er in Romanen beissend-satirische Bilder von reichen Geizhalsen, prangerte in Zeitungsartikeln und Reden bei gesellschaftlichen Anlässen soziale Missstände an und engagierte sich in unzähligen wohltätigen Organisationen.

Mit Wirkung: Viele einfache Leute haben in England durch seine bedingungslose Nächstenliebe ein besseres Leben führen können oder eine zweite Chance bekommen. Mit Figuren wie Ebenezer Scrooge aus «A Christmas Carol» wurde Menschen ein Spiegel vorgehalten, dem sie sich in ihrer realen Lebenswelt nicht so leicht entziehen konnten.<sup>4</sup>

Sehr geehrte Damen und Herren

Heute geht es nicht um Charles Dickens. Aber es geht um Menschen wie ihn. Menschen wie Sie. Menschen, die «Not sehen und handeln». Diese Kurzformel des Grundauftrags der Caritas Liechtenstein hat sich in den 100 Jahren seit deren Gründung nicht verändert.

Seit 100 Jahren steht die Caritas Liechtenstein Mitmenschen bei, die in Not geraten oder überfordert sind, indem sie sie berät oder ihnen kurzfristig finanzielle Hilfe anbietet.

100 Jahre sind beachtlich. Aus diesem Grund möchte ich einige Jahre in die Vergangenheit reisen. 99 Jahre, um genau zu sein. Am 9. Mai 1925 berichtete die Zeitung «Liechtensteiner Nachrichten» über die Jahresversammlung des Caritas-Vereins, der ein Jahr zuvor gegründet worden war. In diesem ersten Jahr gelang es dem Verein, viele neue Mitglieder zu gewinnen und verschiedene grössere Spenden zu erhalten.

Der Verein wird in der Zeitung folgendermassen zitiert:

*«Nachdem der Verein auf diese Weise ansehnliche Mittel erhalten hatte, verabreichte er auf Weihnachten und den Winter Gaben an manche Bedürftige. Es war rührend, wie die Beschenkten dankten. Wir suchten besonders alte Leute auf, welche durch den Sturz der Währung ihre Ersparnisse verloren hatten. Diese waren überrascht, dass man an sie dachte und dankten mit Tränen in den Augen. So konnte unser Verein recht viel Gutes stiften bereits im ersten Jahre seines Bestehens.»<sup>5</sup>*

Seither sind viele Jahre vergangen, und die Caritas Liechtenstein konnte unzähligen Menschen auf ganz individuelle und unkomplizierte Weise helfen. Ein konkretes Angebot liegt mir dabei besonders am Herzen:

Als junger Mann durfte ich mit einem Freund einige Jahre das Caritas Sommerlager im Jugendhaus Malbun leiten. In diesen Lagern habe ich sehr viel lernen können und, ja, diese Zeit hat mich auch geprägt. Mir wurde unter anderem eindrucklich vor Augen geführt, dass es auch in Liechtenstein Familien gibt, die unter dem Existenzminimum leben müssen.

Ich bin der Caritas dankbar dafür, dass sie Menschen in Not beisteht und sich für unterstützende Rahmenbedingungen in unserer Gesellschaft einsetzt. Als Gesellschaftsminister ist es mir natürlich ein Anliegen, dass wir uns alle für diejenigen einsetzen, die wenig haben. Aus diesem Grund unterstützt auch das Land Liechtenstein die Caritas mit einem jährlichen Beitrag, damit der Verein seiner wichtigen Arbeit nachgehen kann.

Sehr geehrte Damen und Herren

Von Charles Dickens soll übrigens auch die Aussage stammen, dass der Mensch so viel Gutes tun soll, wie er kann, und dass er so wenig Gerede wie nur möglich darüber machen soll. Das mag grundsätzlich stimmen. Aber heute soll so viel Gerede darüber gemacht werden, wie nur möglich. Heute feiern wir 100 Jahre Caritas Liechtenstein.

Seit 100 Jahren hilft die Caritas Liechtenstein Menschen in Not. Dafür danke ich der Caritas Liechtenstein und allen Beteiligten, die sich im Verein eingesetzt haben und nach wie vor einsetzen oder die die Arbeit des Vereins mit Spenden unterstützen. Ohne dieses grossartige Engagement wäre die essenzielle Arbeit der Caritas Liechtenstein nicht möglich.

Vielen Dank.

Anlässlich der Jubiläumsfeier der Caritas Liechtenstein überreichte Präsidentin Rita Batliner Gesellschaftsminister Manuel Frick ein Liechtenstein-Puzzle. Der Verein deponierte damit fünf wichtige Anliegen bei der Regierung.



## Als Team sind wir stark

Rede anlässlich des Pflegekader-Allianzveranstaltungen am 14. März 2024 im Rathausaal in Vaduz

Jedes Jahr führen die Allianzspitäler der Region einen sogenannten Allianzanlass für das Pflegekader durch. Der Anlass wird von den Pflegedirektoren und -direktorinnen der Spitäler organisiert. Es sind dies das Kantonsspital Graubünden, das Kantonsspital Glarus, das Regionalspital Surselva, das Spital Davos und das Liechtensteinische Landesspital. Am 14. März 2024 fand der Anlass, der dem Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer zu Leadership-Themen dient, erstmals in Vaduz statt. Regierungsrat Manuel Frick hielt in diesem Zusammenhang die Begrüssungsrede und betonte die Bedeutung der Pflegefachkräfte. Er gab ausserdem einen Ausblick auf die Massnahmen, die Liechtenstein setzt, um die Bedingungen im Pflegeberuf zu verbessern.

Sehr geehrte Damen und Herren

Es ist das erste Mal, dass dieser Allianzanlass des Pflegekaders hier in Vaduz stattfindet. Es ist mir daher umso mehr eine Ehre und auch ein Anliegen, dass ich einige Worte an Sie richten darf. Vor allem angesichts der grossen Herausforderungen, die uns in den kommenden Monaten und Jahren erwarten. Es sind Herausforderungen, die nicht nur Pflegeberufe betreffen. Genügend und vor allem qualifiziertes Personal zu finden, wird in vielen Branchen unseren zukünftigen Alltag prägen.

Schon heute müssen wir die Weichen stellen, damit wir morgen die richtigen Fachkräfte haben. Sie wissen das noch besser als ich, sehr geehrte Damen und Herren. Daher freue ich mich auch sehr auf den anschliessenden Vortrag von Marisa Wunderlin. Der Vergleich einer Profimannschaft im Fussball und eines Hochleistungsteams in der Pflege erscheint mir sehr passend zu sein.

In einem Fussballteam gibt es Spielerinnen und Spieler auf verschiedenen Positionen, jede und jeder mit einer bestimmten Aufgabe, die es einer Mannschaft ermöglichen, zu funktionieren und erfolgreich zu sein. Ähnlich verhält es sich in der Pflege. Jede und jeder trägt mit individuellem Fachwissen und Fähigkeiten dazu bei, dass die Patientinnen und Patienten bestmöglich betreut werden.

Doch Fussballspielerinnen und Fussballspieler stehen sehr oft im Rampenlicht und werden für ihre Leistungen öffentlich gefeiert. Dagegen bleiben die Anstrengungen der Pflegekräfte meist im Verborgenen. Dabei sind sie es, die unverzichtbar sind und das Wohl sowie die Gesundheit der Patientinnen und Patienten sichern. Die Bedeutung von Fachkräften in der Pflege kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Die Pflegefachkräfte leisten nicht «nur» medizinische Versorgung. Sie spenden Trost, sie geben Hoffnung, sie sind immer da, sie sind – auch wenn das vielleicht jetzt etwas kitschig klingt, aber sehr ernst gemeint ist – die Heldinnen und Helden des Alltags.

Und im Team sind die Pflegefachkräfte alle noch viel stärker. Aus diesem Grund möchte ich einmal mehr auf die Wichtigkeit der Kooperation hinweisen. Der heutige Anlass ist nur ein Zeichen dafür, dass sich die Kooperation der Allianzspitäler bezahlt macht. Das Kantonsspital Graubünden, das Kantonsspital Glarus, das Regionalspital Surselva, das Spital Davos und das Liechtensteinische Landesspital spannen zusammen und stellen sich gemeinsam dem teils rauen Wind, welcher der Pflegebranche entgegenweht.

In Zukunft werden Netzwerke wie dieses noch wertvoller und noch wichtiger sein, um einen Erfahrungsaustausch und einen Wissenstransfer – besonders zu Leadership-Themen – zu gewährleisten. Der heutige Anlass macht es vor. Zukünftig werden wir noch mehr darauf angewiesen sein, nicht zuletzt, um die Fachkräfte an unsere Spitäler zu bringen und sie dort halten zu können.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang etwas zu den Bemühungen Liechtensteins sagen, Pflegefachkräfte auszubilden, zu beschäftigen und möglichst lange zu halten.

Die Pflege ist auch in Liechtenstein ein wichtiger Pfeiler der medizinischen Versorgung. Sie steht angesichts der Alterung der Bevölkerung vor grossen Herausforderungen. Um die Qualität der Pflege zu erhalten, brauchen wir mehr Pflegefachkräfte, als heute ausgebildet werden. Es braucht ausserdem verbesserte Bedingungen, damit die Pflegefachkräfte auch im Beruf bleiben.

In der Schweiz wurde im November 2021 die «Pflegeinitiative» vom Volk angenommen. Bund und Kantone passen Gesetze und Verordnungen an, um die Pflege zu fördern.

Auch Liechtenstein setzt Massnahmen. Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern der betroffenen Institutionen, hat im vergangenen Jahr im Auftrag meines Ministeriums Lösungsvorschläge ausgearbeitet. Konkret geht es um die Entschädigung während der Ausbildung, die Entschädigung für Inkonvenienzen – also insbesondere kurzfristige sowie Nacht- und Wochenend-Einsätze – und die Entschädigung für besonders herausfordernde Tätigkeiten. Die zusätzlich benötigten Gelder wurden vom Landtag des Fürstentums Liechtenstein bereits bereitgestellt.

Zum Schluss möchte ich noch einmal uns alle motivieren. Als Team sind wir stark, und gemeinsam können wir noch mehr erreichen. Unsere Allianz kann unsere dringend benötigten Fachkräfte in der Pflege unterstützen, ausbilden und fördern. Ich setze mich persönlich dafür ein, dass Sie und all ihre Kolleginnen und Kollegen Ihre wichtige Arbeit heute und in Zukunft mit Leidenschaft und Hingabe verrichten können.

Ich wünsche Ihnen einen inspirierenden Allianzanlass.

Anfang Februar 2025 absolvierte Regierungsrat Manuel Frick eine Schicht in der Notfallstation des Liechtensteinischen Landesspitals.



## Integrationspolitischer Meilenstein

Rede anlässlich der Eröffnung der landeseigenen Beratungsstelle für Migrantinnen und Migranten am 6. Juni 2024 in der Informations- und Beratungsstelle «integration.li» in Schaan

Am 1. Juni 2024 nahm die Beratungsstelle «integration.li» ihre Tätigkeit in Schaan auf. Sie bietet Sozialberatungen und individuelle Begrüßungsgespräche in diversen Sprachen für Migrantinnen und Migranten an. Die Stiftung «Mintegra» und der Verein «infra Informations- und Beratungsstelle für Frauen» wurden vom Amt für Soziale Dienste beauftragt, eine gemeinsame Anlaufstelle zu konzipieren. Im Zusammenhang mit dem Tag der offenen Tür am 6. Juni 2024 hielt Regierungsrat Manuel Frick eine Ansprache und zeigte sich erfreut über das neue Angebot.

Geschätzte Damen und Herren

Stellen Sie sich vor, Sie verlassen – aus welchen Gründen auch immer – Ihr gewohntes Umfeld, Ihre Familie, Ihre Heimat. Nicht für einen schönen Sommerurlaub am Meer, für den Besuch eines Verwandten oder für einen etwas längeren Sprachaufenthalt. Nein, für Jahre. Vielleicht sogar für immer.

Sie lockern und lösen Ihre Wurzeln, zumindest teilweise. Nur so können Sie andernorts wieder neue schlagen, sich einleben, ankommen und im besten Fall eine zweite Heimat finden. Und Sie merken, wie schwer es sein kann, sich ein neues Leben aufzubauen – wie froh Sie um Unterstützung wären, um jemanden, der Ihre Fragen geduldig beantwortet.

Meine Damen und Herren, vielleicht haben Sie solche Erfahrungen auch schon gemacht oder sich eben kurz in die Rolle einer Migrantin oder eines Migranten hineinversetzen können. Was löst das aus? Orientierungslosigkeit? Sorge? Vielleicht auch Erleichterung und Dankbarkeit, sich nicht in dieser Situation zu befinden.

Für viele Menschen auf dieser Welt ist das die Realität. Sie sind an einem fremden Ort angekommen, haben unzählige Fragen und sind auf der Suche nach Antworten und Unterstützung. Auch hier in Liechtenstein.

Den Menschen, die nach Liechtenstein kommen, möchten wir diese Unterstützung geben. In unserem Land sollen sie jemanden finden, der sie in Empfang nimmt, der ihre Fragen beantwortet. In unserem Land sollen sie sich ernst genommen und willkommen fühlen!

Bei der Umsetzung der Integrationsstrategie ist es der Regierung wichtig, die Migrantinnen und Migranten einzubeziehen. Denn wer könnte uns besser vor Augen führen, was Betroffene benötigen, als die Betroffenen selbst?

Diesem Leitgedanken folgend haben wir im Herbst 2022 einen Integrationsdialog ins Leben gerufen. Er soll Menschen, die Liechtenstein zu ihrem neuen Lebensmittelpunkt gemacht haben, die Möglichkeit geben, sich an der Weiterentwicklung der Integrationsarbeit zu beteiligen. Sie haben dabei die Chance, ihre individuellen Anregungen und Bedürfnisse zu formulieren und damit direkt an die richtigen Stellen zu gelangen.

Was gleich bei der ersten Veranstaltung deutlich wurde, war der Wunsch nach einer Beratungsstelle für Menschen mit Migrationshintergrund. Diesen Ball haben wir aufgenommen und die Stiftung «Mintegra» sowie den Verein «infra Informations- und Beratungsstelle für Frauen», die beide bereits in diesem Feld aktiv sind, damit beauftragt, ein Konzept für ein solches Angebot zu entwickeln.

Regierungsrat Manuel Frick bei der Eröffnung der neuen Beratungsstelle in Schaan im Juni 2024.



Und heute können wir gemeinsam die Eröffnung der Informations- und Beratungsstelle «integration.li» feiern. Als Gesellschaftsminister erfüllt mich dieser Augenblick mit Freude und Stolz. Wir setzen damit einen integrationspolitischen Meilenstein und zeigen unseren Willen, Integrationshürden in Liechtenstein weiter abzubauen.

Hier können Neuzugezogene zunächst im Rahmen einer zweijährigen Pilotphase ein Begrüssungsgespräch in Anspruch nehmen und dabei wichtige Erstinformationen erhalten – bei Bedarf in ihrer Muttersprache. Ebenso können sich Menschen mit einer Migrationsgeschichte mit Fragen zu Themen wie dem Ausländerrecht, Sozialversicherungen oder Arbeit an das Team von «integration.li» wenden. Kurzum: Wer Hilfe sucht, wird sie hier finden!

Mit der Mintegra und der infra halten zwei Kooperationspartnerinnen die Zügel in den Händen, die sich über viele Jahre hinweg als verlässliche Grössen erwiesen haben.

Für die bereits geleistete Vorarbeit, aber ebenso für die nun anstehende Informations- und Beratungstätigkeit möchte ich allen involvierten Personen herzlich danken und ihnen dabei viel Freude wünschen!

Lassen Sie uns die Menschen dabei unterstützen, sich in Liechtenstein wohlfühlen. Geben wir ihnen den fruchtbaren Untergrund, den sie benötigen, um hier Wurzeln zu schlagen!

Vielen Dank!

## Gleichstellung ist keine Ansichtssache

Rede anlässlich der Eröffnung der Ausstellung «Vom halben zum ganzen Stimmvolk. 40 Jahre Frauenstimmrecht in Liechtenstein» am 1. Juli 2024 im Liechtensteinischen Landesmuseum in Vaduz

Im Rahmen des Jubiläums 40 Jahre Frauenstimmrecht eröffnete das Liechtensteinische Landesmuseum am 1. Juli 2024 eine Sonderausstellung, kuratiert von Julia Frick und Martina Sochin-D'Elia. Die Ausstellung zeigte den langen Weg zum Frauenstimmrecht in Liechtenstein auf und ging der Frage nach, wo Liechtenstein heute bezüglich der Gleichstellung steht. Am 1. Juli 1984 hatten die liechtensteinischen Männer mit 51,3 Prozent dem Frauenstimmrecht zugestimmt. Regierungsrat Manuel Frick betonte in der Eröffnungsrede zur Ausstellung, dass in Sachen Gleichstellung in den vergangenen Jahrzehnten viel passiert ist, dass Gleichstellung aber nicht zufällig und schon gar nicht automatisch passiert. Es brauche weiterhin politische Leitplanken und eine Strategie.

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich freue mich sehr, heute die Ausstellung «Vom halben zum ganzen Stimmvolk – 40 Jahre Frauenstimmrecht in Liechtenstein» eröffnen zu dürfen.

In unserem Land wurde vor 40 Jahren ein demokratiepolitischer Meilenstein erreicht und das Frauenstimmrecht eingeführt. Die Zeiten, in denen allein die Männer bestimmten, wohin sich unser Land entwickeln soll, sind seither glücklicherweise vorbei. Endlich war die Basis dafür gelegt, Mann und Frau gleichermaßen in die Entscheidungsprozesse einzubinden. Spät, aber doch, kann die Demokratie in Liechtenstein seit 40 Jahren wahrhaftig gelebt werden.

Für mich ist das ein mehr als guter Grund zum Feiern und zur Freude.

Wenn wir uns dann noch vor Augen führen, wo wir heute stehen, gilt das umso mehr. Die politische Teilhabe von Frauen ist längst zu einer Selbstverständlichkeit geworden – nicht nur über Abstimmungen und Wahlen, sondern auch durch das Bekleiden politischer Ämter. So haben wir in dieser Legislatur drei weibliche Regierungsmitglieder und zwei männliche und demzufolge erstmals eine mehrheitlich weibliche Regierung.

Gleichwohl sollten wir trotz dieser positiven Entwicklungen den kritischen Blick nicht verlieren. Denn Jubiläen sind immer auch eine Gelegenheit innezuhalten, zurückzuschauen und zu analysieren.

Die von Julia Frick und Martina Sochin-D'Elia kuratierte und von der neuen Direktorin des Liechtensteinischen Landesmuseums Andrea Kauer Loens verantwortete Ausstellung «Vom halben zum ganzen Stimmvolk – 40 Jahre Frauenstimmrecht in Liechtenstein» setzt genau dort an. Sie erinnert uns und schärft das Bewusstsein für die Gleichstellung.

Wir dürfen nicht vergessen, welchen harten und langwierigen Kampf die Wegebereiterinnen und Wegbereiter des Frauenstimmrechts führen mussten. Wir dürfen nicht vergessen, wie viel Mut und Ausdauer sie benötigten, um den vielen Anfeindungen zu trotzen und sich ihre Entschlossenheit und den Glauben an einen guten Ausgang zu bewahren. Und wir dürfen nicht vergessen, dass die Gleichstellung der Frau auch nach 1984 oftmals ein zähes Ringen blieb und bis heute nicht in allen Lebensbereichen erreicht ist.

Als jemand, der im Jahr der Einführung des Frauenstimmrechts geboren wurde und heuer folglich ebenfalls seinen 40. Geburtstag feiern darf, habe ich das politische Leben vor dieser Zäsur nicht persönlich erfahren. Aber ich bin ein Zeuge der darauf aufbauenden Entwicklungen. Gleichstellung ist für mich nicht nur weitgehend selbstverständlich, sondern auch ein persönliches Anliegen, für das ich mich aus Überzeugung einsetze.

Regierungsrat Manuel Frick bei der Eröffnung der Ausstellung «Vom halben zum ganzen Stimmvolk. 40 Jahre Frauenstimmrecht in Liechtenstein» am 1. Juli 2024 im Landesmuseum zusammen mit I. K. H. Erbprinzessin Sophie und Jasmin Collini Heidegger, Stiftungsratspräsidentin des Landesmuseums.



Was sich 1984 und natürlich auch in den Jahren davor ereignet hat, kann rückblickend als Initialzündung für einen Gleichstellungsprozess angesehen werden, der längst die ganze Gesellschaft durchdrungen hat und heute kraftvoller denn je daherkommt.

Dieses Herausstreichen des bereits Erreichten soll aber kein Aufruf zur Genügsamkeit, zum Zurücklehnen sein – im Gegenteil: Nehmen wir den 40. Geburtstag des Frauenstimmrechts als Anlass dafür, unsere Anstrengungen zur Förderung der Gleichstellung weiter zu intensivieren.

Der partizipative Prozess für die Erarbeitung einer nationalen Gleichstellungsstrategie wurde durch mein Ministerium angestoßen. Dabei werden zentrale Themen der Gleichstellung auf Handlungsbedarf geprüft und Massnahmen entwickelt.

Dabei stellt sich natürlich auch die Frage, ob sich das Gleichstellungsrad in die richtige Richtung dreht. Ich als Gesellschaftsminister sage: Ja! Denn ich weiss, wie intensiv viele staatliche und nichtstaatliche Stellen an Gleichstellung und den damit verbundenen Themen arbeiten.

Einige von Ihnen werden mir nicht zustimmen und sagen, dass das Gleichstellungsrad stehen geblieben ist. Andere werden sogar sagen, dass sich das Rad rückwärts dreht, wir also heute weniger weit sind als noch vor einigen Jahren. Wieder andere werden sagen, dass sich das Rad auf jeden Fall zu langsam dreht.

Martina Sochin-D'Elia und Julia Frick, die beiden Kuratorinnen der Ausstellung, Regierungsrat Manuel Frick und I. K. H. Erbprinzessin Sophie (v.l.).



Es ist generell schwierig, bei einem hochkomplexen Thema wie Gleichstellung in allen Punkten gleicher Ansicht zu sein.

Aber in zwei Punkten sind wir uns sicher einig:

- Erstens: Gleichstellung ist keine Ansichtssache. Gleichstellung ist ein Menschenrecht, das in unserer Verfassung verankert ist. Und so sollten wir das Thema auch betrachten. Als Grundrecht und gesamtgesellschaftliches Anliegen, das uns alle betrifft.
- Zweitens: Gleichstellung passiert nicht zufällig. Wir können nicht davon ausgehen, dass sich das Gleichstellungsrad selbstverständlich in die richtige Richtung dreht. Es braucht immer wieder die richtigen Impulse und Rahmenbedingungen. Es braucht politische Leitplanken, und es braucht Ziele, verankert in einer Strategie.

Vielen Dank an alle Wegebereiterinnen und Wegbereiter des Frauenstimmrechts und ein herzliches Dankeschön an die Personen, die an der Realisierung dieser wertvollen, bereichernden Ausstellung mitgewirkt haben.

Allen einen schönen Abend und einen spannenden Rundgang voller Erinnerungen an die Einführung des Frauenstimmrechts vor 40 Jahren!

Blick in die Ausstellung, die viele Dokumente und Originalgegenstände der Frauenbewegung zeigt.



Regierungsrat Manuel Frick und Patrik Birrer, Leiter des Amtes für Kultur, anlässlich des 29. Europa-Tags des Denkmals beim Torkel in Schaan im September 2021.

Regierungsrat Manuel Frick, Stiftungsratspräsidentin Christina Hilti, Schriftsteller Benjamin Quaderer und Landesbibliothekar Wilfried Oehry feierten im Oktober 2021 das 60-Jahr-Jubiläum der Liechtensteinischen Landesbibliothek.



Regierungsrat Manuel Frick im Gespräch mit Jugendlichen am Jubel Forum 2022 des aha im SAL in Schaan im Mai 2022.

Im Mai 2023 besuchte Regierungsrat Manuel Frick die ukrainische Künstlerin Tetiana Pavliuk (2. v.l.) im Kunstatelier im Turmhaus in Balzers zusammen mit Sonja Näscher, Amt für Kultur, und Tanja Deuring, Mitarbeiterin des Ministeriums für Gesellschaft und Kultur.



Das Kuratorenduo Elmar Gangl und Ursula Wolf sowie die liechtensteinische Künstlerin Karin Ospelt mit der Schweizer Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider und Regierungsrat Manuel Frick bei der Eröffnung der Ausstellung «Klafter – Wert und Wertschätzung» in Venedig im April 2024.

Die liechtensteinische Künstlerin Karin Ospelt und Regierungsrat Manuel Frick vor dem Ausstellungsraum, einem ehemaligen Verkaufslokal.



## Quellen

- 1 von Vogelsang, Henning Frhr., Keel Paul: 60 Jahre Schweizer Grenzwaache im Fürstentum Liechtenstein. S. 3. <https://www.eliechtensteinein.sia.li/viewer/image/000468223/8/#topDocAnchor> (abgerufen am 15. April 2023).
- 2 von Vogelsang, Henning Frhr., Keel Paul: 60 Jahre Schweizer Grenzwaache im Fürstentum Liechtenstein. S. 23.
- 3 ebd S. 24.
- 4 <https://www.youpax.de/content/charles-dickens.php> (abgerufen am 1.3.2024).
- 5 <https://www.e-archiv.li/textDetail.aspx?backurl=auto&etID=46313&elD=8> (abgerufen am 1.3.2024).

Eröffnung der landesweiten Aktion «16 Tage gegen Gewalt an Frauen» im November 2024: Regierungsrat Manuel Frick überreicht eine Brottüte an Ute Mayer vom Amt für Soziale Dienste.



# Anhang

Legislaturperiode 2021 – 2025

Regierungsmitglieder  
Stellvertretende Regierungsmitglieder  
Regierungssekretär  
Landtagsabgeordnete  
Stellvertretende Landtagsabgeordnete

Das grosse Staatswappen Liechtensteins an der Fassade des Regierungsgebäudes. Es zeigt sechs einzelne Wappenzeichen, die auf die Geschichte und Herkunft des Hauses Liechtenstein verweisen.



## Regierung 2021–2025

Dr. Daniel Risch, Ministerium für Präsidiales und Finanzen

Sabine Monauni, Ministerium für Inneres, Wirtschaft und Umwelt

Dr. Graziella Marok-Wachter, Ministerium für Infrastruktur und Justiz

Dominique Hasler, Ministerium für Äusseres, Bildung und Sport

Manuel Frick, Ministerium für Gesellschaft und Kultur

## Stellvertretende Regierungsmitglieder

Renate Feger für Regierungschef Dr. Daniel Risch

Dr. Ralph Wanger / Alexander Batliner (bis August 2021) für Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni

Peter Hilti für Regierungsrätin Dr. Graziella Marok-Wachter

Violanda Lanter für Regierungsrätin Dominique Hasler

Judith Hoop / Patrik Oehri (bis Januar 2024) für Regierungsrat Manuel Frick

## Regierungssekretär

Horst Schädler

## Landtagsabgeordnete 2021–2025

Albert Frick, Präsident

Gunilla Marxer-Kranz, Vizepräsidentin

Oberland

Dagmar Bühler-Nigsch (VU)

Albert Frick (FBP)

Walter Frick (VU)

Sebastian Gassner (FBP)

Manuela Haldner-Schierscher (FL)

Norma Heidegger (VU)

Georg Kaufmann (FL)

Manfred Kaufmann (VU)

Wendelin Lampert (FBP)

Bettina Petzold-Mähr (FBP)

Sascha Quaderer (FBP)

Thomas Rehak (DpL)

Daniel Seger (FBP)

Günter Vogt (VU)

Thomas Vogt (VU)

#### Unterland

Herbert Elkuch (DpL)

Peter Frick (VU)

Franziska Hoop (FBP)

Johannes Kaiser (FBP)

Dietmar Lampert (VU)

Gunilla Marxer-Kranz (VU)

Daniel Oehry (FBP)

Patrick Risch (FL)

Mario Wohlwend (VU)

Karin Zech-Hoop (FBP)

#### Stellvertretende Landtagsabgeordnete 2021–2025

##### Oberland

Rainer Beck (VU ab 3. März 2023 infolge Rücktritts von Philip Schädler)

Markus Gstöhl (VU)

Nadine Gstöhl (FL bis August 2021; parteilos ab September 2021)

Elke Kindle (FBP)

Pascal Ospelt (DpL)

Nadine Vogelsang (FBP)

##### Unterland

Hubert Büchel (VU)

Sandra Fausch (FL)

Erich Hasler (DpL)

Thomas Hasler (FBP)

## Dank

Zahlreiche Personen haben auf unterschiedliche Weise zur Entstehung dieses Buches beigetragen. Ein besonderer Dank gilt den Mitarbeitenden der Ministerien, die uns in den vergangenen vier Jahren tatkräftig unterstützt, oft beinahe Unmögliches möglich gemacht und so die Grundlage für die Konferenzen, Feierlichkeiten, Treffen und weiteren Anlässe geschaffen haben, die den publizierten Ansprachen zugrunde liegen. Ein herzliches Dankeschön geht an die Mitarbeitenden der Abteilung Information und Kommunikation der Regierung, die voller Begeisterung mitgemacht haben, als aus einer zunächst kleinen Publikation ein grosses Buchprojekt geworden ist. Ebenso dankt die Regierung der Grafikerin Silvia Ruppen, die mit ihrer Professionalität und ihrem Feingefühl aus vielen Worten und Bildern ein ansehnliches Buch geschaffen hat, den Lektoren Heribert Beck und Jonathan Huston, die der Sprache den letzten Schliff verpasst haben, und schliesslich der Longo AG für die Bildbearbeitung, der BVD Druck+Verlag AG und der Buchbinderei Thöny, die aus all den digitalen Daten ein Werk zum Anfassen gefertigt haben. Auch allen Fotografinnen und Fotografen sowie den vielen fleissigen Helferinnen und Helfern im Hintergrund gebührt ein herzliches Dankeschön.

Schliesslich geht ein Dank an alle, die dieses Buch in die Hand nehmen und sich dafür interessieren, was die Legislaturperiode 2021–2025 geprägt hat.

## Bildnachweis

- Amt für Kultur, Liechtensteinisches Landesarchiv, Vaduz:
- Seite 13: Baugelände des Regierungsbäudes, 1899, B\_11V6\_002\_151\_a
  - Seite 14: Auto Fürstin Elsa und Fürst Franz I., 1934, SgAV\_18\_2\_0622; Postkarte, ca. 1945, B\_11V6\_002\_001\_a. Fotograf: Baron Eduard von Falz-Fein, Vaduz.
  - Seite 15: parkende Autos, 1986, B\_11V6\_002\_065\_a. Fotograf: Klaus Schädler, Triesenberg; Parkanlage, 1965, SgAV\_23\_1\_0479\_a\_1. Fotograf: Peter Ospelt, Planken.
  - Seite 20: Zollvertrag, 1923, SgSTV 0038/01; Verfassung, 1921, U 095
- Beck, Klara: Seiten 217, 218, 219, 221
- Buso, Marta: Seite 262
- Eidgenössisches Finanzdepartement EFD: Seite 75 (Finanzministertreffen)
- Europarat: Seiten 208, 210, 211, 212
- Finanzministerium Nordrhein-Westfalen: Seite 40 (Treffen mit Marcus Optendrenk)
- Franklin, Frank II, AP Photo: Seite 68
- Giardi, Ercole, Foto MW: Seite 74 (Ordensverleihung San Marino)
- Hofer, Hans: Seite 194 (Besuch in Kiew mit Kerzen)
- Information und Kommunikation der Regierung, IKR: Seiten 17, 23, 33, 34, 43, 52, 54, 55, 56, 74, 76, 77, 83, 92, 109, 116, 117, 118, 121, 123, 126, 127 (Polizei), 128, 129 (Diskussionsrunde), 130 (Umweltkalender), 131, 140, 152, 155, 168, 170, 175, 176, 177 (BPUK-Ost), 178, 181, 185, 188, 189, 190, 191, 197, 200, 201, 204, 205, 215, 224, 225, 230, 231, 245, 246, 254, 260, 261, 263
- International Monetary Fund, IMF Photo: Seite 73
- Internationales Transport Forum, ITF: Seite 179
- Jones, Ian: Seite 229; Ref: IJP-20-06-23-UKC-0072
- Kuypers, Valerie und Beekman, Martijn: Seite 160
- Liechtensteinische Botschaft in Berlin: Seite 29
- Loey, Felipe, UN Photo: Seite 70
- McAndrews, Marc: Seite 196
- MEA India: Seite 232
- Ministerium für Gesellschaft und Kultur: Seite 252
- Ministerium für Infrastruktur und Justiz: Seite 148 (Vertrag), 159
- Ministerium für Inneres, Wirtschaft und Umwelt: Seiten 99, 113
- Ministerium für Präsidiales und Finanzen: Seiten 49, 69, 71
- Nedić, Antonio, BMJ: Seite 148 (Gruppe im Gehen)
- Neuland, Rhein Ruhr City: Seiten 36, 40 (Neuland-Kongress)
- Ospelt, Daniel: Seite 129 (Lihga-Eröffnung)
- Klaunzer, Peter, KEYSTONE: Seite 74 (Premierminister von Malta)
- Konrad, Julian: Seiten 8, 15, 58, 59, 61, 79, 125, 133, 172, 173, 174, 203, 235
- Korner, Roland: Seite 239
- Risch, Eddy: Seite 137
- Rollitz, Frank, Schneider-Press: Seiten 94, 98
- RWTH Aachen: Seite 41
- Schacht, Henning, BMI: Seite 127 (Innenministertreffen)
- Schalch, Samuel: Seite 181
- Schnitker, André, Stadt Aachen: Seite 38
- Schweizer, David: Seite 144
- Schwendener, Daniel: Seiten 104, 257, 258, 259
- Sondermann, Ralph: Seite 41
- Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York: Seite 197
- Telikova, Nastya: Seite 194 (Besuch in Kiew)
- Teller, Robin, MBEIM NRW: Seiten 38, 39
- Trummer, Paul: Seite 249
- Urso, Gianluca: Seite 130 (Prämienmarkt)
- Vatican Media: Seite 233
- Vollmar, Nils: Seiten 242, 243
- von Gunten, Andreas: Seite 177 (mit Baume-Schneider)
- Walser, Martin: Umschlag, Seiten 6, 7, 16
- Wenzel, Andreas, Bundeskanzleramt und BMF: Seiten 64, 65, 75 (Ordensverleihung Wien)
- Wienand, Mathis, gadplan: Seite 30



Worte formen Politik.  
Sie setzen Zeichen, lenken  
Debatten und hinterlassen Spuren  
in der Geschichte. Dieses Buch  
vereint die bedeutendsten Reden  
der Mitglieder der Regierung  
des Fürstentums Liechtenstein  
der Legislaturperiode 2021–2025  
und Fotos aus dieser Zeit.  
Ob richtungsweisende Erklärungen,  
leidenschaftliche Plädoyers  
oder wegweisende Ansprachen  
in einer herausfordernden Zeit –  
hier werden die Reden sichtbar  
gemacht, die Politik und  
Gesellschaft geprägt haben.  
Die Reden und die Fotos sind  
Rückblicke und gleichzeitig  
Zeitdokumente. Sie sind Zeugnis  
der jüngeren politischen  
Vergangenheit und geben Impulse  
für die Zukunft.

Herausgeberin: Regierung des Fürstentums Liechtenstein  
Vaduz 2025

ISBN 978-3-905833-17-1  
Verlag Atelier Silvia Ruppen, Vaduz